

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 24. September 1996 über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

A. Zielsetzung

Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen enthält ein überprüfbares Verbot aller Versuchsexplosionen von Kernwaffen und anderer nuklearer Explosionen in allen Testmedien (Erdkruste, Atmosphäre, Weltraum und Weltmeere). Der Vertrag leistet mit seinem umfassenden Verbot von Nuklearversuchen einen wesentlichen Beitrag zur nuklearen Nichtverbreitung und ist ein wichtiger Teilschritt in Richtung auf das Ziel nuklearer Abrüstung.

B. Lösung

Ratifizierung des Vertrags. Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes als Voraussetzung für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Dem Bund entstehen Kosten für finanzielle Beiträge für die Tätigkeit der Organisation des Vertrags, deren voraussichtliche Höhe derzeit nicht bezifferbar ist. Der deutsche Beitrag zu den Kosten der Vorbe-

Fristablauf: 27. 03. 98

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 GG

reitungskommission der im Aufbau befindlichen Organisation beträgt für das Haushaltsjahr 1998 5 356 697 US-\$. Für den Finanzplanungszeitraum ist entsprechende Vorsorge getroffen worden.

Die Kosten der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Internationalen Überwachungssystem werden nach den Bestimmungen des Vertrags von der Organisation übernommen. Soweit sie nicht übernommen werden, werden sie von den am Überwachungssystem beteiligten Behörden durch Umschichtungen finanziert.

Ländern und Gemeinden entstehen durch das Gesetz keine zusätzlichen Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise, Preisniveau, Umwelt und Verkehr sind nicht zu erwarten.

2. Vollzugaufwand

Keiner

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft oder für soziale Sicherungssysteme sind nicht zu erwarten.

13. 02. 98

AA – U

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 24. September 1996
über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (212) – 378 50 – Te 8/98 (NA 2)

Bonn, den 13. Februar 1998

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 des Grundgesetzes den
von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 24. September 1996 über das
umfassende Verbot von Nuklearversuchen

mit Begründung und Vorblatt.

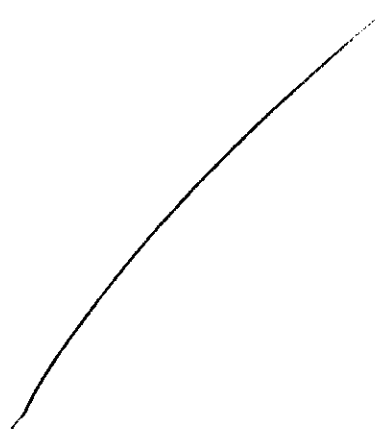
Die Vorlage ist besonders eilbedürftig, um die Ratifikation des für die nukleare
Nichtverbreitung und Abrüstung bedeutsamen Vertrages noch in dieser
Legislaturperiode zu gewährleisten.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 27. 03. 98

Besonders eilbedürftige Vorlage gemäß Artikel 76 Abs. 2 Satz 4 GG



-4-

Entwurf**Gesetz
zu dem Vertrag vom 24. September 1996
über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York von der Bundesrepublik Deutschland am 24. September 1996 unterzeichneten Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Modifikationen verwaltungsmäßiger oder technischer Art nach Artikel VII Abs. 7 des Vertrags durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel XIV für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht und die politischen Beziehungen des Bundes regelt. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da die Regelungen über Vorrechte und Immunitäten nach Artikel II Abs. 57 des Vertrags in Verbindung mit Teil II Abs. 27 Buchstabe f des Protokolls zum Vertrag auch Steuern betreffen, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder teilweise zufließt.

Zu Artikel 2

Artikel VII Abs. 7 des Vertrags sieht zur Gewährleistung der Durchführbarkeit und Wirksamkeit des Vertrags ein vereinfachtes Änderungsverfahren für Modifikationen in bezug auf die in den Teilen I und III des Protokolls zum Vertrag und die Anlagen 1 und 2 zum Protokoll aufgeführten Angelegenheiten verwaltungsmäßiger oder technischer Natur vor. Artikel 2 soll die Bundesregierung ermächtigen, die von den Vertragsstaaten beschlossenen Modifikationen durch Rechtsverordnung in Innerstaatliches Recht umzusetzen, und damit eine zügige Implementierung des Vertrags sicherstellen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem der Vertrag nach seinem Artikel XIV für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Dem Bund entstehen Kosten für finanzielle Beiträge für die Tätigkeit der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen in Wien. Die voraussichtliche Höhe dieser Beiträge ist derzeit nicht bezifferbar.

Nach Artikel II Abs. 9 des Vertrags sind die Kosten für die Tätigkeit der Organisation von den Vertragsstaaten nach dem VN-Berechnungsschlüssel zu fragen. Der Schlüssel wird der unterschiedlichen Anzahl der VN-Mitglieder und der Mitglieder der Organisation angepaßt werden. Der deutsche Beitrag ist seinem Anteil nach gegenwärtig nicht bestimmbar, da nicht abzusehen ist, wie viele Staaten dem Vertrag beitreten werden.

Der deutsche Beitrag zu den Kosten der Vorbereitungskommission für die im Aufbau befindliche Organisation beträgt für das Haushaltsjahr 1998 5 356 697 US-\$. Für den Finanzplanungszeitraum ist entsprechende Vorsorge getroffen worden.

Die Kosten der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am internationalen Überwachungssystem werden nach den Bestimmungen des Vertrags von der Organisation übernommen. Soweit sie nicht übernommen werden, werden sie von den am Überwachungssystem beteiligten Behörden durch Umschichtungen finanziert.

Ländern und Gemeinden entstehen durch das Gesetz keine zusätzlichen Kosten.

Durch das Zustimmungsgesetz ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, da durch das Gesetz der nichtstaatliche Bereich und die Wirtschaft nicht unmittelbar betroffen sind.

Auswirkungen auf die Umwelt und den Verkehr sind nicht zu erwarten.

Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty

Traité d'interdiction complète des essais nucléaires

(Übersetzung)

Preamble

The States Parties to this Treaty (hereinafter referred to as "the States Parties"),

Welcoming the international agreements and other positive measures of recent years in the field of nuclear disarmament, including reductions in arsenals of nuclear weapons, as well as in the field of the prevention of nuclear proliferation in all its aspects,

Underlining the importance of the full and prompt implementation of such agreements and measures,

Convinced that the present international situation provides an opportunity to take further effective measures towards nuclear disarmament and against the proliferation of nuclear weapons in all its aspects, and declaring their intention to take such measures,

Stressing therefore the need for continued systematic and progressive efforts to reduce nuclear weapons globally, with the ultimate goal of eliminating those weapons, and of general and complete disarmament under strict and effective international control,

Recognizing that the cessation of all nuclear weapon test explosions and all other nuclear explosions, by constraining the development and qualitative improvement of nuclear weapons and ending the development of advanced new types of nuclear weapons, constitutes an effective measure of nuclear disarmament and non-proliferation in all its aspects,

Further recognizing that an end to all such nuclear explosions will thus constitute a meaningful step in the realization of a systematic process to achieve nuclear disarmament,

Préambule

Les États parties au présent Traité (ci-après dénommés les «États parties»),

Se félicitant des accords internationaux et autres mesures positives qui sont intervenus au cours de ces dernières années dans le domaine du désarmement nucléaire, notamment les réductions des arsenaux nucléaires, ainsi que dans le domaine de la prévention de la prolifération nucléaire sous tous ses aspects,

Soulignant l'importance de la pleine et prompte application de tels accords et mesures,

Convaincus que la situation internationale offre aujourd'hui la possibilité de prendre de nouvelles mesures pour avancer réellement dans la voie du désarmement nucléaire et pour lutter efficacement contre la prolifération des armes nucléaires sous tous ses aspects, et déclarant leur intention de prendre de telles mesures,

Soulignant par conséquent la nécessité d'efforts continus, systématiques et progressifs pour réduire les armes nucléaires à l'échelle mondiale, l'objectif final étant l'élimination de ces armes et un désarmement général et complet sous un contrôle international strict et efficace,

Reconnaissant que la cessation de toutes les explosions expérimentales d'arme nucléaire et de toutes autres explosions nucléaires, en freinant le développement et l'amélioration qualitative des armes nucléaires et en mettant fin au développement de nouveaux types d'arme nucléaire, encore plus évolués, concourra efficacement au désarmement nucléaire et à la non-prolifération sous tous ses aspects,

Reconnaissant également que l'arrêt définitif de toutes les explosions nucléaires de cette nature constituera de ce fait un progrès significatif dans la réalisation graduelle et systématique du désarmement nucléaire,

Präambel

Die Staaten, die Vertragsparteien dieses Vertrags sind (im folgenden als „Vertragsstaaten“ bezeichnet) –

erfreut über die internationalen Übereinkünfte und andere begrüßenswerte Maßnahmen der letzten Jahre auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung, einschließlich der Verringerung der Kernwaffenbestände, sowie auf dem Gebiet der Verhinderung jeder Form der Verbreitung von Kernwaffen,

unter Hervorhebung der Bedeutung der vollständigen und sofortigen Durchführung dieser Übereinkünfte und Maßnahmen,

in der Überzeugung, daß die augenblickliche internationale Lage eine Gelegenheit bietet, weitere wirkungsvolle Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung und gegen jede Form der Verbreitung von Kernwaffen zu ergreifen, und in Bekundung ihrer Absicht, diese Maßnahmen zu ergreifen,

daher unter Hinweis darauf, daß anhaltende systematische und fortschreitende Bemühungen um eine weltweite Verringerung von Kernwaffen notwendig sind mit dem obersten Ziel, diese Waffen zu beseitigen und eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle herbeizuführen,

In der Erkenntnis, daß die Einstellung sämtlicher Versuchsexplosionen von Kernwaffen und aller anderen nuklearen Explosionen durch Einschränkung der Weiterentwicklung und qualitativen Verbesserung von Kernwaffen und Beendigung der Entwicklung besserer neuer Arten von Kernwaffen eine wirksame Maßnahme zur nuklearen Abrüstung und jeder Form der Nichtverbreitung darstellt,

ferner in der Erkenntnis, daß eine Einstellung aller dieser nuklearen Explosionen einen bedeutenden Schritt zur Verwirklichung eines systematischen Prozesses darstellen wird, um nukleare Abrüstung zu erreichen,

Convinced that the most effective way to achieve an end to nuclear testing is through the conclusion of a universal and internationally and effectively verifiable comprehensive nuclear test-ban treaty, which has long been one of the highest priority objectives of the international community in the field of disarmament and non-proliferation,

Noting the aspirations expressed by the Parties to the 1963 Treaty Banning Nuclear Weapon Tests in the Atmosphere, in Outer Space and Under Water to seek to achieve the discontinuance of all test explosions of nuclear weapons for all time,

Noting also the views expressed that this Treaty could contribute to the protection of the environment,

Affirming the purpose of attracting the adherence of all States to this Treaty and its objective to contribute effectively to the prevention of the proliferation of nuclear weapons in all its aspects, to the process of nuclear disarmament and therefore to the enhancement of international peace and security,

Have agreed as follows:

Article I

Basic Obligations

1. Each State Party undertakes not to carry out any nuclear weapon test explosion or any other nuclear explosion, and to prohibit and prevent any such nuclear explosion at any place under its jurisdiction or control.

2. Each State Party undertakes, furthermore, to refrain from causing, encouraging, or in any way participating in the carrying out of any nuclear weapon test explosion or any other nuclear explosion.

Article II

The Organization

A. General Provisions

1. The States Parties hereby establish the Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty Organization (hereinafter referred to as "the Organization") to achieve the object and purpose of this Treaty, to ensure the implementation of its provisions, including those for international verification of compliance with it, and to provide a forum for consultation and cooperation among States Parties.

2. All States Parties shall be members of the Organization. A State Party shall not be deprived of its membership in the Organization.

Convaincus que le moyen le plus efficace de mettre fin aux essais nucléaires est de conclure un traité universel d'interdiction complète de ces essais qui soit internationalement et effectivement vérifiable, ce qui constitue depuis longtemps l'un des objectifs auxquels la communauté internationale accorde la priorité la plus haute dans le domaine du désarmement et de la non-prolifération,

Notant que les parties au Traité de 1963 interdisant les essais d'armes nucléaires dans l'atmosphère, dans l'espace extra-atmosphérique et sous l'eau ont exprimé le vœu d'assurer l'arrêt de toutes les explosions expérimentales d'arme nucléaire à tout jamais,

Notant aussi les vues exprimées selon lesquelles le présent Traité pourrait contribuer à la protection de l'environnement,

Affirmant le dessein de susciter l'adhésion de tous les États au présent Traité et l'objectif de celui-ci de contribuer efficacement à la prévention de la prolifération des armes nucléaires sous tous ses aspects, au processus de désarmement nucléaire et partant au renforcement de la paix et de la sécurité internationales,

Sont convenus de ce qui suit:

Article I

Obligations fondamentales

1. Chaque État partie s'engage à ne pas effectuer d'explosion expérimentale d'arme nucléaire ou d'autre explosion nucléaire et à interdire et empêcher toute explosion de cette nature en tout lieu placé sous sa juridiction ou son contrôle.

2. Chaque État partie s'engage en outre à s'abstenir de provoquer ou d'encourager l'exécution – ou de participer de quelque manière que ce soit à l'exécution – de toute explosion expérimentale d'arme nucléaire ou de toute autre explosion nucléaire.

Article II

L'Organisation

A. Dispositions générales

1. Les États parties établissent par les présentes l'Organisation du Traité d'interdiction complète des essais nucléaires (ci-après dénommée «l'Organisation»), afin de réaliser l'objet et le but du Traité, d'assurer l'application de ses dispositions, y compris celles qui s'appliquent à la vérification internationale du respect du Traité, et de ménager un cadre dans lequel ils puissent se consulter et coopérer entre eux.

2. Tous les États parties sont membres de l'Organisation. Un État partie ne peut être privé de sa qualité de membre de l'Organisation.

In der Überzeugung, daß eine Einstellung nuklearer Versuche am wirksamsten durch den Abschluß eines allgemeinen sowie international und wirksam verifizierbaren Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen erreicht werden kann, der seit langem eines der dringlichsten Anliegen der internationalen Staatengemeinschaft auf dem Gebiet der Abrüstung und Nichtverbreitung ist,

In Anbetracht des in dem Vertrag von 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser durch dessen Vertragsparteien bekundeten Strebens, darauf hinzuwirken, daß alle Versuchsexplosionen von Kernwaffen für alle Zeiten eingestellt werden,

ferner in Anbetracht der zum Ausdruck gebrachten Auffassung, daß dieser Vertrag zum Schutz der Umwelt beitragen könnte,

in Bekräftigung des Zweckes, den Beitritt aller Staaten zu diesem Vertrag und seinen Zielen herbeizuführen und damit zur Verhinderung jeder Form der Verbreitung von Kernwaffen, zum Prozeß der nuklearen Abrüstung und somit zur Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wirksam beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Grundlegende Verpflichtungen

(1) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, keine Versuchsexplosion von Kernwaffen und keine andere nukleare Explosion durchzuführen und solche nuklearen Explosionen an jedem Ort unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle zu verbieten und zu verhindern.

(2) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich ferner, die Durchführung einer Versuchsexplosion von Kernwaffen oder einer anderen nuklearen Explosion weder zu veranlassen noch zu fördern noch sich in irgendeiner Weise daran zu beteiligen.

Artikel II

Die Organisation

A. Allgemeine Bestimmungen

(1) Die Vertragsstaaten errichten hiermit die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (im folgenden als „Organisation“ bezeichnet) zur Verwirklichung von Ziel und Zweck dieses Vertrags, zur Gewährleistung der Durchführung seiner Bestimmungen, einschließlich derjenigen über die internationale Verifikation seiner Einhaltung, und als Rahmen für die Konsultation und Zusammenarbeit unter den Vertragsstaaten.

(2) Alle Vertragsstaaten sind Mitglieder der Organisation. Einem Vertragsstaat darf seine Mitgliedschaft in der Organisation nicht entzogen werden.

3. The seat of the Organization shall be Vienna, Republic of Austria.

4. There are hereby established as organs of the Organization: the Conference of the States Parties, the Executive Council and the Technical Secretariat, which shall include the International Data Centre.

5. Each State Party shall cooperate with the Organization in the exercise of its functions in accordance with this Treaty. States Parties shall consult, directly among themselves, or through the Organization or other appropriate international procedures, including procedures within the framework of the United Nations and in accordance with its Charter, on any matter which may be raised relating to the object and purpose, or the implementation of the provisions, of this Treaty.

6. The Organization shall conduct its verification activities provided for under this Treaty in the least intrusive manner possible consistent with the timely and efficient accomplishment of their objectives. It shall request only the information and data necessary to fulfil its responsibilities under this Treaty. It shall take every precaution to protect the confidentiality of information on civil and military activities and facilities coming to its knowledge in the implementation of this Treaty and, in particular, shall abide by the confidentiality provisions set forth in this Treaty.

7. Each State Party shall treat as confidential and afford special handling to information and data that it receives in confidence from the Organization in connection with the implementation of this Treaty. It shall treat such information and data exclusively in connection with its rights and obligations under this Treaty.

8. The Organization, as an independent body, shall seek to utilize existing expertise and facilities, as appropriate, and to maximize cost efficiencies, through cooperative arrangements with other international organizations such as the International Atomic Energy Agency. Such arrangements, excluding those of a minor and normal commercial and contractual nature, shall be set out in agreements to be submitted to the Conference of the States Parties for approval.

9. The costs of the activities of the Organization shall be met annually by the States Parties in accordance with the United Nations scale of assessments adjusted to take into account differences in membership between the United Nations and the Organization.

3. L'Organisation a son siège à Vienne (République d'Autriche).

4. Sont créés par les présentes la Conférence des États parties, le Conseil exécutif et le Secrétariat technique, lequel comprend le Centre international de données, qui constituent les organes de l'Organisation.

5. Chaque État partie coopère avec l'Organisation dans l'accomplissement de ses fonctions, conformément au présent Traité. Les États parties tiennent des consultations directement entre eux ou par l'intermédiaire de l'Organisation ou encore suivant d'autres procédures internationales appropriées, notamment des procédures établies dans le cadre de l'Organisation des Nations Unies et conformément à la Charte des Nations Unies, sur toute question qui serait soulevée touchant l'objet et le but du Traité ou l'exécution de ses dispositions.

6. L'Organisation exécute les activités de vérification prévues par le présent Traité de la manière la moins intrusive possible, compatible avec l'accomplissement de leurs objectifs dans les délais et avec l'efficacité voulus. Elle ne demande que les informations et les données qui lui sont nécessaires pour s'acquitter des responsabilités qui lui sont confiées par le Traité. Elle prend toutes les précautions qui s'imposent pour protéger la confidentialité des informations relatives à des activités et des installations civiles et militaires dont elle a connaissance dans le cadre de l'application du Traité et, en particulier, elle se conforme aux dispositions de celui-ci touchant la confidentialité.

7. Chaque État partie traite d'une façon confidentielle et particulièrement les informations et les données qu'il reçoit confidentiellement de l'Organisation concernant l'application du présent Traité. Il traite ces informations et ces données exclusivement dans le cadre des droits et obligations qui sont les siens aux termes du Traité.

8. L'Organisation, en tant qu'entité indépendante, s'efforce d'utiliser selon qu'il convient les compétences techniques et les installations existantes et de maximiser le rapport coût-efficacité en prenant des arrangements de coopération avec d'autres organisations internationales telles que l'Agence internationale de l'énergie atomique. Les arrangements pris à cet effet, excepté les arrangements courants d'importance secondaire qui sont de nature purement commerciale ou contractuelle, doivent être stipulés dans des accords qui sont ensuite soumis à la Conférence des États parties pour approbation.

9. Les coûts des activités de l'Organisation sont couverts annuellement par les États parties selon le barème des quotes-parts de l'Organisation des Nations Unies, ajusté compte tenu des différences entre le nombre des États membres de l'Organisation des Nations Unies et celui des États membres de l'Organisation.

(3) Sitz der Organisation ist Wien, Republik Österreich.

(4) Als Organe der Organisation werden hiermit die Konferenz der Vertragsstaaten, der Exekutivrat und das Technische Sekretariat geschaffen, zu dem das Internationale Datenzentrum gehört.

(5) Jeder Vertragsstaat arbeitet mit der Organisation bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Übereinstimmung mit diesem Vertrag zusammen. Die Vertragsstaaten konsultieren einander unmittelbar oder durch die Organisation oder andere geeignete internationale Verfahren, einschließlich der Verfahren im Rahmen der Vereinten Nationen und in Übereinstimmung mit deren Charta, über jede Angelegenheit, die im Zusammenhang mit Ziel und Zweck des Vertrags oder seiner Durchführung aufgeworfen werden kann.

(6) Die Organisation führt ihre in diesem Vertrag vorgesehenen Verifikationstätigkeiten mit der größtmöglichen Zurückhaltung durch, ohne die rechtzeitige und wirksame Erreichung ihrer Ziele zu gefährden. Sie fordert nur die Informationen und Daten an, die zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Vertrag erforderlich sind. Sie trifft alle Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit von Informationen über zivile und militärische Tätigkeiten und Einrichtungen, von denen sie bei der Durchführung des Vertrags Kenntnis erhält, und beachtet insbesondere die Bestimmungen des Vertrags über die Vertraulichkeit.

(7) Jeder Vertragsstaat behandelt Informationen und Daten, die er von der Organisation im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags vertraulich erhält, als vertraulich und läßt ihnen eine besondere Behandlung zukommen. Er behandelt diese Informationen und Daten ausschließlich im Zusammenhang mit seinen Rechten und Pflichten aus dem Vertrag.

(8) Die Organisation als unabhängiges Gremium ist bemüht, vorhandene Fachkenntnisse und gegebenenfalls Einrichtungen zu nutzen und durch Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen wie etwa der Internationalen Atomenergie-Organisation so kostengünstig wie möglich zu arbeiten. Diese Vereinbarungen, abgesehen von Vereinbarungen wenig bedeutender oder üblicher wirtschaftlicher und vertraglicher Art, werden in Abkommen festgehalten, die der Konferenz der Vertragsstaaten zur Genehmigung vorzulegen sind.

(9) Die Kosten für die Tätigkeiten der Organisation werden von den Vertragsstaaten jährlich nach dem Berechnungsschlüssel der Vereinten Nationen getragen, der der unterschiedlichen Anzahl der Mitglieder in den Vereinten Nationen und der Organisation angepaßt ist.

10. Financial contributions of States Parties to the Preparatory Commission shall be deducted in an appropriate way from their contributions to the regular budget.

11. A member of the Organization which is in arrears in the payment of its assessed contribution to the Organization shall have no vote in the Organization if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contribution due from it for the preceding two full years. The Conference of the States Parties may, nevertheless, permit such a member to vote if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the member.

B. The Conference of the States Parties

Composition, Procedures and Decision-making

12. The Conference of the States Parties (hereinafter referred to as "the Conference") shall be composed of all States Parties. Each State Party shall have one representative in the Conference, who may be accompanied by alternates and advisers.

13. The initial session of the Conference shall be convened by the Depositary no later than 30 days after the entry into force of this Treaty.

14. The Conference shall meet in regular sessions, which shall be held annually, unless it decides otherwise.

15. A special session of the Conference shall be convened:

- (a) When decided by the Conference;
- (b) When requested by the Executive Council; or
- (c) When requested by any State Party and supported by a majority of the States Parties.

The special session shall be convened no later than 30 days after the decision of the Conference, the request of the Executive Council, or the attainment of the necessary support, unless specified otherwise in the decision or request.

16. The Conference may also be convened in the form of an Amendment Conference, in accordance with Article VII.

17. The Conference may also be convened in the form of a Review Conference, in accordance with Article VIII.

18. Sessions shall take place at the seat of the Organization unless the Conference decides otherwise.

19. The Conference shall adopt its rules of procedure. At the beginning of each session, it shall elect its President and such other officers as may be required. They

10. Les contributions financières des États parties à la Commission préparatoire sont déduites d'une manière appropriée de leurs contributions au budget ordinaire.

11. Un membre de l'Organisation en retard dans le paiement de sa contribution aux dépenses de celle-ci ne peut pas participer au vote à l'Organisation si le montant de ses arriérés est égal ou supérieur à la contribution due par lui pour les deux années complètes écoulées. La Conférence des États parties peut néanmoins autoriser ce membre à voter si elle constate que le manquement est dû à des circonstances indépendantes de sa volonté.

B. Conférence des États parties

Composition, procédure et prise de décisions

12. La Conférence des États parties (ci-après dénommée «la Conférence») se compose de tous les États parties. Chaque État partie a un représentant à la Conférence, qui peut être accompagné de suppléants et de conseillers.

13. La session initiale de la Conférence est convoquée par le Dépositaire au plus tard 30 jours après l'entrée en vigueur du présent Traité.

14. La Conférence tient des sessions ordinaires, qui ont lieu chaque année, à moins qu'elle n'en décide autrement.

15. Une session extraordinaire de la Conférence est convoquée:

- a) Sur décision de la Conférence;
- b) A la demande du Conseil exécutif; ou
- c) A la demande de tout État partie appuyée par la majorité des États parties.

La session extraordinaire est convoquée dans les 30 jours qui suivent la décision de la Conférence, la demande du Conseil exécutif ou l'obtention de l'appui requis, sauf indication contraire figurant dans la décision ou la demande.

16. La Conférence peut aussi se réunir en conférence d'amendement, conformément à l'article VII.

17. La Conférence peut aussi se réunir en conférence d'examen, conformément à l'article VIII.

18. Les sessions de la Conférence ont lieu au siège de l'Organisation, à moins que la Conférence n'en décide autrement.

19. La Conférence adopte son règlement intérieur. Au début de chaque session, elle élit son président et d'autres membres du bureau en tant que de besoin. Les

(10) Finanzielle Beiträge der Vertragsstaaten an die Vorbereitungskommission werden von ihren Beiträgen zum ordentlichen Haushalt in angemessener Weise abgezogen.

(11) Ein Mitglied der Organisation, das mit der Zahlung seiner errechneten Beiträge an die Organisation im Rückstand ist, hat kein Stimmrecht in der Organisation, wenn die Höhe seiner Rückstände dem Betrag seiner Beiträge für die vorangegangenen vollen zwei Jahre entspricht oder diesen Betrag übersteigt. Die Konferenz der Vertragsstaaten kann diesem Mitglied trotzdem erlauben, sein Stimmrecht auszuüben, wenn sie sich davon überzeugt hat, daß das Zahlungsverhältnis auf Umstände zurückzuführen ist, auf die das Mitglied keinen Einfluß hat.

B. Die Konferenz der Vertragsstaaten

Zusammensetzung, Verfahren und Beschlußfassung

(12) Die Konferenz der Vertragsstaaten (im folgenden als „Konferenz“ bezeichnet) besteht aus allen Vertragsstaaten. Jeder Vertragsstaat hat einen Vertreter in der Konferenz; er kann von Stellvertretern und Beratern begleitet werden.

(13) Die erste Tagung der Konferenz wird vom Verwahrer spätestens 30 Tage nach Inkrafttreten dieses Vertrags einberufen.

(14) Die Konferenz tritt zu ordentlichen Tagungen zusammen; diese finden jedes Jahr statt, sofern die Konferenz nichts anderes beschließt.

(15) Eine außerordentliche Tagung der Konferenz wird einberufen

- a) auf Beschluß der Konferenz,
- b) auf Antrag des Exekutivrats oder
- c) auf Antrag eines Vertragsstaats, unterstützt von der Mehrheit der Vertragsstaaten.

Die außerordentliche Tagung wird spätestens 30 Tage nach dem Beschluß der Konferenz, dem Antrag des Exekutivrats oder dem Erreichen der erforderlichen Unterstützung einberufen, sofern in dem Beschluß oder dem Antrag nichts anderes vorgesehen ist.

(16) Die Konferenz kann auch in Übereinstimmung mit Artikel VII als Änderungskonferenz einberufen werden.

(17) Die Konferenz kann auch in Übereinstimmung mit Artikel VIII als Überprüfungs-konferenz einberufen werden.

(18) Die Tagungen finden am Sitz der Organisation statt, sofern die Konferenz nichts anderes beschließt.

(19) Die Konferenz gibt sich eine Geschäftsordnung. Zu Beginn jeder Tagung wählt sie ihren Präsidenten und sonstige erforderliche Amtsträger. Diese bleiben so

shall hold office until a new President and other officers are elected at the next session.

20. A majority of the States Parties shall constitute a quorum.

21. Each State Party shall have one vote.

22. The Conference shall take decisions on matters of procedure by a majority of members present and voting. Decisions on matters of substance shall be taken as far as possible by consensus. If consensus is not attainable when an issue comes up for decision, the President of the Conference shall defer any vote for 24 hours and during this period of deferment shall make every effort to facilitate achievement of consensus, and shall report to the Conference before the end of this period. If consensus is not possible at the end of 24 hours, the Conference shall take a decision by a two-thirds majority of members present and voting unless specified otherwise in this Treaty. When the issue arises as to whether the question is one of substance or not, that question shall be treated as a matter of substance unless otherwise decided by the majority required for decisions on matters of substance.

23. When exercising its function under paragraph 26 (k), the Conference shall take a decision to add any State to the list of States contained in Annex 1 to this Treaty in accordance with the procedure for decisions on matters of substance set out in paragraph 22. Notwithstanding paragraph 22, the Conference shall take decisions on any other change to Annex 1 to this Treaty by consensus.

Powers and Functions

24. The Conference shall be the principal organ of the Organization. It shall consider any questions, matters or issues within the scope of this Treaty, including those relating to the powers and functions of the Executive Council and the Technical Secretariat, in accordance with this Treaty. It may make recommendations and take decisions on any questions, matters or issues within the scope of this Treaty raised by a State Party or brought to its attention by the Executive Council.

25. The Conference shall oversee the implementation of, and review compliance with, this Treaty and act in order to promote its object and purpose. It shall also oversee the activities of the Executive Council and the Technical Secretariat and may issue guidelines to either of them for the exercise of their functions.

membres du bureau exercent leurs fonctions jusqu'à ce qu'un nouveau président et d'autres membres soient élus, lors de la session suivante.

20. Le quorum pour la Conférence est constitué par la majorité des États parties.

21. Chaque État partie dispose d'une voix.

22. La Conférence prend les décisions relatives aux questions de procédure à la majorité des membres présents et votants. Les décisions relatives aux questions de fond doivent être prises autant que possible par consensus. S'il ne se dégage aucun consensus lorsqu'il faut se prononcer sur une telle question, le Président ajourne le vote pendant 24 heures, ne ménage aucun effort entre-temps pour faciliter l'obtention du consensus et fait rapport à la Conférence avant l'expiration du délai d'ajournement. S'il n'est pas possible d'arriver au consensus au terme de ces 24 heures, la Conférence prend la décision à la majorité des deux tiers des membres présents et votants, à moins que le présent Traité n'en dispose autrement. En cas de doute sur le point de savoir s'il s'agit ou non d'une question de fond, la question visée est traitée comme une question de fond, à moins qu'il n'en soit décidé autrement à la majorité requise pour les décisions sur les questions de fond.

23. Dans l'exercice des fonctions qui lui sont attribuées en vertu du paragraphe 26, alinéa k), la Conférence décide de l'inscription du nom de tout État sur la liste qui figure à l'Annexe 1 du présent Traité suivant la procédure énoncée au paragraphe 22 pour la prise de décisions sur les questions de fond. Nonobstant les dispositions du paragraphe 22, la Conférence décide par consensus de toute autre modification à apporter à l'Annexe 1 du Traité.

Pouvoirs et fonctions

24. La Conférence est le principal organe de l'Organisation. Elle examine, conformément au présent Traité, tous points, toutes questions et tous problèmes entrant dans le champ d'application du Traité, y compris ceux qui ont trait aux pouvoirs et fonctions du Conseil exécutif et du Secrétariat technique. Elle peut faire des recommandations et se prononcer sur tous points, toutes questions et tous problèmes entrant dans le champ d'application du Traité qui seraient soulevés par un État partie ou portés à son attention par le Conseil exécutif.

25. La Conférence supervise l'application du présent Traité, fait le point de la situation en ce qui concerne le respect de ses dispositions et œuvre à la réalisation de son objet et de son but. En outre, elle supervise les activités du Conseil exécutif et du Secrétariat technique et peut adresser des directives à l'un ou l'autre de ces organes dans l'accomplissement de leurs fonctions.

lange im Amt, bis auf der nächsten Tagung ein neuer Präsident und andere Amtsträger gewählt sind.

(20) Die Konferenz ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Vertragsstaaten anwesend ist.

(21) Jeder Vertragsstaat hat eine Stimme.

(22) Die Konferenz faßt Beschlüsse über Verfahrensfragen mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder. Beschlüsse über Sachfragen werden soweit möglich durch Konsens gefaßt. Kommt ein Konsens nicht zustande, wenn eine Frage zur Abstimmung gestellt wird, so verlagert der Präsident der Konferenz die Abstimmung um 24 Stunden und bemüht sich während dieser Frist nach Kräften, das Zustandekommen eines Konsenses zu erreichen; vor Ablauf dieser Frist erstattet er der Konferenz Bericht. Kommt nach Ablauf von 24 Stunden ein Konsens nicht zustande, so faßt die Konferenz den Beschluß mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder, sofern in diesem Vertrag nichts anderes vorgesehen ist. Ist strittig, ob es sich bei einer Frage um eine Sachfrage handelt, so wird die Frage als Sachfrage behandelt, sofern nicht mit der für Beschlüsse über Sachfragen erforderlichen Mehrheit etwas anderes beschlossen wird.

(23) Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Absatz 26 Buchstabe k faßt die Konferenz den Beschluß, einen Staat in die Liste der Staaten in Anlage 1 aufzunehmen, in Übereinstimmung mit dem Verfahren für Beschlüsse über Sachfragen nach Absatz 22. Ungeachtet des Absatzes 22 faßt die Konferenz Beschlüsse über jede sonstige Modifikation der Anlage 1 durch Konsens.

Befugnisse und Aufgaben

(24) Die Konferenz ist das Hauptorgan der Organisation. Sie behandelt in Übereinstimmung mit diesem Vertrag alle Fragen, Angelegenheiten oder Themen im Rahmen des Vertrags, einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit den Befugnissen und Aufgaben des Exekutivrats und des Technischen Sekretariats. Sie kann zu allen Fragen, Angelegenheiten oder Themen im Rahmen des Vertrags, die von einem Vertragsstaat aufgeworfen oder ihr vom Exekutivrat zur Kenntnis gebracht werden, Empfehlungen abgeben und Beschlüsse fassen.

(25) Die Konferenz wacht über die Durchführung dieses Vertrags, überprüft seine Einhaltung und handelt im Interesse der Förderung seines Zieles und seines Zweckes. Sie wacht ferner über die Tätigkeiten des Exekutivrats und des Technischen Sekretariats; sie kann beiden Organen für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben Leitlinien erteilen.

26. The Conference shall:

- (a) Consider and adopt the report of the Organization on the implementation of this Treaty and the annual programme and budget of the Organization, submitted by the Executive Council, as well as consider other reports;
- (b) Decide on the scale of financial contributions to be paid by States Parties in accordance with paragraph 9;
- (c) Elect the members of the Executive Council;
- (d) Appoint the Director-General of the Technical Secretariat (hereinafter referred to as "the Director-General");
- (e) Consider and approve the rules of procedure of the Executive Council submitted by the latter;
- (f) Consider and review scientific and technological developments that could affect the operation of this Treaty. In this context, the Conference may direct the Director-General to establish a Scientific Advisory Board to enable him or her, in the performance of his or her functions, to render specialized advice in areas of science and technology relevant to this Treaty to the Conference, to the Executive Council, or to States Parties. In that case, the Scientific Advisory Board shall be composed of independent experts serving in their individual capacity and appointed, in accordance with terms of reference adopted by the Conference, on the basis of their expertise and experience in the particular scientific fields relevant to the implementation of this Treaty;
- (g) Take the necessary measures to ensure compliance with this Treaty and to redress and remedy any situation that contravenes the provisions of this Treaty, in accordance with Article V;
- (h) Consider and approve at its initial session any draft agreements, arrangements, provisions, procedures, operational manuals, guidelines and any other documents developed and recommended by the Preparatory Commission;
- (i) Consider and approve agreements or arrangements negotiated by the Technical Secretariat with States Parties, other States and international organizations to be concluded by the Executive Council on behalf of the Organization in accordance with paragraph 38 (h);
- (j) Establish such subsidiary organs as it finds necessary for the exercise of its functions in accordance with this Treaty; and

26. La Conférence:

- a) Examine et adopte le rapport de l'Organisation sur l'application du présent Traité ainsi que le budget-programme annuel de l'Organisation, que lui présente le Conseil exécutif, et examine d'autres rapports;
- b) Décide du barème des quotes-parts revenant aux États parties conformément au paragraphe 9;
- c) Élit les membres du Conseil exécutif;
- d) Nomme le Directeur général du Secrétariat technique (ci-après dénommé le «Directeur général»);
- e) Examine et approuve le règlement intérieur du Conseil exécutif que lui présente ce dernier;
- f) Examine et passe en revue les innovations scientifiques et techniques qui pourraient avoir des répercussions sur le fonctionnement du présent Traité. Dans ce contexte, la Conférence peut charger le Directeur général de créer un conseil scientifique consultatif qui permette à celui-ci, dans l'exercice de ses fonctions, de fournir à la Conférence, au Conseil exécutif ou aux États parties des avis spécialisés dans des domaines scientifiques et techniques ayant un rapport avec le Traité. Le conseil scientifique consultatif ainsi créé est composé d'experts indépendants siégeant à titre personnel et désignés conformément au mandat donné par la Conférence, sur la base de leurs compétences et de leur expérience dans les domaines scientifiques particuliers ayant un rapport avec l'application du Traité;
- g) Prend les mesures nécessaires pour assurer le respect du présent Traité et pour redresser et corriger toute situation qui contreviendrait aux dispositions de l'instrument, conformément à l'article V;
- h) Examine et approuve à sa session initiale tous projets d'accord, d'arrangement, de disposition, de procédure, de manuel opérationnel ou de directive ainsi que tous autres documents élaborés et recommandés par la Commission préparatoire;
- i) Examine et approuve les accords ou arrangements que le Secrétariat technique négocie avec des États parties, d'autres États et des organisations internationales et que le Conseil exécutif est appelé à conclure ou à prendre au nom de l'Organisation conformément au paragraphe 38, alinéa h);
- j) Établit les organes subsidiaires qu'elle juge nécessaires à l'accomplissement des fonctions qui lui sont attribuées par le présent Traité;

(26) Die Konferenz

- a) prüft und verabschiedet den Bericht der Organisation über die Durchführung dieses Vertrags, das Jahresprogramm und den Haushalt der Organisation, die vom Exekutivrat vorgelegt werden, und prüft andere Berichte;
- b) entscheidet über den Schlüssel für die von den Vertragsstaaten zu entrichtenden finanziellen Beiträge nach Absatz 9;
- c) wählt die Mitglieder des Exekutivrats;
- d) ernennt den Generaldirektor des Technischen Sekretariats (im folgenden als „Generaldirektor“ bezeichnet);
- e) prüft und genehmigt die vom Exekutivrat vorgelegte Geschäftsordnung des Exekutivrats;
- f) prüft und untersucht wissenschaftliche und technologische Entwicklungen, die auf die Wirkungsweise dieses Vertrags Auswirkungen haben könnten. In diesem Zusammenhang kann die Konferenz den Generaldirektor anweisen, einen wissenschaftlichen Beirat einzusetzen, der es ihm ermöglicht, in Wahrnehmung seiner Aufgaben der Konferenz, dem Exekutivrat oder Vertragsstaaten auf wissenschaftlichen oder technologischen Gebieten, die den Vertrag berühren, fachliche Beratung zu erteilen. Der wissenschaftliche Beirat setzt sich in diesem Fall aus unabhängigen Fachleuten zusammen, die in persönlicher Eigenschaft tätig sind und in Übereinstimmung mit der von der Konferenz angenommenen Aufgabenstellung aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Erfahrung auf den für die Durchführung des Vertrags maßgeblichen besonderen wissenschaftlichen Gebieten ernannt werden;
- g) trifft die erforderlichen Maßnahmen, um nach Artikel V die Einhaltung dieses Vertrags zu gewährleisten und jede Lage zu bereinigen, die zu dem Vertrag im Widerspruch steht;
- h) prüft und genehmigt auf ihrer ersten Tagung die von der Vorbereitungskommission ausgearbeiteten und empfohlenen Entwürfe von Abkommen, Vereinbarungen, Bestimmungen, Verfahren, Arbeitshandbüchern, Leitlinien und sonstige Schriftstücke;
- i) prüft und genehmigt Abkommen oder Vereinbarungen, die vom Technischen Sekretariat mit Vertragsstaaten, anderen Staaten oder internationalen Organisationen ausgehandelt wurden und vom Exekutivrat im Namen der Organisation nach Absatz 38 Buchstabe h geschlossen werden sollen;
- j) setzt die nachgeordneten Organe ein, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Übereinstimmung mit diesem Vertrag für notwendig hält, und

- (k) Update Annex 1 to this Treaty, as appropriate, in accordance with paragraph 23.

C. The Executive Council

Composition, Procedures and Decision-making

27. The Executive Council shall consist of 51 members. Each State Party shall have the right, in accordance with the provisions of this Article, to serve on the Executive Council.

28. Taking into account the need for equitable geographical distribution, the Executive Council shall comprise:

- (a) Ten States Parties from Africa;
- (b) Seven States Parties from Eastern Europe;
- (c) Nine States Parties from Latin America and the Caribbean;
- (d) Seven States Parties from the Middle East and South Asia;
- (e) Ten States Parties from North America and Western Europe; and
- (f) Eight States Parties from South-East Asia, the Pacific and the Far East.

All States in each of the above geographical regions are listed in Annex 1 to this Treaty. Annex 1 to this Treaty shall be updated, as appropriate, by the Conference in accordance with paragraphs 23 and 26 (k). It shall not be subject to amendments or changes under the procedures contained in Article VII.

29. The members of the Executive Council shall be elected by the Conference. In this connection, each geographical region shall designate States Parties from that region for election as members of the Executive Council as follows:

- (a) At least one-third of the seats allocated to each geographical region shall be filled, taking into account political and security interests, by States Parties in that region designated on the basis of the nuclear capabilities relevant to the Treaty as determined by international data as well as all or any of the following indicative criteria in the order of priority determined by each region:
 - (i) Number of monitoring facilities of the International Monitoring System;
 - (ii) Expertise and experience in monitoring technology; and
 - (iii) Contribution to the annual budget of the Organization;
- (b) One of the seats allocated to each geographical region shall be filled on a rotational basis by the State Party that is

- k) Met à jour l'Annexe 1 du présent Traité selon les besoins, conformément au paragraphe 23.

C. Le Conseil exécutif

Composition, procédure et prise de décisions

27. Le Conseil exécutif se compose de 51 membres. Chaque État partie a le droit, conformément aux dispositions du présent article, de siéger au Conseil.

28. Compte tenu de la nécessité d'une répartition géographique équitable des sièges, le Conseil exécutif comprend:

- a) Dix États parties d'Afrique;
- b) Sept États parties d'Europe orientale;
- c) Neuf États parties d'Amérique latine et des Caraïbes;
- d) Sept États parties du Moyen-Orient et d'Asie du Sud;
- e) Dix États parties d'Amérique du Nord et d'Europe occidentale;
- f) Huit États parties d'Asie du Sud-Est, du Pacifique et d'Extrême-Orient.

Tous les États des régions géographiques susmentionnées sont énumérés dans l'Annexe 1 du présent Traité. L'Annexe 1 est mise à jour par la Conférence selon les besoins, conformément au paragraphe 23 et au paragraphe 26, alinéa k). Il ne peut pas lui être apporté d'amendements ou de modifications suivant les procédures énoncées à l'article VII.

29. Les membres du Conseil exécutif sont élus par la Conférence. Pour cela, chaque groupe régional désigne des États parties de la région considérée aux fins de leur élection au Conseil, comme suit:

- a) Au moins un tiers des sièges attribués à chaque région géographique sont pourvus, compte tenu des intérêts politiques et de sécurité, par des États parties de la région considérée qui sont désignés sur la base des capacités nucléaires ayant un rapport avec le Traité telles qu'elles sont déterminées par les données internationales ainsi que de l'ensemble ou d'un quelconque des critères indicatifs ci-après, dans l'ordre de priorité que fixe chaque groupe régional:
 - i) Le nombre d'installations de surveillance du Système de surveillance internationale;
 - ii) Les compétences et l'expérience dans les domaines que recouvrent les techniques de surveillance;
 - iii) La contribution au budget annuel de l'Organisation;
- b) L'un des sièges attribués à chaque région géographique est pourvu suivant le principe de la rotation par l'État partie

- k) bringt gegebenenfalls Anlage 1 in Übereinstimmung mit Absatz 23 auf den neuesten Stand.

C. Der Exekutivrat

Zusammensetzung, Verfahren und Beschlußfassung

(27) Der Exekutivrat besteht aus 51 Mitgliedern. Jeder Vertragsstaat hat in Übereinstimmung mit diesem Artikel das Recht, dem Exekutivrat anzugehören.

(28) Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer gerechten geographischen Verteilung setzt sich der Exekutivrat wie folgt zusammen:

- a) zehn Vertragsstaaten aus Afrika;
- b) sieben Vertragsstaaten aus Osteuropa;
- c) neun Vertragsstaaten aus Lateinamerika und der Karibik;
- d) sieben Vertragsstaaten aus dem Nahen Osten und Südostasien;
- e) zehn Vertragsstaaten aus Nordamerika und Westeuropa und
- f) acht Vertragsstaaten aus Südostasien, dem pazifischen Raum und dem Fernen Osten.

Alle Staaten in jeder der genannten geographischen Regionen sind in Anlage 1 aufgeführt. Anlage 1 wird gegebenenfalls von der Konferenz in Übereinstimmung mit Absatz 23 und Absatz 26 Buchstabe k auf den neuesten Stand gebracht. Sie darf nach den in Artikel VII enthaltenen Verfahren weder geändert noch modifiziert werden.

(29) Die Mitglieder des Exekutivrats werden von der Konferenz gewählt. In diesem Zusammenhang bestimmt jede geographische Region Vertragsstaaten aus dieser Region zur Wahl als Mitglieder des Exekutivrats wie folgt:

- a) Mindestens ein Drittel der jeder geographischen Region zugeteilten Sitze werden unter Berücksichtigung politischer und sicherheitspolitischer Interessen von Vertragsstaaten aus dieser Region besetzt, die auf der Grundlage der für den Vertrag maßgeblichen nuklearen Fähigkeiten, wie sie sich aus internationalen Daten ergeben, sowie aufgrund aller oder eines der folgenden kennzeichnenden Kriterien, deren Reihenfolge jede Region festlegt, bestimmt werden:
 - i) Anzahl der Überwachungseinrichtungen des internationalen Überwachungssystems;
 - ii) Fachkenntnisse und Erfahrung in Überwachungstechnologie und
 - iii) Beitrag zum Jahreshaushalt der Organisation;
- b) einer der jeder geographischen Region zugeteilten Sitze wird im Rotationsverfahren von dem Vertragsstaat besetzt,

first in the English alphabetical order among the States Parties in that region that have not served as members of the Executive Council for the longest period of time since becoming States Parties or since their last term, whichever is shorter. A State Party designated on this basis may decide to forgo its seat. In that case, such a State Party shall submit a letter of renunciation to the Director-General, and the seat shall be filled by the State Party following next-in-order according to this subparagraph; and

- (c) The remaining seats allocated to each geographical region shall be filled by States Parties designated from among all the States Parties in that region by rotation or elections.

30. Each member of the Executive Council shall have one representative on the Executive Council, who may be accompanied by alternates and advisers.

31. Each member of the Executive Council shall hold office from the end of the session of the Conference at which that member is elected until the end of the second regular annual session of the Conference thereafter, except that for the first election of the Executive Council, 26 members shall be elected to hold office until the end of the third regular annual session of the Conference, due regard being paid to the established numerical proportions as described in paragraph 28.

32. The Executive Council shall elaborate its rules of procedure and submit them to the Conference for approval.

33. The Executive Council shall elect its Chairman from among its members.

34. The Executive Council shall meet for regular sessions. Between regular sessions it shall meet as may be required for the fulfilment of its powers and functions.

35. Each member of the Executive Council shall have one vote.

36. The Executive Council shall take decisions on matters of procedure by a majority of all its members. The Executive Council shall take decisions on matters of substance by a two-thirds majority of all its members unless specified otherwise in this Treaty. When the issue arises as to whether the question is one of substance or not, that question shall be treated as a matter of substance unless otherwise decided by the majority required for decisions on matters of substance.

Powers and Functions

37. The Executive Council shall be the executive organ of the Organization. It shall be responsible to the Conference. It shall

qui, selon l'ordre alphabétique anglais, vient en tête parmi les États parties de la région considérée qui n'ont pas siégé au Conseil exécutif pendant le plus grand nombre d'années à compter de la date d'expiration de leur dernier mandat ou, à défaut, à compter de la date à laquelle ils sont devenus parties. L'État partie désigné sur cette base peut décider de passer son tour, auquel cas il remet au Directeur général une lettre de renonciation; est alors désigné l'État partie qui occupe le deuxième rang, établi suivant les dispositions du présent alinéa;

- c) Le reste des sièges attribués à chaque région géographique sont pourvus par des États parties désignés parmi tous ceux de la région considérée, suivant le principe de la rotation ou par des élections.

30. Chaque membre du Conseil exécutif a un représentant à cet organe, qui peut être accompagné de suppléants et de conseillers.

31. Chaque membre du Conseil exécutif exerce ses fonctions de la fin de la session de la Conférence à laquelle il est élu à la fin de la deuxième session annuelle ordinaire que la Conférence tient par la suite, si ce n'est que, lors de la première élection du Conseil, 26 États parties seront élus qui exerceront leurs fonctions jusqu'à la fin de la troisième session annuelle ordinaire de la Conférence, compte dûment tenu des proportions numériques énoncées au paragraphe 28.

32. Le Conseil exécutif élabore son règlement intérieur et le soumet à l'approbation de la Conférence.

33. Le Conseil exécutif élit son président parmi ses membres.

34. Le Conseil exécutif tient des sessions ordinaires. Entre les sessions ordinaires, il se réunit aussi souvent que l'exige l'exercice de ses pouvoirs et fonctions.

35. Chaque membre du Conseil exécutif dispose d'une voix.

36. Le Conseil exécutif prend les décisions relatives aux questions de procédure à la majorité de l'ensemble de ses membres. Il prend les décisions sur les questions de fond à la majorité des deux tiers de l'ensemble de ses membres, sauf disposition contraire du présent Traité. En cas de doute sur le point de savoir s'il s'agit ou non d'une question de fond, la question visée est traitée comme une question de fond, à moins qu'il n'en soit décidé autrement à la majorité requise pour les décisions sur les questions de fond.

Pouvoirs et fonctions

37. Le Conseil exécutif est l'organe exécutif de l'Organisation. Il relève de la Conférence. Il exerce les pouvoirs et fonc-

der im englischen Alphabet an erster Stelle steht unter den Vertragsstaaten jener Region, die am längsten nicht mehr als Mitglieder im Exekutivrat vertreten waren, seit sie Vertragsstaaten geworden sind oder das letzte Mal vertreten waren, je nachdem, welcher Zeitraum der kürzere ist. Ein auf dieser Grundlage bestimmter Vertragsstaat kann beschließen, auf seinen Sitz zu verzichten. In diesem Fall läßt der Vertragsstaat dem Generaldirektor ein Schreiben über den Verzicht des Sitzes zugehen, und der Sitz wird von dem Vertragsstaat besetzt, der im Einklang mit diesem Buchstaben in der Reihenfolge der nächste ist, und

- c) die jeder geographischen Region zugewiesenen übrigen Sitze werden von Vertragsstaaten besetzt, die unter allen Vertragsstaaten dieser Region im Rotationsverfahren oder durch Wahlen bestimmt werden.

(30) Jedes Mitglied des Exekutivrats hat einen Vertreter im Exekutivrat; er kann von Stellvertretern und Beratern begleitet werden.

(31) Jedes Mitglied des Exekutivrats amtiert vom Abschluß der Tagung der Konferenz, auf der es gewählt wird, bis zum Abschluß der zweiten danach abgehaltenen ordentlichen Jahrestagung der Konferenz; allerdings werden bei der ersten Wahl zum Exekutivrat 26 Mitglieder gewählt, die bis zum Abschluß der dritten ordentlichen Jahrestagung der Konferenz amtiert, wobei die in Absatz 28 beschriebene festgelegte zahlenmäßige Verteilung gebührend berücksichtigt wird.

(32) Der Exekutivrat arbeitet seine Geschäftsordnung aus und legt sie der Konferenz zur Genehmigung vor.

(33) Der Exekutivrat wählt seinen Vorsitzenden aus den Reihen seiner Mitglieder.

(34) Der Exekutivrat tritt zu ordentlichen Tagungen zusammen. Zwischen den ordentlichen Tagungen tritt er zusammen, wie dies zur Wahrnehmung seiner Befugnisse und Aufgaben notwendig ist.

(35) Jedes Mitglied des Exekutivrats hat eine Stimme.

(36) Der Exekutivrat faßt seine Beschlüsse über Verfahrensfragen mit der Mehrheit aller seiner Mitglieder. Der Exekutivrat faßt seine Beschlüsse über Sachfragen mit Zweidrittelmehrheit aller seiner Mitglieder, sofern in diesem Vertrag nichts anderes festgelegt ist. Ist strittig, ob es sich bei einer Frage um eine Sachfrage handelt, so wird die Frage als Sachfrage behandelt, sofern nicht mit der für Beschlüsse über Sachfragen erforderlichen Mehrheit etwas anderes beschlossen wird.

Befugnisse und Aufgaben

(37) Der Exekutivrat ist das ausführende Organ der Organisation. Er ist der Konferenz gegenüber verantwortlich. Er nimmt

carry out the powers and functions entrusted to it in accordance with this Treaty. In so doing, it shall act in conformity with the recommendations, decisions and guidelines of the Conference and ensure their continuous and proper implementation.

38. The Executive Council shall:

- (a) Promote effective implementation of, and compliance with, this Treaty;
- (b) Supervise the activities of the Technical Secretariat;
- (c) Make recommendations as necessary to the Conference for consideration of further proposals for promoting the object and purpose of this Treaty;
- (d) Cooperate with the National Authority of each State Party;
- (e) Consider and submit to the Conference the draft annual programme and budget of the Organization, the draft report of the Organization on the implementation of this Treaty, the report on the performance of its own activities and such other reports as it deems necessary or that the Conference may request;
- (f) Make arrangements for the sessions of the Conference, including the preparation of the draft agenda;
- (g) Examine proposals for changes, on matters of an administrative or technical nature, to the Protocol or the Annexes thereto, pursuant to Article VII, and make recommendations to the States Parties regarding their adoption;
- (h) Conclude, subject to prior approval of the Conference, agreements or arrangements with States Parties, other States and international organizations on behalf of the Organization and supervise their implementation, with the exception of agreements or arrangements referred to in subparagraph (i);
- (i) Approve and supervise the operation of agreements or arrangements relating to the implementation of verification activities with States Parties and other States; and
- (j) Approve any new operational manuals and any changes to the existing operational manuals that may be proposed by the Technical Secretariat.

39. The Executive Council may request a special session of the Conference.

40. The Executive Council shall:

- (a) Facilitate cooperation among States Parties, and between States Parties and the Technical Secretariat, relating

tions qui lui sont conférés par le présent Traité. Ce faisant, il agit en conformité avec les recommandations, les décisions et les directives de la Conférence et veille à ce qu'elles soient appliquées comme il se doit et de manière suivie.

38. Le Conseil exécutif:

- a) Œuvre à l'application effective et au respect des dispositions du présent Traité;
- b) Supervise les activités du Secrétariat technique;
- c) Fait à la Conférence des recommandations, selon que de besoin, relatives à l'examen de nouvelles propositions visant à la réalisation de l'objet et du but du Traité;
- d) Coopère avec l'autorité nationale de chaque État partie;
- e) Examine et présente à la Conférence le projet de budget-programme annuel de l'Organisation, le projet de rapport de l'Organisation sur l'application du Traité, le rapport sur l'exécution de ses propres activités et les autres rapports qu'il juge nécessaires ou que la Conférence demanderait;
- f) Prend les dispositions nécessaires pour l'organisation des sessions de la Conférence et notamment pour l'établissement du projet d'ordre du jour;
- g) Examine des propositions tendant à apporter des modifications d'ordre administratif ou technique au Protocole ou à ses Annexes, en application de l'article VII, et fait aux États parties des recommandations concernant leur adoption;
- h) Conclut au nom de l'Organisation, sous réserve de l'approbation préalable de la Conférence, les accords ou arrangements avec les États parties, les autres États et les organisations internationales, hormis ceux qui sont visés à l'alinéa i), et supervise leur application;
- i) Approuve les accords ou les arrangements avec les États parties et les autres États concernant l'exécution des activités de vérification et supervise leur fonctionnement;
- j) Approuve tous nouveaux manuels opérationnels que proposerait le Secrétariat technique et toutes modifications que celui-ci suggérerait d'apporter aux manuels opérationnels existants.

39. Le Conseil exécutif peut demander la tenue d'une session extraordinaire de la Conférence.

40. Le Conseil exécutif:

- a) Facilite, par des échanges d'informations, la coopération entre les États parties, et entre les États parties et le

die ihm übertragenen Befugnisse und Aufgaben in Übereinstimmung mit diesem Vertrag wahr. Dabei handelt er nach Maßgabe der Empfehlungen, Beschlüsse und Leitlinien der Konferenz und stellt sicher, daß sie ohne Unterbrechung und ordnungsgemäß durchgeführt werden.

(38) Der Exekutivrat

- a) fördert die wirksame Durchführung und Einhaltung dieses Vertrags;
- b) überwacht die Tätigkeiten des Technischen Sekretariats;
- c) erteilt der Konferenz die für die Prüfung weiterer Vorschläge zur Förderung von Ziel und Zweck des Vertrags notwendigen Empfehlungen;
- d) arbeitet mit der nationalen Behörde jedes Vertragsstaats zusammen;
- e) prüft den Entwurf des Jahresprogramms und des Haushalts der Organisation, den Entwurf des Berichts der Organisation über die Durchführung des Vertrags, den Bericht über die Ausübung seiner eigenen Tätigkeiten und etwaige weitere Berichte, die er für notwendig hält oder um welche die Konferenz ersucht, und legt dies alles der Konferenz vor;
- f) trifft Vorkehrungen für die Tagungen der Konferenz, insbesondere arbeitet er die vorläufige Tagesordnung aus;
- g) untersucht Vorschläge zur Modifikation des Protokolls oder der dazugehörigen Anlagen in Verwaltungsfragen oder technischen Fragen nach Artikel VII und gibt den Vertragsstaaten Empfehlungen über deren Annahme;
- h) schließt im Namen der Organisation und vorbehaltlich der vorherigen Genehmigung durch die Konferenz Abkommen oder Vereinbarungen mit Vertragsstaaten, anderen Staaten und internationalen Organisationen und überwacht deren Durchführung, mit Ausnahme der unter Buchstabe i genannten Abkommen oder Vereinbarungen;
- i) genehmigt und überwacht die Wirkungsweise der Abkommen oder Vereinbarungen über die Durchführung von Verifikationstätigkeiten bei Vertragsstaaten und anderen Staaten, und
- j) genehmigt neue Arbeitshandbücher und jede vom Technischen Sekretariat gegebenenfalls vorgeschlagene Modifikation bereits vorhandener Arbeitshandbücher.

(39) Der Exekutivrat kann eine außerordentliche Tagung der Konferenz beantragen.

(40) Der Exekutivrat

- a) erleichtert durch Informationsaustausch die Zusammenarbeit zwischen Vertragsstaaten sowie zwischen Ver-

to the implementation of this Treaty through information exchanges;

- (b) Facilitate consultation and clarification among States Parties in accordance with Article IV; and
- (c) Receive, consider and take action on requests for, and reports on, on-site inspections in accordance with Article IV.

41. The Executive Council shall consider any concern raised by a State Party about possible non-compliance with this Treaty and abuse of the rights established by this Treaty. In so doing, the Executive Council shall consult with the States Parties involved and, as appropriate, request a State Party to take measures to redress the situation within a specified time. To the extent that the Executive Council considers further action to be necessary, it shall take, *inter alia*, one or more of the following measures:

- (a) Notify all States Parties of the issue or matter;
- (b) Bring the issue or matter to the attention of the Conference;
- (c) Make recommendations to the Conference or take action, as appropriate, regarding measures to redress the situation and to ensure compliance in accordance with Article V.

D. The Technical Secretariat

42. The Technical Secretariat shall assist States Parties in the implementation of this Treaty. The Technical Secretariat shall assist the Conference and the Executive Council in the performance of their functions. The Technical Secretariat shall carry out the verification and other functions entrusted to it by this Treaty, as well as those functions delegated to it by the Conference or the Executive Council in accordance with this Treaty. The Technical Secretariat shall include, as an integral part, the International Data Centre.

43. The functions of the Technical Secretariat with regard to verification of compliance with this Treaty shall, in accordance with Article IV and the Protocol, include *inter alia*:

- (a) Being responsible for supervising and coordinating the operation of the International Monitoring System;
- (b) Operating the International Data Centre;
- (c) Routinely receiving, processing, analysing and reporting on International Monitoring System data;
- (d) Providing technical assistance in, and support for, the installation and operation of monitoring stations;

Secrétariat technique, concernant l'application du présent Traité;

- b) Facilite la consultation et la clarification entre les États parties conformément à l'article IV;
- c) Reçoit et examine les demandes d'inspection sur place ainsi que les rapports d'inspection et arrête son action au sujet des premières et des seconds, conformément à l'article IV.

41. Le Conseil exécutif examine tout motif de préoccupation d'un État partie concernant l'inexécution possible du présent Traité et l'usage abusif des droits établis par celui-ci. Pour ce faire, il consulte les États parties impliqués et, selon qu'il convient, demande à un État partie de prendre des mesures pour redresser la situation dans des délais fixés. Pour autant que le Conseil exécutif juge nécessaire de poursuivre l'affaire, il prend notamment une ou plusieurs des mesures suivantes:

- a) Il informe tous les États parties du problème ou de la question;
- b) Il porte le problème ou la question à l'attention de la Conférence;
- c) Il fait à la Conférence des recommandations ou prend une décision, selon qu'il convient, touchant des mesures pour redresser la situation et assurer le respect des dispositions du Traité conformément à l'article V.

D. Le Secrétariat technique

42. Le Secrétariat technique aide les États parties à appliquer le présent Traité. Il aide la Conférence et le Conseil exécutif dans l'accomplissement de leurs fonctions. Le Secrétariat technique exerce les fonctions de vérification et les autres fonctions qui lui sont attribuées par le Traité ainsi que celles qui lui sont déléguées par la Conférence ou le Conseil exécutif conformément aux dispositions du Traité. Il comprend le Centre international de données, qui en fait partie intégrante.

43. En ce qui concerne la vérification du respect des dispositions du présent Traité, le Secrétariat technique, conformément à l'article IV et au Protocole, entre autres fonctions:

- a) Est chargé de superviser et de coordonner l'exploitation du Système de surveillance international;
- b) Exploite le Centre international de données;
- c) Reçoit, traite et analyse régulièrement les données du Système de surveillance international et fait régulièrement rapport sur ces données;
- d) Fournit une assistance et un appui techniques pour l'installation et l'exploitation de stations de surveillance;

tragsstaaten und dem Technischen Sekretariat in bezug auf die Durchführung dieses Vertrags;

- b) erleichtert Konsultation und Klarstellung zwischen Vertragsstaaten nach Artikel IV und
- c) nimmt Anträge und Berichte betreffend Inspektionen vor Ort nach Artikel IV entgegen, prüft sie und ergreift Maßnahmen.

(41) Der Exekutivrat prüft alle von einem Vertragsstaat vorgebrachten Bedenken wegen einer möglichen Nichteinhaltung dieses Vertrags und eines Mißbrauchs der durch den Vertrag begründeten Rechte. Dabei konsultiert der Exekutivrat die betroffenen Vertragsstaaten und fordert gegebenenfalls einen Vertragsstaat auf, Maßnahmen zu treffen, um die Lage innerhalb einer festgelegten Frist zu bereinigen. Soweit der Exekutivrat weitere Schritte für erforderlich hält, trifft er unter anderem eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen:

- a) Er notifiziert allen Vertragsstaaten die Frage oder Angelegenheit;
- b) er bringt die Frage oder Angelegenheit der Konferenz zur Kenntnis;
- c) er erteilt der Konferenz Empfehlungen über Maßnahmen oder trifft gegebenenfalls selbst Maßnahmen nach Artikel V zur Bereinigung der Lage und zur Gewährleistung der Einhaltung.

D. Das Technische Sekretariat

(42) Das Technische Sekretariat unterstützt Vertragsstaaten bei der Durchführung dieses Vertrags. Das Technische Sekretariat unterstützt die Konferenz und den Exekutivrat bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Das Technische Sekretariat führt die Verifikation durch und nimmt andere ihm durch den Vertrag übertragene Aufgaben sowie die ihm von der Konferenz und vom Exekutivrat in Übereinstimmung mit dem Vertrag zugewiesenen Aufgaben wahr. Bestandteil des Technischen Sekretariats ist das Internationale Datenzentrum.

(43) Zu den Aufgaben des Technischen Sekretariats in bezug auf die Verifikation der Einhaltung dieses Vertrags gehört nach Artikel IV und dem Protokoll unter anderem folgendes:

- a) Es ist verantwortlich für die Überwachung und Koordinierung des Betriebs des Internationalen Überwachungssystems;
- b) es betreibt das Internationale Datenzentrum;
- c) es nimmt routinemäßig Daten aus dem Internationalen Überwachungssystem entgegen, bearbeitet und analysiert sie und berichtet darüber;
- d) es leistet technische Hilfe und Unterstützung bei der Errichtung und dem Betrieb von Überwachungsstationen;

- (e) Assisting the Executive Council in facilitating consultation and clarification among States Parties;
- (f) Receiving requests for on-site inspections and processing them, facilitating Executive Council consideration of such requests, carrying out the preparations for, and providing technical support during, the conduct of on-site inspections, and reporting to the Executive Council;
- (g) Negotiating agreements or arrangements with States Parties, other States and international organizations and concluding, subject to prior approval by the Executive Council, any such agreements or arrangements relating to verification activities with States Parties or other States; and
- (h) Assisting the States Parties through their National Authorities on other issues of verification under this Treaty.

44. The Technical Secretariat shall develop and maintain, subject to approval by the Executive Council, operational manuals to guide the operation of the various components of the verification regime, in accordance with Article IV and the Protocol. These manuals shall not constitute integral parts of this Treaty or the Protocol and may be changed by the Technical Secretariat subject to approval by the Executive Council. The Technical Secretariat shall promptly inform the States Parties of any changes in the operational manuals.

45. The functions of the Technical Secretariat with respect to administrative matters shall include:

- (a) Preparing and submitting to the Executive Council the draft programme and budget of the Organization;
- (b) Preparing and submitting to the Executive Council the draft report of the Organization on the implementation of this Treaty and such other reports as the Conference or the Executive Council may request;
- (c) Providing administrative and technical support to the Conference, the Executive Council and other subsidiary organs;
- (d) Addressing and receiving communications on behalf of the Organization relating to the implementation of this Treaty; and
- (e) Carrying out the administrative responsibilities related to any agreements between the Organization and other international organizations.

46. All requests and notifications by States Parties to the Organization shall be transmitted through their National Authorities to the Director-General. Requests and notifications shall be in one of the official languages of this Treaty. In response the

- e) Aide le Conseil exécutif à faciliter la consultation et la clarification entre les États parties;
- f) Reçoit les demandes d'inspection sur place et les examine, facilite l'examen de ces demandes par le Conseil exécutif, assure la préparation des inspections sur place et fournit un soutien technique pendant qu'elles se déroulent, et fait rapport au Conseil exécutif;
- g) Négocie et, sous réserve de l'approbation préalable du Conseil exécutif, conclut avec les États parties, les autres États et les organisations internationales des accords ou des arrangements concernant les activités de vérification;
- h) Aide les États parties, par l'intermédiaire de leur autorité nationale, relativement à d'autres problèmes que pose la vérification de l'exécution du Traité.

44. Le Secrétariat technique élabore et tient à jour, sous réserve de l'approbation du Conseil exécutif, des manuels opérationnels conçus pour guider l'exploitation des diverses composantes du régime de vérification, conformément à l'article IV et au Protocole. Lesdits manuels ne font pas partie intégrante du Traité ni du Protocole et peuvent être modifiés par le Secrétariat technique, sous réserve de l'approbation du Conseil exécutif. Le Secrétariat technique informe sans retard les États parties de tous changements apportés aux manuels opérationnels.

45. En ce qui concerne les questions d'ordre administratif, le Secrétariat technique, entre autres fonctions:

- a) Établit et présente au Conseil exécutif le projet de budget-programme de l'Organisation;
- b) Établit et présente au Conseil exécutif le projet de rapport de l'Organisation sur l'application du Traité et tous autres rapports que la Conférence ou le Conseil exécutif demanderaient;
- c) Fournit un appui administratif et technique à la Conférence, au Conseil exécutif et aux organes subsidiaires;
- d) Adresse et reçoit au nom de l'Organisation des communications portant sur l'application du Traité;
- e) Accomplit les tâches administratives en rapport avec tous accords conclus entre l'Organisation et d'autres organisations internationales.

46. Toutes les demandes et notifications adressées à l'Organisation par les États parties sont envoyées au Directeur général par l'intermédiaire des autorités nationales. Les demandes et notifications doivent être rédigées dans l'une des langues officielles

- e) es unterstützt den Exekutivrat dabei, Konsultation und Klarstellung zwischen Vertragsstaaten zu erleichtern;
- f) es nimmt Ersuchen um Inspektionen vor Ort entgegen und bearbeitet sie, unterstützt die Prüfung dieser Ersuchen durch den Exekutivrat, trifft Vorbereitungen für die Durchführung von Inspektionen vor Ort, leistet in deren Verlauf technische Hilfe und berichtet dem Exekutivrat;
- g) es handelt Abkommen oder Vereinbarungen mit Vertragsstaaten, anderen Staaten und internationalen Organisationen aus und schließt vorbehaltlich der vorherigen Genehmigung durch den Exekutivrat solche Abkommen oder Vereinbarungen über Verifikationsstätigkeiten bei Vertragsstaaten oder anderen Staaten, und
- h) es hilft den Vertragsstaaten über ihre nationalen Behörden bei anderen Fragen betreffend die Verifikation aufgrund dieses Vertrags.

(44) Das Technische Sekretariat erstellt und unterhält vorbehaltlich der Genehmigung durch den Exekutivrat Arbeitshandbücher als Anleitung für den Betrieb der verschiedenen Teile des Verifikationssystems nach Artikel IV und dem Protokoll. Diese Handbücher sind nicht Bestandteil dieses Vertrags oder des Protokolls und können vom Technischen Sekretariat vorbehaltlich der Genehmigung durch den Exekutivrat modifiziert werden. Das Technische Sekretariat teilt den Vertragsstaaten umgehend jede Modifikation der Arbeitshandbücher mit.

(45) Zu den Aufgaben des Technischen Sekretariats in bezug auf Verwaltungsangelegenheiten gehört folgendes:

- a) Es arbeitet den Entwurf des Programms und des Haushalts der Organisation aus und legt ihn dem Exekutivrat vor;
- b) es arbeitet den Entwurf des Berichts der Organisation über die Durchführung dieses Vertrags und weitere Berichte aus, welche die Konferenz oder der Exekutivrat anfordern, und legt sie dem Exekutivrat vor;
- c) es leistet der Konferenz, dem Exekutivrat und anderen nachgeordneten Organen verwaltungsmäßige und technische Hilfe;
- d) es gibt im Namen der Organisation Mitteilungen über die Durchführung dieses Vertrags ab und nimmt sie entgegen, und
- e) es führt die Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang mit Übereinkünften zwischen der Organisation und anderen internationalen Organisationen durch.

(46) Alle Ersuchen und Notifikationen der Vertragsstaaten an die Organisation werden dem Generaldirektor über ihre nationalen Behörden zugestellt. Die Ersuchen und Notifikationen sind in einer der amtlichen Sprachen abzufassen. In seiner Antwort

Director-General shall use the language of the transmitted request or notification.

47. With respect to the responsibilities of the Technical Secretariat for preparing and submitting to the Executive Council the draft programme and budget of the Organization, the Technical Secretariat shall determine and maintain a clear accounting of all costs for each facility established as part of the International Monitoring System. Similar treatment in the draft programme and budget shall be accorded to all other activities of the Organization.

48. The Technical Secretariat shall promptly inform the Executive Council of any problems that have arisen with regard to the discharge of its functions that have come to its notice in the performance of its activities and that it has been unable to resolve through consultations with the State Party concerned.

49. The Technical Secretariat shall comprise a Director-General, who shall be its head and chief administrative officer, and such scientific, technical and other personnel as may be required. The Director-General shall be appointed by the Conference upon the recommendation of the Executive Council for a term of four years, renewable for one further term, but not thereafter. The first Director-General shall be appointed by the Conference at its initial session upon the recommendation of the Preparatory Commission.

50. The Director-General shall be responsible to the Conference and the Executive Council for the appointment of the staff and for the organization and functioning of the Technical Secretariat. The paramount consideration in the employment of the staff and in the determination of the conditions of service shall be the necessity of securing the highest standards of professional expertise, experience, efficiency, competence and integrity. Only citizens of States Parties shall serve as the Director-General, as inspectors or as members of the professional and clerical staff. Due regard shall be paid to the importance of recruiting the staff on as wide a geographical basis as possible. Recruitment shall be guided by the principle that the staff shall be kept to the minimum necessary for the proper discharge of the responsibilities of the Technical Secretariat.

51. The Director-General may, as appropriate, after consultation with the Executive Council, establish temporary working groups of scientific experts to provide recommendations on specific issues.

52. In the performance of their duties, the Director-General, the inspectors, the inspection assistants and the members of the staff shall not seek or receive instruc-

du Traité. La réponse du Directeur général est formulée dans la même langue.

47. Aux fins de l'établissement du projet de budget-programme de l'Organisation et de la présentation de celui-ci au Conseil exécutif, le Secrétariat technique arrête et tient une comptabilité claire de tous les coûts afférents à chaque installation du Système de surveillance international. Il procède d'une manière analogue pour toutes les autres activités de l'Organisation qui sont reflétées dans le projet de budget-programme.

48. Le Secrétariat technique informe sans retard le Conseil exécutif de tous problèmes qu'il a pu rencontrer dans l'exercice de ses fonctions qu'il a constatés dans l'exécution de ses activités et qu'il n'a pu lever par des consultations avec l'État partie intéressé.

49. Le Secrétariat technique comprend un directeur général, qui en est le chef et en dirige l'administration, ainsi qu'un personnel scientifique, technique et autre, selon les besoins. Le Directeur général est nommé par la Conférence sur recommandation du Conseil exécutif pour quatre ans; son mandat peut être renouvelé une seule fois. Le premier directeur général est nommé par la Conférence à sa session initiale sur la recommandation de la Commission préparatoire.

50. Le Directeur général est chargé de la nomination des membres du personnel ainsi que de l'organisation et du fonctionnement du Secrétariat technique, et en répond auprès de la Conférence et du Conseil exécutif. La considération dominante dans le recrutement et la définition des conditions d'emploi du personnel est la nécessité d'assurer les plus hautes qualités de connaissance professionnelle, d'expérience, d'efficacité, de compétence et d'intégrité. Seuls des nationaux des États parties peuvent être nommés directeur général ou engagés comme inspecteurs, cadres ou employés d'administration. Est dûment prise en considération l'importance d'un recrutement effectué sur une base géographique aussi large que possible. Aux fins du recrutement, il est tenu compte du principe suivant lequel les effectifs doivent être maintenus au minimum nécessaire pour que le Secrétariat technique puisse s'acquitter convenablement de ses responsabilités.

51. Le Directeur général peut, après consultation du Conseil exécutif, établir à titre temporaire et selon que de besoin des groupes de travail d'experts scientifiques pour faire des recommandations concernant des problèmes particuliers.

52. Dans l'exercice de leurs fonctions, le Directeur général, les inspecteurs, les assistants d'inspection et les membres du personnel ne sollicitent ni ne reçoivent

verwendet der Generaldirektor die Sprache, in der das zugestellte Ersuchen oder die zugestellte Notifikation abgefaßt ist.

(47) In bezug auf die Verantwortlichkeit des Technischen Sekretariats für die Ausarbeitung des Entwurfs des Programms und des Haushalts der Organisation und deren Vorlage beim Exekutivrat legt das Technische Sekretariat eine klare Aufstellung aller Kosten für jede als Teil des Internationalen Überwachungssystems errichtete Einrichtung fest und behält sie bei. In dem Entwurf des Programms und des Haushalts wird allen anderen Tätigkeiten der Organisation eine ähnliche Behandlung zuteil.

(48) Das Technische Sekretariat unterrichtet den Exekutivrat umgehend über alle Probleme, die sich bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben ergeben haben, die ihm bei der Durchführung seiner Tätigkeiten zur Kenntnis gelangt sind und die es durch Konsultation mit dem betreffenden Vertragsstaat nicht hat ausräumen können.

(49) Das Technische Sekretariat besteht aus einem Generaldirektor, der dessen Leiter und höchster Verwaltungsbeamter ist, sowie aus dem benötigten wissenschaftlichen, technischen und sonstigen Personal. Der Generaldirektor wird von der Konferenz auf Empfehlung des Exekutivrats für eine Amtszeit von vier Jahren ernannt, die einmal verlängert werden kann. Der erste Generaldirektor wird von der Konferenz auf ihrer ersten Tagung auf Empfehlung der Vorbereitungskommission ernannt.

(50) Der Generaldirektor ist gegenüber der Konferenz und dem Exekutivrat für die Ernennung der Bediensteten sowie für die Organisation und die Arbeitsweise des Technischen Sekretariats verantwortlich. Bei der Einstellung des Personals und der Festsetzung der Dienstverhältnisse ist vorrangig der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, daß ein Höchstmaß an Fachkenntnissen, Erfahrung, Leistungsfähigkeit, fachlicher Eignung und Ehrenhaftigkeit gewährleistet ist. Nur Staatsangehörige der Vertragsstaaten dürfen als Generaldirektor, als Inspektoren oder als Fach- oder Büropersonal tätig sein. Die Bedeutung einer Auswahl des Personals auf möglichst breiter geographischer Grundlage ist gebührend zu berücksichtigen. Bei der Einstellung ist von dem Grundsatz auszugehen, daß das Personal auf das Mindestmaß beschränkt bleibt, das für die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Verantwortlichkeiten des Technischen Sekretariats erforderlich ist.

(51) Der Generaldirektor kann gegebenenfalls nach Konsultation mit dem Exekutivrat nichtständige Arbeitsgruppen wissenschaftlicher Fachleute zur Erteilung von Empfehlungen zu bestimmten Fragen einsetzen.

(52) Der Generaldirektor, die Inspektoren, die Inspektionsassistenten und die Mitglieder des Personals dürfen in Erfüllung ihrer Pflichten von einer Regierung

tions from any Government or from any other source external to the Organization. They shall refrain from any action that might reflect adversely on their positions as International officers responsible only to the Organization. The Director-General shall assume responsibility for the activities of an inspection team.

53. Each State Party shall respect the exclusively international character of the responsibilities of the Director-General, the inspectors, the inspection assistants and the members of the staff and shall not seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

E. Privileges and Immunities

54. The Organization shall enjoy on the territory and in any other place under the jurisdiction or control of a State Party such legal capacity and such privileges and immunities as are necessary for the exercise of its functions.

55. Delegates of States Parties, together with their alternates and advisers, representatives of members elected to the Executive Council, together with their alternates and advisers, the Director-General, the inspectors, the inspection assistants and the members of the staff of the Organization shall enjoy such privileges and immunities as are necessary in the independent exercise of their functions in connection with the Organization.

56. The legal capacity, privileges and immunities referred to in this Article shall be defined in agreements between the Organization and the States Parties as well as in an agreement between the Organization and the State in which the Organization is seated. Such agreements shall be considered and approved in accordance with paragraph 26 (h) and (i).

57. Notwithstanding paragraphs 54 and 55, the privileges and immunities enjoyed by the Director-General, the inspectors, the inspection assistants and the members of the staff of the Technical Secretariat during the conduct of verification activities shall be those set forth in the Protocol.

Article III

National Implementation Measures

1. Each State Party shall, in accordance with its constitutional processes, take any necessary measures to implement its obligations under this Treaty. In particular, it shall take any necessary measures:

(a) To prohibit natural and legal persons anywhere on its territory or in any other place under its jurisdiction as recognized by international law from undertaking any activity prohibited to a State

d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucune autre entité extérieure à l'Organisation. Ils s'abstiennent de tout acte qui pourrait nuire à leur statut de fonctionnaires internationaux relevant uniquement de l'Organisation. Le Directeur général assume la responsabilité des activités d'une équipe d'inspection.

53. Chaque État partie respecte le caractère exclusivement international des responsabilités confiées au Directeur général, aux inspecteurs, aux assistants d'inspection et aux membres du personnel et ne cherche pas à les influencer dans l'accomplissement de leurs fonctions.

E. Privilèges et immunités

54. L'Organisation jouit, sur le territoire et en tout autre lieu placé sous la juridiction ou le contrôle d'un État partie, de la capacité juridique et des privilèges et immunités qui lui sont nécessaires pour exercer ses fonctions.

55. Les représentants des États parties ainsi que leurs suppléants et conseillers, les représentants des membres élus au Conseil exécutif ainsi que leurs suppléants et conseillers, le Directeur général, les inspecteurs, les assistants d'inspection et les membres du personnel de l'Organisation jouissent des privilèges et immunités qui leur sont nécessaires pour exercer en toute indépendance leurs fonctions en rapport avec l'Organisation.

56. La capacité juridique et les privilèges et immunités mentionnés dans le présent article sont définis dans des accords entre l'Organisation et les États parties ainsi que dans un accord entre l'Organisation et le pays dans lequel est situé le siège de l'Organisation. Ces accords sont examinés et approuvés conformément au paragraphe 26, alinéas h) et i).

57. Nonobstant les paragraphes 54 et 55, le Directeur général, les inspecteurs, les assistants d'inspection et les membres du personnel du Secrétariat technique jouissent, durant l'exécution des activités de vérification, des privilèges et immunités énoncés dans le Protocole.

Article III

Mesures d'application nationales

1. Chaque État partie prend, conformément aux procédures prévues par sa Constitution, toutes mesures requises pour s'acquitter des obligations qu'il a contractées en vertu du présent Traité. En particulier, il fait le nécessaire:

a) Pour interdire aux personnes physiques et morales se trouvant en quelque lieu de son territoire ou en tout autre lieu placé sous sa juridiction telle qu'elle est reconnue par le droit international d'en-

oder von einer anderen Stelle außerhalb der Organisation Weisungen weder einholen noch entgegennehmen. Sie haben sich jeder Handlung zu enthalten, die ihrer Stellung als internationale, nur der Organisation verantwortliche Bedienstete abträglich sein könnte. Der Generaldirektor übernimmt die Verantwortung für die Tätigkeiten eines Inspektionsteams.

(53) Jeder Vertragsstaat achtet den ausschließlich internationalen Charakter der Verantwortung des Generaldirektors, der Inspektoren, der Inspektionsassistenten und der Mitglieder des Personals und versucht nicht, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

E. Vorrechte und Immunitäten

(54) Die Organisation besitzt im Hoheitsgebiet oder an jedem anderen Ort unter der Hoheitsgewalt oder Kontrolle eines Vertragsstaats die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderliche Rechts- und Geschäftsfähigkeit und genießt die dafür notwendigen Vorrechte und Immunitäten.

(55) Die Delegierten der Vertragsstaaten mit ihren Stellvertretern und Beratern, die Vertreter der in den Exekutivrat gewählten Mitglieder mit ihren Stellvertretern und Beratern, der Generaldirektor, die Inspektoren, die Inspektionsassistenten und die Mitglieder des Personals der Organisation genießen die für die unabhängige Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der Organisation erforderlichen Vorrechte und Immunitäten.

(56) Die Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die Vorrechte und Immunitäten, auf die in diesem Artikel Bezug genommen wird, werden in Übereinkommen zwischen der Organisation und den Vertragsstaaten sowie in einem Abkommen zwischen der Organisation und dem Staat, in dem sich der Sitz der Organisation befindet, festgelegt. Solche Übereinkünfte werden in Übereinstimmung mit Absatz 26 Buchstaben h und i geprüft und genehmigt.

(57) Unbeschadet der Absätze 54 und 55 genießen der Generaldirektor, die Inspektoren, die Inspektionsassistenten und die Mitglieder des Personals des Technischen Sekretariats während der Durchführung von Verifikationstätigkeiten die im Protokoll genannten Vorrechte und Immunitäten.

Artikel III

Innerstaatliche Durchführungsmaßnahmen

(1) Jeder Vertragsstaat trifft in Übereinstimmung mit seinen verfassungsrechtlichen Verfahren alle notwendigen Maßnahmen, um seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu erfüllen. Insbesondere trifft er alle notwendigen Maßnahmen,

a) um natürlichen und juristischen Personen an irgendeinem Ort in seinem Hoheitsgebiet oder an einem anderen Ort unter seiner völkerrechtlich anerkannten Hoheitsgewalt jede Tätigkeit

Party under this Treaty;

- (b) To prohibit natural and legal persons from undertaking any such activity anywhere under its control; and
- (c) To prohibit, in conformity with international law, natural persons possessing its nationality from undertaking any such activity anywhere.

2. Each State Party shall cooperate with other States Parties and afford the appropriate form of legal assistance to facilitate the implementation of the obligations under paragraph 1.

3. Each State Party shall inform the Organization of the measures taken pursuant to this Article.

4. In order to fulfil its obligations under the Treaty, each State Party shall designate or set up a National Authority and shall so inform the Organization upon entry into force of the Treaty for it. The National Authority shall serve as the national focal point for liaison with the Organization and with other States Parties.

Article IV

Verification

A. General Provisions

1. In order to verify compliance with this Treaty, a verification regime shall be established consisting of the following elements:

- (a) An International Monitoring System;
- (b) Consultation and clarification;
- (c) On-site inspections; and
- (d) Confidence-building measures.

At entry into force of this Treaty, the verification regime shall be capable of meeting the verification requirements of this Treaty.

2. Verification activities shall be based on objective information, shall be limited to the subject matter of this Treaty, and shall be carried out on the basis of full respect for the sovereignty of States Parties and in the least intrusive manner possible consistent with the effective and timely accomplishment of their objectives. Each State Party shall refrain from any abuse of the right of verification.

3. Each State Party undertakes in accordance with this Treaty to cooperate, through its National Authority established pursuant to Article III, paragraph 4, with the Organization and with other States Parties to facilitate the verification of compliance with this Treaty by, *inter alia*:

- (a) Establishing the necessary facilities to participate in these verification mea-

treprendre quelque activité que ce soit qui est interdite à un État partie par le présent Traité;

- b) Pour interdire aux personnes physiques et morales d'entreprendre quelque activité de cette nature en quelque lieu qui soit placé sous son contrôle;
- c) Pour interdire aux personnes physiques possédant sa nationalité, conformément au droit international, d'entreprendre quelque activité de cette nature en quelque lieu que ce soit.

2. Chaque État partie coopère avec les autres États parties et procure l'assistance juridique voulue pour faciliter l'exécution des obligations énoncées au paragraphe 1.

3. Chaque État partie informe l'Organisation des mesures qu'il a prises en application du présent article.

4. Afin de s'acquitter des obligations qu'il a contractées en vertu du Traité, chaque État partie désigne ou établit une autorité nationale et en avise l'Organisation au moment où le Traité entre en vigueur à son égard. L'autorité nationale sert de centre national en vue d'assurer la liaison avec l'Organisation et les autres États parties.

Article IV

Vérification

A. Dispositions générales

1. Afin de vérifier le respect des dispositions du présent Traité, il est établi un régime de vérification qui s'appuie sur les éléments suivants:

- a) Un système de surveillance internationale;
- b) La consultation et la clarification;
- c) Les inspections sur place;
- d) Les mesures de confiance.

À l'entrée en vigueur du Traité, le régime de vérification est capable de satisfaire à ses exigences concernant la vérification.

2. Les activités de vérification sont fondées sur des informations objectives, sont limitées à l'objet du présent Traité et sont menées dans le plein respect de la souveraineté des États parties et de la manière la moins intrusive possible, compatible avec la réalisation de leurs objectifs dans les délais et avec l'efficacité voulus. Chaque État partie s'abstient d'abuser de quelque façon que ce soit du droit de vérification.

3. Chaque État partie s'engage, conformément au présent Traité, à coopérer, par l'entremise de l'autorité nationale établie en application du paragraphe 4 de l'article III, avec l'Organisation et d'autres États parties afin de faciliter la vérification du respect du Traité, notamment:

- a) En créant les dispositifs nécessaires pour participer à ces mesures de vérifi-

zu verbieten, die einem Vertragsstaat aufgrund dieses Vertrags verboten ist;

- b) um natürlichen oder juristischen Personen an jedem Ort unter seiner Kontrolle eine solche Tätigkeit zu verbieten, und
- c) um im Einklang mit dem Völkerrecht natürlichen Personen seiner Staatsangehörigkeit eine solche Tätigkeit an jedem Ort zu verbieten.

(2) Jeder Vertragsstaat arbeitet mit anderen Vertragsstaaten zusammen und gewährt in geeigneter Form rechtliche Hilfe, um die Erfüllung der Verpflichtungen nach Absatz 1 zu erleichtern.

(3) Jeder Vertragsstaat unterrichtet die Organisation über die aufgrund dieses Artikels getroffenen Maßnahmen.

(4) Zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag bestimmt oder errichtet jeder Vertragsstaat eine nationale Behörde und teilt sie der Organisation mit, sobald der Vertrag für ihn in Kraft tritt. Die nationale Behörde dient als innerstaatliche Anlaufstelle für die Verbindung zu der Organisation und anderen Vertragsstaaten.

Artikel IV

Verifikation

A. Allgemeine Bestimmungen

(1) Zur Verifikation der Einhaltung dieses Vertrags wird ein Verifikationssystem geschaffen, das aus folgenden Teilen besteht:

- a) einem internationalen Überwachungssystem;
- b) Konsultation und Klarstellung;
- c) Inspektionen vor Ort und
- d) vertrauensbildenden Maßnahmen.

Bei Inkrafttreten des Vertrags ist das Verifikationssystem in der Lage, den Verifikationsanforderungen des Vertrags zu genügen.

(2) Verifikationstätigkeiten beruhen auf objektiven Informationen, beschränken sich auf den Gegenstand dieses Vertrags und werden auf der Grundlage der vollen Achtung der Souveränität der Vertragsstaaten mit der größtmöglichen Zurückhaltung im Einklang mit dem wirksamen und rechtzeitigen Erreichen ihrer Ziele durchgeführt. Jeder Vertragsstaat enthält sich jeden Mißbrauchs des Rechtes auf Verifikation.

(3) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich in Übereinstimmung mit diesem Vertrag, durch seine nach Artikel III Absatz 4 errichtete nationale Behörde mit der Organisation und mit anderen Vertragsstaaten zusammenzuarbeiten, um die Verifikation der Einhaltung des Vertrags unter anderem durch folgendes zu erleichtern:

- a) Schaffung der zur Teilnahme an diesen Verifikationsmaßnahmen erforderlichen

- sures and establishing the necessary communication;
- (b) Providing data obtained from national stations that are part of the International Monitoring System;
 - (c) Participating, as appropriate, in a consultation and clarification process;
 - (d) Permitting the conduct of on-site inspections; and
 - (e) Participating, as appropriate, in confidence-building measures.

4. All States Parties, irrespective of their technical and financial capabilities, shall enjoy the equal right of verification and assume the equal obligation to accept verification.

5. For the purposes of this Treaty, no State Party shall be precluded from using information obtained by national technical means of verification in a manner consistent with generally recognized principles of international law, including that of respect for the sovereignty of States.

6. Without prejudice to the right of States Parties to protect sensitive installations, activities or locations not related to this Treaty, States Parties shall not interfere with elements of the verification regime of this Treaty or with national technical means of verification operating in accordance with paragraph 5.

7. Each State Party shall have the right to take measures to protect sensitive installations and to prevent disclosure of confidential information and data not related to this Treaty.

8. Moreover, all necessary measures shall be taken to protect the confidentiality of any information related to civil and military activities and facilities obtained during verification activities.

9. Subject to paragraph 8, information obtained by the Organization through the verification regime established by this Treaty shall be made available to all States Parties in accordance with the relevant provisions of this Treaty and the Protocol.

10. The provisions of this Treaty shall not be interpreted as restricting the international exchange of data for scientific purposes.

11. Each State Party undertakes to cooperate with the Organization and with other States Parties in the improvement of the verification regime, and in the examination of the verification potential of additional monitoring technologies such as electromagnetic pulse monitoring or satellite monitoring, with a view to developing, when appropriate, specific measures to enhance the efficient and cost-effective verification

cation et en établissant les communications nécessaires;

- b) En fournissant les données obtenues des stations nationales intégrées au Système de surveillance international;
- c) En participant, selon qu'il convient, à un processus de consultation et de clarification;
- d) En autorisant les inspections sur place;
- e) En participant, selon qu'il convient, à des mesures de confiance.

4. Quels que soient leurs moyens techniques et financiers, les États parties ont tous, dans des conditions d'égalité, un droit de vérification et l'obligation d'accepter la vérification.

5. Aux fins du présent Traité, il n'est interdit à aucun État partie d'utiliser l'information obtenue par les moyens techniques nationaux de vérification d'une manière compatible avec les principes généralement reconnus du droit international, y compris celui du respect de la souveraineté des États.

6. Sans préjudice du droit des États parties à protéger des installations, des activités ou des lieux sensibles sans rapport avec le présent Traité, les États parties ne font pas obstacle à des éléments du régime de vérification du Traité ni aux moyens techniques nationaux de vérification qui sont exploités conformément au paragraphe 5.

7. Chaque État partie a le droit de prendre des mesures pour protéger des installations sensibles et empêcher la divulgation d'informations et de données confidentielles sans rapport avec le présent Traité.

8. En outre, toutes les mesures voulues sont prises pour protéger la confidentialité de toute information concernant les activités et les installations civiles et militaires qui a été obtenue au cours des activités de vérification.

9. Sous réserve du paragraphe 8, les informations obtenues par l'Organisation dans le cadre du régime de vérification établi par le présent Traité sont mises à la disposition de tous les États parties conformément aux dispositions pertinentes du Traité et du Protocole.

10. Les dispositions du présent Traité ne doivent pas être interprétées comme restreignant l'échange international de données à des fins scientifiques.

11. Chaque État partie s'engage à coopérer avec l'Organisation et d'autres États parties à l'amélioration du régime de vérification et à l'étude des possibilités qu'offrent d'autres techniques de surveillance sur le plan de la vérification, comme la détection de l'impulsion électromagnétique ou la surveillance par satellite, en vue de mettre au point, le cas échéant, des mesures spécifiques visant à

Einrichtungen und der erforderlichen Kommunikationsmöglichkeiten;

- b) Bereitstellung von Daten aus nationalen Stationen, die Teil des internationalen Überwachungssystems sind;
- c) gegebenenfalls Teilnahme an einem Konsultations- und Klarstellungsverfahren;
- d) Zulassung der Durchführung von Inspektionen vor Ort und
- e) gegebenenfalls Beteiligung an vertrauensbildenden Maßnahmen.

(4) Alle Vertragsstaaten genießen ungeachtet ihrer technischen und finanziellen Möglichkeiten das gleiche Recht auf Verifikation und übernehmen die gleiche Verpflichtung zur Zulassung einer Verifikation.

(5) Für die Zwecke dieses Vertrags wird kein Vertragsstaat daran gehindert, Informationen zu verwenden, die durch nationale technische Verifikationsmittel in einer Weise erlangt wurden, die mit den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts, einschließlich der Achtung der Souveränität der Staaten, vereinbar ist.

(6) Unbeschadet des Rechtes der Vertragsstaaten, sicherheitsempfindliche Vorrichtungen, Tätigkeiten oder Standorte zu schützen, die mit diesem Vertrag nicht in Zusammenhang stehen, beeinflussen Vertragsstaaten weder Teile des Verifikationssystems des Vertrags noch die nach Absatz 5 durchgeführten nationalen technischen Verifikationsmittel.

(7) Jeder Vertragsstaat hat das Recht, Maßnahmen zum Schutz sicherheitsempfindlicher Vorrichtungen zu treffen und zu verhindern, daß vertrauliche Informationen und Daten, die mit diesem Vertrag nicht in Zusammenhang stehen, preisgegeben werden.

(8) Darüber hinaus werden alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die Vertraulichkeit einer während der Verifikationsstätigkeiten erlangten Information in bezug auf zivile und militärische Tätigkeiten und Einrichtungen zu schützen.

(9) Vorbehaltlich des Absatzes 8 werden Informationen, die durch das mit diesem Vertrag geschaffene Verifikationssystem erlangt wurden, allen Vertragsstaaten in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Vertrags und des Protokolls zugänglich gemacht.

(10) Dieser Vertrag darf nicht so ausgelegt werden, als schränke er den internationalen Austausch von Daten für wissenschaftliche Zwecke ein.

(11) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, mit der Organisation und mit anderen Vertragsstaaten bei der Verbesserung des Verifikationssystems und bei der Untersuchung des Verifikationspotentials zusätzlicher Überwachungstechnologien wie etwa Überwachung durch elektromagnetischen Impuls oder Satellitenüberwachung zusammenzuarbeiten, um gegebenenfalls bestimmte Maßnahmen zur Verbesserung

of this Treaty. Such measures shall, when agreed, be incorporated in existing provisions in this Treaty, the Protocol or as additional sections of the Protocol, in accordance with Article VII, or, if appropriate, be reflected in the operational manuals in accordance with Article II, paragraph 44.

12. The States Parties undertake to promote cooperation among themselves to facilitate and participate in the fullest possible exchange relating to technologies used in the verification of this Treaty in order to enable all States Parties to strengthen their national implementation of verification measures and to benefit from the application of such technologies for peaceful purposes.

13. The provisions of this Treaty shall be implemented in a manner which avoids hampering the economic and technological development of the States Parties for further development of the application of atomic energy for peaceful purposes.

Verification Responsibilities of the Technical Secretariat

14. In discharging its responsibilities in the area of verification specified in this Treaty and the Protocol, in cooperation with the States Parties the Technical Secretariat shall, for the purpose of this Treaty:

- (a) Make arrangements to receive and distribute data and reporting products relevant to the verification of this Treaty in accordance with its provisions, and to maintain a global communications infrastructure appropriate to this task;
- (b) Routinely through its International Data Centre, which shall in principle be the focal point within the Technical Secretariat for data storage and data processing:
 - (i) Receive and initiate requests for data from the International Monitoring System;
 - (ii) Receive data, as appropriate, resulting from the process of consultation and clarification, from on-site inspections, and from confidence-building measures; and
 - (iii) Receive other relevant data from States Parties and international organizations in accordance with this Treaty and the Protocol;

renforcer l'efficacité et la rentabilité des opérations de vérification de l'exécution du Traité. Lorsqu'elles sont convenues, ces mesures sont incorporées dans les dispositions existantes du Traité et dans celles du Protocole ou font l'objet de nouvelles sections du Protocole, conformément à l'article VII, ou encore, s'il y a lieu, sont reflétées dans les manuels opérationnels conformément au paragraphe 44 de l'article II.

12. Les États parties s'engagent à promouvoir une coopération entre eux-mêmes pour aider et participer à l'échange le plus complet possible concernant les technologies utilisées dans la vérification du présent Traité afin de permettre à tous les États parties de renforcer leur mise en œuvre nationale des mesures de vérification et de bénéficier de l'application de ces technologies à des fins pacifiques.

13. Les dispositions du présent Traité doivent être mises en œuvre de façon à éviter d'entraver le développement économique et technologique des États parties en vue du développement des applications de l'énergie atomique à des fins pacifiques.

Tâches du Secrétariat technique en matière de vérification

14. Pour s'acquitter de ses tâches en matière de vérification telles qu'elles sont spécifiées dans le présent Traité et le Protocole, le Secrétariat technique, en coopération avec les États parties et pour les besoins du Traité:

- a) Prend des arrangements pour recevoir et distribuer les données et rapports intéressant la vérification de l'exécution du Traité, conformément à celui-ci, et pour disposer d'une infrastructure de télécommunications mondiale adaptée à cette tâche;
- b) Dans le cadre de ses activités régulières et par l'intermédiaire de son Centre International de données, qui est en principe l'élément central du Secrétariat technique pour le stockage des données et le traitement des données:
 - i) Reçoit et présente des demandes de données issues du Système de surveillance international;
 - ii) Reçoit, selon qu'il convient, les données résultant du processus de consultation et de clarification, des inspections sur place et des mesures de confiance;
 - iii) Reçoit d'autres données pertinentes des États parties et des organisations internationales conformément au Traité et au Protocole;

der wirksamen und kostengünstigen Verifikation dieses Vertrags zu entwickeln. Solche Maßnahmen werden, sobald sie vereinbart sind, in die vorhandenen Bestimmungen des Vertrags, des Protokolls oder als zusätzliche Abschnitte des Protokolls in Übereinstimmung mit Artikel VII aufgenommen oder gegebenenfalls in Übereinstimmung mit Artikel II Absatz 44 in die Arbeitshandbücher eingearbeitet.

(12) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Zusammenarbeit untereinander zu fördern, um einen möglichst vollständigen Austausch im Zusammenhang mit den bei der Verifikation dieses Vertrags eingesetzten Technologien zu erleichtern und sich an dem Austausch zu beteiligen und um damit alle Vertragsstaaten in die Lage zu versetzen, die innerstaatliche Durchführung von Verifikationsmaßnahmen zu stärken und aus der Anwendung dieser Technologien für friedliche Zwecke Nutzen zu ziehen.

(13) Dieser Vertrag wird in einer Weise durchgeführt, die eine Behinderung der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung der Vertragsstaaten in Bezug auf die Weiterentwicklung der Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke vermindert.

Verifikationsaufgaben des Technischen Sekretariats

(14) In Wahrnehmung seiner Aufgaben auf dem in diesem Vertrag und dem Protokoll festgelegten Gebiet der Verifikation wird das Technische Sekretariat in Zusammenarbeit mit den Vertragsstaaten für die Zwecke des Vertrags auf folgende Weise tätig:

- a) Es trifft Regelungen, um die für die Verifikation dieses Vertrags in Übereinstimmung mit seinen Bestimmungen maßgeblichen Daten und Ergebnisberichte entgegenzunehmen und zu verteilten und um eine dieser Aufgabe angemessene Infrastruktur für die weltweite Kommunikation aufrechtzuerhalten;
- b) es wird routinemäßig über sein Internationales Datenzentrum, das innerhalb des Technischen Sekretariats grundsätzlich die Anlaufstelle für Datenspeicherung und Datenverarbeitung ist,
 - i) Ersuchen um Daten aus dem Internationalen Überwachungssystem entgegennehmen und einleiten;
 - ii) gegebenenfalls Daten, die sich aus dem Verfahren der Konsultation und Klarstellung, aus Inspektionen vor Ort und aus vertrauensbildenden Maßnahmen ergeben, entgegennehmen und
 - iii) andere maßgebliche Daten von Vertragsstaaten und internationalen Organisationen in Übereinstimmung mit diesem Vertrag und dem Protokoll entgegennehmen;

- | | | |
|---|---|---|
| <p>(c) Supervise, coordinate and ensure the operation of the International Monitoring System and its component elements, and of the International Data Centre, in accordance with the relevant operational manuals;</p> | <p>c) Supervise, coordonne et assure l'exploitation du Système de surveillance international et de ses composantes, ainsi que du Centre international de données, conformément aux manuels opérationnels pertinents;</p> | <p>c) es überwacht, koordiniert und gewährleistet in Übereinstimmung mit den einschlägigen Arbeitshandbüchern die Arbeit des Internationalen Überwachungssystems und seiner Bestandteile sowie des Internationalen Datenzentrums;</p> |
| <p>(d) Routinely process, analyse and report on International Monitoring System data according to agreed procedures so as to permit the effective international verification of this Treaty and to contribute to the early resolution of compliance concerns;</p> | <p>d) Dans le cadre de ses activités régulières, traite et analyse les données issues du Système de surveillance international et fait rapport à leur sujet selon les procédures convenues, afin de permettre une vérification internationale efficace de l'exécution du Traité et de faciliter la dissipation rapide des préoccupations quant au respect des dispositions du Traité;</p> | <p>d) es verarbeitet, analysiert und berichtet routinemäßig in Übereinstimmung mit vereinbarten Verfahren über Daten aus dem Internationalen Überwachungssystem, um die wirksame internationale Verifikation dieses Vertrags zu ermöglichen und zu einer baldigen Klärung von Bedenken wegen der Einhaltung beizutragen;</p> |
| <p>(e) Make available all data, both raw and processed, and any reporting products, to all States Parties, each State Party taking responsibility for the use of International Monitoring System data in accordance with Article II, paragraph 7, and with paragraphs 8 and 13 of this Article;</p> | <p>e) Met toutes les données, tant brutes que traitées, ainsi que tous rapports établis, à la disposition de tous les États parties. Chaque État partie prenant la responsabilité de l'usage des données du Système de surveillance international conformément au paragraphe 7 de l'article II, et aux paragraphes 8 et 13 de cet article;</p> | <p>e) es stellt alle Daten, sowohl Rohdaten als auch verarbeitete Daten, und alle Ergebnisberichte allen Vertragsstaaten zur Verfügung, wobei jeder Vertragsstaat die Verantwortung für die Verwendung der Daten aus dem Internationalen Überwachungssystem nach Artikel II Absatz 7 und den Absätzen 8 und 13 dieses Artikels übernimmt;</p> |
| <p>(f) Provide to all States Parties equal, open, convenient and timely access to all stored data;</p> | <p>f) Assure à tous les États parties, dans des conditions d'égalité et à temps, un accès libre et commode à toutes les données stockées;</p> | <p>f) es bietet allen Vertragsstaaten gleichen, freien, angemessenen und rechtzeitigen Zugang zu allen gespeicherten Daten;</p> |
| <p>(g) Store all data, both raw and processed, and reporting products;</p> | <p>g) Stocke toutes les données, tant brutes que traitées, ainsi que tous les documents et rapports;</p> | <p>g) es speichert alle Daten, sowohl Rohdaten als auch verarbeitete Daten, und Ergebnisberichte;</p> |
| <p>(h) Coordinate and facilitate requests for additional data from the International Monitoring System;</p> | <p>h) Coordonne et facilite les demandes de données supplémentaires issues du Système de surveillance international;</p> | <p>h) es koordiniert und erleichtert Ersuchen um zusätzliche Daten aus dem Internationalen Überwachungssystem;</p> |
| <p>(i) Coordinate requests for additional data from one State Party to another State Party;</p> | <p>i) Coordonne les demandes de données supplémentaires adressées par un État partie à un autre État partie;</p> | <p>i) es koordiniert Ersuchen um zusätzliche Daten von einem Vertragsstaat an einen anderen Vertragsstaat;</p> |
| <p>(j) Provide technical assistance in, and support for, the installation and operation of monitoring facilities and respective communication means, where such assistance and support are required by the State concerned;</p> | <p>j) Fournit à l'État qui les requiert une assistance et un appui techniques pour l'installation et l'exploitation des installations de surveillance et des moyens de communication correspondants;</p> | <p>j) es leistet technische Hilfe und Unterstützung bei der Errichtung und dem Betrieb von Überwachungseinrichtungen und entsprechenden Kommunikationsmitteln, wenn der betreffende Vertragsstaat um diese Hilfe und Unterstützung ersucht;</p> |
| <p>(k) Make available to any State Party, upon its request, techniques utilized by the Technical Secretariat and its International Data Centre in compiling, storing, processing, analysing and reporting on data from the verification regime; and</p> | <p>k) Met à la disposition de tout État partie qui le demande les techniques que lui-même et son Centre international de données utilisent pour rassembler, stocker, traiter et analyser les données recueillies dans le cadre du régime de vérification et faire rapport à leur sujet;</p> | <p>k) es stellt jedem Vertragsstaat auf dessen Ersuchen Techniken zur Verfügung, die vom Technischen Sekretariat und seinem Internationalen Datenzentrum für das Sammeln, Speichern, Verarbeiten, Analysieren von Daten und das Berichten über Daten aus dem Verifikationssystem verwendet werden, und</p> |
| <p>(l) Monitor, assess and report on the overall performance of the International Monitoring System and of the International Data Centre.</p> | <p>l) Surveille et évalue le fonctionnement global du Système de surveillance international et du Centre international de données et fait rapport à ce sujet.</p> | <p>l) es überwacht die Gesamtleistung des Internationalen Überwachungssystems und des Internationalen Datenzentrums, bewertet sie und berichtet darüber.</p> |

15. The agreed procedures to be used by the Technical Secretariat in discharging the verification responsibilities referred to in paragraph 14 and detailed in the Protocol shall be elaborated in the relevant operational manuals.

15. Les procédures convenues que doit suivre le Secrétariat technique pour s'acquitter des tâches de vérification visées au paragraphe 14 et détaillées dans le Protocole sont précisées dans les manuels opérationnels pertinents.

(15) Die vom Technischen Sekretariat in Wahrnehmung seiner in Absatz 14 genannten und im Protokoll im einzelnen aufgeführten Verifikationsaufgaben anzuwendenden vereinbarten Verfahren werden in den einschlägigen Arbeitshandbüchern ausführlich behandelt.

B. The International Monitoring System

16. The International Monitoring System shall comprise facilities for seismological monitoring, radionuclide monitoring including certified laboratories, hydroacoustic monitoring, infrasound monitoring, and respective means of communication, and shall be supported by the International Data Centre of the Technical Secretariat.

17. The International Monitoring System shall be placed under the authority of the Technical Secretariat. All monitoring facilities of the International Monitoring System shall be owned and operated by the States hosting or otherwise taking responsibility for them in accordance with the Protocol.

18. Each State Party shall have the right to participate in the international exchange of data and to have access to all data made available to the International Data Centre. Each State Party shall cooperate with the International Data Centre through its National Authority.

Funding the International Monitoring System

19. For facilities incorporated into the International Monitoring System and specified in Tables 1-A, 2-A, 3 and 4 of Annex 1 to the Protocol, and for their functioning, to the extent that such facilities are agreed by the relevant State and the Organization to provide data to the International Data Centre in accordance with the technical requirements of the Protocol and relevant operational manuals, the Organization, as specified in agreements or arrangements pursuant to Part I, paragraph 4 of the Protocol, shall meet the costs of:

- (a) Establishing any new facilities and upgrading existing facilities, unless the State responsible for such facilities meets these costs itself;
- (b) Operating and maintaining International Monitoring System facilities, including facility physical security if appropriate, and application of agreed data authentication procedures;
- (c) Transmitting International Monitoring System data (raw or processed) to the International Data Centre by the most direct and cost-effective means available, including, if necessary, via appropriate communications nodes, from monitoring stations, laboratories, analytical facilities or from national data

B. Le Système de surveillance internationale

16. Le Système de surveillance internationale comprend des installations pour la surveillance sismologique, pour la surveillance des radionucléides, y compris des laboratoires homologués, pour la surveillance hydroacoustique et pour la surveillance par détection des infrasons, ainsi que les moyens de communication correspondants; il est appuyé par le Centre international de données du Secrétariat technique.

17. Le Système de surveillance internationale est placé sous l'autorité du Secrétariat technique. Toutes les installations de surveillance de ce système sont la propriété des États qui en sont les hôtes ou en assument la responsabilité d'une autre manière et sont exploitées par eux, conformément au Protocole.

18. Chaque État partie a le droit de participer à l'échange international de données et d'avoir accès à toutes les données mises à la disposition du Centre international de données. Chaque État partie coopère avec le Centre international de données par l'entremise de son autorité nationale.

Financement du Système de surveillance internationale

19. En ce qui concerne les installations incorporées dans le Système de surveillance internationale et inscrites aux tableaux 1-A, 2-A, 3 et 4 de l'Annexe 1 du Protocole ainsi que leur fonctionnement, dans la mesure où l'État concerné et l'Organisation sont convenus qu'elles fourniraient des données au Centre international de données conformément aux exigences techniques énoncées dans le Protocole et les manuels pertinents, l'Organisation, comme il est spécifié dans les accords conclus ou les arrangements pris en application du paragraphe 4 de la première partie du Protocole, prend à sa charge le coût des opérations suivantes:

- a) L'établissement de toutes nouvelles installations et la mise à niveau des installations existantes à moins que l'État qui en est responsable ne prenne lui-même à sa charge les coûts correspondants;
- b) L'exploitation et l'entretien des installations du Système de surveillance internationale, y compris le maintien de leur sécurité matérielle, le cas échéant, et l'application des procédures convenues d'authentification des données;
- c) La transmission des données (brutes ou traitées) issues du Système de surveillance internationale au Centre international de données par les moyens les plus directs et les plus rentables disponibles, notamment, si nécessaire, via des nœuds de communication appropriés, à partir des stations de surveillan-

B. Das Internationale Überwachungssystem

(16) Das Internationale Überwachungssystem besteht aus Einrichtungen für seismologische Überwachung, Radionuklid-Überwachung einschließlich anerkannter Laboratorien, hydroakustische Überwachung, Infraschall-Überwachung und den entsprechenden Kommunikationsmitteln und wird vom Internationalen Datenzentrum des Technischen Sekretariats unterstützt.

(17) Das Internationale Überwachungssystem untersteht dem Technischen Sekretariat. Alle Überwachungseinrichtungen des Internationalen Überwachungssystems befinden sich im Eigentum und im Betrieb der Staaten, in denen sie sich befinden oder die sonst in Übereinstimmung mit dem Protokoll für sie verantwortlich sind.

(18) Jeder Vertragsstaat hat das Recht, sich am internationalen Austausch von Daten zu beteiligen und Zugang zu allen Daten zu haben, die dem internationalen Datenzentrum zur Verfügung gestellt wurden. Jeder Vertragsstaat arbeitet über seine nationale Behörde mit dem internationalen Datenzentrum zusammen.

Finanzierung des Internationalen Überwachungssystems

(19) Für die in das Internationale Überwachungssystem einbezogenen und in den Tabellen 1-A, 2-A, 3 und 4 der Anlage 1 zum Protokoll bezeichneten Einrichtungen sowie für deren Arbeitsweise übernimmt die Organisation, soweit zwischen dem betreffenden Staat und der Organisation vereinbart wurde, daß diese Einrichtungen in Übereinstimmung mit den technischen Anforderungen des Protokolls und der einschlägigen Arbeitshandbücher dem internationalen Datenzentrum Daten liefern sollen, nach den aufgrund des Teiles I Absatz 4 des Protokolls geschlossenen Übereinkünften oder Vereinbarungen die Kosten

- a) für die Schaffung neuer Einrichtungen und die Verbesserung vorhandener Einrichtungen, sofern der für diese Einrichtungen verantwortliche Staat diese Kosten nicht selbst trägt;
- b) für den Betrieb und die Wartung von Einrichtungen des Internationalen Überwachungssystems, gegebenenfalls einschließlich ihrer physischen Sicherheit, sowie für die Anwendung der vereinbarten Verfahren zur Daten-Authentisierung;
- c) für die Übermittlung von Daten (Rohdaten und verarbeitete Daten) des Internationalen Überwachungssystems an das Internationale Datenzentrum auf dem kürzesten und kostengünstigsten zur Verfügung stehenden Weg – erforderlichenfalls auch über geeignete Kommunikationsknoten –, die von

centres; or such data (including samples where appropriate) to laboratory and analytical facilities from monitoring stations; and

- (d) Analysing samples on behalf of the Organization.

20. For auxiliary network seismic stations specified in Table 1-B of Annex 1 to the Protocol the Organization, as specified in agreements or arrangements pursuant to Part I, paragraph 4 of the Protocol, shall meet the costs only of:

- (a) Transmitting data to the International Data Centre;
- (b) Authenticating data from such stations;
- (c) Upgrading stations to the required technical standard, unless the State responsible for such facilities meets these costs itself;
- (d) If necessary, establishing new stations for the purposes of this Treaty where no appropriate facilities currently exist, unless the State responsible for such facilities meets these costs itself; and
- (e) Any other costs related to the provision of data required by the Organization as specified in the relevant operational manuals.

21. The Organization shall also meet the cost of provision to each State Party of its requested selection from the standard range of International Data Centre reporting products and services, as specified in Part I, Section F of the Protocol. The cost of preparation and transmission of any additional data or products shall be met by the requesting State Party.

22. The agreements or, if appropriate, arrangements concluded with States Parties or States hosting or otherwise taking responsibility for facilities of the International Monitoring System shall contain provisions for meeting these costs. Such provisions may include modalities whereby a State Party meets any of the costs referred to in paragraphs 19 (a) and 20 (c) and (d) for facilities which it hosts or for which it is responsible, and is compensated by an appropriate reduction in its assessed financial contribution to the Organization. Such a reduction shall not exceed 50 per cent of the annual assessed financial contribution of a State Party, but may be spread over successive years. A State Party may share such a reduction with another State Party by agreement or arrangement between themselves and with the concurrence of the Executive

ce, des laboratoires, des installations d'analyse ou des centres nationaux de données; ou la transmission de ces données (y compris des échantillons, le cas échéant) aux laboratoires et installations d'analyse à partir des installations de surveillance;

- d) L'analyse d'échantillons pour le compte de l'Organisation.

20. En ce qui concerne les stations sismiques du réseau auxiliaire inscrites au tableau 1-B de l'Annexe 1 du Protocole, l'Organisation, comme il est spécifié dans les accords conclus ou les arrangements pris en application du paragraphe 4 de la première partie du Protocole, ne prend à sa charge que le coût des opérations suivantes:

- a) La transmission des données au Centre international de données;
- b) L'authentification des données provenant de ces stations;
- c) La mise à niveau des stations afin que celles-ci satisfassent aux normes techniques requises, à moins que l'État qui en est responsable ne prenne lui-même à sa charge les coûts correspondants;
- d) Si nécessaire, l'établissement de nouvelles stations aux fins du Traité là où il n'en existe pas encore qui conviennent, à moins que l'État qui est appelé à en être responsable ne prenne lui-même à sa charge les coûts correspondants;
- e) Toutes autres dépenses relatives à la fourniture des données requises par l'Organisation comme il est spécifié dans les manuels opérationnels pertinents.

21. En outre, l'Organisation prend à sa charge le coût de la fourniture, à chaque État partie, des rapports et services que celui-ci a choisis dans la gamme standard du Centre international de données, conformément à la section F de la première partie du Protocole. Le coût de la préparation et de la transmission de tous produits ou données supplémentaires est à la charge de l'État partie qui les demande.

22. Les accords conclus ou, le cas échéant, les arrangements pris avec des États parties ou avec les États qui sont les hôtes d'installations du Système de surveillance international ou en assument la responsabilité d'une autre manière contiennent des dispositions relatives à la prise en charge de ces coûts. Ces dispositions peuvent prévoir des modalités au titre desquelles un État partie prend à sa charge une partie quelconque des coûts visés au paragraphe 19, alinéa a), et au paragraphe 20, alinéas c) et d), pour des installations dont il est l'hôte ou dont il est responsable et bénéficie en échange d'une réduction appropriée de la contribution financière qu'il doit à l'Organisation. Le montant de cette réduction ne peut pas être supérieur à la moitié de celui de la contribution financière annuelle due par cet État, mais peut être réparti sur plusieurs années consécutives.

Überwachungsstationen, Laboratorien, analytischen Einrichtungen oder von nationalen Datenzentren kommen, oder von Daten (gegebenenfalls einschließlich Proben) aus Überwachungsstationen an Labor- und analytische Einrichtungen und

- d) die im Namen der Organisation durchgeführte Analyse von Proben.

(20) Für die in Tabelle 1-B der Anlage 1 zum Protokoll bezeichneten Stationen des seismologischen Hilfsnetzes übernimmt die Organisation entsprechend den aufgrund des Teiles I Absatz 4 des Protokolls geschlossenen Übereinkünften oder Vereinbarungen lediglich die Kosten

- a) für die Übermittlung von Daten an das Internationale Datenzentrum;
- b) für die Authentisierung von Daten aus diesen Stationen;
- c) für die Verbesserung der Stationen zur Anpassung an den erforderlichen technischen Standard, sofern der Staat, der für diese Einrichtungen verantwortlich ist, diese Kosten nicht selbst trägt;
- d) für die gegebenenfalls erforderliche Schaffung neuer Stationen für die Zwecke dieses Vertrags dort, wo derzeit geeignete Einrichtungen nicht vorhanden sind, sofern der Staat, der für diese Einrichtungen verantwortlich ist, diese Kosten nicht selbst trägt, und
- e) alle sonstigen Kosten im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Daten, die von der Organisation, wie in den einschlägigen Arbeitshandbüchern festgelegt, benötigt werden.

(21) Die Organisation trägt ferner die Kosten für die Versorgung jedes Vertragsstaats mit der beantragten Auswahl aus der in Teil I Abschnitt F des Protokolls bezeichneten üblichen Bandbreite der Ergebnisberichte und Dienstleistungen des Internationalen Datenzentrums. Die Kosten für die Vorbereitung und Übermittlung weiterer Daten oder Erzeugnisse werden von dem antragstellenden Vertragsstaat getragen.

(22) Abkommen oder gegebenenfalls Vereinbarungen, die mit Vertragsstaaten oder Staaten, in denen sich Einrichtungen des Internationalen Überwachungssystems befinden oder die sonst für Einrichtungen verantwortlich sind, geschlossen werden, enthalten Bestimmungen über die Übernahme dieser Kosten. Diese Bestimmungen können Modalitäten enthalten, aufgrund derer ein Vertragsstaat jede der in Absatz 19 Buchstabe a und Absatz 20 Buchstaben c und d genannten Kosten für die Einrichtungen, die sich bei ihm befinden oder für die er sonst verantwortlich ist, übernimmt und dafür zum Ausgleich eine angemessene Kürzung seines berechneten finanziellen Beitrags an die Organisation erhält. Die Kürzung darf 50 v.H. des berechneten finanziellen Jahresbeitrags eines Vertragsstaats nicht überschreiten, kann jedoch über mehrere

Council. The agreements or arrangements referred to in this paragraph shall be approved in accordance with Article II, paragraphs 26 (h) and 38 (i).

tives. Un État partie peut partager une telle réduction avec un autre État partie par accord ou arrangement avec celui-ci et avec l'assentiment du Conseil exécutif. Les accords ou arrangements visés au présent paragraphe sont approuvés conformément au paragraphe 26, alinéa h), et au paragraphe 38, alinéa i), de l'article II.

aufeinanderfolgende Jahre verteilt werden. Ein Vertragsstaat kann die Kürzung mit einem anderen Vertragsstaat durch Abkommen oder Vereinbarung untereinander und mit Zustimmung des Exekutivrats teilen. Die in diesem Absatz genannten Abkommen oder Vereinbarungen werden nach Artikel II Absatz 26 Buchstabe h und Absatz 38 Buchstabe i genehmigt.

Changes to the International Monitoring System

23. Any measures referred to in paragraph 11 affecting the International Monitoring System by means of addition or deletion of a monitoring technology shall, when agreed, be incorporated into this Treaty and the Protocol pursuant to Article VII, paragraphs 1 to 6.

24. The following changes to the International Monitoring System, subject to the agreement of those States directly affected, shall be regarded as matters of an administrative or technical nature pursuant to Article VII, paragraphs 7 and 8:

- (a) Changes to the number of facilities specified in the Protocol for a given monitoring technology; and
- (b) Changes to other details for particular facilities as reflected in the Tables of Annex 1 to the Protocol (including, *inter alia*, State responsible for the facility; location; name of facility; type of facility; and attribution of a facility between the primary and auxiliary seismic networks).

If the Executive Council recommends, pursuant to Article VII, paragraph 8 (d), that such changes be adopted, it shall as a rule also recommend pursuant to Article VII, paragraph 8 (g), that such changes enter into force upon notification by the Director-General of their approval.

25. The Director-General, in submitting to the Executive Council and States Parties information and evaluation in accordance with Article VII, paragraph 8 (b), shall include in the case of any proposal made pursuant to paragraph 24:

- (a) A technical evaluation of the proposal;
- (b) A statement on the administrative and financial impact of the proposal; and
- (c) A report on consultations with States directly affected by the proposal, including indication of their agreement.

Modifications apportées au Système de surveillance internationale

23. Toute mesure visée au paragraphe 11 qui a une incidence sur le Système de surveillance internationale du fait qu'elle consiste à compléter celui-ci par d'autres techniques de surveillance ou à éliminer une ou plusieurs des techniques utilisées est incorporée, une fois convenue, dans les dispositions du présent Traité et du Protocole suivant la procédure énoncée aux paragraphes 1 à 6 de l'article VII.

24. Les modifications suivantes qu'il serait proposé d'apporter au Système de surveillance internationale sont considérées, sous réserve de l'accord des États directement visés, comme se rapportant à des questions d'ordre administratif ou technique aux fins des paragraphes 7 et 8 de l'article VII:

- a) Les modifications du nombre d'installations utilisant une technique de surveillance donnée, tel qu'il est fixé dans le Protocole;
- b) Les modifications à apporter à d'autres indications concernant une installation donnée, telles qu'elles figurent dans les tableaux de l'Annexe 1 du Protocole (notamment l'État responsable de l'installation, l'emplacement de l'installation, son nom ou son type, ainsi que son affectation au réseau sismologique primaire ou auxiliaire).

En principe, s'il recommande, conformément au paragraphe 8, alinéa d), de l'article VII, que de telles modifications soient adoptées, le Conseil exécutif recommande également que ces modifications entrent en vigueur dès que le Directeur général a donné notification de leur approbation, conformément au paragraphe 8, alinéa g), de cet article.

25. En ce qui concerne toute proposition visée au paragraphe 24, le Directeur général remet au Conseil exécutif et aux États parties, outre les informations et l'évaluation prévues au paragraphe 8, alinéa b), de l'article VII:

- a) Une évaluation technique de la proposition;
- b) Un état des incidences administratives et financières de la proposition;
- c) Un rapport sur les consultations qu'il a tenues avec les États directement visés par la proposition, où est indiqué notamment l'accord éventuel de ceux-ci.

Veränderungen des Internationalen Überwachungssystems

(23) Jede in Absatz 11 genannte Maßnahme, die das Internationale Überwachungssystem durch Hinzufügung oder Wegfall einer Überwachungstechnologie berührt, wird, sobald sie vereinbart ist, nach Artikel VII Absätze 1 bis 6 in diesen Vertrag und das Protokoll aufgenommen.

(24) Folgende Veränderungen des Internationalen Überwachungssystems werden vorbehaltlich der Zustimmung der unmittelbar betroffenen Staaten als Angelegenheiten verwaltungsmäßiger oder technischer Art nach Artikel VII Absätze 7 und 8 betrachtet:

- a) Veränderungen der Anzahl der in diesem Protokoll für eine bestimmte Überwachungstechnologie bezeichneten Einrichtungen und
- b) Veränderungen sonstiger Einzelheiten bei bestimmten Einrichtungen, wie sie in den Tabellen der Anlage 1 zum Protokoll wiedergegeben sind (darunter unter anderem der für die Einrichtung verantwortliche Staat, Standort, Name der Einrichtung, Art der Einrichtung und Zuweisung einer Einrichtung an das primäre seismologische Netz und das seismologische Hilfsnetz).

Empfiehlt der Exekutivrat nach Artikel VII Absatz 8 Buchstabe d die Annahme solcher Veränderungen, so empfiehlt er in der Regel auch nach Artikel VII Absatz 8 Buchstabe g, daß die Veränderungen mit der Notifikation des Generaldirektors über ihre Genehmigung in Kraft treten.

(25) Der Vorlage von Informationen und Beurteilungen beim Exekutivrat und bei den Vertragsstaaten in Übereinstimmung mit Artikel VII Absatz 8 Buchstabe b fügt der Generaldirektor im Fall eines Vorschlags nach Absatz 24 folgendes bei:

- a) eine technische Beurteilung des Vorschlags;
- b) eine Erklärung über die verwaltungsmäßigen und finanziellen Folgen des Vorschlags und
- c) einen Bericht über Konsultationen mit den von dem Vorschlag unmittelbar betroffenen Staaten, einschließlich des Hinweises auf ihre Zustimmung.

Temporary Arrangements

26. In cases of significant or irretrievable breakdown of a monitoring facility specified in the Tables of Annex 1 to the Protocol, or in order to cover other temporary reductions of monitoring coverage, the Director-General shall, in consultation and agreement with those States directly affected, and with the approval of the Executive Council, initiate temporary arrangements of no more than one year's duration, renewable if necessary by agreement of the Executive Council and of the States directly affected for another year. Such arrangements shall not cause the number of operational facilities of the International Monitoring System to exceed the number specified for the relevant network; shall meet as far as possible the technical and operational requirements specified in the operational manual for the relevant network; and shall be conducted within the budget of the Organization. The Director-General shall furthermore take steps to rectify the situation and make proposals for its permanent resolution. The Director-General shall notify all States Parties of any decision taken pursuant to this paragraph.

Arrangements provisoires

26. En cas de panne importante dans une installation de surveillance inscrite aux tableaux de l'Annexe 1 du Protocole ou de détérioration irrémédiable d'une telle installation, ou encore afin de compenser la réduction temporaire du champ couvert par les installations de surveillance, le Directeur général prend, après consultation et avec l'accord des États directement visés ainsi qu'avec l'approbation du Conseil exécutif, des arrangements provisoires qui ne durent pas au-delà d'une année, mais qui peuvent être reconduits une seule fois au besoin, avec l'accord du Conseil exécutif et des États directement visés. Le nombre d'installations du Système de surveillance international en exploitation ne doit pas, du fait de tels arrangements, dépasser le chiffre fixé pour le réseau considéré. De tels arrangements satisfont autant que faire se peut aux exigences techniques et opérationnelles précisées dans le manuel opérationnel pour le réseau en question; ils sont exécutés sans dépassement des crédits budgétaires de l'Organisation. En outre, le Directeur général prend des mesures afin de redresser la situation et fait des propositions en vue de la régler définitivement. Il notifie à tous les États parties toute décision prise conformément au présent paragraphe.

Zeitweilige Regelungen

(26) Bei erheblichem oder endgültigem Ausfall einer in den Tabellen der Anlage 1 zum Protokoll bezeichneten Überwachungseinrichtung oder zur Überbrückung anderer zeitweiliger Einschränkungen des Überwachungsumfanges leitet der Generaldirektor in Konsultation und mit Zustimmung der unmittelbar betroffenen Staaten und mit Genehmigung des Exekutivrats zeitweilige Regelungen von höchstens einjähriger Geltungsdauer ein, die gegebenenfalls im Einvernehmen zwischen dem Exekutivrat und den unmittelbar betroffenen Staaten um ein Jahr verlängert werden können. Diese Regelungen dürfen nicht dazu führen, daß die Anzahl der in Betrieb befindlichen Einrichtungen des internationalen Überwachungssystems die Anzahl der für das jeweilige Netz bestimmten Einrichtungen übersteigt; sie haben soweit wie möglich den in dem Arbeitshandbuch des jeweiligen Netzes festgelegten technischen und betrieblichen Anforderungen zu entsprechen; sie werden im Rahmen des Haushalts der Organisation geführt. Der Generaldirektor unternimmt ferner Schritte zur Bereinigung der Lage und macht Vorschläge zu ihrer endgültigen Lösung. Der Generaldirektor notifiziert allen Vertragsstaaten jeden aufgrund dieses Absatzes gefaßten Beschluß.

Cooperating National Facilities

27. States Parties may also separately establish cooperative arrangements with the Organization, in order to make available to the International Data Centre supplementary data from national monitoring stations that are not formally part of the International Monitoring System.

Installations nationales coopérantes

27. Les États parties peuvent aussi prendre séparément des arrangements de coopération avec l'Organisation afin de mettre à la disposition du Centre international de données des données complémentaires provenant de stations de surveillance nationales qui ne font pas officiellement partie du Système de surveillance international.

Beteiligte nationale Einrichtungen

(27) Vertragsstaaten können auch einzeln mit der Organisation Vereinbarungen über die Zusammenarbeit treffen, um dem internationalen Datenzentrum zusätzliche Daten aus nationalen Überwachungsstationen, die nicht förmlicher Teil des internationalen Überwachungssystems sind, zur Verfügung zu stellen.

28. Such cooperative arrangements may be established as follows:

28. Ces arrangements de coopération peuvent être établis comme suit:

(28) Solche Vereinbarungen über die Zusammenarbeit können wie folgt getroffen werden:

(a) Upon request by a State Party, and at the expense of that State, the Technical Secretariat shall take the steps required to certify that a given monitoring facility meets the technical and operational requirements specified in the relevant operational manuals for an International Monitoring System facility, and make arrangements for the authentication of its data. Subject to the agreement of the Executive Council, the Technical Secretariat shall then formally designate such a facility as a cooperating national facility. The Technical Secretariat shall take the steps required to revalidate its certification as appropriate;

a) Sur demande d'un État partie et aux frais de celui-ci, le Secrétariat technique fait le nécessaire pour certifier qu'une installation de surveillance donnée satisfait aux exigences techniques et opérationnelles précisées dans les manuels opérationnels pertinents pour les installations du Système de surveillance international et prend des dispositions pour l'authentification de ses données. Sous réserve de l'accord du Conseil exécutif, il désigne alors officiellement cette installation comme installation nationale coopérante. Il fait le nécessaire pour reconfirmer, s'il y a lieu, sa certification;

a) auf Ersuchen eines Vertragsstaats und auf dessen Kosten unternimmt das Technische Sekretariat die Schritte, die für die Anerkennung erforderlich sind, daß eine bestimmte Überwachungseinrichtung den in den einschlägigen Arbeitshandbüchern für eine Einrichtung des internationalen Überwachungssystems festgelegten technischen und betrieblichen Anforderungen entspricht, und trifft Regelungen für die Authentisierung seiner Daten. Vorbehaltlich der Zustimmung des Exekutivrats bestimmt anschließend das Technische Sekretariat diese Einrichtung förmlich zu einer beteiligten nationalen Einrichtung. Das Technische Sekretariat unternimmt die zur Erneuerung ihrer Anerkennung gegebenenfalls erforderlichen Schritte;

(b) The Technical Secretariat shall maintain a current list of cooperating national facilities and shall distribute it to all States Parties; and

b) Le Secrétariat technique tient à jour une liste des installations nationales coopérantes et la communique à tous les États parties;

b) das Technische Sekretariat führt eine aktuelle Liste der beteiligten nationalen Einrichtungen und verteilt sie an alle Vertragsstaaten;

- (c) The International Data Centre shall call upon data from cooperating national facilities, if so requested by a State Party, for the purposes of facilitating consultation and clarification and the consideration of on-site inspection requests, data transmission costs being borne by that State Party.

The conditions under which supplementary data from such facilities are made available, and under which the International Data Centre may request further or expedited reporting, or clarifications, shall be elaborated in the operational manual for the respective monitoring network.

C. Consultation and Clarification

29. Without prejudice to the right of any State Party to request an on-site inspection, States Parties should, whenever possible, first make every effort to clarify and resolve, among themselves or with or through the Organization, any matter which may cause concern about possible non-compliance with the basic obligations of this Treaty.

30. A State Party that receives a request pursuant to paragraph 29 directly from another State Party shall provide the clarification to the requesting State Party as soon as possible, but in any case no later than 48 hours after the request. The requesting and requested States Parties may keep the Executive Council and the Director-General informed of the request and the response.

31. A State Party shall have the right to request the Director-General to assist in clarifying any matter which may cause concern about possible non-compliance with the basic obligations of this Treaty. The Director-General shall provide appropriate information in the possession of the Technical Secretariat relevant to such a concern. The Director-General shall inform the Executive Council of the request and of the information provided in response, if so requested by the requesting State Party.

32. A State Party shall have the right to request the Executive Council to obtain clarification from another State Party on any matter which may cause concern about possible non-compliance with the basic obligations of this Treaty. In such a case, the following shall apply:

- (a) The Executive Council shall forward the request for clarification to the requested State Party through the Director-General no later than 24 hours after its receipt;
- (b) The requested State Party shall provide the clarification to the Executive Council

- c) Si un État partie le lui demande, le Centre international de données a recours aux données provenant d'installations nationales coopérantes pour faciliter les consultations et la clarification ainsi que l'examen des demandes d'inspection sur place, les coûts de transmission des données étant pris en charge par ledit État partie.

Les conditions dans lesquelles les données complémentaires provenant de ces installations sont mises à la disposition du Centre et dans lesquelles celui-ci peut demander communication de telles données ou leur transmission accélérée ou une clarification sont précisées dans le manuel opérationnel pour le réseau de surveillance correspondant.

C. Consultation et clarification

29. Sans préjudice du droit de tout État partie de demander une inspection sur place, les États parties devraient, chaque fois que possible, commencer par tout mettre en œuvre pour clarifier et régler entre eux ou avec l'Organisation ou encore par l'intermédiaire de celle-ci toute question qui susciterait des préoccupations au sujet d'une inexécution possible des obligations fondamentales établies par le présent Traité.

30. L'État partie qui reçoit directement d'un autre État partie une demande en application du paragraphe 29 fournit des éclaircissements à l'État partie requérant dès que possible et en tout état de cause au plus tard 48 heures après réception de la demande. L'État partie requérant et l'État partie requis peuvent tenir le Conseil exécutif et le Directeur général informés de la demande et de la suite qui y a été donnée.

31. L'État partie a le droit de demander au Directeur général de l'aider à clarifier toute question qui susciterait des préoccupations au sujet d'une inexécution possible des obligations fondamentales établies par le présent Traité. Le Directeur général fournit les informations pertinentes que le Secrétariat technique possède à ce sujet. Il fait part au Conseil exécutif de la demande, ainsi que des informations fournies pour y donner suite, si l'État partie requérant le demande.

32. L'État partie a le droit de demander au Conseil exécutif d'obtenir d'un autre État partie une clarification de toute question qui susciterait des préoccupations au sujet d'une inexécution possible des obligations fondamentales établies par le présent Traité. En pareil cas, les dispositions suivantes s'appliquent:

- a) Le Conseil exécutif transmet la demande de clarification à l'État partie requis par l'intermédiaire du Directeur général au plus tard 24 heures après sa réception;
- b) L'État partie requis fournit des éclaircissements au Conseil exécutif dès que

- c) das Internationale Datenzentrum ruft auf Ersuchen eines Vertragsstaats von beteiligten nationalen Einrichtungen zum Zweck der Erleichterung von Konsultation und Klarstellung und der Prüfung von Ersuchen auf Inspektionen vor Ort Daten ab, wobei die Kosten für die Datenübermittlung von dem betreffenden Vertragsstaat getragen werden.

Die Bedingungen, unter denen zusätzliche Daten von solchen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden und unter denen das Internationale Datenzentrum um weitere oder beschleunigte Berichte oder Klarstellungen ersuchen kann, werden im Arbeitshandbuch für das entsprechende Überwachungsnetz ausgeführt.

C. Konsultation und Klarstellung

(29) Unbeschadet des Rechtes jedes Vertragsstaats, um eine Inspektion vor Ort zu ersuchen, sollen sich die Vertragsstaaten soweit möglich zunächst nach besten Kräften bemühen, untereinander oder mit der Organisation oder über sie jede Angelegenheit zu klären oder zu bereinigen, die Bedenken wegen einer möglichen Nichteinhaltung der grundlegenden Verpflichtungen dieses Vertrags hervorrufen kann.

(30) Ein Vertragsstaat, der ein Ersuchen nach Absatz 29 unmittelbar von einem anderen Vertragsstaat erhält, legt dem ersuchenden Vertragsstaat so bald wie möglich die Klarstellung vor, spätestens jedoch 48 Stunden nach Eingang des Ersuchens. Der ersuchende und der ersuchte Vertragsstaat können den Exekutivrat und den Generaldirektor über das Ersuchen und die Antwort auf dem laufenden halten.

(31) Ein Vertragsstaat hat das Recht, den Generaldirektor zu ersuchen, bei der Klarstellung einer Angelegenheit zu helfen, die Bedenken wegen der möglichen Nichteinhaltung der grundlegenden Verpflichtungen dieses Vertrags hervorrufen kann. Der Generaldirektor legt im Besitz des Technischen Sekretariats befindliche diesbezügliche geeignete Informationen vor. Auf Wunsch des ersuchenden Vertragsstaats unterrichtet der Generaldirektor den Exekutivrat über das Ersuchen und über die als Antwort vorgelegten Informationen.

(32) Ein Vertragsstaat hat das Recht, den Exekutivrat zu ersuchen, von einem anderen Vertragsstaat die Klarstellung einer Angelegenheit zu erwirken, die Bedenken wegen der Nichteinhaltung der grundlegenden Verpflichtungen dieses Vertrags hervorrufen kann. In solchem Fall gilt folgendes:

- a) Der Exekutivrat leitet das Ersuchen um Klarstellung spätestens 24 Stunden nach dessen Eingang über den Generaldirektor an den ersuchten Vertragsstaat weiter;
- b) der ersuchte Vertragsstaat legt dem Exekutivrat so bald wie möglich, späte-

as soon as possible, but in any case no later than 48 hours after receipt of the request;

- (c) The Executive Council shall take note of the clarification and forward it to the requesting State Party no later than 24 hours after its receipt;
- (d) If the requesting State Party deems the clarification to be inadequate, it shall have the right to request the Executive Council to obtain further clarification from the requested State Party.

The Executive Council shall inform without delay all other States Parties about any request for clarification pursuant to this paragraph as well as any response provided by the requested State Party.

33. If the requesting State Party considers the clarification obtained under paragraph 32 (d) to be unsatisfactory, it shall have the right to request a meeting of the Executive Council in which States Parties involved that are not members of the Executive Council shall be entitled to take part. At such a meeting, the Executive Council shall consider the matter and may recommend any measure in accordance with Article V.

D. On-Site Inspections

Request for an On-Site Inspection

34. Each State Party has the right to request an on-site inspection in accordance with the provisions of this Article and Part II of the Protocol in the territory or in any other place under the jurisdiction or control of any State Party, or in any area beyond the jurisdiction or control of any State.

35. The sole purpose of an on-site inspection shall be to clarify whether a nuclear weapon test explosion or any other nuclear explosion has been carried out in violation of Article I and, to the extent possible, to gather any facts which might assist in identifying any possible violator.

36. The requesting State Party shall be under the obligation to keep the on-site inspection request within the scope of this Treaty and to provide in the request information in accordance with paragraph 37. The requesting State Party shall refrain from unfounded or abusive inspection requests.

37. The on-site inspection request shall be based on information collected by the International Monitoring System, on any relevant technical information obtained by national technical means of verification in a manner consistent with generally recognized principles of international law, or on a combination thereof. The request shall contain information pursuant to Part II, paragraph 41 of the Protocol.

possible et en tout état de cause au plus tard 48 heures après réception de la demande;

- c) Le Conseil exécutif prend note des éclaircissements et les transmet à l'État partie requérant au plus tard 24 heures après leur réception;
- d) S'il juge ces éclaircissements insuffisants, l'État partie requérant a le droit de demander au Conseil exécutif d'obtenir de l'État partie requis des précisions supplémentaires.

Le Conseil exécutif informe sans retard tous les autres États parties de toute demande de clarification faite conformément au présent paragraphe ainsi que de toute réponse apportée par l'État partie requis.

33. Si l'État partie requérant estime que les précisions obtenues au titre du paragraphe 32, alinéa d), ne sont pas satisfaisantes, il a le droit de demander la convocation d'une réunion du Conseil exécutif, à laquelle les États parties impliqués qui ne sont pas membres du Conseil exécutif ont le droit de participer. A cette réunion, le Conseil exécutif examine la question et peut recommander toute mesure prévue à l'article V.

D. Inspections sur place

Demande d'inspection sur place

34. Chaque État partie a le droit, conformément aux dispositions du présent article et à la deuxième partie du Protocole, de demander une inspection sur place sur le territoire ou en tout autre lieu placé sous la juridiction ou le contrôle de tout autre État partie, ou dans une zone ne relevant de la juridiction ou du contrôle d'aucun État.

35. L'inspection sur place a pour seul but de déterminer si une explosion expérimentale d'arme nucléaire ou toute autre explosion nucléaire a été réalisée en violation des dispositions de l'article premier et, dans la mesure du possible, de recueillir toutes données factuelles susceptibles de concourir à l'identification d'un contrevenant éventuel.

36. L'État partie requérant est tenu de veiller à ce que la demande d'inspection sur place ne sorte pas du cadre du présent Traité et de fournir dans cette demande les renseignements visés au paragraphe 37. Il s'abstient de demandes d'inspection sans fondement ou abusives.

37. La demande d'inspection sur place repose sur les données recueillies par le Système de surveillance international, sur tous renseignements techniques pertinents obtenus d'une manière conforme aux principes de droit international généralement reconnus par des moyens de vérification techniques nationaux, ou sur une combinaison de ces deux types d'informations. La demande d'inspection sur place contient les renseignements visés au paragraphe 41 de la deuxième partie du Protocole.

stens jedoch 48 Stunden nach Eingang des Ersuchens, die Klarstellung vor;

- c) der Exekutivrat nimmt von der Klarstellung Kenntnis und übermittelt sie dem ersuchenden Vertragsstaat spätestens 24 Stunden nach ihrem Eingang;
- d) hält der ersuchende Vertragsstaat die Klarstellung für unzulänglich, so hat er das Recht, den Exekutivrat zu ersuchen, von dem ersuchten Vertragsstaat eine weitere Klarstellung zu erwirken.

Der Exekutivrat unterrichtet unverzüglich alle anderen Vertragsstaaten über jedes nach diesem Absatz gestellte Ersuchen um Klarstellung sowie über jede Antwort des ersuchten Vertragsstaats.

(33) Hält der ersuchende Vertragsstaat die nach Absatz 32 Buchstabe d erhaltene Klarstellung für unbefriedigend, so hat er das Recht, eine Sitzung des Exekutivrats zu beantragen, an der die betroffenen Vertragsstaaten, die nicht Mitglieder des Exekutivrats sind, teilzunehmen berechtigt sind. Auf dieser Sitzung prüft der Exekutivrat die Angelegenheit; er kann jede Maßnahme in Übereinstimmung mit Artikel V empfehlen.

D. Inspektionen vor Ort

Ersuchen um eine Inspektion vor Ort

(34) Jeder Vertragsstaat hat das Recht, in Übereinstimmung mit diesem Artikel und Teil II des Protokolls um eine Inspektion vor Ort im Hoheitsgebiet oder an einem anderen Ort unter der Hoheitsgewalt oder Kontrolle eines Vertragsstaats oder in einem Gebiet außerhalb der Hoheitsgewalt oder Kontrolle eines Staates zu ersuchen.

(35) Einziger Zweck einer Inspektion vor Ort ist es, klarzustellen, ob unter Verletzung des Artikels I eine Versuchsexplosion von Kernwaffen oder eine andere nukleare Explosion durchgeführt worden ist, und soweit möglich alle Tatsachen zusammenzutragen, die zur Feststellung des möglichen Vertragsverletzers beitragen könnten.

(36) Der ersuchende Vertragsstaat ist verpflichtet, das Ersuchen um eine Inspektion vor Ort auf den Geltungsbereich dieses Vertrags zu beschränken und in dem Ersuchen Informationen nach Absatz 37 beizubringen. Der ersuchende Vertragsstaat enthält sich jedes unbegründeten oder mißbräuchlichen Ersuchens um Inspektionen.

(37) Das Ersuchen um eine Inspektion vor Ort stützt sich auf die vom internationalen Überwachungssystem gesammelten Informationen, auf einschlägige technische Informationen, die in einer mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zu vereinbarenden Weise durch nationale technische Verifikationsmittel erlangt wurden, oder auf eine Verbindung von beiden. Das Ersuchen muß Informationen nach Teil II Absatz 41 des Protokolls enthalten.

38. The requesting State Party shall present the on-site inspection request to the Executive Council and at the same time to the Director-General for the latter to begin immediate processing.

Follow-up
After Submission
of an On-Site Inspection Request

39. The Executive Council shall begin its consideration immediately upon receipt of the on-site inspection request.

40. The Director-General, after receiving the on-site inspection request, shall acknowledge receipt of the request to the requesting State Party within two hours and communicate the request to the State Party sought to be inspected within six hours. The Director-General shall ascertain that the request meets the requirements specified in Part II, paragraph 41 of the Protocol, and, if necessary, shall assist the requesting State Party in filing the request accordingly, and shall communicate the request to the Executive Council and to all other States Parties within 24 hours.

41. When the on-site inspection request fulfils the requirements, the Technical Secretariat shall begin preparations for the on-site inspection without delay.

42. The Director-General, upon receipt of an on-site inspection request referring to an inspection area under the jurisdiction or control of a State Party, shall immediately seek clarification from the State Party sought to be inspected in order to clarify and resolve the concern raised in the request.

43. A State Party that receives a request for clarification pursuant to paragraph 42 shall provide the Director-General with explanations and with other relevant information available as soon as possible, but no later than 72 hours after receipt of the request for clarification.

44. The Director-General, before the Executive Council takes a decision on the on-site inspection request, shall transmit immediately to the Executive Council any additional information available from the International Monitoring System or provided by any State Party on the event specified in the request, including any clarification provided pursuant to paragraphs 42 and 43, as well as any other information from within the Technical Secretariat that the Director-General deems relevant or that is requested by the Executive Council.

45. Unless the requesting State Party considers the concern raised in the on-site inspection request to be resolved and withdraws the request, the Executive Council shall take a decision on the request in accordance with paragraph 46.

38. L'État partie requérant présente sa demande d'inspection sur place au Conseil exécutif et, simultanément, au Directeur général afin que ce dernier y donne immédiatement suite.

Suite donnée
à la demande
d'inspection sur place

39. Le Conseil exécutif commence son examen dès réception de la demande d'inspection sur place.

40. Le Directeur général accuse réception de la demande d'inspection sur place adressée par l'État partie requérant dans les deux heures et transmet celle-ci dans les six heures à l'État partie dont on requiert l'inspection. Il s'assure que la demande satisfait aux conditions énoncées au paragraphe 41 de la deuxième partie du Protocole et aide au besoin l'État partie requérant à présenter la demande en conséquence; il transmet celle-ci au Conseil exécutif et à tous les autres États parties dans les 24 heures.

41. Lorsque la demande d'inspection satisfait à ces conditions, le Secrétariat technique commence sans tarder les préparatifs de l'inspection sur place.

42. Lorsqu'il reçoit une demande d'inspection sur place visant une zone placée sous la juridiction ou le contrôle d'un État partie, le Directeur général demande immédiatement une clarification à ce dernier en vue d'élucider les faits et de dissiper les préoccupations qui sont exprimées dans la demande.

43. L'État partie qui reçoit une demande de clarification en application du paragraphe 42 fournit au Directeur général des explications et tous autres éléments d'information pertinents disponibles dès que possible et au plus tard 72 heures après réception de ladite demande.

44. Avant que le Conseil exécutif ne se prononce sur la demande d'inspection sur place, le Directeur général lui transmet immédiatement tous renseignements supplémentaires disponibles auprès du Système de surveillance international ou fournis par un État partie quel qu'il soit au sujet de l'événement indiqué dans la demande, notamment tous éclaircissements fournis conformément aux paragraphes 42 et 43, ainsi que toutes autres informations provenant du Secrétariat technique qu'il juge utiles ou qui sont demandées par le Conseil exécutif.

45. A moins que l'État partie requérant ne considère que les préoccupations exprimées dans la demande d'inspection sur place ont été dissipées et ne retire celle-ci, le Conseil exécutif se prononce sur la demande conformément au paragraphe 46.

(38) Der ersuchende Vertragsstaat legt das Ersuchen um eine Inspektion vor Ort dem Exekutivrat und gleichzeitig dem Generaldirektor vor, damit dieser es sofort bearbeiten kann.

Folgebemaßnahmen
nach Eingang eines Ersuchens
um eine Inspektion vor Ort

(39) Der Exekutivrat beginnt sofort nach Eingang des Ersuchens um eine Inspektion vor Ort mit dessen Prüfung.

(40) Der Generaldirektor bestätigt dem ersuchenden Vertragsstaat innerhalb von zwei Stunden den Eingang des Ersuchens um eine Inspektion vor Ort und leitet das Ersuchen innerhalb von sechs Stunden an den Vertragsstaat weiter, in dem eine Inspektion stattfinden soll. Der Generaldirektor vergewissert sich, daß das Ersuchen den in Teil II Absatz 41 des Protokolls festgelegten Anforderungen genügt; falls notwendig, hilft er dem ersuchenden Vertragsstaat, das Ersuchen entsprechend abzufassen, und leitet das Ersuchen innerhalb von 24 Stunden an den Exekutivrat und alle anderen Vertragsstaaten weiter.

(41) Sobald das Ersuchen um eine Inspektion vor Ort den Anforderungen genügt, beginnt das Technische Sekretariat unverzüglich mit den Vorbereitungen für eine Inspektion vor Ort.

(42) Der Generaldirektor versucht unmittelbar nach Eingang eines Ersuchens um eine Inspektion vor Ort, die ein Inspektionsgebiet unter der Hoheitsgewalt oder Kontrolle eines Vertragsstaats betrifft, eine sofortige Klarstellung von dem Vertragsstaat, in dem eine Inspektion stattfinden soll, zu erwirken, um die in dem Ersuchen aufgeworfenen Bedenken zu klären und zu bereinigen.

(43) Ein Vertragsstaat, der ein Ersuchen um Klarstellung nach Absatz 42 erhält, legt dem Generaldirektor so bald wie möglich, spätestens jedoch 72 Stunden nach Eingang des Ersuchens, Erklärungen und sonstige verfügbare einschlägige Informationen vor.

(44) Bevor der Exekutivrat über die Inspektion vor Ort einen Beschluß faßt, übermittelt der Generaldirektor dem Exekutivrat sofort jede verfügbare zusätzliche Information aus dem Internationalen Überwachungssystem oder von einem anderen Vertragsstaat über das in dem Ersuchen genannte Ereignis, darunter jede nach den Absätzen 42 und 43 vorgebrachte Klarstellung, sowie jede weitere aus dem Bereich des Technischen Sekretariats stammende Information, die der Generaldirektor für maßgeblich hält oder die der Exekutivrat erbittet.

(45) Sofern der ersuchende Vertragsstaat nicht die in dem Ersuchen um eine Inspektion vor Ort erhobenen Bedenken für bereinigt hält und das Ersuchen zurücknimmt, faßt der Exekutivrat in Übereinstimmung mit Absatz 46 einen Beschluß über das Ersuchen.

Executive Council Decisions

46. The Executive Council shall take a decision on the on-site inspection request no later than 96 hours after receipt of the request from the requesting State Party. The decision to approve the on-site inspection shall be made by at least 30 affirmative votes of members of the Executive Council. If the Executive Council does not approve the inspection, preparations shall be stopped and no further action on the request shall be taken.

47. No later than 25 days after the approval of the on-site inspection in accordance with paragraph 46, the inspection team shall transmit to the Executive Council, through the Director-General, a progress inspection report. The continuation of the inspection shall be considered approved unless the Executive Council, no later than 72 hours after receipt of the progress inspection report, decides by a majority of all its members not to continue the inspection. If the Executive Council decides not to continue the inspection, the inspection shall be terminated, and the inspection team shall leave the inspection area and the territory of the inspected State Party as soon as possible in accordance with Part II, paragraphs 109 and 110 of the Protocol.

48. In the course of the on-site inspection, the inspection team may submit to the Executive Council, through the Director-General, a proposal to conduct drilling. The Executive Council shall take a decision on such a proposal no later than 72 hours after receipt of the proposal. The decision to approve drilling shall be made by a majority of all members of the Executive Council.

49. The inspection team may request the Executive Council, through the Director-General, to extend the inspection duration by a maximum of 70 days beyond the 60-day time-frame specified in Part II, paragraph 4 of the Protocol, if the inspection team considers such an extension essential to enable it to fulfil its mandate. The inspection team shall indicate in its request which of the activities and techniques listed in Part II, paragraph 69 of the Protocol it intends to carry out during the extension period. The Executive Council shall take a decision on the extension request no later than 72 hours after receipt of the request. The decision to approve an extension of the inspection duration shall be made by a majority of all members of the Executive Council.

50. Any time following the approval of the continuation of the on-site inspection in accordance with paragraph 47, the inspection team may submit to the Executive Council, through the Director-General, a recommendation to terminate the inspection. Such a recommendation shall be considered approved unless the Executive Council, no later than 72 hours after receipt of the recommendation, decides by a two-

Décisions du Conseil exécutif

46. Le Conseil exécutif se prononce sur la demande d'inspection sur place au plus tard 96 heures après l'avoir reçue de l'État partie requérant. Il prend la décision d'approuver l'inspection sur place par 30 voix au moins. Si le Conseil exécutif n'approuve pas l'inspection, les préparatifs sont interrompus et il n'est donné aucune suite à la demande.

47. Au plus tard 25 jours après que l'inspection sur place a été approuvée conformément au paragraphe 46, l'équipe d'inspection fait rapport au Conseil exécutif par l'intermédiaire du Directeur général sur la marche de l'inspection. La poursuite de l'inspection est réputée approuvée à moins que le Conseil exécutif, au plus tard 72 heures après réception du rapport intérimaire, décide à la majorité de l'ensemble de ses membres que l'inspection ne doit pas continuer. Si le Conseil exécutif décide qu'elle ne doit pas continuer, il y est mis fin et l'équipe d'inspection quitte la zone d'inspection et le territoire de l'État partie inspecté, dès que faire se peut conformément aux paragraphes 109 et 110 de la deuxième partie du Protocole.

48. Au cours de l'inspection sur place, l'équipe d'inspection peut proposer au Conseil exécutif par l'intermédiaire du Directeur général d'effectuer des forages. Le Conseil exécutif se prononce sur une telle proposition au plus tard 72 heures après l'avoir reçue. Il prend la décision d'approuver des forages à la majorité de l'ensemble de ses membres.

49. L'équipe d'inspection peut demander au Conseil exécutif par l'intermédiaire du Directeur général de prolonger l'inspection de 70 jours au maximum au-delà du délai de 60 jours fixé au paragraphe 4 de la deuxième partie du Protocole, si elle juge que cela est indispensable à l'exécution de son mandat. L'équipe d'inspection indique dans sa demande celles des activités et techniques énumérées au paragraphe 69 de la deuxième partie du Protocole qu'elle entend mener ou mettre en œuvre pendant la période de prolongation. Le Conseil exécutif se prononce sur la demande de prolongation au plus tard 72 heures après l'avoir reçue. Il prend la décision d'approuver une prolongation de l'inspection à la majorité de l'ensemble de ses membres.

50. A tout moment après que la poursuite de l'inspection sur place a été approuvée conformément au paragraphe 47, l'équipe d'inspection peut recommander au Conseil exécutif par l'intermédiaire du Directeur général de mettre fin à l'inspection. Cette recommandation est réputée approuvée à moins que le Conseil exécutif, au plus tard 72 heures après l'avoir reçue, décide à la majorité des deux

Beschlüsse des Exekutivrats

(46) Der Exekutivrat faßt einen Beschluß über eine Inspektion vor Ort spätestens 96 Stunden nach Eingang des Ersuchens von dem ersuchenden Vertragsstaat. Der Beschluß über die Genehmigung der Inspektion vor Ort wird mit mindestens 30 Ja-Stimmen der Mitglieder des Exekutivrats gefaßt. Genehmigt der Exekutivrat die Inspektion nicht, so werden die Vorbereitungen eingestellt, und das Ersuchen wird nicht weiter verfolgt.

(47) Spätestens 25 Tage nach Genehmigung der Inspektion vor Ort in Übereinstimmung mit Absatz 46 übermittelt das Inspektionsteam dem Exekutivrat über den Generaldirektor einen Tätigkeitsbericht über die Inspektion. Die Fortsetzung der Inspektion gilt als genehmigt, sofern der Exekutivrat nicht spätestens 72 Stunden nach Eingang des Tätigkeitsberichts über die Inspektion mit der Mehrheit aller seiner Mitglieder beschließt, die Inspektion nicht fortzusetzen. Beschließt der Exekutivrat, die Inspektion nicht fortzusetzen, so wird die Inspektion beendet, und das Inspektionsteam verläßt so bald wie möglich in Übereinstimmung mit Teil II Absätze 109 und 110 des Protokolls das Inspektionsgebiet und das Hoheitsgebiet des inspezitierten Vertragsstaats.

(48) Das Inspektionsteam kann im Verlauf der Inspektion vor Ort dem Exekutivrat über den Generaldirektor einen Vorschlag zur Durchführung von Bohrarbeiten unterbreiten. Der Exekutivrat faßt den Beschluß über den Vorschlag spätestens 72 Stunden nach dessen Eingang. Der Beschluß über die Genehmigung der Bohrarbeiten wird mit der Mehrheit aller Mitglieder des Exekutivrats gefaßt.

(49) Das Inspektionsteam kann den Exekutivrat über den Generaldirektor ersuchen, die Inspektionsdauer um höchstens 70 Tage über den in Teil II Absatz 4 des Protokolls festgelegten zeitlichen Rahmen hinaus zu verlängern, wenn das Inspektionsteam eine solche Verlängerung für unbedingt erforderlich hält, um seinen Auftrag erfüllen zu können. Das Inspektionsteam gibt in seinem Ersuchen an, welche der in Teil II Absatz 69 des Protokolls aufgeführten Tätigkeiten und Verfahren es während der Verlängerung anzuwenden beabsichtigt. Der Exekutivrat faßt den Beschluß über das Ersuchen um Verlängerung spätestens 72 Stunden nach Eingang des Ersuchens. Der Beschluß über die Genehmigung einer Verlängerung der Inspektionsdauer wird mit der Mehrheit aller Mitglieder des Exekutivrats gefaßt.

(50) Nach Genehmigung der Fortsetzung der Inspektion vor Ort in Übereinstimmung mit Absatz 47 kann das Inspektionsteam dem Exekutivrat jederzeit über den Generaldirektor die Beendigung der Inspektion empfehlen. Die Empfehlung gilt als genehmigt, sofern der Exekutivrat nicht spätestens 72 Stunden nach Eingang der Empfehlung mit Zweidrittelmehrheit aller seiner Mitglieder beschließt, die Beendigung der

thirds majority of all its members not to approve the termination of the inspection. In case of termination of the inspection, the inspection team shall leave the inspection area and the territory of the inspected State Party as soon as possible in accordance with Part II, paragraphs 109 and 110 of the Protocol.

51. The requesting State Party and the State Party sought to be inspected may participate in the deliberations of the Executive Council on the on-site inspection request without voting. The requesting State Party and the inspected State Party may also participate without voting in any subsequent deliberations of the Executive Council related to the inspection.

52. The Director-General shall notify all States Parties within 24 hours about any decision by and reports, proposals, requests and recommendations to the Executive Council pursuant to paragraphs 46 to 50.

Follow-up After Executive Council Approval of an On-Site Inspection

53. An on-site inspection approved by the Executive Council shall be conducted without delay by an inspection team designated by the Director-General and in accordance with the provisions of this Treaty and the Protocol. The inspection team shall arrive at the point of entry no later than six days following the receipt by the Executive Council of the on-site inspection request from the requesting State Party.

54. The Director-General shall issue an inspection mandate for the conduct of the on-site inspection. The inspection mandate shall contain the information specified in Part II, paragraph 42 of the Protocol.

55. The Director-General shall notify the inspected State Party of the inspection no less than 24 hours before the planned arrival of the inspection team at the point of entry, in accordance with Part II, paragraph 43 of the Protocol.

The Conduct of an On-Site Inspection

56. Each State Party shall permit the Organization to conduct an on-site inspection on its territory or at places under its jurisdiction or control in accordance with the provisions of this Treaty and the Protocol. However, no State Party shall have to accept simultaneous on-site inspections on its territory or at places under its jurisdiction or control.

57. In accordance with the provisions of this Treaty and the Protocol, the inspected State Party shall have:

- (a) The right and the obligation to make every reasonable effort to demonstrate its compliance with this Treaty and, to

tiers de l'ensemble de ses membres qu'il ne doit pas être mis fin à l'inspection. S'il est mis fin à l'inspection, l'équipe d'inspection quitte la zone d'inspection et le territoire de l'État partie inspecté dès que faire se peut conformément aux paragraphes 109 et 110 de la deuxième partie du Protocole.

51. L'État partie requérant et l'État partie dont on requiert l'inspection peuvent participer aux délibérations du Conseil exécutif relatives à la demande d'inspection sur place sans prendre part au vote. L'État partie requérant et l'État partie inspecté peuvent aussi participer sans prendre part au vote à toutes délibérations ultérieures du Conseil exécutif relatives à l'inspection.

52. Le Directeur général informe dans les 24 heures tous les États parties de toute décision prise par le Conseil exécutif conformément aux paragraphes 46 à 50 et de tous rapports, propositions, demandes et recommandations adressés à celui-ci conformément à ces mêmes paragraphes.

Suite donnée à l'approbation par le Conseil exécutif d'une inspection sur place

53. Une inspection sur place approuvée par le Conseil exécutif est réalisée sans retard et conformément aux dispositions du présent Traité et du Protocole par une équipe d'inspection désignée par le Directeur général. L'équipe d'inspection arrive au point d'entrée au plus tard six jours après que le Conseil exécutif a reçu de l'État partie requérant la demande d'inspection.

54. Le Directeur général délivre un mandat pour la conduite de l'inspection sur place. Ce mandat contient les renseignements visés au paragraphe 42 de la deuxième partie du Protocole.

55. Le Directeur général donne notification de l'inspection à l'État partie à inspecter au moins 24 heures avant l'arrivée prévue de l'équipe d'inspection au point d'entrée, conformément au paragraphe 43 de la deuxième partie du Protocole.

Conduite de l'inspection sur place

56. Chaque État partie autorise l'Organisation à procéder à une inspection sur place sur son territoire ou en des lieux placés sous sa juridiction ou son contrôle, conformément aux dispositions du présent Traité et du Protocole. Toutefois, aucun État partie n'est tenu d'accepter des inspections simultanées sur son territoire ou en de tels lieux.

57. L'État partie inspecté a, conformément aux dispositions du présent Traité et du Protocole:

- a) Le droit et l'obligation de faire tout ce qui lui est raisonnablement possible pour démontrer qu'il respecte le Traité

Inspektion nicht zu genehmigen. Wird die Inspektion beendet, so verläßt das Inspektionsteam so bald wie möglich in Übereinstimmung mit Teil II Absätze 109 und 110 des Protokolls das Inspektionsgebiet und das Hoheitsgebiet des inspierten Vertragsstaats.

(51) Der ersuchende Vertragsstaat und der Vertragsstaat, in dem eine Inspektion stattfinden soll, können ohne Stimmrecht an den Beratungen des Exekutivrats über das Ersuchen um eine Inspektion vor Ort teilnehmen. Der ersuchende Vertragsstaat und der inspierte Vertragsstaat können ohne Stimmrecht auch an allen folgenden Beratungen des Exekutivrats im Zusammenhang mit der Inspektion teilnehmen.

(52) Der Generaldirektor unterrichtet alle Vertragsstaaten innerhalb von 24 Stunden über Beschlüsse des Exekutivrats und die diesem vorgelegten Berichte, Vorschläge, Ersuchen und Empfehlungen nach den Absätzen 46 bis 50.

Folgemaßnahmen nach Genehmigung einer Inspektion vor Ort durch den Exekutivrat

(53) Eine vom Exekutivrat genehmigte Inspektion vor Ort wird unverzüglich von einem vom Generaldirektor bestellten Inspektionsteam in Übereinstimmung mit diesem Vertrag und dem Protokoll durchgeführt. Das Inspektionsteam trifft spätestens sechs Tage, nachdem das Ersuchen des ersuchenden Vertragsstaats um eine Inspektion vor Ort beim Exekutivrat eingegangen ist, am Punkt der Einreise ein.

(54) Der Generaldirektor erteilt einen Inspektionsauftrag für die Durchführung der Inspektion vor Ort. Der Inspektionsauftrag enthält die in Teil II Absatz 42 des Protokolls festgelegten Informationen.

(55) Der Generaldirektor notifiziert dem inspierten Vertragsstaat die Inspektion spätestens 24 Stunden vor dem geplanten Eintreffen des Inspektionsteams am Punkt der Einreise in Übereinstimmung mit Teil II Absatz 43 des Protokolls mit.

Durchführung einer Inspektion vor Ort

(56) Jeder Vertragsstaat erlaubt der Organisation, in seinem Hoheitsgebiet oder an jedem Ort unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle eine Inspektion vor Ort in Übereinstimmung mit diesem Vertrag und dem Protokoll durchzuführen. Ein Vertragsstaat braucht jedoch gleichzeitige Inspektionen vor Ort in seinem Hoheitsgebiet oder an jedem Ort unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle nicht zuzulassen.

(57) Der inspierte Vertragsstaat hat in Übereinstimmung mit diesem Vertrag und dem Protokoll

- a) das Recht und die Verpflichtung, nach besten Kräften die Einhaltung dieses Vertrags darzulegen, und zu diesem

this end, to enable the inspection team to fulfil its mandate;

- (b) The right to take measures it deems necessary to protect national security interests and to prevent disclosure of confidential information not related to the purpose of the inspection;
- (c) The obligation to provide access within the inspection area for the sole purpose of determining facts relevant to the purpose of the inspection, taking into account sub-paragraph (b) and any constitutional obligations it may have with regard to proprietary rights or searches and seizures;
- (d) The obligation not to invoke this paragraph or Part II, paragraph 88 of the Protocol to conceal any violation of its obligations under Article I; and
- (e) The obligation not to impede the ability of the inspection team to move within the inspection area and to carry out inspection activities in accordance with this Treaty and the Protocol.

Access, in the context of an on-site inspection, means both the physical access of the inspection team and the inspection equipment to, and the conduct of inspection activities within, the inspection area.

58. The on-site inspection shall be conducted in the least intrusive manner possible, consistent with the efficient and timely accomplishment of the inspection mandate, and in accordance with the procedures set forth in the Protocol. Wherever possible, the inspection team shall begin with the least intrusive procedures and then proceed to more intrusive procedures only as it deems necessary to collect sufficient information to clarify the concern about possible non-compliance with this Treaty. The inspectors shall seek only the information and data necessary for the purpose of the inspection and shall seek to minimize interference with normal operations of the inspected State Party.

59. The inspected State Party shall assist the inspection team throughout the on-site inspection and facilitate its task.

60. If the inspected State Party, acting in accordance with Part II, paragraphs 86 to 96 of the Protocol, restricts access within the inspection area, it shall make every reasonable effort in consultations with the inspection team to demonstrate through alternative means its compliance with this Treaty.

et, à cette fin, de permettre à l'équipe d'inspection de remplir son mandat;

- b) Le droit de prendre les mesures qu'il juge nécessaires pour protéger des intérêts relevant de sa sécurité nationale et empêcher la divulgation d'informations confidentielles sans rapport avec le but de l'inspection;
- c) L'obligation de donner accès à l'intérieur de la zone d'inspection à seule fin d'établir les faits en rapport avec le but de l'inspection compte tenu des dispositions de l'alinéa b) et de toutes obligations constitutionnelles auxquelles il aurait à satisfaire en matière de droits exclusifs ou en matière de perquisition et de saisie;
- d) L'obligation de ne pas invoquer les dispositions du présent paragraphe ou du paragraphe 88 de la deuxième partie du Protocole pour couvrir un manquement quelconque aux obligations qui sont les siennes en vertu de l'article premier;
- e) L'obligation de ne pas empêcher l'équipe d'inspection de se déplacer à l'intérieur de la zone d'inspection et de mener des activités d'inspection conformément au présent Traité et au Protocole.

Dans le contexte d'une inspection sur place, on entend par «accès» à la fois l'accès proprement dit de l'équipe d'inspection et de son matériel à la zone d'inspection et la conduite des activités d'inspection à l'intérieur de ladite zone.

58. L'inspection sur place est effectuée de la manière la moins intrusive possible, compatible avec l'exécution du mandat d'inspection dans les délais et avec l'efficacité voulus et conformément aux procédures établies dans le Protocole. Chaque fois que possible, l'équipe d'inspection commence par les procédures les moins intrusives et ne passe à des procédures plus intrusives que dans la mesure où elle le juge nécessaire pour recueillir suffisamment de renseignements afin de dissiper les préoccupations quant à une inexécution possible du présent Traité. Les inspecteurs ne recherchent que les renseignements et données requis aux fins de l'inspection et s'efforcent de perturber le moins possible les opérations normales de l'État partie inspecté.

59. L'État partie inspecté prête son concours à l'équipe d'inspection tout au long de l'inspection et facilite sa tâche.

60. Si l'État partie inspecté, agissant conformément aux paragraphes 86 à 96 de la deuxième partie du Protocole, restreint l'accès à l'intérieur de la zone d'inspection, il fait tout ce qui lui est raisonnablement possible, en consultation avec l'équipe d'inspection, pour démontrer par d'autres moyens qu'il respecte le présent Traité.

Zweck das Inspektionsteam in die Lage zu versetzen, seinen Auftrag zu erfüllen;

- b) das Recht, die von ihm für notwendig gehaltenen Maßnahmen zu treffen, um nationale Sicherheitsinteressen zu schützen und zu verhindern, daß vertrauliche Informationen, die mit diesem Vertrag nicht in Zusammenhang stehen, preisgegeben werden;
- c) die Verpflichtung, Zugang zum Inspektionsgebiet ausschließlich zu dem Zweck zu gewähren, die für die Inspektion maßgeblichen Tatsachen festzustellen, wobei er dem Buchstaben b und verfassungsrechtlichen Verpflichtungen, die er in bezug auf Eigentumsrechte oder Durchsuchungen und Beschlagnahmen haben kann, Rechnung trägt;
- d) die Verpflichtung, diesen Absatz oder Teil II Absatz 88 des Protokolls nicht dazu heranzuziehen, einen Verstoß gegen seine Verpflichtungen aus Artikel I zu verschleiern, und
- e) die Verpflichtung, das Inspektionsteam in seiner Bewegungsfreiheit innerhalb des Inspektionsgebiets und bei der Durchführung seiner Inspektionstätigkeiten in Übereinstimmung mit diesem Vertrag und dem Protokoll nicht zu behindern.

Im Zusammenhang mit einer Inspektion vor Ort bedeutet Zugang sowohl den tatsächlichen Zugang des Inspektionsteams und der Inspektionsausrüstung zu dem Inspektionsgebiet als auch die Durchführung von Inspektionstätigkeiten innerhalb desselben.

(58) Die Inspektion vor Ort wird mit der größtmöglichen Zurückhaltung, welche die wirksame und fristgerechte Erfüllung des Inspektionsauftrags zuläßt, und in Übereinstimmung mit den im Protokoll festgelegten Verfahren durchgeführt. Soweit möglich, beginnt das Inspektionsteam mit den unaufdringlichsten Verfahren und wendet weniger unaufdringliche Verfahren nur an, wenn es dies für die Sammlung ausreichender Informationen zur Klärung der Bedenken wegen einer möglichen Nichteinhaltung dieses Vertrags als notwendig erachtet. Die Inspektoren suchen nur die Informationen und Daten, die für die Inspektionszwecke notwendig sind, und sind bemüht, eine Einmischung in die üblichen Vorgänge des inspezierten Vertragsstaats auf ein Mindestmaß zu beschränken.

(59) Der inspezierte Vertragsstaat hilft dem Inspektionsteam während der gesamten Inspektion vor Ort und erleichtert seine Aufgabe.

(60) Beschränkt der inspezierte Vertragsstaat unter Hinweis auf Teil II Absätze 86 bis 96 des Protokolls den Zugang innerhalb des Inspektionsgebiets, so bemüht er sich in Konsultation mit dem Inspektionsteam nach besten Kräften, mit alternativen Mitteln seine Einhaltung dieses Vertrags darzulegen.

Observer

61. With regard to an observer, the following shall apply:

- (a) The requesting State Party, subject to the agreement of the inspected State Party, may send a representative, who shall be a national either of the requesting State Party or of a third State Party, to observe the conduct of the on-site inspection;
- (b) The inspected State Party shall notify its acceptance or non-acceptance of the proposed observer to the Director-General within 12 hours after approval of the on-site inspection by the Executive Council;
- (c) In case of acceptance, the inspected State Party shall grant access to the observer in accordance with the Protocol;
- (d) The inspected State Party shall, as a rule, accept the proposed observer, but if the inspected State Party exercises a refusal, that fact shall be recorded in the inspection report.

There shall be no more than three observers from an aggregate of requesting States Parties.

Reports of an On-Site Inspection

62. Inspection reports shall contain:

- (a) A description of the activities conducted by the inspection team;
- (b) The factual findings of the inspection team relevant to the purpose of the inspection;
- (c) An account of the cooperation granted during the on-site inspection;
- (d) A factual description of the extent of the access granted, including the alternative means provided to the team, during the on-site inspection; and
- (e) Any other details relevant to the purpose of the inspection.

Differing observations made by inspectors may be attached to the report.

63. The Director-General shall make draft inspection reports available to the inspected State Party. The inspected State Party shall have the right to provide the Director-General within 48 hours with its comments and explanations, and to identify any information and data which, in its view, are not related to the purpose of the inspection and should not be circulated outside the Technical Secretariat. The Director-General shall consider the proposals for changes to the draft inspection report made by the inspected State Party

Observateur

61. La participation d'un observateur est régie par les dispositions suivantes:

- a) Sous réserve de l'accord de l'État partie inspecté, l'État partie requérant peut envoyer un représentant observer le déroulement de l'inspection sur place; celui-ci est un ressortissant soit de l'État partie requérant, soit d'un État partie tiers;
- b) L'État partie inspecté fait part au Directeur général, dans un délai de 12 heures à compter de l'approbation de l'inspection sur place par le Conseil exécutif, de son acceptation ou de son refus de l'observateur proposé;
- c) En cas d'acceptation, l'État partie inspecté accorde à l'observateur l'accès, conformément au Protocole;
- d) En principe, l'État partie inspecté accepte l'observateur proposé, mais si cet État oppose son refus, le fait est consigné dans le rapport d'inspection.

Lorsque les États parties sont plusieurs à demander l'inspection, les observateurs qui y participent ne sont pas plus de trois.

Rapports de l'inspection sur place

62. Les rapports d'inspection comprennent:

- a) Une description des activités réalisées par l'équipe d'inspection;
- b) Les faits ayant un rapport avec le but de l'inspection qui ont été constatés par l'équipe d'inspection;
- c) Un compte rendu du concours prêté pendant l'inspection sur place;
- d) Une description factuelle de l'étendue de l'accès accordé, notamment les autres moyens donnés à l'équipe, pendant l'inspection sur place;
- e) Tous autres détails ayant un rapport avec le but de l'inspection.

S'il y a des observations divergentes de la part des inspecteurs, celles-ci peuvent être reproduites dans une annexe du rapport.

63. Le Directeur général met les projets de rapport d'inspection à la disposition de l'État partie inspecté. L'État partie inspecté a le droit de communiquer au Directeur général, dans un délai de 48 heures, ses observations et explications et d'indiquer tous renseignements et données qui, à son avis, sont sans rapport avec le but de l'inspection et ne devraient pas être diffusés en dehors du Secrétariat technique. Le Directeur général examine les propositions de modification d'un projet de rapport faites par l'État partie inspecté et, autant que

Beobachter

(61) Für die Teilnahme eines Beobachters gilt folgendes:

- a) Der ersuchende Vertragsstaat darf, vorbehaltlich der Einwilligung des inspierten Vertragsstaats, einen Vertreter entsenden, der Staatsangehöriger des ersuchenden Vertragsstaats oder eines dritten Vertragsstaats ist, um die Durchführung der Inspektion vor Ort zu beobachten;
- b) der inspierte Vertragsstaat benachrichtigt den Generaldirektor innerhalb von 12 Stunden nach Genehmigung der Inspektion vor Ort durch den Exekutivrat über seine Zulassung oder Ablehnung des vorgeschlagenen Beobachters;
- c) Im Fall der Zulassung gewährt der inspierte Vertragsstaat dem Beobachter Zugang nach Maßgabe des Protokolls;
- d) der inspierte Vertragsstaat läßt in der Regel den vorgeschlagenen Beobachter zu; lehnt er ihn jedoch ab, so wird diese Tatsache im Schlußbericht festgehalten.

Aus der Gesamtheit der ersuchenden Vertragsstaaten dürfen höchstens drei Beobachter teilnehmen.

Berichte über eine Inspektion vor Ort

(62) Die Inspektionsberichte enthalten

- a) eine Beschreibung der vom Inspektionsteam vorgenommenen Tätigkeiten;
- b) die vom Inspektionsteam festgestellten Tatsachen, die für den Zweck der Inspektion von Bedeutung sind;
- c) eine Aufstellung der während der Inspektion vor Ort geleisteten Zusammenarbeit;
- d) eine Beschreibung der Tatsachen über den Umfang des während der Inspektion vor Ort gewährten Zugangs, einschließlich der dem Team zur Verfügung gestellten alternativen Mittel, und
- e) sonstige Einzelheiten, die für den Zweck der Inspektion von Bedeutung sind.

Abweichende Beobachtungen der Inspektoren können dem Bericht beigelegt werden.

(63) Der Generaldirektor stellt dem inspierten Vertragsstaat den Entwurf der Inspektionsberichte zur Verfügung. Der inspierte Vertragsstaat hat das Recht, dem Generaldirektor innerhalb von 48 Stunden seine Bemerkungen und Erklärungen vorzubringen und alle Informationen und Daten zu nennen, die nach seiner Auffassung mit dem Zweck der Inspektion nicht in Zusammenhang stehen und nicht außerhalb des Technischen Sekretariats verteilt werden sollten. Der Generaldirektor prüft die von dem inspierten Vertragsstaat vor-

and shall wherever possible incorporate them. The Director-General shall also annex the comments and explanations provided by the inspected State Party to the inspection report.

64. The Director-General shall promptly transmit the inspection report to the requesting State Party, the inspected State Party, the Executive Council and to all other States Parties. The Director-General shall further transmit promptly to the Executive Council and to all other States Parties any results of sample analysis in designated laboratories in accordance with Part II, paragraph 104 of the Protocol, relevant data from the International Monitoring System, the assessments of the requesting and inspected States Parties, as well as any other information that the Director-General deems relevant. In the case of the progress inspection report referred to in paragraph 47, the Director-General shall transmit the report to the Executive Council within the time-frame specified in that paragraph.

65. The Executive Council, in accordance with its powers and functions, shall review the inspection report and any material provided pursuant to paragraph 64, and shall address any concerns as to:

- (a) Whether any non-compliance with this Treaty has occurred; and
- (b) Whether the right to request an on-site inspection has been abused.

66. If the Executive Council reaches the conclusion, in keeping with its powers and functions, that further action may be necessary with regard to paragraph 65, it shall take the appropriate measures in accordance with Article V.

Frivolous
or Abusive
On-Site Inspection Requests

67. If the Executive Council does not approve the on-site inspection on the basis that the on-site inspection request is frivolous or abusive, or if the inspection is terminated for the same reasons, the Executive Council shall consider and decide on whether to implement appropriate measures to redress the situation, including the following:

- (a) Requiring the requesting State Party to pay for the cost of any preparations made by the Technical Secretariat;
- (b) Suspending the right of the requesting State Party to request an on-site inspection for a period of time, as determined by the Executive Council; and
- (c) Suspending the right of the requesting State Party to serve on the Executive Council for a period of time.

possible, les intègre au projet. Il fait aussi figurer les observations et explications communiquées par l'État partie inspecté dans une annexe du rapport d'inspection.

64. Le Directeur général transmet sans retard le rapport d'inspection à l'État partie requérant, à l'État partie inspecté, au Conseil exécutif et à tous les autres États parties. En outre, il transmet sans retard au Conseil exécutif et à tous les autres États parties les résultats de toutes analyses d'échantillons faites par des laboratoires désignés, conformément au paragraphe 104 de la deuxième partie du Protocole, les données pertinentes provenant du Système de surveillance international, l'évaluation de l'État partie requérant et celle de l'État partie inspecté, ainsi que tous autres renseignements qu'il jugerait pertinents. Le Directeur général transmet le rapport intérimaire dont il est fait mention au paragraphe 47 au Conseil exécutif dans les délais indiqués dans ce même paragraphe.

65. Le Conseil exécutif, agissant conformément à ses pouvoirs et fonctions, examine le rapport d'inspection et tout document fourni en application du paragraphe 64, et traite tout motif de préoccupation afin de déterminer:

- a) S'il y a eu inexécution du Traité;
- b) S'il y a eu abus du droit de demander une inspection sur place.

66. Si le Conseil exécutif, agissant en conformité avec ses pouvoirs et fonctions, parvient à la conclusion qu'il peut être nécessaire de poursuivre l'affaire eu égard au paragraphe 65, il prend les mesures qui s'imposent conformément à l'article V.

Demande d'inspection
sur place téméraire
ou abusive

67. S'il n'approuve pas l'inspection sur place au motif que la demande d'inspection est téméraire ou abusive, ou s'il met fin à l'inspection pour les mêmes raisons, le Conseil exécutif se penche et se prononce sur le point de savoir s'il convient de prendre des mesures en vue de redresser la situation et notamment:

- a) D'exiger de l'État partie requérant qu'il prenne à sa charge le coût de tous préparatifs qu'aurait faits le Secrétariat technique;
- b) De suspendre, pour la période qu'il fixe lui-même, l'exercice par l'État partie requérant du droit de demander une inspection;
- c) De suspendre, pour une période déterminée, l'exercice par l'État partie requérant du droit de siéger au Conseil.

gebrachten Vorschläge zur Änderung des Entwurfs des Inspektionsberichts und übernimmt sie soweit möglich. Der Generaldirektor fügt ferner die von dem inspeziierten Vertragsstaat vorgebrachten Bemerkungen und Erklärungen dem Inspektionsbericht als Anlage bei.

(64) Der Generaldirektor übermittelt den Inspektionsbericht umgehend dem ersuchenden Vertragsstaat, dem inspeziierten Vertragsstaat, dem Exekutivrat und allen anderen Vertragsstaaten. Der Generaldirektor übermittelt ferner dem Exekutivrat und allen anderen Vertragsstaaten umgehend alle Ergebnisse der in festgelegten Laboratorien vorgenommenen Probenanalysen nach Teil II Absatz 104 des Protokolls, die maßgeblichen Daten aus dem internationalen Überwachungssystem, die Bewertungen des ersuchenden und des inspeziierten Vertragsstaats sowie jede sonstige Information, die der Generaldirektor als maßgeblich erachtet. Im Fall des in Absatz 47 genannten Tätigkeitsberichts über die Inspektion übermittelt der Generaldirektor den Bericht dem Exekutivrat innerhalb der in Absatz 47 festgelegten Frist.

(65) Der Exekutivrat überprüft im Einklang mit seinen Befugnissen und Aufgaben den Inspektionsbericht und jedes nach Absatz 64 vorgelegte Material und greift alle Bedenken auf, die sich auf folgende Fragen beziehen:

- a) ob ein Fall der Nichteinhaltung dieses Vertrags vorlag und
- b) ob das Recht, um eine Inspektion vor Ort zu ersuchen, mißbraucht wurde.

(66) Gelangt der Exekutivrat im Einklang mit seinen Befugnissen und Aufgaben zu der Auffassung, daß im Hinblick auf Absatz 65 weitere Maßnahmen erforderlich sind, so ergreift er in Übereinstimmung mit Artikel V die geeigneten Maßnahmen.

Nicht stichhaltige
oder mißbräuchliche Ersuchen
um eine Inspektion vor Ort

(67) Genehmigt der Exekutivrat die Inspektion vor Ort nicht, mit der Begründung, daß das Ersuchen um eine Inspektion vor Ort nicht stichhaltig oder mißbräuchlich ist, oder wird die Inspektion aus denselben Gründen beendet, so prüft und beschließt der Exekutivrat, ob geeignete Maßnahmen zur Bereinigung der Lage getroffen werden, darunter folgende Maßnahmen:

- a) Aufforderung an den ersuchenden Vertragsstaat, die Kosten für die Vorbereitungen durch das Technische Sekretariat zu tragen;
- b) für einen vom Exekutivrat festzusetzenden Zeitraum Aussetzung des Rechtes des ersuchenden Vertragsstaats, um eine Inspektion vor Ort zu ersuchen, und
- c) für gewisse Zeit Aussetzung des Rechtes des ersuchenden Vertragsstaats, im Exekutivrat vertreten zu sein.

E. Confidence-Building Measures

68. In order to:

- (a) Contribute to the timely resolution of any compliance concerns arising from possible misinterpretation of verification data relating to chemical explosions; and
- (b) Assist in the calibration of the stations that are part of the component networks of the International Monitoring System,

each State Party undertakes to cooperate with the Organization and with other States Parties in implementing relevant measures as set out in Part III of the Protocol.

Article V Measures to Redress a Situation and to Ensure Compliance, Including Sanctions

1. The Conference, taking into account, *inter alia*, the recommendations of the Executive Council, shall take the necessary measures, as set forth in paragraphs 2 and 3, to ensure compliance with this Treaty and to redress and remedy any situation which contravenes the provisions of this Treaty.

2. In cases where a State Party has been requested by the Conference or the Executive Council to redress a situation raising problems with regard to its compliance and fails to fulfil the request within the specified time, the Conference may, *inter alia*, decide to restrict or suspend the State Party from the exercise of its rights and privileges under this Treaty until the Conference decides otherwise.

3. In cases where damage to the object and purpose of this Treaty may result from non-compliance with the basic obligations of this Treaty, the Conference may recommend to States Parties collective measures which are in conformity with international law.

4. The Conference, or alternatively, if the case is urgent, the Executive Council, may bring the issue, including relevant information and conclusions, to the attention of the United Nations.

Article VI Settlement of Disputes

1. Disputes that may arise concerning the application or the interpretation of this Treaty shall be settled in accordance with the relevant provisions of this Treaty and in conformity with the provisions of the Charter of the United Nations.

2. When a dispute arises between two or more States Parties, or between one or

E. Mesures de confiance

68. Afin:

- a) D'aider à dissiper rapidement toutes préoccupations au sujet du respect du Traité que pourrait faire naître une interprétation erronée de données enregistrées par les moyens de vérification, concernant les explosions chimiques;
- b) D'aider à l'étalement des stations qui font partie des réseaux constituant le Système de surveillance internationale;

chaque État partie s'engage à coopérer avec l'Organisation et avec d'autres États parties à l'exécution des mesures voulues telles qu'elles sont énoncées dans la troisième partie du Protocole.

Article V Mesures propres à redresser une situation et à garantir le respect des dispositions du Traité, y compris les sanctions

1. La Conférence, tenant compte notamment des recommandations du Conseil exécutif, prend les mesures nécessaires, ainsi qu'il est prévu aux paragraphes 2 et 3, pour assurer le respect des dispositions du présent Traité et pour redresser et corriger toute situation contrevenant aux dispositions du Traité.

2. Dans les cas où un État partie auquel la Conférence ou le Conseil exécutif a demandé de redresser une situation qui soulève des problèmes concernant son respect du présent Traité ne satisfait pas à cette demande dans les délais fixés, la Conférence peut notamment décider de restreindre ou suspendre l'exercice, par cet État, des droits et privilèges dont il jouit en vertu du Traité jusqu'à ce que la Conférence en décide autrement.

3. Dans les cas où un préjudice risque d'être porté à l'objet et au but du présent Traité du fait d'un manquement aux obligations fondamentales établies par celui-ci, la Conférence peut recommander aux États parties des mesures collectives qui sont conformes au droit international.

4. La Conférence ou, s'il y a urgence, le Conseil exécutif peut porter la question, y compris les informations et les conclusions pertinentes, à l'attention de l'Organisation des Nations Unies.

Article VI Règlement des différends

1. Les différends qui naissent au sujet de l'application ou de l'interprétation du présent Traité sont réglés suivant les dispositions pertinentes du Traité et d'une manière conforme aux dispositions de la Charte des Nations Unies.

2. En cas de différend entre deux ou plusieurs États parties, ou entre un ou plu-

E. Vertrauensbildende Maßnahmen

(68) Zu dem Zweck,

- a) zur rechtzeitigen Bereinigung aller Bedenken über die Einhaltung beizutragen, die aus möglichen Fehlinterpretationen der Verifikationsdaten im Zusammenhang mit chemischen Explosionen stammen, und
- b) bei der Kalibrierung der Stationen zu helfen, die Teil der Netze des internationalen Überwachungssystems sind,

verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, mit der Organisation und mit anderen Vertragsstaaten zur Durchführung der in Teil III des Protokolls festgelegten einschlägigen Maßnahmen zusammenzuarbeiten.

Artikel V Maßnahmen zur Bereinigung einer Lage und zur Gewährleistung der Einhaltung dieses Vertrags einschließlich Sanktionen

(1) Die Konferenz trifft, unter anderem unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Exekutivrats, die in den Absätzen 2 und 3 dargelegten notwendigen Maßnahmen, um die Einhaltung dieses Vertrags zu gewährleisten und jede Lage zu bereinigen und zu beheben, die zu dem Vertrag im Widerspruch steht.

(2) Ist ein Vertragsstaat von der Konferenz oder vom Exekutivrat aufgefordert worden, eine Lage zu bereinigen, die hinsichtlich der Einhaltung dieses Vertrags Probleme aufwirft, und kommt er der Aufforderung innerhalb der festgesetzten Frist nicht nach, so kann die Konferenz unter anderem beschließen, die Ausübung der Rechte und Vorrechte aus dem Vertrag durch den Vertragsstaat einzuschränken oder auszusetzen, bis die Konferenz etwas anderes beschließt.

(3) Kann durch die Nichteinhaltung der grundlegenden Verpflichtungen dieses Vertrags Schaden für Ziel und Zweck des Vertrags entstehen, so kann die Konferenz den Vertragsstaaten gemeinsame Maßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht empfehlen.

(4) Die Konferenz oder in dringenden Fällen der Exekutivrat kann die Frage samt sachdienlichen Informationen und Schlussfolgerungen den Vereinten Nationen zur Kenntnis bringen.

Artikel VI Beilegung von Streitigkeiten

(1) Streitigkeiten, die über die Anwendung oder Auslegung dieses Vertrags entstehen können, werden im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Vertrags und nach Maßgabe der Charta der Vereinten Nationen beigelegt.

(2) Entsteht zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten oder zwischen einem oder

more States Parties and the Organization, relating to the application or interpretation of this Treaty, the parties concerned shall consult together with a view to the expeditious settlement of the dispute by negotiation or by other peaceful means of the parties' choice, including recourse to appropriate organs of this Treaty and, by mutual consent, referral to the International Court of Justice in conformity with the Statute of the Court. The parties involved shall keep the Executive Council informed of actions being taken.

3. The Executive Council may contribute to the settlement of a dispute that may arise concerning the application or interpretation of this Treaty by whatever means it deems appropriate, including offering its good offices, calling upon the States Parties to a dispute to seek a settlement through a process of their own choice, bringing the matter to the attention of the Conference and recommending a time-limit for any agreed procedure.

4. The Conference shall consider questions related to disputes raised by States Parties or brought to its attention by the Executive Council. The Conference shall, as it finds necessary, establish or entrust organs with tasks related to the settlement of these disputes in conformity with Article II, paragraph 26 (j).

5. The Conference and the Executive Council are separately empowered, subject to authorization from the General Assembly of the United Nations, to request the International Court of Justice to give an advisory opinion on any legal question arising within the scope of the activities of the Organization. An agreement between the Organization and the United Nations shall be concluded for this purpose in accordance with Article II, paragraph 38 (h).

6. This Article is without prejudice to Articles IV and V.

Article VII Amendments

1. At any time after the entry into force of this Treaty, any State Party may propose amendments to this Treaty, the Protocol, or the Annexes to the Protocol. Any State Party may also propose changes, in accordance with paragraph 7, to the Protocol or the Annexes thereto. Proposals for amendments shall be subject to the procedures in paragraphs 2 to 6. Proposals for changes, in accordance with paragraph 7, shall be subject to the procedures in paragraph 8.

sieurs États parties et l'Organisation, quant à l'application ou à l'interprétation du présent Traité, les parties concernées se consultent en vue de régler rapidement ce différend par la voie de négociations ou par un autre moyen pacifique qui leur agré, notamment en ayant recours aux organes appropriés du Traité et, par consentement mutuel, en saisissant la Cour internationale de Justice conformément au Statut de cette dernière. Les parties impliquées tiennent le Conseil exécutif informé des mesures prises.

3. Le Conseil exécutif peut contribuer au règlement d'un différend portant sur l'application ou l'interprétation du présent Traité par tout moyen qu'il juge approprié, notamment en offrant ses bons offices, en invitant les États qui sont parties au différend à rechercher un règlement par la voie qui leur agré, en portant la question à l'attention de la Conférence et en recommandant un délai d'exécution de toute procédure convenue.

4. La Conférence examine, quant aux différends, les points qui sont soulevés par des États parties ou qui sont portés à son attention par le Conseil exécutif. Si elle le juge nécessaire, la Conférence crée des organes chargés de contribuer au règlement des différends ou confie cette tâche à des organes existants, conformément au paragraphe 26, alinéa j), de l'article II.

5. La Conférence et le Conseil exécutif sont habilités séparément, sous réserve de l'autorisation de l'Assemblée générale des Nations Unies, à demander à la Cour internationale de Justice de donner un avis consultatif sur tout point de droit entrant dans le cadre des activités de l'Organisation. L'Organisation conclut un accord avec l'Organisation des Nations Unies à cette fin, conformément au paragraphe 38, alinéa h), de l'article II.

6. Les dispositions du présent article sont sans préjudice de celles des articles IV et V.

Article VII Amendements

1. À tout moment suivant l'entrée en vigueur du présent Traité, tout État partie peut proposer d'apporter des amendements au Traité, au Protocole ou aux Annexes du Protocole. Tout État partie peut aussi proposer d'apporter des modifications au Protocole ou aux Annexes y relatives en application du paragraphe 7. Les propositions d'amendement sont régies par la procédure énoncée aux paragraphes 2 à 6. Les propositions de modification faites en application du paragraphe 7 sont régies par la procédure énoncée au paragraphe 8.

mehreren Vertragsstaaten und der Organisation eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags, so konsultieren die Parteien einander mit dem Ziel, eine umgehende Beilegung der Streitigkeit durch Verhandlung oder andere friedliche Mittel ihrer Wahl herbeizuführen, unter anderem durch Inanspruchnahme der geeigneten Organe des Vertrags sowie im gegenseitigen Einvernehmen durch Verweisung an den Internationalen Gerichtshof nach Maßgabe seines Statuts. Die beteiligten Parteien halten den Exekutivrat über die getroffenen Maßnahmen auf dem laufenden.

(3) Der Exekutivrat kann zur Beilegung einer Streitigkeit, die über die Anwendung oder Auslegung dieses Vertrags entstehen kann, durch die von ihm als zweckmäßig erachteten Mittel beitragen, indem er unter anderem seine guten Dienste anbietet, die an der Streitigkeit beteiligten Vertragsstaaten auffordert, eine Beilegung durch ein Verfahren ihrer Wahl zu versuchen, die Angelegenheit der Konferenz zur Kenntnis bringt und für jedes vereinbarte Verfahren eine Frist vorschlägt.

(4) Die Konferenz prüft Fragen im Zusammenhang mit Streitigkeiten, die von Vertragsstaaten aufgeworfen oder ihr durch den Exekutivrat zur Kenntnis gebracht wurden. Soweit sie dies für notwendig hält, schafft sie nach Maßgabe des Artikels II Absatz 26 Buchstabe j) Organe für die Beilegung dieser Streitigkeiten oder betraut vorhandene Organe mit dieser Aufgabe.

(5) Die Konferenz und der Exekutivrat werden unabhängig voneinander ermächtigt, den Internationalen Gerichtshof vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen um ein Gutachten zu einer Rechtsfrage zu ersuchen, die sich im Rahmen der Tätigkeiten der Organisation ergibt. Zwischen der Organisation und den Vereinten Nationen wird zu diesem Zweck im Einklang mit Artikel II Absatz 38 Buchstabe h) eine Vereinbarung getroffen.

(6) Dieser Artikel läßt die Artikel IV und V unberührt.

Artikel VII Änderungen

(1) Jeder Vertragsstaat kann jederzeit nach Inkrafttreten dieses Vertrags Änderungen des Vertrags, des Protokolls oder der Anlagen zum Protokoll vorschlagen. Jeder Vertragsstaat kann auch in Übereinstimmung mit Absatz 7 Modifikationen des Protokolls oder der Anlagen zum Protokoll vorschlagen. Die Vorschläge von Änderungen unterliegen den Verfahren in den Absätzen 2 bis 6. Die Vorschläge von Modifikationen in Übereinstimmung mit Absatz 7 unterliegen den Verfahren in Absatz 8.

2. The proposed amendment shall be considered and adopted only by an Amendment Conference.

3. Any proposal for an amendment shall be communicated to the Director-General, who shall circulate it to all States Parties and the Depositary and seek the views of the States Parties on whether an Amendment Conference should be convened to consider the proposal. If a majority of the States Parties notify the Director-General no later than 30 days after its circulation that they support further consideration of the proposal, the Director-General shall convene an Amendment Conference to which all States Parties shall be invited.

4. The Amendment Conference shall be held immediately following a regular session of the Conference unless all States Parties that support the convening of an Amendment Conference request that it be held earlier. In no case shall an Amendment Conference be held less than 60 days after the circulation of the proposed amendment.

5. Amendments shall be adopted by the Amendment Conference by a positive vote of a majority of the States Parties with no State Party casting a negative vote.

6. Amendments shall enter into force for all States Parties 30 days after deposit of the Instruments of ratification or acceptance by all those States Parties casting a positive vote at the Amendment Conference.

7. In order to ensure the viability and effectiveness of this Treaty, Parts I and III of the Protocol and Annexes 1 and 2 to the Protocol shall be subject to changes in accordance with paragraph 8, if the proposed changes are related only to matters of an administrative or technical nature. All other provisions of the Protocol and the Annexes thereto shall not be subject to changes in accordance with paragraph 8.

8. Proposed changes referred to in paragraph 7 shall be made in accordance with the following procedures:

- (a) The text of the proposed changes shall be transmitted together with the necessary information to the Director-General. Additional information for the evaluation of the proposal may be provided by any State Party and the Director-General. The Director-General shall promptly communicate any such proposals and information to all States Parties, the Executive Council and the Depositary;
- (b) No later than 60 days after its receipt, the Director-General shall evaluate the proposal to determine all its possible consequences for the provisions of this Treaty and its implementation and shall communicate any such information to

2. L'amendement proposé ne peut être examiné et adopté que par une conférence d'amendement.

3. Toute proposition d'amendement est communiquée au Directeur général, qui la transmet à tous les États parties ainsi qu'au Dépositaire et demande aux États parties s'il y a lieu selon eux de convoquer une conférence d'amendement pour l'examiner. Si une majorité des États parties avisent le Directeur général, au plus tard 30 jours après la distribution du texte de la proposition, qu'ils sont favorables à la poursuite de l'examen de celle-ci, le Directeur général convoque une conférence d'amendement à laquelle tous les États parties sont invités.

4. La conférence d'amendement se tient immédiatement après une session ordinaire de la Conférence, à moins que tous les États parties favorables à la convocation d'une conférence d'amendement ne demandent qu'elle se tienne à une date plus rapprochée. La conférence d'amendement ne se tient en aucun cas moins de 60 jours après la distribution du texte de l'amendement proposé.

5. Les amendements sont adoptés par la conférence d'amendement par un vote positif d'une majorité des États parties, sans vote négatif d'aucun État partie.

6. Les amendements entrent en vigueur à l'égard de tous les États parties le trentième jour qui suit le dépôt des instruments de ratification ou d'acceptation par tous les États ayant exprimé un vote positif lors de la conférence d'amendement.

7. Pour maintenir la viabilité et l'efficacité du présent Traité, les première et troisième parties du Protocole et les Annexes 1 et 2 du Protocole sont susceptibles d'être modifiées conformément au paragraphe 8 si les modifications proposées se rapportent uniquement à des questions d'ordre administratif ou technique. Aucune autre disposition du Protocole ou des Annexes y relatives n'est susceptible d'être modifiée en vertu du paragraphe 8.

8. Les propositions de modification visées au paragraphe 7 suivent la procédure ci-après:

- a) Le texte de la proposition de modification est transmis au Directeur général accompagné des renseignements nécessaires. Tout État partie et le Directeur général peuvent fournir un complément d'information aux fins de l'examen de la proposition. Le Directeur général transmet sans retard à tous les États parties, au Conseil exécutif et au Dépositaire cette proposition et ces informations;
- b) Au plus tard 60 jours après réception de la proposition, le Directeur général l'examine pour déterminer toutes les conséquences qu'elle pourrait avoir sur les dispositions du présent Traité et leur application et communique toutes

(2) Der Änderungsvorschlag darf nur von einer Änderungskonferenz geprüft und angenommen werden.

(3) Jeder Änderungsvorschlag wird dem Generaldirektor übermittelt, der ihn an alle Vertragsstaaten und den Verwahrer weiterleitet und die Auffassungen der Vertragsstaaten einholt, ob eine Änderungskonferenz zur Prüfung des Vorschlags einberufen werden soll. Notifiziert die Mehrheit der Vertragsstaaten dem Generaldirektor spätestens 30 Tage nach der Weiterleitung des Änderungsvorschlags, daß sie eine weitere Prüfung des Vorschlags befürwortet, so beruft der Generaldirektor eine Änderungskonferenz ein, zu der alle Vertragsstaaten eingeladen werden.

(4) Die Änderungskonferenz findet unmittelbar im Anschluß an eine ordentliche Tagung der Konferenz statt, sofern nicht alle Vertragsstaaten, welche die Einberufung einer Änderungskonferenz befürworten, darum ersuchen, daß sie früher abgehalten wird. Eine Änderungskonferenz findet frühestens 60 Tage nach der Weiterleitung des Änderungsvorschlags statt.

(5) Änderungen werden von der Änderungskonferenz mit den Ja-Stimmen der Mehrheit der Vertragsstaaten ohne eine Nein-Stimme eines Vertragsstaats angenommen.

(6) Änderungen treten für alle Vertragsstaaten 30 Tage nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Annahmearkunden aller Vertragsstaaten, die auf der Änderungskonferenz eine Ja-Stimme abgegeben haben, in Kraft.

(7) Um die Durchführbarkeit und Wirksamkeit dieses Vertrags zu gewährleisten, werden die Teile I und III des Protokolls und die Anlagen 1 und 2 zum Protokoll in Übereinstimmung mit Absatz 8 modifiziert, soweit sich die vorgeschlagenen Modifikationen nur auf Angelegenheiten verwaltungsmäßiger oder technischer Art beziehen. Das Verfahren der Modifikation nach Absatz 8 findet keine Anwendung auf alle übrigen Bestimmungen des Protokolls und der Anlagen zum Protokoll.

(8) Die in Absatz 7 bezeichneten Vorschläge von Modifikationen unterliegen folgenden Verfahren:

- a) Der Wortlaut der vorgeschlagenen Modifikationen wird dem Generaldirektor mit den notwendigen Informationen übermittelt. Jeder Vertragsstaat und der Generaldirektor können zur Prüfung des Vorschlags zusätzliche Informationen beibringen. Der Generaldirektor leitet diese Vorschläge und Informationen umgehend an alle Vertragsstaaten, den Exekutivrat und den Verwahrer weiter;
- b) spätestens 60 Tage nach Eingang des Vorschlags wertet der Generaldirektor ihn aus, um seine möglichen Folgen für diesen Vertrag und dessen Durchführung festzustellen, und übermittelt diese Informationen allen Vertragsstaaten.

all States Parties and the Executive Council;

- (c) The Executive Council shall examine the proposal in the light of all information available to it, including whether the proposal fulfils the requirements of paragraph 7. No later than 90 days after its receipt, the Executive Council shall notify its recommendation, with appropriate explanations, to all States Parties for consideration. States Parties shall acknowledge receipt within 10 days;
- (d) If the Executive Council recommends to all States Parties that the proposal be adopted, it shall be considered approved if no State Party objects to it within 90 days after receipt of the recommendation. If the Executive Council recommends that the proposal be rejected, it shall be considered rejected if no State Party objects to the rejection within 90 days after receipt of the recommendation;
- (e) If a recommendation of the Executive Council does not meet with the acceptance required under sub-paragraph (d), a decision on the proposal, including whether it fulfils the requirements of paragraph 7, shall be taken as a matter of substance by the Conference at its next session;
- (f) The Director-General shall notify all States Parties and the Depositary of any decision under this paragraph;
- (g) Changes approved under this procedure shall enter into force for all States Parties 180 days after the date of notification by the Director-General of their approval unless another time period is recommended by the Executive Council or decided by the Conference.

informations à ce sujet à tous les États parties et au Conseil exécutif;

- c) Le Conseil exécutif étudie la proposition à la lumière de toutes les informations à sa disposition et détermine notamment si elle remplit les conditions énoncées au paragraphe 7. Au plus tard 90 jours après réception de la proposition, il notifie à tous les États parties sa recommandation, assortie des explications voulues, pour examen. Les États parties en accusent réception dans les 10 jours;
- d) Si le Conseil exécutif recommande à tous les États parties d'adopter la proposition, celle-ci est réputée approuvée si aucun État partie ne s'y oppose dans un délai de 90 jours à compter de la réception de la recommandation. Si le Conseil exécutif recommande de rejeter la proposition, celle-ci est réputée rejetée si aucun État partie ne s'oppose à son rejet dans un délai de 90 jours à compter de la réception de la recommandation;
- e) Si une recommandation du Conseil exécutif ne recueille pas l'approbation requise conformément aux dispositions de l'alinéa d), la Conférence se prononce à sa session suivante sur cette proposition quant au fond, notamment sur le point de savoir si elle satisfait aux conditions énoncées au paragraphe 7;
- f) Le Directeur général notifie à tous les États parties et au Dépositaire toute décision prise en vertu du présent paragraphe;
- g) Les modifications qui ont été approuvées conformément à la procédure énoncée ci-dessus entrent en vigueur à l'égard de tous les États parties le cent quatre-vingtième jour qui suit la date à laquelle le Directeur général a donné notification de leur approbation, à moins qu'un autre délai ne soit recommandé par le Conseil exécutif ou arrêté par la Conférence.

ten und dem Exekutivrat;

- c) der Exekutivrat prüft den Vorschlag anhand aller ihm verfügbaren Informationen, insbesondere die Frage, ob der Vorschlag die Voraussetzungen des Absatzes 7 erfüllt. Spätestens 90 Tage nach Eingang des Vorschlags notifiziert der Exekutivrat allen Vertragsstaaten seine Empfehlung mit entsprechenden Erklärungen zur Prüfung. Die Vertragsstaaten bestätigen den Eingang innerhalb von zehn Tagen;
- d) empfiehlt der Exekutivrat allen Vertragsstaaten, den Vorschlag anzunehmen, so gilt er als genehmigt, wenn innerhalb von 90 Tagen nach Eingang der Empfehlung kein Vertragsstaat dagegen Einspruch erhebt. Empfiehlt der Exekutivrat, den Vorschlag abzulehnen, so gilt er als abgelehnt, wenn innerhalb von 90 Tagen nach Eingang der Empfehlung kein Vertragsstaat gegen die Ablehnung Einspruch erhebt;
- e) findet eine Empfehlung des Exekutivrats nicht die nach Buchstabe d) erforderliche Annahme, so entscheidet die Konferenz auf ihrer nächsten Tagung über den Vorschlag als Sachfrage, einschließlich der Frage, ob er die Voraussetzungen des Absatzes 7 erfüllt;
- f) der Generalsekretär notifiziert allen Vertragsstaaten und dem Verwahrer jeden aufgrund dieses Absatzes gefällten Beschluß;
- g) nach diesem Verfahren genehmigte Modifikationen treten für alle Vertragsstaaten 180 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem der Generalsekretär ihre Genehmigung notifiziert hat, sofern nicht eine andere Frist vom Exekutivrat empfohlen oder von der Konferenz beschlossen wird.

Article VIII

Review of the Treaty

1. Unless otherwise decided by a majority of the States Parties, ten years after the entry into force of this Treaty a Conference of the States Parties shall be held to review the operation and effectiveness of this Treaty, with a view to assuring itself that the objectives and purposes in the Preamble and the provisions of the Treaty are being realized. Such review shall take into account any new scientific and technological developments relevant to this Treaty. On the basis of a request by any State Party, the Review Conference shall consider the possibility of permitting the conduct of underground nuclear explosions for peaceful purposes. If the Review Conference decides by consensus that such nuclear explosions may be permitted, it shall commence work without delay, with a view to recommending to States Parties an

Article VIII

Examen du Traité

1. Sauf si une majorité des États parties en décide autrement, 10 ans après l'entrée en vigueur du présent Traité, une conférence des États parties a lieu pour examiner le fonctionnement et l'efficacité du Traité, en vue de s'assurer que les objectifs et les buts énoncés dans le préambule et les dispositions du Traité sont en voie de réalisation. Cet examen tient compte de toutes innovations scientifiques et technologiques ayant un rapport avec le Traité. Sur la base d'une demande présentée par l'un quelconque des États parties, la conférence d'examen envisage la possibilité d'autoriser la réalisation d'explosions nucléaires souterraines à des fins pacifiques. Si la conférence d'examen décide par consensus que de telles explosions nucléaires peuvent être autorisées, elle commence sans attendre ses travaux en vue de

Artikel VIII

Überprüfung des Vertrags

(1) Sofern nicht die Mehrheit der Vertragsstaaten etwas anderes beschließt, wird zehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Überprüfung der Wirkungsweise und der Wirksamkeit des Vertrags abgehalten zu dem Zweck, Gewißheit darüber zu erlangen, daß die Ziele und Zwecke in der Präambel und in den Bestimmungen des Vertrags verwirklicht werden. Diese Überprüfung trägt allen für den Vertrag maßgeblichen neuen wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen Rechnung. Auf der Grundlage eines Ersuchens eines Vertragsstaats prüft die Überprüfungskonferenz die Möglichkeit, die Durchführung unterirdischer nuklearer Explosionen für friedliche Zwecke zuzulassen. Beschließt die Überprüfungskonferenz im Konsens, daß solche nuklearen Explosionen zugelassen

appropriate amendment to this Treaty that shall preclude any military benefits of such nuclear explosions. Any such proposed amendment shall be communicated to the Director-General by any State Party and shall be dealt with in accordance with the provisions of Article VII.

2. At intervals of ten years thereafter, further Review Conferences may be convened with the same objective, if the Conference so decides as a matter of procedure in the preceding year. Such Conferences may be convened after an interval of less than ten years if so decided by the Conference as a matter of substance.

3. Normally, any Review Conference shall be held immediately following the regular annual session of the Conference provided for in Article II.

Article IX

Duration and Withdrawal

1. This Treaty shall be of unlimited duration.

2. Each State Party shall, in exercising its national sovereignty, have the right to withdraw from this Treaty if it decides that extraordinary events related to the subject matter of this Treaty have jeopardized its supreme interests.

3. Withdrawal shall be effected by giving notice six months in advance to all other States Parties, the Executive Council, the Depositary and the United Nations Security Council. Notice of withdrawal shall include a statement of the extraordinary event or events which a State Party regards as jeopardizing its supreme interests.

Article X

Status of the Protocol and the Annexes

The Annexes to this Treaty, the Protocol, and the Annexes to the Protocol form an integral part of the Treaty. Any reference to this Treaty includes the Annexes to this Treaty, the Protocol and the Annexes to the Protocol.

Article XI

Signature

This Treaty shall be open to all States for signature before its entry into force.

Article XII

Ratification

This Treaty shall be subject to ratification by States Signatories according to their respective constitutional processes.

recommander aux États parties un amendement approprié du Traité, qui empêche que des avantages militaires ne soient retirés de ces explosions nucléaires. Toute proposition d'amendement à cet effet est communiquée au Directeur général par l'un quelconque des États parties et suit la procédure énoncée dans les dispositions correspondantes de l'article VII.

2. Par la suite, à des intervalles de 10 ans, d'autres conférences d'examen ayant le même objet peuvent être convoquées si la Conférence en décide ainsi l'année précédente à la majorité requise pour les questions de procédure. Une conférence ayant cet objet peut être convoquée après un intervalle de moins de 10 ans si la Conférence en décide ainsi selon la procédure prévue pour les questions de fond.

3. Les conférences d'examen se tiennent normalement immédiatement après la session annuelle ordinaire de la Conférence prévue à l'article II.

Article IX

Durée et retrait

1. Le présent Traité a une durée illimitée.

2. Chaque État partie, dans l'exercice de sa souveraineté nationale, a le droit de se retirer du présent Traité s'il juge que des événements extraordinaires en rapport avec l'objet du Traité ont compromis ses intérêts supérieurs.

3. Le retrait s'effectue en adressant avec un préavis de six mois une notification à tous les autres États parties, au Conseil exécutif, au Dépositaire et au Conseil de sécurité de l'Organisation des Nations Unies. Ladite notification contient un exposé de l'événement ou des événements extraordinaires que l'État partie considère comme ayant compromis ses intérêts supérieurs.

Article X

Statut du Protocole et des Annexes

Les Annexes du présent Traité, le Protocole et les Annexes du Protocole font partie intégrante du Traité. Toute référence au Traité renvoie également aux Annexes du Traité, au Protocole et aux Annexes du Protocole.

Article XI

Signature

Le présent Traité est ouvert à la signature de tous les États avant son entrée en vigueur.

Article XII

Ratification

Le présent Traité est soumis à ratification par les États signataires suivant leurs règles constitutionnelles respectives.

sen werden können, so nimmt sie unverzüglich ihre Arbeit auf, um den Vertragsstaaten eine entsprechende Änderung des Vertrags zu empfehlen, die jeden militärischen Nutzen aus einer solchen nuklearen Explosion ausschließt. Ein derartiger Änderungsvorschlag wird dem Generaldirektor von jedem Vertragsstaat übermittelt und in Übereinstimmung mit Artikel VII behandelt.

(2) Danach können im Abstand von zehn Jahren weitere Überprüfungskonferenzen mit demselben Ziel einberufen werden, wenn die Konferenz dies als Verfahrensfrage im vorangegangenen Jahr beschlossen hat. Diese Konferenzen können nach weniger als zehn Jahren einberufen werden, wenn die Konferenz dies als Sachfrage beschließt.

(3) Üblicherweise findet eine Überprüfungskonferenz unmittelbar nach der in Artikel II vorgesehenen ordentlichen Jahrestagung der Konferenz statt.

Artikel IX

Geltungsdauer und Rücktritt

(1) Die Geltungsdauer dieses Vertrags ist unbegrenzt.

(2) Jeder Vertragsstaat hat in Ausübung seiner staatlichen Souveränität das Recht, von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn er feststellt, daß außergewöhnliche, mit dem Gegenstand des Vertrags zusammenhängende Ereignisse seine höchsten Interessen gefährden.

(3) Der Rücktritt erfolgt, indem der Vertragsstaat sechs Monate im voraus allen anderen Vertragsstaaten, dem Exekutivrat, dem Verwahrer und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seinen Rücktritt anzeigt. Die Anzeige enthält eine Darlegung des außergewöhnlichen Ereignisses oder der außergewöhnlichen Ereignisse, die nach Auffassung des Vertragsstaats seine höchsten Interessen gefährden.

Artikel X

Status des Protokolls und der Anlagen

Die Anlagen dieses Vertrags, das Protokoll und die Anlagen zum Protokoll sind Bestandteil des Vertrags. Jede Bezugnahme auf den Vertrag schließt die Anlagen des Vertrags, das Protokoll und die Anlagen zum Protokoll ein.

Artikel XI

Unterzeichnung

Dieser Vertrag liegt vor seinem Inkrafttreten allen Staaten zur Unterzeichnung auf.

Artikel XII

Ratifikation

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren.

Article XIII**Accession**

Any State which does not sign this Treaty before its entry into force may accede to it at any time thereafter.

Article XIV**Entry Into Force**

1. This Treaty shall enter into force 180 days after the date of deposit of the instruments of ratification by all States listed in Annex 2 to this Treaty, but in no case earlier than two years after its opening for signature.

2. If this Treaty has not entered into force three years after the date of the anniversary of its opening for signature, the Depositary shall convene a Conference of the States that have already deposited their instruments of ratification upon the request of a majority of those States. That Conference shall examine the extent to which the requirement set out in paragraph 1 has been met and shall consider and decide by consensus what measures consistent with international law may be undertaken to accelerate the ratification process in order to facilitate the early entry into force of this Treaty.

3. Unless otherwise decided by the Conference referred to in paragraph 2 or other such conferences, this process shall be repeated at subsequent anniversaries of the opening for signature of this Treaty, until its entry into force.

4. All States Signatories shall be invited to attend the Conference referred to in paragraph 2 and any subsequent conferences as referred to in paragraph 3, as observers.

5. For States whose instruments of ratification or accession are deposited subsequent to the entry into force of this Treaty, it shall enter into force on the 30th day following the date of deposit of their instruments of ratification or accession.

Article XV**Reservations**

The Articles of and the Annexes to this Treaty shall not be subject to reservations. The provisions of the Protocol to this Treaty and the Annexes to the Protocol shall not be subject to reservations incompatible with the object and purpose of this Treaty.

Article XVI**Depositary**

1. The Secretary-General of the United Nations shall be the Depositary of this Treaty and shall receive signatures, instruments of ratification and instruments of accession.

Article XIII**Adhésion**

Tout État qui n'a pas signé le présent Traité avant son entrée en vigueur peut y adhérer à tout moment par la suite.

Article XIV**Entrée en vigueur**

1. Le présent Traité entre en vigueur le cent quatre-vingtième jour qui suit la date de dépôt des instruments de ratification de tous les États indiqués à l'Annexe 2 du Traité, mais en aucun cas avant l'expiration d'un délai de deux ans à compter de la date de son ouverture à la signature.

2. Si le présent Traité n'est pas entré en vigueur trois ans après la date de l'anniversaire de son ouverture à la signature, le Dépositaire convoque, à la demande de la majorité des États ayant déjà déposé leur instrument de ratification, une conférence desdits États. Ceux-ci déterminent à cette conférence dans quelle mesure la condition énoncée au paragraphe 1 a été remplie, puis se penchent et se prononcent par consensus sur les mesures qui pourraient être prises suivant le droit international en vue d'accélérer le processus de ratification et de faciliter ainsi l'entrée en vigueur du Traité à une date rapprochée.

3. À moins qu'il n'en soit décidé autrement à la conférence visée au paragraphe 2 ou lors d'autres conférences de cette nature, cette procédure est engagée de nouveau à l'occasion des anniversaires ultérieurs de l'ouverture du présent Traité à la signature, jusqu'à ce que celui-ci entre en vigueur.

4. Tous les États signataires sont invités à assister en qualité d'observateur à la conférence visée au paragraphe 2 et à toutes conférences ultérieures qui seraient tenues conformément au paragraphe 3.

5. À l'égard des États dont l'instrument de ratification ou d'adhésion est déposé après l'entrée en vigueur du présent Traité, celui-ci entre en vigueur le trentième jour qui suit la date de dépôt de cet instrument.

Article XV**Réserves**

Les articles et les Annexes du présent Traité ne peuvent pas donner lieu à des réserves. Les dispositions du Protocole et les Annexes du Protocole ne peuvent pas donner lieu à des réserves qui sont incompatibles avec l'objet et le but du Traité.

Article XVI**Dépositaire**

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est le dépositaire du présent Traité; il enregistre les signatures et reçoit les instruments de ratification ou d'adhésion.

Artikel XIII**Beitritt**

Jeder Staat, der diesen Vertrag nicht vor seinem Inkrafttreten unterzeichnet, kann ihm jederzeit danach beitreten.

Artikel XIV**Inkrafttreten**

(1) Dieser Vertrag tritt 180 Tage nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden aller in Anlage 2 des Vertrags aufgeführten Staaten in Kraft, keinesfalls jedoch früher als vor Ablauf von zwei Jahren, nachdem er zur Unterzeichnung aufgelegt wurde.

(2) Ist dieser Vertrag drei Jahre nach dem Jahrestag, an dem er zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, nicht in Kraft getreten, so beruft der Verwahrer auf Ersuchen der Mehrheit der Staaten, die bereits ihre Ratifikationsurkunde hinterlegt haben, eine Konferenz ein. Diese Konferenz untersucht, in welchem Umfang die in Absatz 1 festgelegte Vorschrift bisher erfüllt wurde; sie prüft und beschließt im Konsens, welche Maßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht getroffen werden können, um den Ratifikationsprozeß zur Erleichterung des baldigen Inkrafttretens des Vertrags zu beschleunigen.

(3) Sofern die in Absatz 2 genannte Konferenz oder eine andere derartige Konferenz nichts anderes beschließt, wird dieser Vorgang an jedem folgenden Jahrestag, an dem dieser Vertrag zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, bis zum Inkrafttreten des Vertrags wiederholt.

(4) Alle Unterzeichnerstaaten werden aufgefordert, an der in Absatz 2 genannten und an allen in Absatz 3 genannten folgenden Konferenzen als Beobachter teilzunehmen.

(5) Für Staaten, deren Ratifikations- oder Beitrittsurkunden nach Inkrafttreten dieses Vertrags hinterlegt werden, tritt er am 30. Tag nach Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel XV**Vorbehalte**

Vorbehalte zu den Artikeln dieses Vertrags und seinen Anlagen sind nicht zulässig. Vorbehalte zu dem Protokoll zum Vertrag und zu den Anlagen zum Protokoll, die mit Ziel und Zweck des Vertrags unvereinbar sind, sind nicht zulässig.

Artikel XVI**Verwahrer**

(1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Vertrags; er nimmt Unterzeichnungen, Ratifikations- und Beitrittsurkunden entgegen.

2. The Depositary shall promptly inform all States Signatories and acceding States of the date of each signature, the date of deposit of each instrument of ratification or accession, the date of the entry into force of this Treaty and of any amendments and changes thereto, and the receipt of other notices.

3. The Depositary shall send duly certified copies of this Treaty to the Governments of the States Signatories and acceding States.

4. This Treaty shall be registered by the Depositary pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article XVII

Authentic Texts

This Treaty, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

2. Le Dépositaire informe sans retard tous les États qui ont signé le présent Traité ou qui y ont adhéré de la date de chaque signature, de la date de dépôt de chaque instrument de ratification ou d'adhésion et de la date d'entrée en vigueur du Traité et de tous amendements ou modifications y relatifs, ainsi que de la réception de toutes autres notifications.

3. Le Dépositaire fait tenir aux gouvernements des États qui ont signé le présent Traité ou qui y ont adhéré des copies certifiées conformes du texte du Traité.

4. Le présent Traité est enregistré par le Dépositaire en application de l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Article XVII

Textes faisant foi

Le présent Traité, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, est déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

(2) Der Verwahrer unterrichtet umgehend alle Unterzeichnerstaaten und alle beitretenden Staaten über den Zeitpunkt jeder Unterzeichnung, den Zeitpunkt jeder Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde, den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags und aller Änderungen und Modifikationen des Vertrags sowie den Eingang sonstiger Mitteilungen.

(3) Der Verwahrer übersendet den Regierungen aller Unterzeichnerstaaten und aller beitretenden Staaten gehörig beglaubigte Abschriften dieses Vertrags.

(4) Dieser Vertrag wird vom Verwahrer nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registriert.

Artikel XVII

Verbindliche Wortlaute

Dieser Vertrag, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Annex 1 to the Treaty

List of States pursuant to Article II,
Paragraph 28

Africa

Algeria, Angola, Benin, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Cameroon, Cape Verde, Central African Republic, Chad, Comoros, Congo, Côte d'Ivoire, Djibouti, Egypt, Equatorial Guinea, Eritrea, Ethiopia, Gabon, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kenya, Lesotho, Liberia, Libyan Arab Jamahiriya, Madagascar, Malawi, Mali, Mauritania, Mauritius, Morocco, Mozambique, Namibia, Niger, Nigeria, Rwanda, Sao Tome & Principe, Senegal, Seychelles, Sierra Leone, Somalia, South Africa, Sudan, Swaziland, Togo, Tunisia, Uganda, United Republic of Tanzania, Zaïre, Zambia, Zimbabwe.

Eastern Europe

Albania, Armenia, Azerbaijan, Belarus, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Croatia, Czech Republic, Estonia, Georgia, Hungary, Latvia, Lithuania, Poland, Republic of Moldova, Romania, Russian Federation, Slovakia, Slovenia, The former Yugoslav Republic of Macedonia, Ukraine, Yugoslavia.

Latin America and the Caribbean

Antigua and Barbuda, Argentina, Bahamas, Barbados, Belize, Bolivia, Brazil, Chile, Colombia, Costa Rica, Cuba, Dominica, Dominican Republic, Ecuador, El Salvador, Grenada, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Jamaica, Mexico, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Saint Kitts and Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent and the Grenadines, Suriname, Trinidad and Tobago, Uruguay, Venezuela.

Middle East and South Asia

Afghanistan, Bahrain, Bangladesh, Bhutan, India, Iran (Islamic Republic of), Iraq, Israel, Jordan, Kazakhstan, Kuwait, Kyrgyzstan, Lebanon, Maldives, Nepal, Oman, Pakistan, Qatar, Saudi Arabia, Sri Lanka, Syrian Arab Republic, Tajikistan, Turkmenistan, United Arab Emirates, Uzbekistan, Yemen.

North America and Western Europe

Andorra, Austria, Belgium, Canada, Cyprus, Denmark, Finland, France, Germany, Greece, Holy See, Iceland, Ireland, Italy, Liechtenstein, Luxembourg, Malta, Monaco, Netherlands, Norway, Portugal, San Marino, Spain, Sweden, Switzerland, Turkey, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America.

Annexe 1 du Traité

Liste d'États établie en application
du paragraphe 28 de l'article II

Afrique

Afrique du Sud, Algérie, Angola, Bénin, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Cameroun, Cap-Vert, Comores, Congo, Côte d'Ivoire, Djibouti, Égypte, Érythrée, Éthiopie, Gabon, Gambie, Ghana, Guinée, Guinée-Bissau, Guinée équatoriale, Jamahiriya arabe libyenne, Kenya, Lesotho, Libéria, Madagascar, Malawi, Mali, Maroc, Maurice, Mauritanie, Mozambique, Namibie, Niger, Nigéria, Ouganda, République centrafricaine, République-Unie de Tanzanie, Rwanda, Sao Tomé-et-Principe, Sénégal, Seychelles, Sierra Leone, Somalie, Soudan, Swaziland, Tchad, Togo, Tunisie, Zaïre, Zambie, Zimbabwe.

Europe orientale

Albanie, Arménie, Azerbaïdjan, Bélarus, Bosnie-Herzégovine, Bulgarie, Croatie, Estonie, ex-République yougoslave de Macédoine, Fédération de Russie, Géorgie, Hongrie, Lettonie, Lituanie, Pologne, République de Moldova, République tchèque, Roumanie, Slovaquie, Slovénie, Ukraine, Yougoslavie.

Amérique latine et Caraïbes

Antigua-et-Barbuda, Argentine, Bahamas, Barbade, Belize, Bolivie, Brésil, Chili, Colombie, Costa Rica, Cuba, Dominique, El Salvador, Équateur, Grenade, Guatemala, Guyana, Haïti, Honduras, Jamaïque, Mexique, Nicaragua, Panama, Paraguay, Pérou, République dominicaine, Sainte-Lucie, Saint-Kitts-et-Nevis, Saint-Vincent-et-les-Grenadines, Suriname, Trinité-et-Tobago, Uruguay, Venezuela.

Moyen-Orient et Asie du Sud

Afghanistan, Arabie saoudite, Bahreïn, Bangladesh, Bhoutan, Émirats arabes unis, Inde, Iran (République islamique d'), Iraq, Israël, Jordanie, Kazakhstan, Kirghizistan, Koweït, Liban, Maldives, Népal, Oman, Ouzbékistan, Pakistan, Qatar, République arabe syrienne, Sri Lanka, Tadjikistan, Turkménistan, Yémen.

Amérique du Nord et Europe occidentale

Allemagne, Andorre, Autriche, Belgique, Canada, Chypre, Danemark, Espagne, États-Unis d'Amérique, Finlande, France, Grèce, Irlande, Islande, Italie, Liechtenstein, Luxembourg, Malte, Monaco, Norvège, Pays-Bas, Portugal, Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, Saint-Marin, Saint-Siège, Suède, Suisse, Turquie.

Anlage 1 des Vertrags

Liste der Staaten
nach Artikel II Absatz 28

Afrika

Ägypten, Algerien, Angola, Äquatorialguinea, Äthiopien, Benin, Botsuana, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Eritrea, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Kenia, Komoren, Kongo, Lesotho, Liberia, Libysch-Arabisches Dschamahiriya, Madagaskar, Malawi, Mali, Marokko, Mauretanien, Mauritius, Mosambik, Namibia, Niger, Nigeria, Ruanda, Sambla, São Tomé und Príncipe, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Sudan, Swasiland, Togo, Tschad, Tunesien, Uganda, Vereinigte Republik Tansania, Zaïre, Zentralafrikanische Republik.

Osteuropa

Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Jugoslawien, Kroatien, Lettland, Litauen, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn.

Lateinamerika und die Karibik

Antigua und Barbuda, Argentinien, Bahamas, Barbados, Belize, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Grenada, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Kolumbien, Kuba, Jamaika, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Trinidad und Tobago, Uruguay, Venezuela.

Naher Osten und Südasien

Afghanistan, Arabische Republik Syrien, Bahrain, Bangladesch, Bhutan, Indien, Irak, Iran (Islamische Republik), Israel, Jemen, Jordanien, Kasachstan, Katar, Kirgisistan, Kuwait, Libanon, Malediven, Nepal, Oman, Pakistan, Saudi-Arabien, Sri Lanka, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate.

Nordamerika und Westeuropa

Andorra, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, San Marino, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Zypern.

South East Asia, the Pacific and the Far East

Australia, Brunei Darussalam, Cambodia, China, Cook Islands, Democratic People's Republic of Korea, Fiji, Indonesia, Japan, Kiribati, Lao People's Democratic Republic, Malaysia, Marshall Islands, Micronesia (Federated States of), Mongolia, Myanmar, Nauru, New Zealand, Niue, Palau, Papua New Guinea, Philippines, Republic of Korea, Samoa, Singapore, Solomon Islands, Thailand, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Viet Nam.

Asie du Sud-Est, Pacifique et Extrême-Orient

Australie, Brunei Darussalam, Cambodge, Chine, Fidji, Îles Cook, Îles Marshall, Îles Salomon, Indonésie, Japon, Kiribati, Malaisie, Micronésie (États fédérés de), Mongolie, Myanmar, Nauru, Nioué, Nouvelle-Zélande, Palaos, Papouasie-Nouvelle-Guinée, Philippines, République de Corée, République démocratique populaire lao, République populaire démocratique de Corée, Samoa, Singapour, Thaïlande, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Viet Nam.

Südostasien, pazifischer Raum und Ferner Osten

Australien, Brunei Darussalam, China, Cookinseln, Demokratische Volksrepublik Korea, Demokratische Volksrepublik Laos, Fidschi, Indonesien, Japan, Kambodscha, Kiribati, Malaysia, Marschallinseln, Mikronesien (Föderierte Staaten von), Mongolei, Myanmar, Nauru, Neuseeland, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Philippinen, Republik Korea, Salomonen, Samoa, Singapur, Thailand, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Vietnam.

Annex 2 to the Treaty**List of States
pursuant to Article XIV**

List of States members of the Conference on Disarmament as at 18 June 1996 which formally participated in the work of the 1996 session of the Conference and which appear in Table 1 of the International Atomic Energy Agency's April 1996 edition of "Nuclear Power Reactors in the World", and of States members of the Conference on Disarmament as at 18 June 1996 which formally participated in the work of the 1996 session of the Conference and which appear in Table 1 of the International Atomic Energy Agency's December 1995 edition of "Nuclear Research Reactors in the World":

Algeria, Argentina, Australia, Austria, Bangladesh, Belgium, Brazil, Bulgaria, Canada, Chile, China, Colombia, Democratic People's Republic of Korea, Egypt, Finland, France, Germany, Hungary, India, Indonesia, Iran (Islamic Republic of), Israel, Italy, Japan, Mexico, Netherlands, Norway, Pakistan, Peru, Poland, Romania, Republic of Korea, Russian Federation, Slovakia, South Africa, Spain, Sweden, Switzerland, Turkey, Ukraine, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, United States of America, Viet Nam, Zaire.

Annexe 2 du Traité**Liste d'États établie
en application de l'Article XIV**

Liste des États membres de la Conférence du désarmement au 18 juin 1996 qui ont participé officiellement aux travaux de la session de 1996 de cette instance et dont le nom figure au tableau 1 de la publication de l'Agence internationale de l'énergie atomique consacrée aux réacteurs de puissance nucléaires dans le monde («Nuclear Power Reactors in the World») (édition d'avril 1996), ainsi que des États membres de la Conférence du désarmement au 18 juin 1996 qui ont participé officiellement aux travaux de la session de 1996 de cette instance et dont le nom figure au tableau 1 de la publication de l'Agence internationale de l'énergie atomique consacrée aux réacteurs de recherche nucléaires dans le monde («Nuclear Research Reactors in the World») (édition de décembre 1995):

Afrique du Sud, Algérie, Allemagne, Argentine, Australie, Autriche, Bangladesh, Belgique, Brésil, Bulgarie, Canada, Chili, Chine, Colombie, Égypte, Espagne, États-Unis d'Amérique, Fédération de Russie, Finlande, France, Hongrie, Inde, Indonésie, Iran (République islamique d'), Israël, Italie, Japon, Mexique, Norvège, Pakistan, Pays-Bas, Pérou, Pologne, République de Corée, République populaire démocratique de Corée, Roumanie, Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, Slovaquie, Suède, Suisse, Turquie, Ukraine, Viet Nam, Zaïre.

Anlage 2 des Vertrags**Liste der Staaten
nach Artikel XIV**

Liste der Mitgliedstaaten der Abrüstungskonferenz vom 18. Juni 1996, die an der Arbeit der Tagung der Konferenz von 1996 förmlich teilgenommen haben und in Tabelle 1 der Veröffentlichung der Internationalen Atomenergie-Organisation „Kernkraftreaktoren in der Welt“ in der Ausgabe von April 1996 aufgeführt sind, sowie der Mitgliedstaaten der Abrüstungskonferenz vom 18. Juni 1996, die an der Arbeit der Tagung der Konferenz von 1996 förmlich teilgenommen haben und in Tabelle 1 der Veröffentlichung der Internationalen Atomenergie-Organisation „Kernforschungsreaktoren in der Welt“ in der Ausgabe von Dezember 1995 aufgeführt sind:

Ägypten, Algerien, Argentinien, Australien, Bangladesch, Belgien, Brasilien, Bulgarien, China, Chile, Demokratische Volksrepublik Korea, Deutschland, Finnland, Frankreich, Indien, Indonesien, Iran (Islamische Republik), Israel, Italien, Japan, Kanada, Kolumbien, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Peru, Polen, Republik Korea, Rumänien, Russische Föderation, Schweden, Schweiz, Slowakei, Südafrika, Spanien, Türkei, Ukraine, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Vietnam, Zaire.

Protokoll
zum Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

Protocol
to the Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty

Protocole
se rapportant au Traité d'interdiction complète des essais nucléaires

Part I

**The International
Monitoring System and
International Data Centre Functions**

A. General Provisions

1. The International Monitoring System shall comprise monitoring facilities as set out in Article IV, paragraph 16, and respective means of communication.

2. The monitoring facilities incorporated into the International Monitoring System shall consist of those facilities specified in Annex 1 to this Protocol. The International Monitoring System shall fulfil the technical and operational requirements specified in the relevant operational manuals.

3. The Organization, in accordance with Article II, shall, in cooperation and consultation with the States Parties, with other States, and with international organizations as appropriate, establish and coordinate the operation and maintenance, and any future agreed modification or development of the International Monitoring System.

4. In accordance with appropriate agreements or arrangements and procedures, a State Party or other State hosting or otherwise taking responsibility for International Monitoring System facilities and the Technical Secretariat shall agree and cooperate in establishing, operating, upgrading, financing, and maintaining monitoring facilities, related certified laboratories and respective means of communication within areas under its jurisdiction or control or elsewhere in conformity with international law. Such cooperation shall be in accordance with the security and authentication requirements and technical specifications contained in the relevant operational manuals. Such a State shall give the Technical Secretariat authority to access a monitoring facility for checking equipment and communication links, and shall agree to make the necessary changes in the equipment and the operational procedures to meet agreed requirements. The Technical Secretariat shall provide to such States appropriate technical assistance as is

Première partie

**Le Système de surveillance international
et les fonctions du
Centre international de données**

A. Dispositions générales

1. Le Système de surveillance international comprend les installations de surveillance visées au paragraphe 16 de l'article IV ainsi que les moyens de communication correspondants.

2. Les installations de surveillance incorporées dans le Système de surveillance international sont celles qui sont indiquées à l'Annexe 1 du présent Protocole. Le Système de surveillance international satisfait aux exigences techniques et opérationnelles précisées dans les manuels opérationnels pertinents.

3. Conformément à l'article II, l'Organisation, agissant en coopération et en consultation avec les États parties, avec d'autres États et avec d'autres organisations internationales, selon les besoins, établit le Système de surveillance international, en coordonne l'exploitation et la maintenance et y fait apporter ultérieurement tout changement ou aménagement convenu.

4. Conformément aux accords ou arrangements et procédures pertinents, l'État - partie ou non - qui est l'hôte d'installations du Système de surveillance international ou en assume la responsabilité d'une autre manière se met d'accord et coopère avec le Secrétariat technique pour établir, exploiter, mettre à niveau, financer et entretenir les installations de surveillance, les laboratoires homologués pertinents et les moyens de communication correspondants dans des zones placées sous sa juridiction ou son contrôle, ou ailleurs, conformément au droit international. Cette coopération doit être conforme aux prescriptions touchant la sécurité et l'authentification comme aux spécifications techniques énoncées dans les manuels opérationnels pertinents. Cet État donne au Secrétariat technique un droit d'accès à une installation de surveillance pour vérifier le matériel et les liaisons de communication et accepte d'apporter au matériel et aux procédures d'exploitation les modifications nécessaires pour satisfaire aux spécifica-

Teil I

**Aufgaben des Internationalen
Überwachungssystems und des
Internationalen Datenzentrums**

A. Allgemeine Bestimmungen

(1) Das Internationale Überwachungssystem umfaßt die in Artikel IV Absatz 16 festgelegten Überwachungseinrichtungen mit ihren jeweiligen Kommunikationsmitteln.

(2) Zu dem Internationalen Überwachungssystem gehören die in Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführten Überwachungseinrichtungen. Das Internationale Überwachungssystem erfüllt die in den einschlägigen Arbeitshandbüchern bezeichneten technischen und betriebsmäßigen Anforderungen.

(3) In Übereinstimmung mit Artikel II bewirkt und koordiniert die Organisation in Zusammenarbeit und Konsultation mit den Vertragsstaaten, mit anderen Staaten und gegebenenfalls internationalen Organisationen den Betrieb und die Wartung sowie alle zukünftigen vereinbarten Modifikationen oder Entwicklungen des Internationalen Überwachungssystems.

(4) In Übereinstimmung mit den einschlägigen Übereinkünften oder Vereinbarungen und Verfahren vereinbaren ein Vertragsstaat oder ein anderer Staat, in dem sich Einrichtungen des Internationalen Überwachungssystems befinden oder der sonst für derartige Einrichtungen verantwortlich ist, und das Technische Sekretariat im Einklang mit dem Völkerrecht eine Zusammenarbeit bei der Errichtung, dem Betrieb, der Verbesserung, der Finanzierung und der Wartung von Überwachungseinrichtungen und damit zusammenhängenden anerkannten Laboratorien und Kommunikationsmitteln in Gebieten unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle oder anderswo. Diese Zusammenarbeit steht im Einklang mit den Sicherheits- und Authentisierungsanforderungen und den technischen Beschreibungen in den einschlägigen Arbeitshandbüchern. Der betreffende Staat räumt dem Technischen Sekretariat die Befugnis zum Zugang auf eine Überwachungseinrichtung ein, um die Ausrüstung und die Nachrichtenverbindungen zu prü-

deemed by the Executive Council to be required for the proper functioning of the facility as part of the International Monitoring System.

5. Modalities for such cooperation between the Organization and States Parties or States hosting or otherwise taking responsibility for facilities of the International Monitoring System shall be set out in agreements or arrangements as appropriate in each case.

B. Seismological Monitoring

6. Each State Party undertakes to cooperate in an international exchange of seismological data to assist in the verification of compliance with this Treaty. This cooperation shall include the establishment and operation of a global network of primary and auxiliary seismological monitoring stations. These stations shall provide data in accordance with agreed procedures to the International Data Centre.

7. The network of primary stations shall consist of the 50 stations specified in Table 1-A of Annex 1 to this Protocol. These stations shall fulfil the technical and operational requirements specified in the Operational Manual for Seismological Monitoring and the International Exchange of Seismological Data. Uninterrupted data from the primary stations shall be transmitted, directly or through a national data centre, on-line to the International Data Centre.

8. To supplement the primary network, an auxiliary network of 120 stations shall provide information, directly or through a national data centre, to the International Data Centre upon request. The auxiliary stations to be used are listed in Table 1-B of Annex 1 to this Protocol. The auxiliary stations shall fulfil the technical and operational requirements specified in the Operational Manual for Seismological Monitoring and the International Exchange of Seismological Data. Data from the auxiliary stations may at any time be requested by the International Data Centre and shall be immediately available through on-line computer connections.

C. Radionuclide Monitoring

9. Each State Party undertakes to cooperate in an international exchange of data

tions convenues. Le Secrétariat technique fournit à cet État l'assistance technique que le Conseil exécutif juge nécessaire au bon fonctionnement de l'installation dans le cadre du Système de surveillance international.

5. Les modalités de cette coopération entre l'Organisation et l'État – partie ou non – qui est l'hôte d'installations du Système de surveillance international ou en assume la responsabilité d'une autre manière sont énoncées dans des accords ou arrangements selon qu'il convient dans chaque cas.

B. Surveillance sismologique

6. Chaque État partie s'engage à coopérer à un échange international de données sismologiques afin d'aider à la vérification du respect du Traité. Cette coopération comprend l'établissement et l'exploitation d'un réseau mondial de stations de surveillance sismologique primaires et auxiliaires. Ces stations fournissent des données au Centre international de données conformément à des procédures convenues.

7. Le réseau de stations primaires se compose des 50 stations indiquées au tableau 1-A de l'Annexe 1 du présent Protocole. Ces stations satisfont aux exigences techniques et opérationnelles précisées dans le Manuel opérationnel pour la surveillance sismologique et l'échange international de données sismologiques. Les données fournies sans interruption par les stations primaires sont transmises en ligne au Centre international de données, soit directement, soit par l'intermédiaire d'un centre national de données.

8. Pour compléter le réseau primaire, un réseau auxiliaire comptant 120 stations fournit des données au Centre international de données, à la demande de ce dernier, soit directement, soit par l'intermédiaire d'un centre national de données. Les stations auxiliaires à utiliser sont énumérées au tableau 1-B de l'Annexe 1 du présent Protocole. Les stations auxiliaires satisfont aux exigences techniques et opérationnelles précisées dans le Manuel opérationnel pour la surveillance sismologique et l'échange international de données sismologiques. Les données des stations auxiliaires peuvent être demandées à tout moment par le Centre international de données et sont immédiatement disponibles au moyen de liaisons interordinateurs directes.

C. Surveillance des radionucléides

9. Chaque État partie s'engage à coopérer à un échange international de données

fen, und stimmt der Durchführung der erforderlichen Änderungen an der Ausrüstung und den Betriebsverfahren zu, damit den vereinbarten Anforderungen entsprochen wird. Das Technische Sekretariat leistet diesen Staaten die technische Hilfe, die der Exekutivrat für die einwandfreie Arbeitsweise der Einrichtung als Teil des internationalen Überwachungssystems für erforderlich hält.

(5) Die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit zwischen der Organisation und den Vertragsstaaten oder den Staaten, in denen sich Einrichtungen des internationalen Überwachungssystems befinden oder die sonst für solche Einrichtungen verantwortlich sind, werden in jedem Einzelfall in Übereinkünften oder Vereinbarungen festgelegt.

B. Seismologische Überwachung

(6) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich zur Zusammenarbeit im Rahmen eines internationalen Austausches von seismischen Daten, um bei der Verifikation der Einhaltung dieses Vertrags mitzuwirken. Diese Zusammenarbeit umfaßt die Einrichtung und den Betrieb eines weltweiten Netzes von primären seismologischen Überwachungsstationen und seismologischen Hilfsstationen. Diese Stationen liefern im Einklang mit den vereinbarten Verfahren Daten an das Internationale Datenzentrum.

(7) Das Netz von Primärstationen besteht aus den in Tabelle 1-A der Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführten 50 Stationen. Diese Stationen erfüllen die technischen und betriebsmäßigen Anforderungen, die in dem Arbeitshandbuch für die seismologische Überwachung und den internationalen Austausch seismischer Daten festgelegt sind. Die Daten werden ununterbrochen von den Primärstationen unmittelbar oder über ein nationales Datenzentrum online an das Internationale Datenzentrum übertragen.

(8) Zur Ergänzung des primären Netzes liefert ein Hilfsnetz von 120 Stationen dem Internationalen Datenzentrum auf Anforderung Informationen unmittelbar oder über ein nationales Datenzentrum. Die zu benutzenden Hilfsstationen sind in Tabelle 1-B der Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführt. Die Hilfsstationen erfüllen die technischen und betriebsmäßigen Anforderungen, die in dem Arbeitshandbuch für die seismologische Überwachung und den internationalen Austausch seismischer Daten festgelegt sind. Daten von den Hilfsstationen können jederzeit vom Internationalen Datenzentrum angefordert werden; sie sind über Online-Rechnerverbindungen sofort verfügbar.

C. Radionuklid-Überwachung

(9) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich zur Zusammenarbeit im Rahmen eines

on radionuclides in the atmosphere to assist in the verification of compliance with this Treaty. This cooperation shall include the establishment and operation of a global network of radionuclide monitoring stations and certified laboratories. The network shall provide data in accordance with agreed procedures to the International Data Centre.

10. The network of stations to measure radionuclides in the atmosphere shall comprise an overall network of 80 stations, as specified in Table 2-A of Annex 1 to this Protocol. All stations shall be capable of monitoring for the presence of relevant particulate matter in the atmosphere. Forty of these stations shall also be capable of monitoring for the presence of relevant noble gases upon the entry into force of this Treaty. For this purpose the Conference, at its initial session, shall approve a recommendation by the Preparatory Commission as to which 40 stations from Table 2-A of Annex 1 to this Protocol shall be capable of noble gas monitoring. At its first regular annual session, the Conference shall consider and decide on a plan for implementing noble gas monitoring capability throughout the network. The Director-General shall prepare a report to the Conference on the modalities for such implementation. All monitoring stations shall fulfil the technical and operational requirements specified in the Operational Manual for Radionuclide Monitoring and the International Exchange of Radionuclide Data.

11. The network of radionuclide monitoring stations shall be supported by laboratories, which shall be certified by the Technical Secretariat in accordance with the relevant operational manual for the performance, on contract to the Organization and on a fee-for-service basis, of the analysis of samples from radionuclide monitoring stations. Laboratories specified in Table 2-B of Annex 1 to this Protocol, and appropriately equipped, shall, as required, also be drawn upon by the Technical Secretariat to perform additional analysis of samples from radionuclide monitoring stations. With the agreement of the Executive Council, further laboratories may be certified by the Technical Secretariat to perform the routine analysis of samples from manual monitoring stations where necessary. All certified laboratories shall provide the results of such analysis to the International Data Centre, and in so doing shall fulfil the technical and operational requirements specified in the Operational Manual on Radionuclide Monitoring and the International Exchange of Radionuclide Data.

sur les radionucléides dans l'atmosphère afin d'aider à la vérification du respect du Traité. Cette coopération comprend l'établissement et l'exploitation, d'un réseau mondial de stations de surveillance des radionucléides et de laboratoires homologués. Le réseau fournit des données au Centre international de données conformément à des procédures convenues.

10. Le réseau de stations servant à mesurer les radionucléides dans l'atmosphère comprend un réseau global de 80 stations ainsi qu'indiqué au tableau 2-A de l'Annexe 1 du présent Protocole. Toutes les stations ont la capacité nécessaire pour détecter la présence de particules pertinentes dans l'atmosphère. Quarante d'entre elles ont également, au moment de l'entrée en vigueur du Traité, la capacité requise pour détecter la présence de gaz rares pertinents. A cette fin, la Commission préparatoire soumet à l'approbation de la Conférence, lors de sa session initiale, une recommandation touchant ces 40 stations, choisies parmi celles qui sont indiquées au tableau 2-A de l'Annexe 1 du présent Protocole. Lors de sa première session annuelle ordinaire, la Conférence se penche et se prononce sur un plan de mise en œuvre de capacités de détection des gaz rares dans l'ensemble du réseau. Le Directeur général établit à l'intention de la Conférence un rapport sur les modalités de la mise en œuvre de telles capacités. Toutes les stations satisfont aux exigences techniques et opérationnelles précisées dans le Manuel opérationnel pour la surveillance des radionucléides et l'échange international de données sur les radionucléides.

11. Le réseau de stations de surveillance des radionucléides est appuyé par des laboratoires qui sont homologués par le Secrétariat technique, conformément au manuel opérationnel pertinent, aux fins de l'analyse, par contrat passé avec l'Organisation et à titre onéreux, des échantillons provenant des stations de surveillance des radionucléides. Les laboratoires, convenablement équipés, qui sont indiqués au tableau 2-B de l'Annexe 1 du présent Protocole sont aussi, selon qu'il convient, chargés par le Secrétariat technique d'effectuer des analyses complémentaires d'échantillons provenant des stations de surveillance des radionucléides. Avec l'accord du Conseil exécutif, d'autres laboratoires peuvent être homologués par le Secrétariat technique, si besoin est, aux fins de l'analyse régulière des échantillons provenant de stations de surveillance fonctionnant en mode manuel. Tous les laboratoires homologués fournissent les résultats de leurs analyses au Centre international de données en satisfaisant aux exigences techniques et opérationnelles précisées dans le Manuel opérationnel pour la surveillance des radionucléides et l'échange international de données sur les radionucléides.

internationalen Datenaustausches über Radionuklide in der Atmosphäre, um bei der Verifikation der Einhaltung dieses Vertrags mitzuwirken. Diese Zusammenarbeit umfaßt die Einrichtung und den Betrieb eines weltweiten Netzes von Radionuklid-Überwachungsstationen und anerkannten Laboratorien. Das Netz liefert im Einklang mit den vereinbarten Verfahren Daten an das Internationale Datenzentrum.

(10) Das Netz von Stationen zur Messung von Radionukliden in der Atmosphäre umfaßt insgesamt 80 Stationen, die in Tabelle 2-A der Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführt sind. Alle Stationen müssen in der Lage sein, das Vorhandensein maßgeblicher Partikel in der Atmosphäre zu prüfen. Bei Inkrafttreten dieses Vertrags müssen außerdem 40 Stationen in der Lage sein, das Vorhandensein maßgeblicher Edelgase in der Atmosphäre zu überwachen. Zu diesem Zweck genehmigt die Konferenz auf ihrer ersten Tagung eine Empfehlung der Vorbereitungskommission, aus der hervorgeht, welche 40 der in Tabelle 2-A der Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführten Stationen in der Lage sein müssen, das Vorhandensein von Edelgasen zu überwachen. Auf ihrer ersten ordentlichen Jahrestagung prüft und beschließt die Konferenz einen Plan zur Durchführung der Edelgas-Überwachung im gesamten Netz. Der Generaldirektor arbeitet für die Konferenz einen Bericht über die Einzelheiten einer solchen Durchführung aus. Alle Überwachungsstationen erfüllen die technischen und betriebsmäßigen Anforderungen, die im Arbeitshandbuch für die Radionuklid-Überwachung und den internationalen Austausch von Radionuklid-Daten festgelegt sind.

(11) Das Netz der Radionuklid-Überwachungsstationen wird von Laboratorien gestützt, die vom Technischen Sekretariat im Einklang mit dem einschlägigen Arbeitshandbuch für die Durchführung von Analysen der Proben aus Radionuklid-Überwachungsstationen anerkannt sind und auf der Grundlage eines Vertrags mit der Organisation auf Honorarbasis arbeiten. Die in Tabelle 2-B der Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführten und entsprechend ausgestatteten Laboratorien werden bei Bedarf vom Technischen Sekretariat auch herangezogen, um weitere Analysen von Proben aus Radionuklid-Überwachungsstationen vorzunehmen. Mit Zustimmung des Exekutivrats können – soweit erforderlich – weitere Laboratorien vom Technischen Sekretariat für die Durchführung von routinemäßigen Analysen der Proben aus manuell gesteuerten Überwachungsstationen anerkannt werden. Alle anerkannten Laboratorien liefern die Ergebnisse derartiger Analysen an das Internationale Datenzentrum und erfüllen auf diese Weise die technischen und betriebsmäßigen Anforderungen, die in dem Arbeitshandbuch für die Radionuklid-Überwachung und den internationalen Austausch von Radionuklid-Daten festgelegt sind.

D. Hydroacoustic Monitoring

12. Each State Party undertakes to cooperate in an international exchange of hydroacoustic data to assist in the verification of compliance with this Treaty. This cooperation shall include the establishment and operation of a global network of hydroacoustic monitoring stations. These stations shall provide data in accordance with agreed procedures to the International Data Centre.

13. The network of hydroacoustic stations shall consist of the stations specified in Table 3 of Annex 1 to this Protocol, and shall comprise an overall network of six hydrophone and five T-phase stations. These stations shall fulfil the technical and operational requirements specified in the Operational Manual for Hydroacoustic Monitoring and the International Exchange of Hydroacoustic Data.

E. Infrasound Monitoring

14. Each State Party undertakes to cooperate in an international exchange of infrasound data to assist in the verification of compliance with this Treaty. This cooperation shall include the establishment and operation of a global network of infrasound monitoring stations. These stations shall provide data in accordance with agreed procedures to the International Data Centre.

15. The network of infrasound stations shall consist of the stations specified in Table 4 of Annex 1 to this Protocol, and shall comprise an overall network of 60 stations. These stations shall fulfil the technical and operational requirements specified in the Operational Manual for Infrasound Monitoring and the International Exchange of Infrasound Data.

F. International Data Centre Functions

16. The International Data Centre shall receive, collect, process, analyse, report on and archive data from International Monitoring System facilities, including the results of analysis conducted at certified laboratories.

17. The procedures and standard event screening criteria to be used by the International Data Centre in carrying out its agreed functions, in particular for the production of standard reporting products and for the performance of a standard range of services for States Parties, shall be elaborated in the Operational Manual for the

D. Surveillance hydroacoustique

12. Chaque État partie s'engage à coopérer à un échange international de données hydroacoustiques afin d'aider à la vérification du respect du Traité. Cette coopération comprend l'établissement et l'exploitation d'un réseau mondial de stations de surveillance hydroacoustique. Ces stations fournissent des données au Centre international de données conformément à des procédures convenues.

13. Le réseau de stations hydroacoustiques se compose des stations indiquées au tableau 3 de l'Annexe 1 du présent Protocole et comprend en tout six stations à hydrophones et cinq stations de détection des phases T. Ces stations satisfont aux exigences techniques et opérationnelles précisées dans le Manuel opérationnel pour la surveillance hydroacoustique et l'échange international de données hydroacoustiques.

E. Surveillance des infrasons

14. Chaque État partie s'engage à coopérer à un échange international de données infrasonores afin d'aider à la vérification du respect du Traité. Cette coopération comprend l'établissement et l'exploitation d'un réseau mondial de stations de détection des infrasons. Ces stations fournissent des données au Centre international de données conformément à des procédures convenues.

15. Le réseau de stations de détection des infrasons se compose des stations indiquées au tableau 4 de l'Annexe 1 du présent Protocole et comprend en tout 60 stations. Ces stations satisfont aux exigences techniques et opérationnelles précisées dans le Manuel opérationnel pour la surveillance des infrasons et l'échange international de données infrasonores.

F. Fonctions du Centre international de données

16. Le Centre international de données reçoit, collecte, traite, analyse et archive les données provenant des installations du Système de surveillance international, y compris les résultats des analyses effectuées dans les laboratoires homologués, et rend compte de ces données et résultats.

17. Les procédures et les critères de filtrage standard des événements que doit suivre le Centre international de données afin de remplir les fonctions qu'il a été convenu de lui attribuer, en particulier afin de produire des données et documents standard et de fournir aux États parties un éventail de services standard, sont énon-

D. Hydroakustische Überwachung

(12) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich zur Zusammenarbeit bei einem internationalen Austausch hydroakustischer Daten, um bei der Verifikation der Einhaltung dieses Vertrags mitzuwirken. Diese Zusammenarbeit umfaßt die Einrichtung und den Betrieb eines weltweiten Netzes von hydroakustischen Überwachungsstationen. Diese Stationen liefern im Einklang mit den vereinbarten Verfahren Daten an das internationale Datenzentrum.

(13) Das Netz hydroakustischer Stationen besteht aus den in Tabelle 3 der Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführten Stationen und umfaßt ein Gesamtnetz aus sechs Hydrophon- und fünf T-Phasen-Stationen. Diese Stationen erfüllen die technischen und betriebsmäßigen Anforderungen, die im Arbeitshandbuch für die hydroakustische Überwachung und den internationalen Austausch hydroakustischer Daten (Operational Manual for Hydroacoustic Monitoring and the International Exchange of Hydroacoustic Data) festgelegt sind.

E. Infraschall-Überwachung

(14) Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich zur Zusammenarbeit bei einem internationalen Austausch von Infraschall-Daten, um bei der Verifikation der Einhaltung dieses Vertrags mitzuwirken. Diese Zusammenarbeit umfaßt die Einrichtung und den Betrieb eines weltweiten Netzes von Infraschall-Überwachungsstationen. Diese Stationen liefern im Einklang mit den vereinbarten Verfahren Daten an das internationale Datenzentrum.

(15) Das Netz von Infraschall-Stationen besteht aus den in Tabelle 4 der Anlage 1 zu diesem Protokoll aufgeführten Stationen und umfaßt insgesamt 60 Stationen. Diese Stationen erfüllen die technischen und betriebsmäßigen Anforderungen, die im Arbeitshandbuch für die Infraschall-Überwachung und den internationalen Austausch von Infraschall-Daten (Operational Manual for Infrasound Monitoring and the International Exchange of Infrasound Data) festgelegt sind.

F. Aufgaben des internationalen Datenzentrums

(16) Das internationale Datenzentrum empfängt, sammelt, verarbeitet, analysiert, meldet und archiviert Daten von Einrichtungen des internationalen Überwachungssystems, einschließlich der Ergebnisse der in anerkannten Laboratorien vorgenommenen Analysen.

(17) Die vom internationalen Datenzentrum bei der Erfüllung seiner vereinbarten Aufgaben anzuwendenden Verfahren und Kriterien für das automatische Aussortieren gewöhnlicher Ereignisse, insbesondere in bezug auf das Erstellen standardisierter Ergebnisberichte und das Erbringen standardisierter Dienstleistungen für die Ver-

International Data Centre and shall be progressively developed. The procedures and criteria developed initially by the Preparatory Commission shall be approved by the Conference at its initial session.

International Data Centre Standard Products

18. The International Data Centre shall apply on a routine basis automatic processing methods and interactive human analysis to raw International Monitoring System data in order to produce and archive standard International Data Centre products on behalf of all States Parties. These products shall be provided at no cost to States Parties and shall be without prejudice to final judgements with regard to the nature of any event, which shall remain the responsibility of States Parties, and shall include:

- (a) Integrated lists of all signals detected by the International Monitoring System, as well as standard event lists and bulletins, including the values and associated uncertainties calculated for each event located by the International Data Centre, based on a set of standard parameters;
- (b) Standard screened event bulletins that result from the application to each event by the International Data Centre of standard event screening criteria, making use of the characterization parameters specified in Annex 2 to this Protocol, with the objective of characterizing, highlighting in the standard event bulletin, and thereby screening out, events considered to be consistent with natural phenomena or non-nuclear, man-made phenomena. The standard event bulletin shall indicate numerically for each event the degree to which that event meets or does not meet the event screening criteria. In applying standard event screening, the International Data Centre shall use both global and supplementary screening criteria to take account of regional variations where applicable. The International Data Centre shall progressively enhance its technical capabilities as experience is gained in the operation of the International Monitoring System;
- (c) Executive summaries, which summarize the data acquired and archived by the International Data Centre, the products of the International Data Centre, and the performance and operational status of the International Monitoring

cés dans le Manuel opérationnel pour le Centre international de données et progressivement développés. Les procédures et critères élaborés initialement par la Commission préparatoire sont soumis à l'approbation de la Conférence lors de sa session initiale.

Produits standard du Centre international de données

18. Le Centre international de données applique régulièrement aux données brutes provenant du Système de surveillance international des méthodes de traitement automatique et d'analyse interactive avec intervention humaine afin de produire et d'archiver ses données et documents standard pour le compte de tous les États parties. Ces produits, qui sont fournis sans qu'il en coûte aux États parties et ne préjugent pas des décisions prises en définitive quant à la nature de tout événement – lesquelles restent du ressort des États parties – comprennent:

- a) Des listes intégrées de tous les signaux détectés par le Système de surveillance international, ainsi que des listes et bulletins standard des événements, où sont indiquées les valeurs et incertitudes associées, calculées pour chaque événement que le Centre international de données a localisé en se fondant sur un ensemble de paramètres standard;
- b) Des bulletins standard des événements filtrés, résultant de l'application de critères de filtrage standard à chaque événement par le Centre international de données, qui s'aide en cela des paramètres de caractérisation indiqués à l'Annexe 2 du présent Protocole, l'objectif étant de caractériser, de mettre en évidence dans le bulletin standard et, ainsi, d'écarter les événements considérés comme correspondant à des phénomènes naturels ou des phénomènes artificiels non nucléaires. Le bulletin standard des événements indique par des chiffres le degré auquel chaque événement répond ou ne répond pas aux critères de filtrage des événements. Aux fins du filtrage standard des événements, le Centre international de données applique des critères valables à l'échelle mondiale, et des critères complémentaires afin de tenir compte de variations régionales là où cela est possible. Il améliore ses capacités techniques à mesure qu'il acquiert une expérience de l'exploitation du Système de surveillance international;
- c) Des résumés récapitulant les données acquises et archivées par le Centre international de données, les produits du Centre, ainsi que le fonctionnement et la capacité opérationnelle du Système de surveillance international et du

tragsstaaten, werden im Arbeitshandbuch für das Internationale Datenzentrum ausgearbeitet und schrittweise weiterentwickelt. Die anfänglich von der Vorbereitungskommission ausgearbeiteten Verfahren und Kriterien werden von der Konferenz auf ihrer ersten Tagung genehmigt.

Standardisierte Erzeugnisse des Internationalen Datenzentrums

(18) Das Internationale Datenzentrum wendet routinemäßig automatische Verarbeitungsverfahren und individuell durchgeführte interaktive Analysen auf die Rohdaten des Internationalen Überwachungssystems an, um standardisierte Erzeugnisse im Namen aller Vertragsstaaten herzustellen und zu archivieren. Diese Erzeugnisse werden allen Vertragsstaaten kostenlos zur Verfügung gestellt und lassen die endgültigen Beurteilungen hinsichtlich der Art eines Ereignisses, die weiterhin in die Verantwortung der Vertragsstaaten fällt, unberührt; sie beinhalten folgendes:

- a) Integrierte Listen aller vom Internationalen Überwachungssystem entdeckten Signale sowie Listen gewöhnlicher Ereignisse und Bulletins, einschließlich der für jedes vom Internationalen Datenzentrum ausgemachte Ereignis berechneten Werte und der damit verbundenen Fehler, gestützt auf einheitliche Parameter;
- b) Bulletins über die aussortierten gewöhnlichen Ereignisse, die sich aus der durch das Internationale Datenzentrum erfolgten Anwendung von Kriterien für das automatische Aussortieren gewöhnlicher Ereignisse auf jedes Ereignis unter Verwendung der in Anlage 2 zu diesem Protokoll festgelegten Kennzeichnungsparameter ergeben und dem Zweck dienen, die Ereignisse im Bulletin zu kennzeichnen, hervorzuheben und damit auszusortieren, bei denen es sich entweder um natürliche oder um künstlich erzeugte nicht-nukleare Phänomene handelt. Das Bulletin über die gewöhnlichen Ereignisse gibt für jedes Ereignis numerisch den Grad an, bis zu dem es den Kriterien über das automatische Aussortieren von Ereignissen entspricht oder nicht entspricht. Bei der Aussortierung gewöhnlicher Ereignisse wendet das Internationale Datenzentrum weltweite und ergänzende Aussortierungskriterien an, um gegebenenfalls regionalen Schwankungen Rechnung zu tragen. Das Internationale Datenzentrum wird mit zunehmender Erfahrung beim Betrieb des Internationalen Überwachungssystems seine technischen Möglichkeiten nach und nach verbessern;
- c) kurze Zusammenfassungen der vom Internationalen Datenzentrum erfaßten und archivierten Daten, der Erzeugnisse des Internationalen Datenzentrums sowie der Leistungsfähigkeit und des Betriebszustands des Internatio-

System and International Data Centre;
and

- (d) Extracts or subsets of the standard International Data Centre products specified in sub-paragraphs (a) to (c), selected according to the request of an individual State Party.

19. The International Data Centre shall carry out, at no cost to States Parties, special studies to provide in-depth, technical review by expert analysis of data from the International Monitoring System, if requested by the Organization or by a State Party, to improve the estimated values for the standard signal and event parameters.

International Data Centre Services to States Parties

20. The International Data Centre shall provide States Parties with open, equal, timely and convenient access to all International Monitoring System data, raw or processed, all International Data Centre products, and all other International Monitoring System data in the archive of the International Data Centre or, through the International Data Centre, of International Monitoring System facilities. The methods for supporting data access and the provision of data shall include the following services:

- (a) Automatic and regular forwarding to a State Party of the products of the International Data Centre or the selection by the State Party thereof, and, as requested, the selection by the State Party of International Monitoring System data;
- (b) The provision of the data or products generated in response to ad hoc requests by States Parties for the retrieval from the International Data Centre and International Monitoring System facility archives of data and products, including interactive electronic access to the International Data Centre database; and
- (c) Assisting individual States Parties, at their request and at no cost for reasonable efforts, with expert technical analysis of International Monitoring System data and other relevant data provided by the requesting State Party, in order to help the State Party concerned to identify the source of specific events. The output of any such technical analysis shall be considered a product of the requesting State Party, but shall be available to all States Parties.

Centre;

- d) Des extraits ou sous-ensembles des produits standard du Centre visés aux alinéas a) à c), selon la demande de tel ou tel État partie.

19. Le Centre international de données réalise des études spéciales, à la demande de l'Organisation ou d'un État partie, sans qu'il en coûte aux États parties, pour parvenir, grâce à l'analyse technique approfondie que des experts font des données issues du Système de surveillance international, à une définition plus précise des valeurs attribuées aux paramètres standard pour des signaux et des événements donnés.

Services fournis aux États parties par le Centre international de données

20. Le Centre international de données assure aux États parties, dans des conditions d'égalité et en temps utile, un accès libre et commode à toutes les données issues du Système de surveillance international, brutes ou traitées, à tous ses produits et à toutes les autres données issues du Système de surveillance international qui se trouvent dans ses archives, ou sert d'intermédiaire, pour l'accès dans ces mêmes conditions, à celles qui se trouvent dans les archives des installations du Système de surveillance international. Les services visant à faciliter l'accès aux données et la fourniture des données sont notamment les suivants:

- a) La transmission automatique et régulière à l'État partie des produits du Centre international de données ou de ceux de ces produits que l'État partie a choisis, et, sur demande, des données du Système de surveillance international que l'État partie a choisies;
- b) La fourniture des données ou produits générés à l'intention d'États parties qui demandent spécialement que des données et produits soient extraits des archives du Centre international de données et des installations du Système de surveillance international, y compris par un accès électronique interactif à la base de données du Centre;
- c) L'analyse technique par des experts pour un État partie, sans qu'il en coûte au demandeur pour des efforts raisonnables, des données issues du Système de surveillance international et d'autres données pertinentes apportées par le demandeur, afin d'aider celui-ci à identifier la source d'événements précis. Le résultat de toute analyse technique de ce genre est considéré comme étant un produit de l'État partie demandeur, mais est à la dispo-

nales Überwachungssystems und des internationalen Datenzentrums und

- d) Auszüge oder Teile der unter den Buchstaben a bis c bezeichneten standardisierten Erzeugnisse des internationalen Datenzentrums, die entsprechend dem Ersuchen eines einzelnen Vertragsstaats ausgewählt werden.

(19) Das internationale Datenzentrum führt für die Vertragsstaaten kostenlose Sonderuntersuchungen durch, um mittels Analyse durch Fachleute eine gründliche technische Überprüfung der Daten des internationalen Überwachungssystems zur Verbesserung der Schätzwerte für die einheitlichen Signal- und Ereignisparameter herbeizuführen, falls es von der Organisation oder einem Vertragsstaat darum ersucht wird.

Dienstleistungen des internationalen Datenzentrums für die Vertragsparteien

(20) Das internationale Datenzentrum verschafft den Vertragsstaaten einen offenen, gleichen, rechtzeitigen und bequemen Zugang zu allen Rohdaten oder verarbeiteten Daten des internationalen Überwachungssystems, zu allen Erzeugnissen des internationalen Datenzentrums und allen anderen Daten des internationalen Überwachungssystems im Archiv des internationalen Datenzentrums oder über das internationale Datenzentrum zu Daten in Einrichtungen des internationalen Überwachungssystems. Die Methoden zur Unterstützung des Zugangs zu den Daten und zur Beschaffung von Daten umfassen folgende Dienstleistungen:

- a) automatische und regelmäßige Weiterleitung der Erzeugnisse des internationalen Datenzentrums oder der von einem Vertragsstaat getroffenen Auswahl dieser Erzeugnisse an den betreffenden Vertragsstaat und auf Ersuchen des Vertragsstaats Weiterleitung der von ihm getroffenen Auswahl von Daten des internationalen Überwachungssystems;
- b) Beschaffung der Daten oder Erzeugnisse, die als Antwort auf Ad-hoc-Ersuchen von Vertragsstaaten um Rückgewinnung von Daten und Erzeugnissen aus den Archiven des internationalen Datenzentrums und Einrichtungen des internationalen Überwachungssystems entstanden sind, einschließlich eines interaktiven elektronischen Zugangs zu der Datenbank des internationalen Datenzentrums;
- c) auf Ersuchen einzelner Vertragsstaaten im vertretbarem Rahmen kostenlose Hilfe mittels technischer Analysen durch Fachleute von Daten des internationalen Überwachungssystems und von anderen vom Vertragsstaat gelieferten maßgeblichen Daten, um dem betreffenden Vertragsstaat zu helfen, die Quelle bestimmter Ereignisse festzustellen. Das Ergebnis einer derartigen technischen Analyse wird als Erzeugnis des ersuchenden Vertragsstaats be-

The International Data Centre services specified in sub-paragraphs (a) and (b) shall be made available at no cost to each State Party. The volumes and formats of data shall be set out in the Operational Manual for the International Data Centre.

National Event Screening

21. The International Data Centre shall, if requested by a State Party, apply to any of its standard products, on a regular and automatic basis, national event screening criteria established by that State Party, and provide the results of such analysis to that State Party. This service shall be undertaken at no cost to the requesting State Party. The output of such national event screening processes shall be considered a product of the requesting State Party.

Technical Assistance

22. The International Data Centre shall, where required, provide technical assistance to individual States Parties:

- (a) In formulating their requirements for selection and screening of data and products;
- (b) By installing at the International Data Centre, at no cost to a requesting State Party for reasonable efforts, computer algorithms or software provided by that State Party to compute new signal and event parameters that are not included in the Operational Manual for the International Data Centre, the output being considered products of the requesting State Party; and
- (c) By assisting States Parties to develop the capability to receive, process and analyse International Monitoring System data at a national data centre.

23. The International Data Centre shall continuously monitor and report on the operational status of the International Monitoring System facilities, of communications links, and of its own processing systems. It shall provide immediate notification to those responsible should the operational performance of any component fail to meet agreed levels set out in the relevant operational manual.

Part II

On-Site Inspections

A. General Provisions

1. The procedures in this Part shall be implemented pursuant to the provisions for on-site inspections set out in Article IV.

sition de tous les États parties.

Les services du Centre international de données visés aux alinéas a) et b) sont offerts gratuitement à chaque État partie. Les volumes de données à mettre à disposition et leurs modes de présentation sont indiqués dans le Manuel opérationnel pour le Centre international de données.

Filtrage national des événements

21. Si un État partie le lui demande, le Centre international de données applique régulièrement et automatiquement à l'un quelconque de ses produits standard des critères de filtrage nationaux définis par cet État et fournit à celui-ci les résultats de cette analyse. Ce service est assuré sans qu'il en coûte à l'État partie demandeur. Le résultat de ce filtrage national des événements est considéré comme un produit de l'État partie demandeur.

Assistance technique

22. Le Centre international de données fournit individuellement et sur demande une assistance technique aux États parties:

- a) En les aidant à définir leurs propres besoins en matière de sélection et de filtrage des données et produits;
- b) En installant au Centre international de données, sans qu'il en coûte à l'État partie demandeur pour des efforts raisonnables, des algorithmes informatiques ou des logiciels fournis par cet État pour calculer, en ce qui concerne les signaux et les événements, des paramètres qui ne sont pas indiqués dans le Manuel opérationnel pour le Centre international de données, les résultats étant considérés comme des produits de l'État partie demandeur;
- c) En aidant les États parties à développer, dans un centre national de données, la capacité de recevoir, de traiter et d'analyser les données issues du Système de surveillance international.

23. Le Centre international de données surveille et fait connaître en permanence l'état de fonctionnement des installations du Système de surveillance international, des liaisons de communication et de ses propres systèmes de traitement. Il informe immédiatement les responsables dans le cas où une composante quelconque ne fonctionne pas au niveau convenu indiqué dans le manuel opérationnel pertinent.

Deuxième partie

Inspections sur place

A. Dispositions générales

1. Les procédures énoncées dans la présente partie sont appliquées conformément aux dispositions relatives aux inspections sur place qui figurent à l'article IV.

trachtet, soll aber allen Vertragsstaaten zur Verfügung stehen.

Die unter den Buchstaben a und b bezeichneten Dienstleistungen des Internationalen Datenzentrums werden jedem Vertragsstaat kostenlos zur Verfügung gestellt. Umfang und Format der Daten sind in dem Arbeitshandbuch für das Internationale Datenzentrum festgelegt.

Nationales Aussortieren von Ereignissen

(21) Auf Ersuchen eines Vertragsstaats wendet das Internationale Datenzentrum auf alle seine standardisierten Erzeugnisse regelmäßig und automatisch die von dem Vertragsstaat festgelegten Kriterien für das nationale Aussortieren von Ereignissen an und liefert dem betreffenden Vertragsstaat die Ergebnisse einer derartigen Analyse. Diese Dienstleistung ist für den ersuchenden Vertragsstaat kostenlos. Das Ergebnis dieser nationalen Rechnervorgänge zum Aussortieren von Ereignissen wird als Erzeugnis des ersuchenden Vertragsstaats betrachtet.

Technische Hilfe

(22) Das Internationale Datenzentrum leistet einzelnen Vertragsstaaten auf deren Ersuchen wie folgt technische Hilfe:

- a) bei der Formulierung der Anforderungen für die Auswahl und das Aussortieren von Daten und Erzeugnissen;
- b) durch die für einen ersuchenden Vertragsstaat in vertretbarem Rahmen kostenlose Einrichtung von Rechneralgorithmen oder Software des betreffenden Vertragsstaats im Internationalen Datenzentrum, damit er neue Signal- und Ereignisparameter berechnen kann, die im Arbeitshandbuch für das Internationale Datenzentrum nicht enthalten sind; dabei wird das Ergebnis als Erzeugnis des ersuchenden Vertragsstaats betrachtet;
- c) durch Unterstützung der Vertragsstaaten bei der Entwicklung von Möglichkeiten, Daten des Internationalen Überwachungssystems in einem nationalen Datenzentrum zu empfangen, zu verarbeiten und zu analysieren.

(23) Das Internationale Datenzentrum überwacht ständig den Betriebszustand der Einrichtungen des Internationalen Überwachungssystems, der Nachrichtenverbindungen und seiner eigenen Verarbeitungssysteme und berichtet darüber. Es teilt den Verantwortlichen sofort mit, falls die Betriebsleistung eines Teiles den in dem einschlägigen Arbeitshandbuch vereinbarten Werten nicht genügt.

Teil II

Inspektionen vor Ort

A. Allgemeine Bestimmungen

(1) Die in diesem Teil genannten Verfahren werden nach den Bestimmungen in Artikel IV für Inspektionen vor Ort durchgeführt.

2. The on-site inspection shall be carried out in the area where the event that triggered the on-site inspection request occurred.

3. The area of an on-site inspection shall be continuous and its size shall not exceed 1,000 square kilometres. There shall be no linear distance greater than 50 kilometres in any direction.

4. The duration of an on-site inspection shall not exceed 60 days from the date of the approval of the on-site inspection request in accordance with Article IV, paragraph 46, but may be extended by a maximum of 70 days in accordance with Article IV, paragraph 49.

5. If the inspection area specified in the inspection mandate extends to the territory or other place under the jurisdiction or control of more than one State Party, the provisions on on-site inspections shall, as appropriate, apply to each of the States Parties to which the inspection area extends.

6. In cases where the inspection area is under the jurisdiction or control of the inspected State Party but is located on the territory of another State Party or where the access from the point of entry to the inspection area requires transit through the territory of a State Party other than the inspected State Party, the inspected State Party shall exercise the rights and fulfil the obligations concerning such inspections in accordance with this Protocol. In such a case, the State Party on whose territory the inspection area is located shall facilitate the inspection and shall provide for the necessary support to enable the inspection team to carry out its tasks in a timely and effective manner. States Parties through whose territory transit is required to reach the inspection area shall facilitate such transit.

7. In cases where the inspection area is under the jurisdiction or control of the inspected State Party but is located on the territory of a State not Party to this Treaty, the inspected State Party shall take all necessary measures to ensure that the inspection can be carried out in accordance with this Protocol. A State Party that has under its jurisdiction or control one or more areas on the territory of a State not Party to this Treaty shall take all necessary measures to ensure acceptance by the State on whose territory the inspection area is located of inspectors and inspection assistants designated to that State Party. If an inspected State Party is unable to ensure access, it shall demonstrate that it took all necessary measures to ensure access.

8. In cases where the inspection area is located on the territory of a State Party but

2. L'inspection sur place est effectuée dans la zone où s'est produit l'événement qui a déclenché la demande d'inspection sur place.

3. La zone d'une inspection sur place doit être d'un seul tenant et sa superficie ne pas dépasser 1 000 kilomètres carrés. Il ne doit pas y avoir de distance linéaire supérieure à 50 kilomètres dans une direction quelconque.

4. L'inspection sur place ne dure pas plus de 60 jours à compter de la date à laquelle il est fait droit à la demande d'inspection sur place conformément au paragraphe 46 de l'article IV, mais peut être prolongée de 70 jours au maximum conformément au paragraphe 49 de l'article IV.

5. Si la zone d'inspection spécifiée dans le mandat d'inspection s'étend au territoire ou à un autre lieu placé sous la juridiction ou le contrôle de plusieurs États parties, les dispositions relatives aux inspections sur place s'appliquent, selon les besoins, à chacun des États parties visés.

6. Dans les cas où la zone d'inspection est sous la juridiction ou le contrôle de l'État partie inspecté mais est située sur le territoire d'un autre État partie ou s'il faut passer par le territoire d'un autre État partie pour accéder à la zone d'inspection à partir du point d'entrée, l'État partie inspecté exerce les droits et s'acquitte des obligations concernant ces inspections conformément au présent Protocole. En pareil cas, l'État partie sur le territoire duquel est située la zone d'inspection facilite l'inspection et fournit l'appui nécessaire pour permettre à l'équipe d'inspection d'accomplir ses tâches dans les délais et avec l'efficacité voulus. Les États parties par le territoire desquels il faut passer pour atteindre la zone d'inspection facilitent ce passage.

7. Dans les cas où la zone d'inspection est sous la juridiction ou le contrôle de l'État partie inspecté mais est située sur le territoire d'un État qui n'est pas partie au Traité, l'État partie inspecté prend toutes les mesures nécessaires pour que l'inspection puisse être réalisée conformément au présent Protocole. Un État partie qui a sous sa juridiction ou son contrôle une ou plusieurs zones situées sur le territoire d'un État non partie au Traité prend toutes les mesures nécessaires pour assurer l'acceptation, par l'État sur le territoire duquel est située la zone d'inspection, des inspecteurs et assistants d'inspection désignés à cet État partie. Si un État partie inspecté est dans l'impossibilité d'assurer l'accès, il démontre qu'il a pris toutes les mesures nécessaires pour y parvenir.

8. Dans les cas où la zone d'inspection est située sur le territoire d'un État partie

(2) Die Inspektion vor Ort wird in dem Gebiet vorgenommen, in dem das Ereignis eingetreten ist, das zu dem Ersuchen um die Inspektion vor Ort Anlaß gab.

(3) Das Gebiet, in dem eine Inspektion vor Ort durchgeführt wird, muß zusammenhängend sein und darf eine Größe von 1000 km² nicht überschreiten. Die lineare Ausdehnung darf in jeder Richtung nicht mehr als 50 km betragen.

(4) Die Dauer einer Inspektion vor Ort darf 60 Tage nach Genehmigung des entsprechenden Ersuchens in Übereinstimmung mit Artikel IV Absatz 46 nicht überschreiten, kann jedoch nach Artikel IV Absatz 49 um höchstens 70 Tage verlängert werden.

(5) Erstreckt sich das im Inspektionsauftrag bezeichnete Inspektionsgebiet auf das Hoheitsgebiet oder auf einen anderen Ort unter der Hoheitsgewalt oder Kontrolle von mehr als einem Vertragsstaat, so finden die Bestimmungen über Inspektionen vor Ort auf jeden der Vertragsstaaten Anwendung, auf die sich das Inspektionsgebiet erstreckt.

(6) Befindet sich das Inspektionsgebiet unter der Hoheitsgewalt oder Kontrolle des inspizierten Vertragsstaats im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats, oder ist für den Zugang vom Punkt der Einreise zum Inspektionsgebiet die Durchreise durch das Hoheitsgebiet eines anderen als des inspizierten Vertragsstaats erforderlich, so nimmt der inspizierte Vertragsstaat hinsichtlich dieser Inspektionen die in diesem Protokoll vorgesehenen Rechte und Pflichten wahr. In diesem Fall erleichtert der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich das Inspektionsgebiet befindet, die Inspektion und leistet die notwendige Hilfe, damit das Inspektionsteam seine Aufgaben rechtzeitig und wirksam erfüllen kann. Vertragsstaaten, durch deren Hoheitsgebiet die Durchreise zum Erreichen des Inspektionsgebiets erfolgen muß, erleichtern die Durchreise.

(7) Befindet sich das Inspektionsgebiet unter der Hoheitsgewalt oder Kontrolle des inspizierten Vertragsstaats, jedoch im Hoheitsgebiet eines Staates, der nicht Vertragspartei dieses Vertrags ist, so trifft der inspizierte Vertragsstaat alle notwendigen Maßnahmen, um dafür zu sorgen, daß die Inspektion in Übereinstimmung mit diesem Protokoll durchgeführt werden kann. Ein Vertragsstaat, unter dessen Hoheitsgewalt oder Kontrolle sich ein oder mehrere Gebiete im Hoheitsgebiet eines Staates befinden, der nicht Vertragspartei dieses Vertrags ist, trifft alle notwendigen Maßnahmen, um dafür zu sorgen, daß der Staat, in dessen Hoheitsgebiet sich das Inspektionsgebiet befindet, bereit ist, die für den Vertragsstaat bestellten Inspektoren und Inspektionsassistenten aufzunehmen. Ist ein inspizierter Vertragsstaat nicht in der Lage, den Zugang sicherzustellen, so legt er dar, daß er alle dafür notwendigen Maßnahmen getroffen hat.

(8) Befindet sich das Inspektionsgebiet zwar im Hoheitsgebiet eines Vertrags-

is under the jurisdiction or control of a State not Party to this Treaty, the State Party shall take all necessary measures required of an inspected State Party and a State Party on whose territory the inspection area is located, without prejudice to the rules and practices of international law, to ensure that the on-site inspection can be carried out in accordance with this Protocol. If the State Party is unable to ensure access to the inspection area, it shall demonstrate that it took all necessary measures to ensure access, without prejudice to the rules and practices of international law.

9. The size of the inspection team shall be kept to the minimum necessary for the proper fulfillment of the inspection mandate. The total number of members of the inspection team present on the territory of the inspected State Party at any given time, except during the conduct of drilling, shall not exceed 40 persons. No national of the requesting State Party or the inspected State Party shall be a member of the inspection team.

10. The Director-General shall determine the size of the inspection team and select its members from the list of inspectors and inspection assistants, taking into account the circumstances of a particular request.

11. The inspected State Party shall provide for or arrange the amenities necessary for the inspection team, such as communication means, interpretation services, transportation, working space, lodging, meals, and medical care.

12. The inspected State Party shall be reimbursed by the Organization, in a reasonably short period of time after conclusion of the inspection, for all expenses, including those mentioned in paragraphs 11 and 49, related to the stay and functional activities of the inspection team on the territory of the inspected State Party.

13. Procedures for the implementation of on-site inspections shall be detailed in the Operational Manual for On-Site Inspections.

B. Standing Arrangements

Designation of Inspectors and Inspection Assistants

14. An inspection team may consist of inspectors and inspection assistants. An on-site inspection shall only be carried out by qualified inspectors specially designated for this function. They may be assisted by specially designated inspection assistants, such as technical and administrative personnel, aircrew and interpreters.

mais est sous la juridiction ou le contrôle d'un État qui n'est pas partie au Traité, l'État partie prend toutes les mesures nécessaires requises d'un État partie inspecté et d'un État partie sur le territoire duquel est située la zone d'inspection, sans préjudice des règles et pratiques du droit international, pour que l'inspection sur place puisse être effectuée conformément au présent Protocole. Si l'État partie est dans l'impossibilité d'assurer l'accès à la zone d'inspection, il démontre qu'il a pris toutes les mesures nécessaires pour y parvenir, sans préjudice des règles et pratiques du droit international.

9. L'effectif de l'équipe d'inspection est limité au minimum requis pour que le mandat d'inspection soit exécuté comme il se doit. Le nombre total des membres de l'équipe d'inspection présents au même moment sur le territoire de l'État partie inspecté ne doit pas dépasser 40, hormis pendant les opérations de forage. Aucun ressortissant de l'État partie requérant ou de l'État partie inspecté n'est membre de l'équipe d'inspection.

10. Le Directeur général détermine l'effectif de l'équipe d'inspection et en choisit les membres parmi les inspecteurs et assistants d'inspection figurant sur la liste, eu égard aux circonstances d'une demande particulière.

11. L'État partie inspecté fournit ou fait le nécessaire pour que soient fournies à l'équipe d'inspection les commodités dont elle a besoin, notamment des moyens de communication, des services d'interprétation, des moyens de transport, des locaux, le logement, les repas et les soins médicaux.

12. L'Organisation rembourse à l'État partie inspecté, dans un délai raisonnable après l'achèvement de l'inspection, toutes les dépenses entraînées par le séjour de l'équipe d'inspection et l'exécution des activités officielles de celle-ci sur le territoire de cet État, y compris par les facilités visées aux paragraphes 11 et 49.

13. Les procédures d'exécution des inspections sur place sont détaillées dans le Manuel opérationnel pour les inspections sur place.

B. Arrangements permanents

Désignation des inspecteurs et des assistants d'inspection

14. L'équipe d'inspection peut être composée d'inspecteurs et d'assistants d'inspection. L'inspection sur place n'est effectuée que par des inspecteurs qualifiés, spécialement désignés pour cette fonction. Ils peuvent être secondés par des assistants d'inspection spécialement désignés, par exemple du personnel technique et administratif, des membres d'équipage et des interprètes.

staats, jedoch unter der Hoheitsgewalt oder Kontrolle eines Staates, der nicht Vertragspartei dieses Vertrags ist, so trifft der Vertragsstaat alle notwendigen Maßnahmen, die von einem inspeziierten Vertragsstaat und einem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich das Inspektionsgebiet befindet, verlangt würden, um dafür zu sorgen, daß die Inspektion vor Ort unbeschadet der Regeln und Gepflogenheiten des Völkerrechts in Übereinstimmung mit diesem Protokoll durchgeführt werden kann. Ist der Vertragsstaat nicht in der Lage, den Zugang zum Inspektionsgebiet sicherzustellen, so legt er dar, daß er unbeschadet der Regeln und Gepflogenheiten des Völkerrechts alle dafür notwendigen Maßnahmen getroffen hat.

(9) Die Größe des Inspektionsteams bleibt auf das zur einwandfreien Erfüllung des Inspektionsauftrags notwendige Mindestmaß beschränkt. Die Gesamtzahl der zu einem bestimmten Zeitpunkt im Hoheitsgebiet des inspeziierten Vertragsstaats anwesenden Mitglieder des Inspektionsteams darf, außer bei Bohrarbeiten, 40 Personen nicht überschreiten. Ein Staatsangehöriger des ersuchenden Vertragsstaats oder des inspeziierten Vertragsstaats darf nicht Mitglied des Inspektionsteams sein.

(10) Der Generaldirektor legt die Größe des Inspektionsteams fest und wählt unter Berücksichtigung der Umstände eines bestimmten Ersuchens dessen Mitglieder aus einer Liste von Inspektoren und Inspektionsassistenten aus.

(11) Der inspeziierte Vertragsstaat sorgt dafür, daß dem Inspektionsteam alles Notwendige zur Verfügung steht, wie etwa Kommunikationsmittel, Dolmetscherdienste, Beförderungsmittel, Arbeitsräume, Unterkunft, Verpflegung und ärztliche Betreuung.

(12) Die Organisation erstattet dem inspeziierten Vertragsstaat innerhalb einer angemessenen kurzen Frist nach Beendigung der Inspektion alle Ausgaben, einschließlich der in den Absätzen 11 und 49 genannten, die mit dem Aufenthalt und den auftragsbedingten Tätigkeiten des Inspektionsteams im Hoheitsgebiet des inspeziierten Staates zusammenhängen.

(13) Verfahren für die Durchführung von Inspektionen vor Ort sind in dem Arbeitshandbuch für Inspektionen vor Ort im einzelnen beschrieben.

B. Ständige Regelungen

Bestellung von Inspektoren und Inspektionsassistenten

(14) Ein Inspektionsteam kann aus Inspektoren und Inspektionsassistenten bestehen. Eine Inspektion vor Ort darf nur von eigens für diese Aufgabe bestellten befähigten Inspektoren durchgeführt werden. Sie können von eigens bestellten Inspektionsassistenten, wie etwa technisches und Verwaltungspersonal, Luftfahrzeugbesatzungen und Dolmetscher, unterstützt werden.

15. Inspectors and inspection assistants shall be nominated for designation by the States Parties or, in the case of staff of the Technical Secretariat, by the Director-General, on the basis of their expertise and experience relevant to the purpose and functions of on-site inspections. The nominees shall be approved in advance by the States Parties in accordance with paragraph 18.

16. Each State Party, no later than 30 days after the entry into force of this Treaty for it, shall notify the Director-General of the names, dates of birth, sex, ranks, qualifications and professional experience of the persons proposed by the State Party for designation as inspectors and inspection assistants.

17. No later than 60 days after the entry into force of this Treaty, the Technical Secretariat shall communicate in writing to all States Parties an initial list of the names, nationalities, dates of birth, sex and ranks of the inspectors and inspection assistants proposed for designation by the Director-General and the States Parties, as well as a description of their qualifications and professional experience.

18. Each State Party shall immediately acknowledge receipt of the initial list of inspectors and inspection assistants proposed for designation. Any inspector or inspection assistant included in this list shall be regarded as accepted unless a State Party, no later than 30 days after acknowledgment of receipt of the list, declares its non-acceptance in writing. The State Party may include the reason for the objection. In the case of non-acceptance, the proposed inspector or inspection assistant shall not undertake or participate in on-site inspection activities on the territory or in any other place under the jurisdiction or control of the State Party that has declared its non-acceptance. The Technical Secretariat shall immediately confirm receipt of the notification of objection.

19. Whenever additions or changes to the list of inspectors and inspection assistants are proposed by the Director-General or a State Party, replacement inspectors and inspection assistants shall be designated in the same manner as set forth with respect to the initial list. Each State Party shall promptly notify the Technical Secretariat if an inspector or inspection assistant nominated by it can no longer fulfil the duties of an inspector or inspection assistant.

20. The Technical Secretariat shall keep the list of inspectors and inspection assistants up to date and notify all States Parties of any additions or changes to the list.

21. A State Party requesting an on-site inspection may propose that an inspector from the list of inspectors and inspection

15. Les inspecteurs et assistants d'inspection sont proposés pour désignation par les États parties ou, dans le cas de personnel du Secrétariat technique, par le Directeur général, sur la base de leurs compétences et de leur expérience en rapport avec l'objet et les fonctions des inspections sur place. La désignation des personnes pressenties est approuvée à l'avance par les États parties conformément au paragraphe 18.

16. Au plus tard 30 jours après l'entrée en vigueur du Traité à son égard, chaque État partie informe le Directeur général du nom, de la date de naissance, du sexe, du rang, ainsi que des qualifications et de l'expérience professionnelle des personnes qu'il propose de désigner comme inspecteurs et assistants d'inspection.

17. Au plus tard 60 jours après l'entrée en vigueur du Traité, le Secrétariat technique communique par écrit à tous les États parties une liste initiale donnant le nom, la nationalité, la date de naissance, le sexe et le rang des inspecteurs et assistants d'inspection dont la désignation est proposée par le Directeur général et les États parties, et indique aussi leurs qualifications et leur expérience professionnelle.

18. Chaque État partie accuse immédiatement réception de la liste initiale d'inspecteurs et assistants d'inspection dont la désignation est proposée. Tout inspecteur ou assistant d'inspection qui y figure est réputé accepté si l'État partie n'a pas manifesté son refus par écrit au plus tard 30 jours après avoir accusé réception de cette liste. L'État partie peut indiquer la raison de son opposition. En cas de refus, l'inspecteur ou assistant d'inspection proposé ne doit pas procéder ni participer à des activités d'inspection sur place sur le territoire de l'État partie qui a opposé son refus, ni en aucun autre lieu placé sous la juridiction ou le contrôle de cet État. Le Secrétariat technique accuse immédiatement réception de la notification d'opposition.

19. Chaque fois que le Directeur général ou un État partie propose d'apporter des additions ou des modifications à la liste des inspecteurs et assistants d'inspection, les inspecteurs et assistants d'inspection désignés à leur place le sont de la même manière que dans le cas des personnes figurant sur la liste initiale. Si un inspecteur ou un assistant d'inspection pressenti par un État partie ne peut plus remplir les fonctions d'inspecteur ou d'assistant d'inspection, l'État partie en informe promptement le Secrétariat technique.

20. Le Secrétariat technique tient à jour la liste des inspecteurs et assistants d'inspection et informe tous les États parties de toutes additions ou modifications apportées à la liste.

21. L'État partie qui demande une inspection sur place peut proposer qu'un inspecteur dont le nom figure sur la liste des

(15) Die Inspektoren und Inspektionsassistenten werden zur Bestellung von den Vertragsstaaten beziehungsweise im Fall des Personals des Technischen Sekretariats vom Generaldirektor aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Erfahrungen für den Zweck und die Aufgaben von Inspektionen vor Ort benannt. Die Kandidaten werden von den Vertragsstaaten nach Absatz 18 im Voraus zugelassen.

(16) Jeder Vertragsstaat notifiziert dem Generaldirektor spätestens 30 Tage nach Inkrafttreten dieses Vertrags den Namen, das Geburtsdatum, das Geschlecht, den Dienstrang, die Fähigkeiten und beruflichen Erfahrungen der Personen, die vom Vertragsstaat zur Bestellung als Inspektoren und Inspektionsassistenten vorgeschlagen werden.

(17) Spätestens 60 Tage nach Inkrafttreten dieses Vertrags übermittelt das Technische Sekretariat allen Vertragsstaaten schriftlich eine erste Liste mit dem Namen, der Staatsangehörigkeit, dem Geburtsdatum und dem Dienstrang der vom Generaldirektor und den einzelnen Vertragsstaaten zur Bestellung vorgeschlagenen Inspektoren und Inspektionsassistenten unter Angabe ihrer Fähigkeiten und beruflichen Erfahrungen.

(18) Jeder Vertragsstaat bestätigt sofort den Eingang der ersten Liste der zur Bestellung vorgeschlagenen Inspektoren und Inspektionsassistenten. Jeder in der Liste genannte Inspektor oder Inspektionsassistent gilt als anerkannt, sofern nicht ein Vertragsstaat spätestens 30 Tage nach Bestätigung des Eingangs der Liste schriftlich erklärt, daß er ihn ablehnt. Der Vertragsstaat kann den Widerspruch begründen. Im Fall der Ablehnung darf der vorgeschlagene Inspektor oder Inspektionsassistent im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats, der ihn abgelehnt hat, oder an einem anderen Ort unter dessen Hoheitsgewalt oder Kontrolle keine Inspektion vor Ort durchführen oder daran teilnehmen. Das Technische Sekretariat bestätigt sofort den Eingang der Notifikation des Widerspruchs.

(19) Schlägt der Generaldirektor oder ein Vertragsstaat Ergänzungen oder Änderungen der Liste der Inspektoren und Inspektionsassistenten vor, so werden die Ersatz-Inspektoren und -Inspektionsassistenten in derselben Weise bestellt wie für die erste Liste. Jeder Vertragsstaat notifiziert dem Technischen Sekretariat umgehend, wenn ein von ihm benannter Inspektor oder Inspektionsassistent die Aufgaben eines Inspektors oder Inspektionsassistenten nicht mehr erfüllen kann.

(20) Das Technische Sekretariat aktualisiert die Liste der Inspektoren und Inspektionsassistenten ständig und notifiziert allen Vertragsstaaten jede Ergänzung oder Änderung der Liste.

(21) Ein um eine Inspektion vor Ort ersuchender Vertragsstaat kann vorschlagen, daß ein Inspektor aus der Liste der Inspek-

assistants serve as its observer in accordance with Article IV, paragraph 61.

22. Subject to paragraph 23, a State Party shall have the right at any time to object to an inspector or inspection assistant who has already been accepted. It shall notify the Technical Secretariat of its objection in writing and may include the reason for the objection. Such objection shall come into effect 30 days after receipt of the notification by the Technical Secretariat. The Technical Secretariat shall immediately confirm receipt of the notification of the objection and inform the objecting and nominating States Parties of the date on which the inspector or inspection assistant shall cease to be designated for that State Party.

23. A State Party that has been notified of an inspection shall not seek the removal from the inspection team of any of the inspectors or inspection assistants named in the inspection mandate.

24. The number of inspectors and inspection assistants accepted by a State Party must be sufficient to allow for availability of appropriate numbers of inspectors and inspection assistants. If, in the opinion of the Director-General, the non-acceptance by a State Party of proposed inspectors or inspection assistants impedes the designation of a sufficient number of inspectors and inspection assistants or otherwise hampers the effective fulfilment of the purposes of an on-site inspection, the Director-General shall refer the issue to the Executive Council.

25. Each inspector included in the list of inspectors and inspection assistants shall receive relevant training. Such training shall be provided by the Technical Secretariat pursuant to the procedures specified in the Operational Manual for On-Site Inspections. The Technical Secretariat shall coordinate, in agreement with the States Parties, a schedule of training for the inspectors.

Privileges and Immunities

26. Following acceptance of the initial list of inspectors and inspection assistants as provided for in paragraph 18 or as subsequently altered in accordance with paragraph 19, each State Party shall be obliged to issue, in accordance with its national procedures and upon application by an inspector or inspection assistant, multiple entry/exit and/or transit visas and other relevant documents to enable each inspector and inspection assistant to enter and to remain on the territory of that State Party for the sole purpose of carrying out inspection activities. Each State Party shall issue the necessary visa or travel documents for this purpose no later than 48 hours after receipt of the application or immediately upon arrival of the inspection team at the

inspecteurs et assistants d'inspection fasse office d'observateur de cet État conformément au paragraphe 61 de l'article IV.

22. Sous réserve des dispositions du paragraphe 23, un État partie a le droit de formuler à tout moment une objection contre un inspecteur ou un assistant d'inspection qui a déjà été accepté. Il fait connaître par écrit son opposition au Secrétariat technique et peut exposer les raisons qui la motivent. L'opposition prend effet 30 jours après réception de l'avis par le Secrétariat technique. Le Secrétariat technique accuse immédiatement réception de la notification de l'objection et informe l'État partie qui a opposé son refus comme l'État partie qui a proposé la désignation de l'intéressé de la date à laquelle l'inspecteur ou l'assistant d'inspection cessera d'être désigné pour cet État-là.

23. L'État partie auquel une inspection a été notifiée ne cherche pas à écarter de l'équipe d'inspection l'un quelconque des inspecteurs ou assistants d'inspection nommés dans le mandat d'inspection.

24. Le nombre d'inspecteurs et assistants d'inspection acceptés par un État partie doit être suffisant pour permettre de disposer d'un nombre approprié d'inspecteurs et assistants d'inspection. Si le Directeur général estime que le refus par un État partie d'inspecteurs ou assistants d'inspection proposés empêche la désignation d'un nombre suffisant d'inspecteurs et assistants d'inspection ou fait obstacle de quelque autre manière à la réalisation effective des buts d'une inspection sur place, il saisit le Conseil exécutif de la question.

25. Chaque inspecteur dont le nom figure sur la liste d'inspecteurs et assistants d'inspection suit une formation adéquate. Cette formation est dispensée par le Secrétariat technique, conformément aux procédures spécifiées dans le Manuel opérationnel pour les inspections sur place. Le Secrétariat technique coordonne, en accord avec les États parties, un programme de formation pour les inspecteurs.

Privileges et Immunités

26. Après avoir accepté la liste initiale d'inspecteurs et assistants d'inspection comme prévu au paragraphe 18 ou la liste modifiée ultérieurement conformément au paragraphe 19, chaque État partie est tenu de délivrer, selon ses procédures nationales et sur demande d'un inspecteur ou assistant d'inspection, des visas d'entrée/sorties multiples ou de transit et tout autre document pertinent permettant à chacun des inspecteurs ou assistants d'inspection d'entrer et de séjourner sur son territoire aux seules fins de la réalisation des activités d'inspection. Chaque État partie délivre les visas ou documents de voyage nécessaires à ces fins au plus tard 48 heures après réception de la demande ou immédiatement à l'arrivée de l'équipe

toren und Inspektionsassistenten nach Artikel IV Absatz 61 als sein Beobachter tätig wird.

(22) Vorbehaltlich des Absatzes 23 hat ein Vertragsstaat jederzeit das Recht, Widerspruch gegen einen bereits anerkannten Inspektor oder Inspektionsassistenten einzulegen. Er notifiziert dem Technischen Sekretariat seinen Widerspruch schriftlich und kann ihn begründen. Der Widerspruch wird 30 Tage nach Eingang der Notifikation beim Technischen Sekretariat wirksam. Das Technische Sekretariat bestätigt sofort den Eingang der Notifikation des Widerspruchs und teilt dem den Widerspruch einlegenden und dem bestellenden Vertragsstaat den Zeitpunkt mit, an dem die Bestellung des Inspektors oder Inspektionsassistenten für den betreffenden Vertragsstaat hinfällig wird.

(23) Der Vertragsstaat, dem eine Inspektion notifiziert worden ist, versucht nicht, einem von den im Inspektionsauftrag genannten Inspektoren oder Inspektionsassistenten aus dem Inspektionsteam zurücknehmen zu lassen.

(24) Die Anzahl der von einem Vertragsstaat anerkannten Inspektoren und Inspektionsassistenten muß groß genug sein, damit diese immer in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Behindert nach Auffassung des Generaldirektors die Ablehnung der vorgeschlagenen Inspektoren und Inspektionsassistenten durch einen Vertragsstaat die Bestellung einer ausreichenden Anzahl von Inspektoren und Inspektionsassistenten oder erschwert sie sonst die wirksame Durchführung einer Inspektion vor Ort, so verweist der Generaldirektor die Frage an den Exekutivrat.

(25) Jeder in der Liste der Inspektoren und Inspektionsassistenten genannte Inspektor erhält eine einschlägige Ausbildung. Die Ausbildung wird vom Technischen Sekretariat nach den im Arbeitshandbuch für Inspektionen vor Ort festgelegten Verfahren vorgenommen. Das Technische Sekretariat stellt im Einvernehmen mit den Vertragsstaaten einen Ausbildungsplan für die Inspektoren zusammen.

Vorrechte und Immunitäten

(26) Nach Annahme der ersten in Absatz 18 vorgesehenen beziehungsweise später nach Absatz 19 geänderten Liste der Inspektoren und Inspektionsassistenten ist jeder Vertragsstaat verpflichtet, im Einklang mit seinen innerstaatlichen Verfahren und auf Antrag eines Inspektors oder Inspektionsassistenten Visa für die mehrfache Einreise und Ausreise und/oder Durchreise sowie sonstige entsprechende Dokumente auszustellen, die jedem Inspektor und Inspektionsassistenten die Einreise in das Hoheitsgebiet des betreffenden Vertragsstaats und den Aufenthalt dort zum alleinigen Zweck der Durchführung von Inspektionstätigkeiten ermöglichen. Jeder Vertragsstaat stellt zu diesem Zweck die erforderlichen Visa oder Reise-

point of entry on the territory of the State Party. Such documents shall be valid for as long as is necessary to enable the inspector or inspection assistant to remain on the territory of the inspected State Party for the sole purpose of carrying out the inspection activities.

27. To exercise their functions effectively, members of the inspection team shall be accorded privileges and immunities as set forth in sub-paragraphs (a) to (f). Privileges and immunities shall be granted to members of the inspection team for the sake of this Treaty and not for the personal benefit of the individuals themselves. Such privileges and immunities shall be accorded to them for the entire period between arrival on and departure from the territory of the inspected State Party, and thereafter with respect to acts previously performed in the exercise of their official functions.

- (a) The members of the inspection team shall be accorded the inviolability enjoyed by diplomatic agents pursuant to Article 29 of the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961;
- (b) The living quarters and office premises occupied by the inspection team carrying out inspection activities pursuant to this Treaty shall be accorded the inviolability and protection accorded to the premises of diplomatic agents pursuant to Article 30, paragraph 1, of the Vienna Convention on Diplomatic Relations;
- (c) The papers and correspondence, including records, of the inspection team shall enjoy the inviolability accorded to all papers and correspondence of diplomatic agents pursuant to Article 30, paragraph 2, of the Vienna Convention on Diplomatic Relations. The inspection team shall have the right to use codes for their communications with the Technical Secretariat;
- (d) Samples and approved equipment carried by members of the inspection team shall be inviolable subject to provisions contained in this Treaty and exempt from all customs duties. Hazardous samples shall be transported in accordance with relevant regulations;
- (e) The members of the inspection team shall be accorded the immunities accorded to diplomatic agents pursuant to Article 31, paragraphs 1, 2 and 3, of the Vienna Convention on Diplomatic Relations;
- (f) The members of the inspection team carrying out prescribed activities pursuant to this Treaty shall be accorded the exemption from dues and taxes

d'inspection au point d'entrée sur son territoire. La durée de validité de ces documents doit être aussi longue qu'il est nécessaire pour que l'inspecteur ou assistant d'inspection puisse rester sur le territoire de l'État partie inspecté aux seules fins de la réalisation des activités d'inspection.

27. Afin de pouvoir exercer efficacement leurs fonctions, les membres de l'équipe d'inspection jouissent des privilèges et immunités énoncés aux alinéas a) à f). Les privilèges et immunités sont accordés aux membres de l'équipe d'inspection dans l'intérêt du Traité et non à leur avantage personnel. Les membres de l'équipe d'inspection en bénéficient durant toute la période qui s'écoule entre le moment où ils arrivent sur le territoire de l'État partie inspecté et celui où ils le quittent et, ultérieurement, pour les actes qu'ils ont accomplis précédemment dans l'exercice de leurs fonctions officielles.

- a) Les membres de l'équipe d'inspection jouissent de l'inviolabilité accordée aux agents diplomatiques conformément à l'article 29 de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques, du 18 avril 1961;
- b) Les lieux d'habitation et les bureaux occupés par l'équipe d'inspection qui procède à des activités d'inspection conformément au Traité jouissent de l'inviolabilité et de la protection accordées aux demeures privées des agents diplomatiques conformément à l'article 30, paragraphe 1, de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques;
- c) Les documents et la correspondance de l'équipe d'inspection, y compris ses enregistrements, jouissent de l'inviolabilité accordée à tous les documents et à la correspondance des agents diplomatiques conformément à l'article 30, paragraphe 2, de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques. L'équipe d'inspection a le droit de faire usage de codes pour ses communications avec le Secrétariat technique;
- d) Les échantillons et le matériel approuvé que transportent les membres de l'équipe d'inspection sont inviolables sous réserve des dispositions du Traité et sont exemptés de tous droits de douane. Les échantillons dangereux sont transportés conformément à la réglementation pertinente;
- e) Les membres de l'équipe d'inspection jouissent des immunités accordées aux agents diplomatiques conformément à l'article 31, paragraphes 1, 2 et 3, de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques;
- f) Les membres de l'équipe d'inspection menant les activités qui leur incombent conformément au Traité bénéficient de l'exemption de tous impôts et taxes

dokumente spätestens 48 Stunden nach Eingang des Antrags aus oder sofort bei Ankunft des Inspektionsteams am Punkt der Einreise im Hoheitsgebiet des Vertragsstaats. Die Dokumente müssen so lange gültig sein, wie es für den Aufenthalt des Inspektors oder des Inspektionsassistenten zum alleinigen Zweck der Durchführung von Inspektionstätigkeiten im Hoheitsgebiet des inspeziierten Vertragsstaats erforderlich ist.

(27) Zur wirksamen Wahrnehmung ihrer Aufgaben werden den Mitgliedern des Inspektionsteams die unter den Buchstaben a bis f genannten Vorrechte und Immunitäten gewährt. Die Vorrechte und Immunitäten werden den Mitgliedern des Inspektionsteams im Interesse dieses Vertrags und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die Vorrechte und Immunitäten werden ihnen für den gesamten Zeitraum zwischen der Ankunft im Hoheitsgebiet des inspeziierten Vertragsstaats und der Abreise von dort und danach für die in Ausübung ihrer amtlichen Aufgaben zuvor vorgenommenen Handlungen gewährt.

- a) Die Mitglieder des Inspektionsteams genießen die Unverletzlichkeit, die den Diplomaten nach Artikel 29 des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen gewährt wird;
- b) die Wohn- und Büroräume des Inspektionsteams, das Inspektionstätigkeiten nach diesem Vertrag ausübt, genießen die Unverletzlichkeit und den Schutz, die den Räumlichkeiten der Diplomaten nach Artikel 30 Absatz 1 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen gewährt werden;
- c) die Papiere und die Korrespondenz einschließlich der Akten des Inspektionsteams genießen die Unverletzlichkeit, die allen Papieren und der Korrespondenz der Diplomaten nach Artikel 30 Absatz 2 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen gewährt wird. Das Inspektionsteam hat das Recht, in seinem Nachrichtenverkehr mit dem Technischen Sekretariat Codes zu benutzen;
- d) die von Mitgliedern des Inspektionsteams mitgeführten Proben und zugelassenen Ausrüstungsgegenstände sind nach Maßgabe dieses Vertrags unverletzlich und von allen Zöllen befreit. Gefährliche Proben werden in Übereinstimmung mit den einschlägigen Vorschriften befördert;
- e) die Mitglieder des Inspektionsteams genießen die Immunitäten, die den Diplomaten nach Artikel 31 Absätze 1, 2 und 3 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen gewährt werden;
- f) die Mitglieder des Inspektionsteams, welche die durch diesen Vertrag zugewiesenen Tätigkeiten ausüben, genießen die Befreiung von Steuern und

accorded to diplomatic agents pursuant to Article 34 of the Vienna Convention on Diplomatic Relations;

- (g) The members of the inspection team shall be permitted to bring into the territory of the inspected State Party, without payment of any customs duties or related charges, articles for personal use, with the exception of articles the import or export of which is prohibited by law or controlled by quarantine regulations;
- (h) The members of the inspection team shall be accorded the same currency and exchange facilities as are accorded to representatives of foreign Governments on temporary official missions; and
- (i) The members of the inspection team shall not engage in any professional or commercial activity for personal profit on the territory of the inspected State Party.

28. When transiting the territory of States Parties other than the inspected State Party, the members of the inspection team shall be accorded the privileges and immunities enjoyed by diplomatic agents pursuant to Article 40, paragraph 1, of the Vienna Convention on Diplomatic Relations. Papers and correspondence, including records, and samples and approved equipment carried by them, shall be accorded the privileges and immunities set forth in paragraph 27 (c) and (d).

29. Without prejudice to their privileges and immunities the members of the inspection team shall be obliged to respect the laws and regulations of the inspected State Party and, to the extent that is consistent with the inspection mandate, shall be obliged not to interfere in the internal affairs of that State. If the inspected State Party considers that there has been an abuse of privileges and immunities specified in this Protocol, consultations shall be held between the State Party and the Director-General to determine whether such an abuse has occurred and, if so determined, to prevent a repetition of such an abuse.

30. The immunity from jurisdiction of members of the inspection team may be waived by the Director-General in those cases when the Director-General is of the opinion that immunity would impede the course of justice and that it can be waived without prejudice to the implementation of the provisions of this Treaty. Waiver must always be express.

31. Observers shall be accorded the same privileges and immunities accorded to members of the inspection team pursuant to

accordée aux agents diplomatiques conformément à l'article 34 de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques;

- g) Les membres de l'équipe d'inspection sont autorisés à apporter sur le territoire de l'État partie inspecté, sans droits de douane ni autres redevances, les objets destinés à leur usage personnel, à l'exception des articles dont l'importation ou l'exportation est interdite par la loi ou régie par des règlements de quarantaine;
- h) Les membres de l'équipe d'inspection bénéficient des mêmes facilités, en matière monétaire et de change, que celles qui sont accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;
- i) Les membres de l'équipe d'inspection ne doivent pas exercer d'activité professionnelle ou commerciale en vue d'un gain personnel sur le territoire de l'État partie inspecté.

28. Lorsqu'ils passent par le territoire d'autres États parties que l'État partie inspecté, les membres de l'équipe d'inspection jouissent des privilèges et immunités accordés aux agents diplomatiques conformément à l'article 40, paragraphe 1, de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques. Les documents et la correspondance, y compris les enregistrements, les échantillons et le matériel approuvé qu'ils transportent jouissent de l'inviolabilité et de l'exemption stipulées aux alinéas c) et d) du paragraphe 27.

29. Sans préjudice de leurs privilèges et immunités, les membres de l'équipe d'inspection sont tenus de respecter les lois et règlements de l'État partie inspecté et, dans la mesure où cela est compatible avec le mandat d'inspection, sont tenus de ne pas s'immiscer dans les affaires intérieures de cet État. Si l'État partie inspecté estime qu'il y a eu abus des privilèges et immunités spécifiés dans le présent Protocole, des consultations sont engagées entre l'État partie en question et le Directeur général afin d'établir s'il y a effectivement eu abus et, si tel est le cas, d'empêcher que cela ne se reproduise.

30. Le Directeur général peut lever l'immunité de juridiction accordée aux membres de l'équipe d'inspection lorsque, à son avis, cette immunité entraverait le cours de la justice et qu'elle peut être levée sans nuire à l'application des dispositions du Traité. La levée de l'immunité doit toujours être expresse.

31. Les observateurs bénéficient des mêmes privilèges et immunités que ceux qui sont accordés aux membres de l'équipe

sonstigen Abgaben, die den Diplomaten nach Artikel 34 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen gewährt werden;

- g) den Mitgliedern des Inspektionsteams ist es erlaubt, in das Hoheitsgebiet des inspizierten Vertragsstaats ohne Entrichtung von Zöllen oder ähnlichen Abgaben Gegenstände für den persönlichen Gebrauch mitzuführen, ausgenommen sind Gegenstände, deren Einfuhr oder Ausfuhr gesetzlich verboten oder durch Quarantänenvorschriften geregelt ist;
- h) den Mitgliedern des Inspektionsteams werden dieselben Währungs- und Devisenerleichterungen gewährt wie den Vertretern ausländischer Regierungen mit vorübergehendem amtlichen Auftrag;
- i) die Mitglieder des Inspektionsteams dürfen im Hoheitsgebiet des inspizierten Vertragsstaats keine auf persönlichen Gewinn gerichtete Berufs- oder Gewerbetätigkeit ausüben.

(28) Bei der Durchreise durch das Hoheitsgebiet anderer Vertragsstaaten als des inspizierten Vertragsstaats genießen die Mitglieder des Inspektionsteams die Vorrechte und Immunitäten, die den Diplomaten nach Artikel 40 Absatz 1 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen gewährt werden. Den Papieren und der Korrespondenz einschließlich der Aufzeichnungen sowie den Proben und den zugelassenen Ausrüstungsgegenständen, welche die Mitglieder des Inspektionsteams mitführen, werden die in Absatz 27 Buchstaben c und d genannten Vorrechte und Immunitäten gewährt.

(29) Unbeschadet ihrer Vorrechte und Immunitäten sind die Mitglieder des Inspektionsteams verpflichtet, die Gesetze und sonstigen Vorschriften des inspizierten Vertragsstaats zu beachten; soweit mit ihrem Inspektionsauftrag vereinbar, sind sie verpflichtet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des betreffenden Staates einzumischen. Ist der inspizierte Vertragsstaat der Auffassung, daß ein Mißbrauch der in diesem Protokoll festgelegten Vorrechte und Immunitäten vorliegt, so finden zwischen dem betreffenden Vertragsstaat und dem Generaldirektor Konsultationen statt, um festzustellen, ob ein solcher Mißbrauch vorliegt, und, wenn ja, um eine Wiederholung zu vermeiden.

(30) Die Immunität der Mitglieder des Inspektionsteams von der Gerichtsbarkeit kann vom Generaldirektor in den Fällen aufgehoben werden, in denen nach seiner Auffassung die Immunität verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie aufgehoben werden kann, ohne daß die Durchführung dieses Vertrags beeinträchtigt wird. Die Aufhebung muß stets ausdrücklich erklärt werden.

(31) Den Beobachtern werden dieselben Vorrechte und Immunitäten gewährt, die den Mitgliedern des Inspektionsteams auf-

suant to this section, except for those accorded pursuant to paragraph 27 (d).

Points of Entry

32. Each State Party shall designate its points of entry and shall supply the required information to the Technical Secretariat no later than 30 days after this Treaty enters into force for it. These points of entry shall be such that the inspection team can reach any inspection area from at least one point of entry within 24 hours. Locations of points of entry shall be provided to all States Parties by the Technical Secretariat. Points of entry may also serve as points of exit.

33. Each State Party may change its points of entry by giving notice of such change to the Technical Secretariat. Changes shall become effective 30 days after the Technical Secretariat receives such notification, to allow appropriate notification to all States Parties.

34. If the Technical Secretariat considers that there are insufficient points of entry for the timely conduct of inspections or that changes to the points of entry proposed by a State Party would hamper such timely conduct of inspections, it shall enter into consultations with the State Party concerned to resolve the problem.

Arrangements for Use of Non-Scheduled Aircraft

35. Where timely travel to the point of entry is not feasible using scheduled commercial flights, an inspection team may utilize non-scheduled aircraft. No later than 30 days after this Treaty enters into force for it, each State Party shall inform the Technical Secretariat of the standing diplomatic clearance number for non-scheduled aircraft transporting an inspection team and equipment necessary for inspection. Aircraft routings shall be along established international airways that are agreed upon between the State Party and the Technical Secretariat as the basis for such diplomatic clearance.

Approved Inspection Equipment

36. The Conference, at its initial session, shall consider and approve a list of equipment for use during on-site inspections. Each State Party may submit proposals for the inclusion of equipment in the list. Specifications for the use of the equipment, as detailed in the Operational Manual for On-Site Inspections, shall take account of safety and confidentiality con-

pe d'inspection conformément à la présente section, à l'exception de ceux qui sont accordés conformément à l'alinéa d) du paragraphe 27.

Points d'entrée

32. Chaque État partie fixe ses points d'entrée et fournit au Secrétariat technique les informations nécessaires au plus tard 30 jours après l'entrée en vigueur du Traité à son égard. Ces points d'entrée sont choisis de telle manière que l'équipe d'inspection puisse, de l'un d'entre eux au moins, atteindre toute zone d'inspection dans les 24 heures. Le Secrétariat technique indique à tous les États parties où se trouvent les points d'entrée. Les points d'entrée peuvent aussi servir de points de sortie.

33. Tout État partie peut modifier les points d'entrée à condition d'en aviser le Secrétariat technique. Ces modifications prennent effet 30 jours après que le Secrétariat technique en a été avisé, de sorte qu'il puisse en informer dûment tous les États parties.

34. Si le Secrétariat technique estime qu'il n'y a pas suffisamment de points d'entrée pour assurer la réalisation des inspections en temps voulu, ou que les modifications des points d'entrée proposées par un État partie risquent d'empêcher leur réalisation en temps voulu, il engage des consultations avec l'État partie intéressé afin de régler le problème.

Arrangements concernant l'utilisation d'appareils effectuant des vols non réguliers

35. Dans les cas où l'équipe d'inspection n'est pas en mesure de se rendre au point d'entrée en temps voulu au moyen de vols commerciaux réguliers, elle peut utiliser des appareils effectuant des vols non réguliers. Au plus tard 30 jours après l'entrée en vigueur du Traité à son égard, chaque État partie communique au Secrétariat technique un numéro permanent d'autorisation diplomatique pour les vols non réguliers d'appareils transportant une équipe d'inspection et le matériel nécessaire à l'inspection. L'itinéraire suivi emprunte les routes aériennes internationales établies dont sont convenus l'État partie et le Secrétariat technique comme base de l'autorisation diplomatique délivrée.

Matériel d'inspection approuvé

36. La Conférence examine et approuve à sa session initiale une liste de matériel destiné à être utilisé pendant les inspections sur place. Chaque État partie peut soumettre des propositions concernant l'inclusion de matériel dans la liste. Les spécifications d'emploi du matériel, détaillées dans le Manuel opérationnel pour les inspections sur place, tiennent compte

grund dieses Abschnitts gewährt werden; ausgenommen sind diejenigen nach Absatz 27 Buchstabe d.

Punkte der Einreise

(32) Jeder Vertragsstaat bestimmt seine Punkte der Einreise und stellt dem Technischen Sekretariat spätestens 30 Tage, nachdem dieser Vertrag für ihn in Kraft getreten ist, die erforderlichen Informationen zur Verfügung. Die Punkte der Einreise sind so zu wählen, daß das Inspektionsteam jedes Inspektionsgebiet von mindestens einem Punkt der Einreise innerhalb von 24 Stunden erreichen kann. Das Technische Sekretariat teilt allen Vertragsstaaten mit, wo sich die Punkte der Einreise befinden. Die Punkte der Einreise können auch als Punkte der Ausreise dienen.

(33) Jeder Vertragsstaat kann seine Punkte der Einreise ändern, indem er dem Technischen Sekretariat die Änderung anzeigt. Die Änderungen werden 30 Tage nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem das Technische Sekretariat die Anzeige erhalten hat, so daß es alle Vertragsstaaten entsprechend unterrichten kann.

(34) Ist das Technische Sekretariat der Auffassung, daß die Punkte der Einreise für die rechtzeitige Durchführung der Inspektionen nicht ausreichen oder daß die von einem Vertragsstaat vorgeschlagenen Änderungen der Punkte der Einreise die rechtzeitige Durchführung der Inspektion behindern würden, so nimmt es mit dem betreffenden Vertragsstaat Konsultationen auf, um das Problem zu lösen.

Regelungen für die Benutzung nicht planmäßig verkehrender Luftfahrzeuge

(35) Wenn die rechtzeitige Anreise zum Punkt der Einreise mit planmäßig verkehrenden Linienflügen nicht möglich ist, kann ein Inspektionsteam auch nicht planmäßig verkehrende Luftfahrzeuge benutzen. Spätestens 30 Tage, nachdem dieser Vertrag für ihn in Kraft getreten ist, teilt jeder Vertragsstaat dem Technischen Sekretariat die ständige diplomatische Einfluggenehmigungsnummer für das nicht planmäßig verkehrende Luftfahrzeug mit, mit dem das Inspektionsteam und die für die Inspektion notwendige Ausrüstung befördert werden. Die Flugstrecken verlaufen auf den festgelegten internationalen Luftverkehrsstraßen, die zwischen dem Vertragsstaat und dem Technischen Sekretariat als Grundlage für die diplomatische Einfluggenehmigung vereinbart worden sind.

Zugelassene Inspektionsausrüstung

(36) Die Konferenz prüft und genehmigt auf ihrer ersten Tagung eine Liste der Ausrüstungsgegenstände, die bei Inspektionen vor Ort eingesetzt werden sollen. Jeder Vertragsstaat kann Vorschläge für die Aufnahme von Ausrüstung in diese Liste unterbreiten. In den im Arbeitshandbuch für Inspektionen vor Ort im einzelnen ausgeführten Beschreibungen für den Einsatz der

considerations where such equipment is likely to be used.

37. The equipment for use during on-site inspections shall consist of core equipment for the inspection activities and techniques specified in paragraph 69 and auxiliary equipment necessary for the effective and timely conduct of on-site inspections.

38. The Technical Secretariat shall ensure that all types of approved equipment are available for on-site inspections when required. When required for an on-site inspection, the Technical Secretariat shall duly certify that the equipment has been calibrated, maintained and protected. To facilitate the checking of the equipment at the point of entry by the inspected State Party, the Technical Secretariat shall provide documentation and attach seals to authenticate the certification.

39. Any permanently held equipment shall be in the custody of the Technical Secretariat. The Technical Secretariat shall be responsible for the maintenance and calibration of such equipment.

40. As appropriate, the Technical Secretariat shall make arrangements with States Parties to provide equipment mentioned in the list. Such States Parties shall be responsible for the maintenance and calibration of such equipment.

C. On-Site Inspection Request, Inspection Mandate and Notification of Inspection

On-Site Inspection Request

41. Pursuant to Article IV, paragraph 37, the on-site inspection request shall contain at least the following information:

- (a) The estimated geographical and vertical co-ordinates of the location of the event that triggered the request with an indication of the possible margin of error;
- (b) The proposed boundaries of the area to be inspected, specified on a map and in accordance with paragraphs 2 and 3;
- (c) The State Party or States Parties to be inspected or an indication that the area to be inspected or part thereof is beyond the jurisdiction or control of any State;
- (d) The probable environment of the event that triggered the request;
- (e) The estimated time of the event that triggered the request, with an indication of the possible margin of error;

des considérations de sécurité et de confidentialité eu égard aux endroits où ce matériel est susceptible d'être utilisé.

37. Le matériel destiné à être utilisé pendant les inspections sur place se compose du matériel de base pour les activités et techniques d'inspection spécifiées au paragraphe 69 et du matériel auxiliaire nécessaire pour effectuer les inspections sur place efficacement et dans les délais.

38. Le Secrétariat technique veille à ce que tous les types de matériel approuvé soient disponibles pour les inspections sur place au moment voulu. Quand du matériel est requis pour une inspection sur place, le Secrétariat technique doit dûment certifier que le matériel a été étalonné, entretenu et protégé. Afin de faciliter la vérification du matériel au point d'entrée par l'État partie inspecté, le Secrétariat technique fournit une documentation et appose des scellés pour authentifier la certification.

39. Tout matériel détenu en permanence est sous la garde du Secrétariat technique. Le Secrétariat technique est responsable de l'entretien et de l'étalonnage de ce matériel.

40. Selon que de besoin, le Secrétariat technique passe des arrangements avec les États parties pour qu'ils fournissent du matériel mentionné dans la liste. Ces États parties sont responsables de l'entretien et de l'étalonnage du matériel en question.

C. Demande d'inspection sur place, mandat d'inspection et notification d'une inspection

Demande d'inspection sur place

41. Conformément au paragraphe 37 de l'article IV, la demande d'inspection sur place contient au moins les renseignements suivants:

- a) Les coordonnées géographiques et verticales estimées du lieu de l'événement qui a déclenché la demande, avec une indication de la marge d'erreur possible;
- b) Les limites proposées de la zone à inspecter, tracées sur une carte et en conformité avec les paragraphes 2 et 3;
- c) L'État partie ou les États parties à inspecter ou l'indication que la zone à inspecter ou une partie de cette zone n'est placée sous la juridiction ou le contrôle d'aucun État;
- d) Le milieu probable de l'événement qui a déclenché la demande;
- e) Le moment estimé de l'événement qui a déclenché la demande, avec une indication de la marge d'erreur possible;

Ausrüstung wird den Sicherheits- und Vertraulichkeitserwägungen an den Orten, an denen die Ausrüstung mutmaßlich eingesetzt wird, Rechnung getragen.

(37) Die bei Inspektionen vor Ort eingesetzte Ausrüstung besteht aus der Grundausrüstung für die in Absatz 69 genannten Inspektionstätigkeiten und -verfahren und der Hilfsausrüstung, die für die wirksame und rechtzeitige Durchführung von Inspektionen vor Ort erforderlich ist.

(38) Das Technische Sekretariat sorgt dafür, daß alle Arten von zugelassener Ausrüstung für Inspektionen vor Ort bei Bedarf zur Verfügung stehen. Wird die Ausrüstung für eine Inspektion vor Ort benötigt, so bescheinigt das Technische Sekretariat ordnungsgemäß, daß die Ausrüstung kalibriert, gewartet und geschützt worden ist. Zur Erleichterung der Prüfung der Ausrüstung am Punkt der Einreise durch den inspizierten Vertragsstaat stellt das Technische Sekretariat Unterlagen bereit und bringt Siegel an, um die Bescheinigung zu beglaubigen.

(39) Ständig verfügbare Ausrüstung befindet sich im Gewahrsam des Technischen Sekretariats. Das Technische Sekretariat ist für Wartung und Kalibrierung dieser Ausrüstung verantwortlich.

(40) Das Technische Sekretariat trifft gegebenenfalls mit Vertragsstaaten Vereinbarungen über die Bereitstellung der in der Liste aufgeführten Ausrüstung. Diese Vertragsstaaten sind für die Wartung und die Kalibrierung dieser Ausrüstung verantwortlich.

C. Ersuchen um eine Inspektion vor Ort, Inspektionsauftrag und Notifikation der Inspektion

Ersuchen um eine Inspektion vor Ort

(41) Nach Artikel IV Absatz 37 enthält das Ersuchen um eine Inspektion vor Ort zumindest folgende Informationen:

- a) die geschätzten geographischen und vertikalen Koordinaten des Ortes, an dem das Ereignis, das zu dem Ersuchen Anlaß gab, stattgefunden hat, unter Berücksichtigung einer möglichen Fehlerspanne;
- b) die voraussichtlichen Grenzen des zu inspizierenden Gebiets, das im Einklang mit den Absätzen 2 und 3 auf einer Karte angegeben ist;
- c) den zu inspizierenden Vertragsstaat oder die zu inspizierenden Vertragsstaaten oder die Angabe, daß das zu inspizierende Gebiet oder ein Teil davon außerhalb der Hoheitsgewalt oder Kontrolle eines Staates liegt;
- d) die wahrscheinliche Umgebung des Ereignisses, das zu dem Ersuchen Anlaß gab;
- e) der mutmaßliche Zeitpunkt des Ereignisses, das zu dem Ersuchen Anlaß gab, unter Angabe einer möglichen Fehlerspanne;

- | | | |
|---|--|---|
| (f) All data upon which the request is based; | f) Toutes les données sur lesquelles est fondée la demande; | f) alle Daten, auf die sich das Ersuchen stützt; |
| (g) The personal details of the proposed observer, if any; and | g) Tous renseignements utiles sur la personne de l'observateur proposé; | g) die persönlichen Daten des gegebenenfalls vorgeschlagenen Beobachters; |
| (h) The results of a consultation and clarification process in accordance with Article IV, or an explanation, if relevant, of the reasons why such a consultation and clarification process has not been carried out. | h) Les résultats de toute procédure de consultation et de clarification engagée conformément à l'article IV ou, s'il y a lieu, l'exposé des motifs pour lesquels il n'a pas été engagé de procédure de ce genre. | h) die Ergebnisse eines Konsultations- und Klarstellungsprozesses nach Artikel IV oder, falls zutreffend, eine Darlegung der Gründe, warum ein derartiger Konsultations- und Klarstellungsprozeß nicht stattgefunden hat. |

Inspection Mandate

42. The mandate for an on-site inspection shall contain:

- (a) The decision of the Executive Council on the on-site inspection request;
- (b) The name of the State Party or States Parties to be inspected or an indication that the inspection area or part thereof is beyond the jurisdiction or control of any State;
- (c) The location and boundaries of the inspection area specified on a map, taking into account all information on which the request was based and all other available technical information, in consultation with the requesting State Party;
- (d) The planned types of activity of the inspection team in the inspection area;
- (e) The point of entry to be used by the inspection team;
- (f) Any transit or basing points, as appropriate;
- (g) The name of the head of the inspection team;
- (h) The names of members of the inspection team;
- (i) The name of the proposed observer, if any; and
- (j) The list of equipment to be used in the inspection area.

If a decision by the Executive Council pursuant to Article IV, paragraphs 46 to 49, necessitates a modification of the inspection mandate, the Director-General may update the mandate with respect to subparagraphs (d), (h) and (j), as appropriate. The Director-General shall immediately notify the inspected State Party of any such modification.

Notification of Inspection

43. The notification made by the Director-General pursuant to Article IV, paragraph 55 shall include the following information:

- (a) The inspection mandate;
- (b) The date and estimated time of arrival of the inspection team at the point of entry;

Mandat d'inspection

42. Le mandat d'une inspection sur place contient les renseignements suivants:

- a) La décision du Conseil exécutif sur la demande d'inspection sur place;
- b) Le nom de l'État partie ou des États parties à inspecter ou l'indication que la zone d'inspection ou une partie de cette zone n'est sous la juridiction ou le contrôle d'aucun État;
- c) Le lieu et les limites de la zone d'inspection indiqués sur une carte compte tenu de tous les renseignements sur lesquels la demande a été fondée et de toutes les autres données d'information techniques disponibles, après consultation de l'État partie requérant;
- d) Les types d'activité prévus de l'équipe d'inspection dans la zone d'inspection;
- e) Le point d'entrée à utiliser par l'équipe d'inspection;
- f) Les points de passage ou les bases, selon que de besoin;
- g) Le nom du chef de l'équipe d'inspection;
- h) Les noms des membres de l'équipe d'inspection;
- i) Le nom de l'observateur proposé, le cas échéant;
- j) La liste du matériel à utiliser dans la zone d'inspection.

Si une décision prise par le Conseil exécutif en application des paragraphes 46 à 49 de l'article IV nécessite une modification du mandat d'inspection, le Directeur général peut actualiser le mandat en ce qui concerne les alinéas d), h) et j), selon que de besoin. Le Directeur général informe immédiatement l'État partie inspecté de cette modification.

Notification d'une inspection

43. La notification faite par le Directeur général en application du paragraphe 55 de l'article IV comprend les renseignements suivants:

- a) Le mandat d'inspection;
- b) La date et l'heure d'arrivée prévues de l'équipe d'inspection au point d'entrée;

Inspektionsauftrag

(42) Der Auftrag für eine Inspektion vor Ort enthält folgendes:

- a) den Beschluß des Exekutivrats über das Ersuchen um eine Inspektion vor Ort;
- b) den Namen des zu inspizierenden Vertragsstaats oder der zu inspizierenden Vertragsstaaten oder die Angabe, daß das zu inspizierende Gebiet oder ein Teil davon außerhalb der Hoheitsgewalt oder Kontrolle eines Staates liegt;
- c) die auf einer Karte kenntlich gemachte Lage des Inspektionsgebiets und seiner Grenzen unter Berücksichtigung aller Informationen, auf die sich das Ersuchen stützt, und aller sonstigen verfügbaren technischen Informationen, in Konsultation mit dem ersuchenden Vertragsstaat;
- d) die geplanten Arten von Tätigkeit des Inspektionsteams im Inspektionsgebiet;
- e) den vom Inspektionsteam zu benutzenden Punkt der Einreise;
- f) gegebenenfalls alle Punkte der Durchreise oder Basispunkte;
- g) den Namen des Leiters des Inspektionsteams;
- h) die Namen der Mitglieder des Inspektionsteams;
- i) den Namen des gegebenenfalls vorgeschlagenen Beobachters;
- j) die Liste der im Inspektionsgebiet einzusetzenden Ausrüstung.

Ist aufgrund eines Beschlusses des Exekutivrats nach Artikel IV Absätze 46 bis 49 eine Änderung des Inspektionsauftrags erforderlich, so kann der Generaldirektor den Auftrag in bezug auf die Buchstaben d, h und j gegebenenfalls aktualisieren. Der Generaldirektor notifiziert dem Inspizierten Vertragsstaat sofort jede derartige Änderung.

Notifikation der Inspektion

(43) Die Notifikation des Generaldirektors nach Artikel IV Absatz 55 enthält folgende Informationen:

- a) den Inspektionsauftrag;
- b) den Tag und die voraussichtliche Uhrzeit des Eintreffens des Inspektionsteams am Punkt der Einreise;

- (c) The means of arrival at the point of entry;
- (d) If appropriate, the standing diplomatic clearance number for non-scheduled aircraft; and
- (e) A list of any equipment which the Director-General requests the Inspected State Party to make available to the inspection team for use in the inspection area.

44. The Inspected State Party shall acknowledge receipt of the notification by the Director-General no later than 12 hours after having received the notification.

D. Pre-Inspection Activities

Entry into the Territory of the Inspected State Party, Activities at the Point of Entry and Transfer to the Inspection Area

45. The Inspected State Party that has been notified of the arrival of the inspection team shall ensure the immediate entry of the inspection team into its territory.

46. When a non-scheduled aircraft is used for travel to the point of entry, the Technical Secretariat shall provide the Inspected State Party with a flight plan, through the National Authority, for the flight of the aircraft from the last airfield prior to entering the airspace of that State Party to the point of entry, no less than six hours before the scheduled departure time from that airfield. Such a plan shall be filed in accordance with the procedures of the International Civil Aviation Organization applicable to civil aircraft. The Technical Secretariat shall include in the remarks section of the flight plan the standing diplomatic clearance number and the appropriate notation identifying the aircraft as an inspection aircraft. If a military aircraft is used, the Technical Secretariat shall request prior authorization from the Inspected State Party to enter its airspace.

47. No less than three hours before the scheduled departure of the inspection team from the last airfield prior to entering the airspace of the Inspected State Party, the Inspected State Party shall ensure that the flight plan filed in accordance with paragraph 46 is approved, so that the inspection team may arrive at the point of entry by the estimated arrival time.

48. Where necessary, the head of the inspection team and the representative of the Inspected State Party shall agree on a basing point and a flight plan from the point of entry to the basing point and, if necessary, to the inspection area.

49. The Inspected State Party shall provide for or arrange parking, security protec-

- c) Les moyens de transport au point d'entrée;
- d) Le cas échéant, le numéro permanent d'autorisation diplomatique délivré pour des vols non réguliers;
- e) La liste de tout matériel que le Directeur général demande à l'État partie inspecté de mettre à la disposition de l'équipe d'inspection aux fins d'utilisation dans la zone d'inspection.

44. L'État partie inspecté accuse réception de la notification faite par le Directeur général au plus tard 12 heures après réception de ladite notification.

D. Activités précédant l'inspection

Entrée sur le territoire de l'État partie inspecté, activités au point d'entrée et transfert jusqu'à la zone d'inspection

45. L'État partie inspecté qui a été avisé de l'arrivée d'une équipe d'inspection fait le nécessaire pour qu'elle puisse pénétrer immédiatement sur son territoire.

46. En cas d'utilisation d'un appareil effectuant des vols non réguliers pour assurer le déplacement jusqu'au point d'entrée, le Secrétariat technique fournit à l'État partie inspecté, par l'intermédiaire de l'autorité nationale, un plan de vol de l'aéronef entre le dernier aéroport avant la pénétration dans l'espace aérien de cet État partie et le point d'entrée, au moins six heures avant l'heure prévue pour le départ de cet aéroport. Ce plan est enregistré conformément aux procédures de l'Organisation de l'aviation civile internationale s'appliquant aux aéronefs civils. Le Secrétariat technique indique dans la section de chaque plan de vol consacrée aux observations le numéro permanent d'autorisation diplomatique et l'annotation appropriée désignant l'appareil comme appareil d'inspection. S'il est utilisé un appareil militaire, le Secrétariat technique demande au préalable à l'État partie inspecté d'accorder l'autorisation de pénétrer dans son espace aérien.

47. Au moins trois heures avant le départ prévu de l'équipe d'inspection du dernier aéroport qui précède la pénétration dans l'espace aérien de l'État partie inspecté, ce dernier fait le nécessaire pour que le plan de vol déposé conformément aux dispositions du paragraphe 46 soit approuvé, de sorte que l'équipe d'inspection puisse arriver au point d'entrée à l'heure prévue.

48. Au besoin, le chef de l'équipe d'inspection et le représentant de l'État partie inspecté conviennent d'établir une base et un plan de vol depuis le point d'entrée jusqu'à cette base et, s'il y a lieu, jusqu'à la zone d'inspection.

49. L'État partie inspecté fournit ou prend les dispositions nécessaires pour

- c) das Verkehrsmittel, mit dem das Inspektionsteam am Punkt der Einreise eintrifft;
- d) gegebenenfalls die ständige diplomatische Einfluggenehmigungsnummer des nicht planmäßig verkehrenden Luftfahrzeugs;
- e) eine Liste der Ausrüstungsgegenstände, die der inspizierte Vertragsstaat dem Inspektionsteam auf Ersuchen des Generaldirektors für den Einsatz im Inspektionsgebiet zur Verfügung stellen soll.

(44) Der inspizierte Vertragsstaat bestätigt den Eingang der Notifikation des Generaldirektors spätestens 12 Stunden nach deren Eintreffen.

D. Tätigkeiten vor der Inspektion

Einreise in das Hoheitsgebiet des inspizierten Vertragsstaats, Tätigkeiten am Punkt der Einreise und Weiterbeförderung in das Inspektionsgebiet

(45) Der inspizierte Vertragsstaat, dem das Eintreffen des Inspektionsteams notifiziert worden ist, sorgt für dessen sofortige Einreise in sein Hoheitsgebiet.

(46) Wird für die Reise zum Punkt der Einreise ein nicht planmäßig verkehrendes Luftfahrzeug benutzt, so übermittelt das Technische Sekretariat dem inspizierten Vertragsstaat über die nationale Behörde einen Flugplan für den Flug des Luftfahrzeugs vom letzten Flughafen vor Einflug in den Luftraum des betreffenden Vertragsstaats zu dem Punkt der Einreise, und zwar spätestens sechs Stunden vor dem geplanten Abflug von diesem Flughafen. Dieser Plan wird in Übereinstimmung mit den für zivile Luftfahrzeuge geltenden Verfahren der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation eingereicht. Das Technische Sekretariat trägt in dem Feld für Bemerkungen auf dem Flugplan die ständige diplomatische Einfluggenehmigungsnummer und die entsprechende Bezeichnung ein, die das Luftfahrzeug als Inspektionsluftfahrzeug ausweisen. Wird ein Militärflugzeug benutzt, so muß das Technische Sekretariat zuvor den inspizierten Vertragsstaat um die Erlaubnis zum Einflug in dessen Luftraum ersuchen.

(47) Spätestens drei Stunden vor dem geplanten Abflug des Inspektionsteams von dem letzten Flughafen vor Einflug in den Luftraum des inspizierten Vertragsstaats sorgt der inspizierte Vertragsstaat dafür, daß der nach Absatz 46 eingereichte Flugplan genehmigt wird, damit das Inspektionsteam zur vorgesehenen Ankunftszeit am Punkt der Einreise eintreffen kann.

(48) Falls erforderlich, vereinbaren der Leiter des Inspektionsteams und der Vertreter des inspizierten Vertragsstaats einen Basispunkt und einen Flugplan vom Punkt der Einreise bis zum Basispunkt und gegebenenfalls zum Inspektionsgebiet.

(49) Der inspizierte Vertragsstaat sorgt dafür, daß am Punkt der Einreise und, falls

tion, servicing and fuel as required by the Technical Secretariat for the aircraft of the inspection team at the point of entry and, where necessary, at the basing point and at the inspection area. Such aircraft shall not be liable for landing fees, departure tax, and similar charges. This paragraph shall also apply to aircraft used for overflight during the on-site inspection.

50. Subject to paragraph 51, there shall be no restriction by the inspected State Party on the inspection team bringing approved equipment that is in conformity with the inspection mandate into the territory of that State Party, or on its use in accordance with the provisions of the Treaty and this Protocol.

51. The inspected State Party shall have the right, without prejudice to the time-frame specified in paragraph 54, to check in the presence of inspection team members at the point of entry that the equipment has been approved and certified in accordance with paragraph 38. The inspected State Party may exclude equipment that is not in conformity with the inspection mandate or that has not been approved and certified in accordance with paragraph 38.

52. Immediately upon arrival at the point of entry and without prejudice to the time-frame specified in paragraph 54, the head of the inspection team shall present to the representative of the inspected State Party the inspection mandate and an initial inspection plan prepared by the inspection team specifying the activities to be carried out by it. The inspection team shall be briefed by representatives of the inspected State Party with the aid of maps and other documentation as appropriate. The briefing shall include relevant natural terrain features, safety and confidentiality issues, and logistical arrangements for the inspection. The inspected State Party may indicate locations within the inspection area that, in its view, are not related to the purpose of the inspection.

53. After the pre-inspection briefing, the inspection team shall, as appropriate, modify the initial inspection plan, taking into account any comments by the inspected State Party. The modified inspection plan shall be made available to the representative of the inspected State Party.

54. The inspected State Party shall do everything in its power to provide assistance and to ensure the safe conduct of the inspection team, the approved equipment specified in paragraphs 50 and 51 and baggage from the point of entry to the inspection area no later than 36 hours after arrival at the point of entry, if no other timing has been agreed upon within the time-frame specified in paragraph 57.

assurer, au point d'entrée et, au besoin, à la base ainsi que dans la zone d'inspection, les facilités requises par le Secrétariat technique pour le stationnement, la sécurité, l'entretien courant et le ravitaillement en carburant des aéronefs de l'équipe d'inspection. Ces appareils ne sont pas assujettis à des taxes d'atterrissage ou de départ et autres redevances similaires. Les dispositions du présent paragraphe s'appliquent également aux aéronefs utilisés pour le survol lors de l'inspection sur place.

50. Sous réserve des dispositions du paragraphe 51, l'État partie inspecté n'impose aucune restriction à l'équipe d'inspection quant au fait d'apporter sur le territoire de cet État du matériel approuvé qui est conforme au mandat d'inspection, ou de l'utiliser conformément aux dispositions du Traité et du présent Protocole.

51. L'État partie inspecté a le droit, sans préjudice des délais fixés au paragraphe 54, de vérifier en présence des membres de l'équipe d'inspection au point d'entrée que le matériel a été approuvé et homologué conformément aux dispositions du paragraphe 38. L'État partie inspecté peut refuser le matériel qui n'est pas conforme au mandat d'inspection ou qui n'a pas été approuvé et homologué conformément aux dispositions du paragraphe 38.

52. Dès son arrivée au point d'entrée et sans préjudice des délais fixés au paragraphe 54, le chef de l'équipe d'inspection présente au représentant de l'État partie inspecté le mandat d'inspection et un plan d'inspection initial établi par l'équipe d'inspection dans lequel sont précisées les activités que celle-ci doit mener. Les représentants de l'État partie inspecté donnent à l'équipe d'inspection, à l'aide de cartes ou d'autres documents, selon qu'il convient, des informations générales quant aux caractéristiques pertinentes du terrain naturel, aux questions de sécurité et de confidentialité et aux arrangements logistiques en vue de l'inspection. L'État partie inspecté peut indiquer les lieux situés dans la zone d'inspection qui, à son avis, n'ont pas de rapports avec l'objet de l'inspection.

53. Après l'exposé d'information précédant l'inspection, l'équipe d'inspection modifie, selon qu'il convient, le plan d'inspection initial en tenant compte de toutes observations formulées par l'État partie inspecté. Le plan d'inspection modifié est mis à la disposition du représentant de l'État partie inspecté.

54. L'État partie inspecté fait tout ce qui est en son pouvoir pour prêter assistance à l'équipe d'inspection et assurer la sécurité du transport de celle-ci, du matériel approuvé spécifié aux paragraphes 50 et 51 ainsi que des bagages, du point d'entrée jusqu'à la zone d'inspection, au plus tard 36 heures après l'arrivée au point d'entrée, à moins qu'il n'ait été convenu d'une autre échéance dans les délais indiqués au paragraphe 57.

notwendig, am Basispunkt und im Inspektionsgebiet die vom Technischen Sekretariat für das Luftfahrzeug des Inspektionsteams verlangten Möglichkeiten für Abstellen, Sicherheit, Wartung und Treibstoffversorgung zur Verfügung stehen. Diese Luftfahrzeuge brauchen keine Lande-, Abflug- oder ähnlichen Gebühren zu entrichten. Dieser Absatz gilt auch für Luftfahrzeuge, die während der Inspektion vor Ort für Überflüge eingesetzt werden.

(50) Vorbehaltlich des Absatzes 51 gibt es für das Inspektionsteam keine Einschränkungen seitens des inspizierten Vertragsstaats in Bezug auf die in das Hoheitsgebiet des Vertragsstaats mitgeführte, dem Inspektionsauftrag entsprechende zugelassene Ausrüstung oder deren Einsatz nach Maßgabe des Vertrags und dieses Protokolls.

(51) Der inspizierte Vertragsstaat hat das Recht, unbeschadet der in Absatz 54 genannten Fristen, in Gegenwart von Mitgliedern des Inspektionsteams am Punkt der Einreise zu prüfen, ob die Ausrüstung nach Absatz 38 zugelassen und anerkannt ist. Der inspizierte Vertragsstaat kann Ausrüstung, die mit dem Inspektionsauftrag nicht übereinstimmt oder die nach Absatz 38 nicht zugelassen und anerkannt ist, zurückweisen.

(52) Unmittelbar nach Ankunft am Punkt der Einreise und unbeschadet der in Absatz 54 genannten Fristen legt der Leiter des Inspektionsteams dem Vertreter des inspizierten Vertragsstaats den Inspektionsauftrag und einen vom Inspektionsteam vorbereiteten ersten Inspektionsplan vor, in dem die von ihm durchzuführenden Tätigkeiten aufgeführt sind. Das Inspektionsteam erhält von Vertretern des inspizierten Vertragsstaats mit Hilfe von Karten und anderen geeigneten Unterlagen eine Einweisung. Die Einweisung umfaßt einschlägige natürliche Geländemerkmale, Sicherheits- und Vertraulichkeitsfragen und logistische Regelungen für die Inspektion. Der inspizierte Vertragsstaat kann Orte innerhalb des Inspektionsgebiets angeben, die nach seiner Auffassung mit dem Zweck der Inspektion nicht in Zusammenhang stehen.

(53) Nach der Besprechung vor der Inspektion kann das Inspektionsteam gegebenenfalls den ersten Inspektionsplan unter Berücksichtigung von Bemerkungen des inspizierten Vertragsstaats ändern. Der geänderte Inspektionsplan wird dem Vertreter des inspizierten Vertragsstaats zur Verfügung gestellt.

(54) Der inspizierte Vertragsstaat tut alles in seiner Macht Stehende, um Hilfe zu leisten und das sichere Geleit des Inspektionsteams, der in den Absätzen 50 und 51 genannten zugelassenen Ausrüstung und des Gepäcks vom Punkt der Einreise zum Inspektionsgebiet spätestens 36 Stunden nach dem Eintreffen am Punkt der Einreise zu gewährleisten, sofern innerhalb der in Absatz 57 genannten Frist kein anderer Zeitplan vereinbart wurde.

55. To confirm that the area to which the inspection team has been transported corresponds to the inspection area specified in the inspection mandate, the inspection team shall have the right to use approved location-finding equipment. The inspected State Party shall assist the inspection team in this task.

E. Conduct of Inspections General Rules

56. The inspection team shall discharge its functions in accordance with the provisions of the Treaty and this Protocol.

57. The inspection team shall begin its inspection activities in the inspection area as soon as possible, but in no case later than 72 hours after arrival at the point of entry.

58. The activities of the inspection team shall be so arranged as to ensure the timely and effective discharge of its functions and the least possible inconvenience to the inspected State Party and disturbance to the inspection area.

59. In cases where the inspected State Party has been requested, pursuant to paragraph 43 (e) or in the course of the inspection, to make available any equipment for use by the inspection team in the inspection area, the inspected State Party shall comply with the request to the extent it can.

60. During the on-site inspection the inspection team shall have, *inter alia*:

- (a) The right to determine how the inspection will proceed, consistent with the inspection mandate and taking into account any steps taken by the inspected State Party consistent with the provisions on managed access;
- (b) The right to modify the inspection plan, as necessary, to ensure the effective execution of the inspection;
- (c) The obligation to take into account the recommendations and suggested modifications by the inspected State Party to the inspection plan;
- (d) The right to request clarifications in connection with ambiguities that may arise during the inspection;
- (e) The obligation to use only those techniques specified in paragraph 69 and to refrain from activities that are not relevant to the purpose of the inspection. The team shall collect and document such facts as are related to the purpose of the inspection, but shall neither seek nor document information that is clearly unrelated thereto. Any material col-

55. Pour confirmer que le lieu où elle a été conduite correspond bien à la zone d'inspection spécifiée dans le mandat d'inspection, l'équipe d'inspection a le droit d'utiliser un matériel de localisation approuvé. L'État partie inspecté l'aide dans cette tâche.

E. Conduite des inspections Règles générales

56. L'équipe d'inspection accomplit ses fonctions en se conformant aux dispositions du Traité et du présent Protocole.

57. L'équipe d'inspection commence ses activités dans la zone d'inspection dès que possible et, en tout état de cause, au plus tard 72 heures après son arrivée au point d'entrée.

58. Les activités de l'équipe d'inspection sont organisées de sorte que ses membres puissent accomplir leurs fonctions dans les délais et avec l'efficacité voulus et qu'elles gênent le moins possible l'État partie inspecté et perturbent au minimum la zone inspectée.

59. S'il a été demandé à l'État partie inspecté, en application de l'alinéa e) du paragraphe 43 ou au cours de l'inspection, de mettre à la disposition de l'équipe d'inspection tout matériel utile dans la zone d'inspection, l'État partie inspecté accède à cette demande autant que faire se peut.

60. Durant l'inspection sur place, l'équipe d'inspection a, notamment:

- a) Le droit de déterminer comment l'inspection se déroulera, eu égard au mandat d'inspection et en tenant compte de toutes mesures prises par l'État partie inspecté conformément aux dispositions relatives à l'accès réglementé;
- b) Le droit de modifier le plan d'inspection, si cela est nécessaire, pour garantir la bonne exécution de l'inspection;
- c) L'obligation de prendre en considération les recommandations que fait l'État partie inspecté quant au plan d'inspection ainsi que les modifications qu'il propose d'y apporter;
- d) Le droit de demander des éclaircissements au sujet d'ambiguïtés qui pourraient apparaître durant l'inspection;
- e) L'obligation de recourir uniquement aux techniques prévues au paragraphe 69 et de s'abstenir d'activités n'ayant pas de rapports avec l'objet de l'inspection. L'équipe recueille et établit les faits matériels ayant un rapport avec l'objet de l'inspection mais ne recherche pas ni établit de données d'information matérielles qui sont mani-

(55) Für die Bestätigung, daß das Gebiet, in das das Inspektionsteam gebracht wurde, mit dem im Inspektionsauftrag bezeichneten Inspektionsgebiet übereinstimmt, hat das Inspektionsteam das Recht, zugelassene Ausrüstung zur Standortbestimmung einzusetzen. Der inspizierte Vertragsstaat hilft dem Inspektionsteam bei dieser Aufgabe.

E. Durchführung von Inspektionen Allgemeine Regeln

(56) Das Inspektionsteam erfüllt seine Aufgaben nach Maßgabe des Vertrags und dieses Protokolls.

(57) Das Inspektionsteam nimmt seine Inspektionstätigkeiten im Inspektionsgebiet so schnell wie möglich auf, spätestens jedoch 72 Stunden nach der Ankunft am Punkt der Einreise.

(58) Die Tätigkeiten des Inspektions-teams werden so gestaltet, daß die fristgerechte und wirksame Erfüllung seiner Aufgaben gewährleistet ist, der inspizierte Vertragsstaat so wenig wie möglich beeinträchtigt und das Inspektionsgebiet möglichst wenig gestört werden.

(59) Wurde der inspizierte Vertragsstaat nach Absatz 43 Buchstabe e oder im Verlauf der Inspektion ersucht, Ausrüstung bereitzustellen, die vom Inspektionsteam im Inspektionsgebiet eingesetzt werden soll, so kommt der inspizierte Vertragsstaat diesem Ersuchen im Rahmen seiner Möglichkeiten nach.

(60) Während der Inspektion vor Ort hat das Inspektionsteam unter anderem folgende Rechte und Pflichten:

- a) Es hat das Recht, den Ablauf der Inspektion in Übereinstimmung mit dem Inspektionsauftrag und unter Berücksichtigung aller vom inspizierten Vertragsstaat unternommenen Schritte im Einklang mit den Bestimmungen über den kontrollierten Zugang zu bestimmen;
- b) es hat das Recht, den Inspektionsplan erforderlichenfalls zu ändern, um die wirksame Durchführung der Inspektion zu gewährleisten;
- c) es hat die Pflicht, die vom inspizierten Vertragsstaat vorgebrachten Empfehlungen und vorgeschlagenen Änderungen des Inspektionsplans zu berücksichtigen;
- d) es hat das Recht, um Klarstellungen im Zusammenhang mit Unklarheiten, die während der Inspektion auftreten könnten, zu ersuchen;
- e) es hat die Pflicht, nur die in Absatz 69 bezeichneten Verfahren einzusetzen und Tätigkeiten zu unterlassen, die für den Zweck der Inspektion nicht maßgeblich sind. Das Team sammelt und erfaßt Tatsachen, die mit dem Zweck der Inspektion zusammenhängen, sucht und erfaßt jedoch keine Informationen, die eindeutig nicht damit zusam-

lected and subsequently found not to be relevant shall be returned to the inspected State Party;

- (f) The obligation to take into account and include in its report data and explanations on the nature of the event that triggered the request, provided by the inspected State Party from the national monitoring networks of the inspected State Party and from other sources;
- (g) The obligation to provide the inspected State Party, at its request, with copies of the information and data collected in the inspection area; and
- (h) The obligation to respect the confidentiality and the safety and health regulations of the inspected State Party.

61. During the on-site inspection the inspected State Party shall have, *inter alia*:

- (a) The right to make recommendations at any time to the inspection team regarding possible modification of the inspection plan;
- (b) The right and the obligation to provide a representative to liaise with the inspection team;
- (c) The right to have representatives accompany the inspection team during the performance of its duties and observe all inspection activities carried out by the inspection team. This shall not delay or otherwise hinder the inspection team in the exercise of its functions;
- (d) The right to provide additional information and to request the collection and documentation of additional facts it believes are relevant to the inspection;
- (e) The right to examine all photographic and measurement products as well as samples and to retain any photographs or parts thereof showing sensitive sites not related to the purpose of the inspection. The inspected State Party shall have the right to receive duplicate copies of all photographic and measurement products. The inspected State Party shall have the right to retain photographic originals and first-generation photographic products and to put photographs or parts thereof under joint seal within its territory. The inspected State Party shall have the right to provide its own camera operator to take still/video photographs as requested by the inspection team. Otherwise, these functions shall be performed by members of the inspection team;

festement sans rapport avec celui-ci. Tout matériel qui serait recueilli et considéré par la suite comme n'étant pas pertinent est restitué à l'État partie inspecté;

- f) L'obligation de tenir compte des données et explications sur la nature de l'événement ayant déclenché la demande que l'État partie inspecté a fournies en faisant appel à ses réseaux de surveillance nationaux ou à d'autres sources, et d'incorporer ces données et explications dans son rapport;
- g) L'obligation de donner à l'État partie inspecté, à sa demande, copie des informations et des données recueillies dans la zone d'inspection;
- h) L'obligation de respecter les règlements de l'État partie inspecté en matière de confidentialité ainsi que de sécurité et de santé.

61. Durant l'inspection sur place, l'État partie inspecté a, notamment:

- a) Le droit de faire à tout moment des recommandations à l'équipe d'inspection concernant la modification possible du plan d'inspection;
- b) Le droit et l'obligation de désigner un représentant afin d'assurer la liaison avec l'équipe d'inspection;
- c) Le droit de faire accompagner l'équipe d'inspection par des représentants pendant l'accomplissement de ses tâches et de faire observer par ces représentants toutes les activités d'inspection menées par l'équipe. Cela ne doit ni retarder ni gêner de quelque autre manière l'équipe d'inspection dans l'exercice de ses fonctions;
- d) Le droit de fournir de nouveaux éléments d'information et de demander que soient recueillis et établis des faits matériels supplémentaires qu'il estime utiles à l'inspection;
- e) Le droit d'examiner tous les produits photographiques et métrologiques ainsi que les échantillons et de conserver toutes photographies ou parties de photographie montrant des sites sensibles qui sont sans rapport avec le but de l'inspection. L'État partie inspecté a le droit de recevoir un double de tous les produits photographiques et métrologiques. Il a le droit de conserver les originaux et les produits de première génération des photographies prises et de mettre des photographies ou des parties de photographie sous scellé commun dans un endroit situé sur son territoire. Il a le droit de fournir son propre opérateur de prise de vues pour prendre les photographies ou les images vidéo demandées par l'équipe d'inspection. S'il ne le fait pas, ces fonctions sont accomplies par des membres de l'équipe d'inspection;

menhängen. Gesammeltes und später für nicht zweckmäßig gehaltenes Material wird dem inspeziierten Vertragsstaat zurückgegeben;

- f) es hat die Pflicht, in seinem Bericht Daten und Erklärungen über die Art des Ereignisses, das zu dem Ersuchen Anlaß gab, zu berücksichtigen und aufzunehmen, die vom inspeziierten Vertragsstaat aus seinem nationalen Überwachungsnetz oder aus anderen Quellen beschafft werden;
- g) es hat die Pflicht, dem inspeziierten Vertragsstaat auf dessen Ersuchen Kopien der im Inspektionsgebiet gesammelten Informationen und Daten zur Verfügung zu stellen;
- h) es hat die Pflicht, die Vertraulichkeits- sowie die Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften des inspeziierten Vertragsstaats zu beachten.

(61) Während der Inspektion vor Ort hat der inspeziierte Vertragsstaat unter anderem folgende Rechte und Pflichten:

- a) Er hat das Recht, dem Inspektionsteam jederzeit Empfehlungen in bezug auf eine mögliche Änderung des Inspektionsplans zu erteilen;
- b) er hat das Recht und die Pflicht, einen Vertreter zu stellen, der Verbindung zum Inspektionsteam hält;
- c) er hat das Recht, dem Inspektionsteam bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben Vertreter beizugeben, die alle vom Inspektionsteam durchgeführten Tätigkeiten beobachten. Das Inspektionsteam darf bei der Erfüllung seiner Aufgaben dadurch nicht aufgehalten oder sonst behindert werden;
- d) er hat das Recht, weitere Informationen zu liefern und um die Zusammenstellung und Erfassung weiterer Tatsachen zu ersuchen, die nach seiner Auffassung für die Inspektion maßgeblich sind;
- e) er hat das Recht, das gesamte Bildmaterial und alle Meßergebnisse sowie Proben zu untersuchen und Aufnahmen oder Teile von Aufnahmen zurückzubehalten, die sicherheitsempfindliche Bereiche zeigen, welche mit dem Zweck der Inspektion nicht in Zusammenhang stehen. Der inspeziierte Vertragsstaat hat das Recht, Kopien von allen Aufnahmen und Meßergebnissen zu erhalten. Der inspeziierte Vertragsstaat hat das Recht, Originalaufnahmen und Erstnegative zurückzubehalten und Aufnahmen oder Teile von Aufnahmen innerhalb seines Hoheitsgebiets mit einem gemeinsamen Siegel zu versehen. Der inspeziierte Vertragsstaat hat das Recht, einen eigenen Kameramann für die vom Inspektionsteam verlangten Standfotos und Videoaufnahmen zu stellen. Andernfalls werden diese Aufgaben von Mitgliedern des Inspektions-teams wahrgenommen;

(f) The right to provide the inspection team, from its national monitoring networks and from other sources, with data and explanations on the nature of the event that triggered the request; and

(g) The obligation to provide the inspection team with such clarification as may be necessary to resolve any ambiguities that arise during the inspection.

Communications

62. The members of the inspection team shall have the right at all times during the on-site inspection to communicate with each other and with the Technical Secretariat. For this purpose they may use their own duly approved and certified equipment with the consent of the inspected State Party, to the extent that the inspected State Party does not provide them with access to other telecommunications.

Observer

63. In accordance with Article IV, paragraph 61, the requesting State Party shall liaise with the Technical Secretariat to coordinate the arrival of the observer at the same point of entry or basing point as the inspection team within a reasonable period of the arrival of the inspection team.

64. The observer shall have the right throughout the inspection to be in communication with the embassy of the requesting State Party located in the inspected State Party or, in the case of absence of an embassy, with the requesting State Party itself.

65. The observer shall have the right to arrive at the inspection area and to have access to and within the inspection area as granted by the inspected State Party.

66. The observer shall have the right to make recommendations to the inspection team throughout the inspection.

67. Throughout the inspection, the inspection team shall keep the observer informed about the conduct of the inspection and the findings.

68. Throughout the inspection, the inspected State Party shall provide or arrange for the amenities necessary for the observer similar to those enjoyed by the inspection team as described in paragraph 11. All costs in connection with the stay of the observer on the territory of the inspected State Party shall be borne by the requesting State Party.

Inspection Activities and Techniques

69. The following inspection activities may be conducted and techniques used, in

f) Le droit de fournir à l'équipe d'inspection des données et des explications sur la nature de l'événement ayant déclenché la demande, pour lesquelles il a fait appel à ses réseaux de surveillance nationaux ou à d'autres sources;

g) L'obligation de fournir à l'équipe d'inspection tous les éclaircissements nécessaires pour lever toutes ambiguïtés qui apparaîtraient durant l'inspection.

Communications

62. Les membres de l'équipe d'inspection ont le droit de communiquer entre eux et avec le Secrétariat technique à tout moment pendant l'inspection sur place. À cette fin, ils peuvent se servir de leur propre matériel, dûment approuvé et homologué, avec le consentement de l'État partie inspecté, pour autant que celui-ci ne leur donne pas accès à d'autres moyens de télécommunications.

Observateur

63. En application des dispositions du paragraphe 61 de l'article IV, l'État partie requérant assure la liaison avec le Secrétariat technique afin de coordonner l'arrivée de l'observateur au même point d'entrée ou à la même base que l'équipe d'inspection dans un délai raisonnable par rapport à l'arrivée de l'équipe.

64. L'observateur a le droit, tout au long de l'inspection, d'être en communication avec l'ambassade de l'État partie requérant située dans l'État partie inspecté ou, en l'absence d'ambassade, avec l'État partie requérant lui-même.

65. L'observateur a le droit d'arriver dans la zone d'inspection et d'avoir accès à celle-ci et à l'intérieur de celle-ci ainsi que cela a été accordé par l'État partie inspecté.

66. L'observateur a le droit de faire des recommandations à l'équipe d'inspection tout au long de l'inspection.

67. Tout au long de l'inspection, l'équipe d'inspection tient l'observateur informé de la conduite de l'inspection et des résultats.

68. Tout au long de l'inspection, l'État partie inspecté fournit ou prend les dispositions nécessaires pour assurer à l'observateur des facilités analogues à celles dont bénéficie l'équipe d'inspection et qui sont décrites au paragraphe 11. Tous les frais de séjour de l'observateur sur le territoire de l'État partie inspecté sont à la charge de l'État partie requérant.

Activités et techniques d'inspection

69. Les activités d'inspection indiquées ci-après peuvent être exécutées et les

f) er hat das Recht, das Inspektionsteam aus seinen nationalen Überwachungsnetzen und aus anderen Quellen mit Daten und Erklärungen über die Art des Ereignisses, das zu dem Ersuchen Anlaß gab, zu versorgen;

g) er hat die Pflicht, dem Inspektionsteam die Klarstellung zu geben, die für die Lösung von während der Inspektion möglicherweise auftretenden Unklarheiten erforderlich ist.

Nachrichtenverkehr

(62) Die Mitglieder des Inspektionsteams haben das Recht, sich während der Inspektion vor Ort jederzeit miteinander und mit dem Technischen Sekretariat in Verbindung zu setzen. Zu diesem Zweck können sie mit Zustimmung des inspeziierten Vertragsstaats ihre eigene ordnungsgemäß genehmigte und anerkannte Ausrüstung benutzen, soweit der inspeziierte Vertragsstaat ihnen nicht den Zugang zu weiteren Fernmeldeeinrichtungen ermöglicht.

Beobachter

(63) In Übereinstimmung mit Artikel IV Absatz 61 nimmt der ersuchende Vertragsstaat mit dem Technischen Sekretariat Verbindung auf, um das Eintreffen des Beobachters an demselben Punkt der Einreise oder Basispunkt, an dem auch das Inspektionsteam eintrifft, innerhalb einer angemessenen Frist nach dem Eintreffen des Inspektionsteams abzustimmen.

(64) Der Beobachter hat das Recht, während der gesamten Inspektion mit der in dem inspeziierten Vertragsstaat ansässigen Botschaft des ersuchenden Vertragsstaats oder, ist eine Botschaft nicht vorhanden, mit dem ersuchenden Vertragsstaat selbst in Verbindung zu stehen.

(65) Der Beobachter hat das Recht, sich im Inspektionsgebiet einzufinden und den vom inspeziierten Vertragsstaat gewährten Zugang zu dem und in dem Inspektionsgebiet zu erhalten.

(66) Der Beobachter hat das Recht, während der gesamten Inspektion dem Inspektionsteam Empfehlungen zu geben.

(67) Während der gesamten Inspektion hält das Inspektionsteam den Beobachter über die Durchführung und die Feststellungen auf dem laufenden.

(68) Während der gesamten Inspektion stellt der inspeziierte Vertragsstaat dem Beobachter alles Notwendige zur Verfügung oder läßt es ihm zur Verfügung stellen, wie es in ähnlicher Form nach Absatz 11 auch dem Inspektionsteam zuteil wird. Alle mit dem Aufenthalt des Beobachters im Hoheitsgebiet des inspeziierten Vertragsstaats verbundenen Kosten werden vom ersuchenden Vertragsstaat getragen.

Inspektionstätigkeiten und -verfahren

(69) Folgende Inspektionstätigkeiten und -verfahren können in Übereinstimmung mit

accordance with the provisions on managed access, on collection, handling and analysis of samples, and on overflights:

- (a) Position finding from the air and at the surface to confirm the boundaries of the inspection area and establish co-ordinates of locations therein, in support of the inspection activities;
- (b) Visual observation, video and still photography and multi-spectral imaging, including infrared measurements, at and below the surface, and from the air, to search for anomalies or artifacts;
- (c) Measurement of levels of radioactivity above, at and below the surface, using gamma radiation monitoring and energy resolution analysis from the air, and at or under the surface, to search for and identify radiation anomalies;
- (d) Environmental sampling and analysis of solids, liquids and gases from above, at and below the surface to detect anomalies;
- (e) Passive seismological monitoring for aftershocks to localize the search area and facilitate determination of the nature of an event;
- (f) Resonance seismometry and active seismic surveys to search for and locate underground anomalies, including cavities and rubble zones;
- (g) Magnetic and gravitational field mapping, ground penetrating radar and electrical conductivity measurements at the surface and from the air, as appropriate, to detect anomalies or artifacts; and
- (h) Drilling to obtain radioactive samples.

70. Up to 25 days after the approval of the on-site inspection in accordance with Article IV, paragraph 46, the inspection team shall have the right to conduct any of the activities and use any of the techniques listed in paragraph 69 (a) to (e). Following the approval of the continuation of the inspection in accordance with Article IV, paragraph 47, the inspection team shall have the right to conduct any of the activities and use any of the techniques listed in paragraph 69 (a) to (g). The inspection team shall only conduct drilling after the approval of the Executive Council in accordance with Article IV, paragraph 48. If the inspection team requests an extension of the inspection duration in accordance with Article IV, paragraph 49, it shall indicate in its request which of the activities and tech-

techniques appliquées conformément aux dispositions relatives à l'accès réglementé, au prélèvement, à la manipulation et à l'analyse des échantillons, ainsi qu'aux survols:

- a) Positionnement à partir de l'air ou à la surface aux fins de la confirmation des limites de la zone d'inspection et de l'établissement des coordonnées des sites qui s'y trouvent, à l'appui des activités d'inspection;
- b) Observation visuelle, prise de vues photographiques et vidéo et imagerie multispectrale, notamment mesures dans l'infrarouge, à la surface, sous la surface ou à partir de l'air, aux fins de la recherche d'anomalies ou d'artefacts;
- c) Mesure des niveaux de radioactivité au-dessus de la surface, à la surface ou sous la surface, par contrôle du rayonnement gamma et analyse avec résolution en énergie à partir de l'air, à la surface ou sous la surface, aux fins de la recherche et de l'identification d'anomalies de rayonnement;
- d) Prélèvement d'échantillons dans le milieu et analyse de solides, de liquides et de gaz au-dessus de la surface, à la surface ou sous la surface aux fins de la détection d'anomalies;
- e) Surveillance sismologique passive des répliques, exécutée afin de localiser la zone de recherche et de faciliter la détermination de la nature de l'événement;
- f) Sismométrie de résonance et prospection sismique active aux fins de la recherche et de la localisation d'anomalies souterraines, notamment de cavités et de zones de décombres;
- g) Cartographie du champ magnétique et du champ gravitationnel, mesures au moyen de radar à pénétration de sol et mesures de la conductivité électrique à la surface et à partir de l'air, selon qu'il convient, aux fins de la détection d'anomalies ou d'artefacts;
- h) Forages aux fins de l'obtention d'échantillons radioactifs.

70. Dans les 25 jours qui suivent l'approbation de l'inspection sur place conformément au paragraphe 46 de l'article IV, l'équipe d'inspection a le droit d'exécuter toutes les activités et d'appliquer toutes les techniques indiquées aux alinéas a) à e) du paragraphe 69. Une fois que la poursuite de l'inspection a été approuvée conformément au paragraphe 47 de l'article IV, l'équipe d'inspection a le droit d'exécuter toutes les activités et d'appliquer toutes les techniques indiquées aux alinéas a) à g) du paragraphe 69. L'équipe d'inspection ne peut effectuer de forages qu'après que le Conseil exécutif a donné son accord conformément au paragraphe 48 de l'article IV. Si l'équipe d'inspection demande que l'inspection soit prolongée conformément au paragraphe 49 de l'article IV, elle

den Bestimmungen über kontrollierten Zugang, Entnahme, Behandlung und Analyse von Proben sowie Überflüge durchgeführt werden:

- a) Standortbestimmung aus der Luft und an der Erdoberfläche zur Bestätigung der Grenzen des Inspektionsgebiets und zur Festlegung der Koordinaten von Orten innerhalb dieses Gebiets als Unterstützung der Inspektionstätigkeiten;
- b) Sichtbeobachtung, Video- und Standbildfotografie sowie Multispektralaufnahmen einschließlich IR-Messung an und unter der Erdoberfläche sowie aus der Luft zur Entdeckung von Anomalien und künstlich herbeigeführten Veränderungen;
- c) Messung der Radioaktivität über, unter und an der Erdoberfläche mit Hilfe von Gammastrahlungsüberwachung und energieleuflösender Analyse aus der Luft, an oder unter der Erdoberfläche zur Entdeckung und Identifizierung von Strahlungsanomalien;
- d) Probenahme aus der Umgebung und Analyse von Feststoffen, Flüssigkeiten und Gasen über, an und unter der Erdoberfläche zur Entdeckung von Anomalien;
- e) Passive seismologische Überwachung auf Nachbeben zur Eingrenzung des Suchbereichs und zur Erleichterung der Bestimmung der Art eines Ereignisses;
- f) Resonanzseismometrie und aktive seismologische Untersuchungen zur Entdeckung und Lokalisierung unterirdischer Anomalien, einschließlich Hohlräume und Gesteinstrümmen;
- g) Messung und Kartierung von Magnet- und Gravitationsfeldern, Messungen mit erd Eindringendem Radar und elektrische Leitfähigkeitsmessungen an der Erdoberfläche und aus der Luft zur Entdeckung von Anomalien oder künstlich herbeigeführten Veränderungen und
- h) Bohrarbeiten zur Gewinnung radioaktiver Proben.

(70) Bis zu 25 Tage nach Genehmigung der Inspektion vor Ort in Übereinstimmung mit Artikel IV Absatz 46 hat das Inspektionssteam das Recht, jede der in Absatz 69 Buchstaben a bis e aufgeführten Tätigkeiten und Verfahren durchzuführen. Sobald die Fortsetzung der Inspektion nach Artikel IV Absatz 47 genehmigt ist, hat das Inspektionssteam das Recht, jede der in Absatz 69 Buchstaben a bis g aufgeführten Tätigkeiten und Verfahren durchzuführen. Bohrarbeiten dürfen vom Inspektionssteam erst durchgeführt werden, nachdem sie vom Exekutivrat nach Artikel IV Absatz 48 genehmigt worden sind. Ersucht das Inspektionssteam um eine Verlängerung der Inspektionsdauer nach Artikel IV Absatz 49, so gibt es in seinem Ersuchen an, welche der in Absatz 69 aufgeführten Tätigkeiten

niques listed in paragraph 69 it intends to carry out in order to be able to fulfil its mandate.

précise dans sa demande quelles activités elle a l'intention d'exécuter et quelles techniques elle entend appliquer, parmi celles qui sont indiquées au paragraphe 69, afin de pouvoir s'acquitter de son mandat.

und Verfahren es zur Erfüllung seines Auftrags durchzuführen beabsichtigt.

Overflights

71. The inspection team shall have the right to conduct an overflight over the inspection area during the on-site inspection for the purposes of providing the inspection team with a general orientation of the inspection area, narrowing down and optimizing the locations for ground-based inspection and facilitating the collection of factual evidence, using equipment specified in paragraph 79.

72. The overflight shall be conducted as soon as practically possible. The total duration of the overflight over the inspection area shall be no more than 12 hours.

73. Additional overflights using equipment specified in paragraphs 79 and 80 may be conducted subject to the agreement of the inspected State Party.

74. The area to be covered by overflights shall not extend beyond the inspection area.

75. The inspected State Party shall have the right to impose restrictions or, in exceptional cases and with reasonable justification, prohibitions on the overflight of sensitive sites not related to the purpose of the inspection. Restrictions may relate to the flight altitude, the number of passes and circling, the duration of hovering, the type of aircraft, the number of inspectors on board, and the type of measurements or observations. If the inspection team considers that the restrictions or prohibitions on the overflight of sensitive sites may impede the fulfilment of its mandate, the inspected State Party shall make every reasonable effort to provide alternative means of inspection.

76. Overflights shall be conducted according to a flight plan duly filed and approved in accordance with aviation rules and regulations of the inspected State Party. Flight safety regulations of the inspected State Party shall be strictly observed throughout all flying operations.

77. During overflights landing should normally be authorized only for purposes of staging or refuelling.

78. Overflights shall be conducted at altitudes as requested by the inspection team consistent with the activities to be conducted, visibility conditions, as well as the aviation and the safety regulations of the inspected State Party and its right to protect sensitive information not related to the purposes of the inspection. Overflights shall be conducted up to a maximum alti-

Survol

71. L'équipe d'inspection a le droit de procéder, durant l'inspection sur place, à un survol de la zone d'inspection pour faire un repérage général de la zone, limiter et mieux cibler les lieux d'activités d'inspection au sol et faciliter la collecte de preuves factuelles, en utilisant le matériel indiqué au paragraphe 79.

72. Le survol de la zone d'inspection est réalisé dès que possible compte tenu des circonstances. Il ne dure pas plus de 12 heures au total.

73. Des survols supplémentaires au cours desquels est utilisé le matériel indiqué aux paragraphes 79 et 80 peuvent être réalisés sous réserve de l'accord de l'État partie inspecté.

74. La zone couverte par les survols ne s'étend pas au-delà de la zone d'inspection.

75. L'État partie inspecté a le droit de restreindre ou, exceptionnellement et avec juste raison, d'interdire le survol de sites sensibles qui n'ont pas de rapports avec le but de l'inspection. Peuvent être restreints l'altitude de vol, le nombre de passes et de passages circulaires, la durée de vol stationnaire, le type d'appareil utilisé, le nombre d'inspecteurs à bord et le type de mesure ou d'observation faite. Si l'équipe d'inspection estime que la restriction ou l'interdiction du survol de sites sensibles sont de nature à entraver l'exécution de son mandat, l'État partie inspecté fait tout ce qui lui est raisonnablement possible pour fournir d'autres moyens d'inspection.

76. Les survols sont réalisés selon un plan de vol dûment communiqué et approuvé conformément aux règles et règlements de l'État partie inspecté en matière de circulation aérienne. Les règlements de cet État en matière de sécurité de la navigation aérienne sont rigoureusement respectés tout au long des opérations de vol.

77. Lors des opérations de survol, l'atterrissage ne devrait normalement être autorisé qu'aux fins d'escale ou de ravitaillement.

78. Les survols sont réalisés aux altitudes demandées par l'équipe d'inspection, conformément aux activités à exécuter et aux conditions de visibilité ainsi qu'aux règlements de l'État partie inspecté en matière de circulation aérienne et de sécurité et au droit qui est le sien de protéger des données d'information sensibles sans rapport avec les buts de l'inspection.

Überflüge

(71) Das Inspektionsteam hat das Recht, während der Inspektion vor Ort das Inspektionsgebiet zu überfliegen, um sich einen allgemeinen Überblick über das Gebiet zu verschaffen, die Orte für bodengestützte Inspektionen einzugrenzen und zu optimieren und mit Hilfe der in Absatz 79 genannten Ausrüstung die Sammlung von stichhaltigen Beweisen zu erleichtern.

(72) Der Überflug erfolgt so früh wie praktisch möglich. Die Gesamtdauer des Überflugs über das Inspektionsgebiet darf 12 Stunden nicht überschreiten.

(73) Weitere Überflüge mit der in den Absätzen 79 und 80 bezeichneten Ausrüstung können vorbehaltlich der Zustimmung des inspizierten Vertragsstaats durchgeführt werden.

(74) Der Bereich, der überflogen werden soll, darf nicht über das Inspektionsgebiet hinausreichen.

(75) Der inspizierte Vertragsstaat hat das Recht, das Überfliegen von sicherheitsempfindlichem Gelände, das mit dem Zweck der Inspektion nicht in Zusammenhang steht, einzuschränken und in Ausnahmefällen mit ausreichender Begründung zu verbieten. Die Einschränkungen können sich auf die Flughöhe, die Anzahl der Überflüge und Kreise, die Schwebeflugdauer, die Art des Luftfahrzeugs, die Anzahl der Inspektoren an Bord und auf die Art der Messungen oder Beobachtungen beziehen. Ist das Inspektionsteam der Auffassung, daß die Einschränkungen und Verbote von Überflügen über sicherheitsempfindliches Gelände die Erfüllung seines Auftrags behindern können, so bemüht sich der inspizierte Vertragsstaat nach Kräften, andere Inspektionsmittel zur Verfügung zu stellen.

(76) Die Überflüge werden nach einem ordnungsgemäß eingereichten und genehmigten Flugplan entsprechend den Luftfahrtregeln und -vorschriften des inspizierten Vertragsstaats durchgeführt. Die Flugsicherheitsvorschriften des inspizierten Vertragsstaats werden bei allen Flugbewegungen streng eingehalten.

(77) Eine Landung während des Überflugs wird in der Regel nur für eine Zwischenlandung oder zum Auftanken genehmigt.

(78) Die Überflüge erfolgen in den Höhen, die das Inspektionsteam im Einklang mit den durchzuführenden Tätigkeiten, den Sichtverhältnissen und den Luftfahrt- und Sicherheitsvorschriften des inspizierten Vertragsstaats sowie mit dessen Recht, sicherheitsempfindliche Informationen, die mit dem Zweck der Inspektion nicht in Zusammenhang stehen, zu schützen,

tude of 1,500 metres above the surface.

79. For the overflight conducted pursuant to paragraphs 71 and 72, the following equipment may be used on board the aircraft:

- (a) Field glasses;
- (b) Passive location-finding equipment;
- (c) Video cameras; and
- (d) Hand-held still cameras.

80. For any additional overflights conducted pursuant to paragraph 73, inspectors on board the aircraft may also use portable, easily installed equipment for:

- (a) Multi-spectral (including infrared) imagery;
- (b) Gamma spectroscopy; and
- (c) Magnetic field mapping.

81. Overflights shall be conducted with a relatively slow fixed or rotary wing aircraft. The aircraft shall afford a broad, unobstructed view of the surface below.

82. The inspected State Party shall have the right to provide its own aircraft, pre-equipped as appropriate in accordance with the technical requirements of the relevant operational manual, and crew. Otherwise, the aircraft shall be provided or rented by the Technical Secretariat.

83. If the aircraft is provided or rented by the Technical Secretariat, the inspected State Party shall have the right to check the aircraft to ensure that it is equipped with approved inspection equipment. Such checking shall be completed within the time-frame specified in paragraph 57.

84. Personnel on board the aircraft shall consist of:

- (a) The minimum number of flight crew consistent with the safe operation of the aircraft;
- (b) Up to four members of the inspection team;
- (c) Up to two representatives of the inspected State Party;
- (d) An observer, if any, subject to the agreement of the inspected State Party; and
- (e) An interpreter, if necessary.

85. Procedures for the implementation of overflights shall be detailed in the Operational Manual for On-Site Inspections.

Managed Access

86. The inspection team shall have the right to access the inspection area in

Les survols sont réalisés jusqu'à une altitude maximale de 1 500 mètres au-dessus de la surface.

79. S'agissant des survols réalisés en application des paragraphes 71 et 72, le matériel ci-après peut être utilisé à bord de l'appareil:

- a) Jumelles;
- b) Matériel de localisation passive;
- c) Caméras vidéo;
- d) Appareils photographiques à main.

80. S'agissant de survols supplémentaires réalisés en application du paragraphe 73, les inspecteurs se trouvant à bord de l'appareil peuvent également utiliser un matériel portatif d'installation facile pour faire:

- a) De l'imagerie multispectrale (notamment dans l'infrarouge);
- b) De la spectroscopie gamma;
- c) De la cartographie de champ magnétique.

81. Les survols sont réalisés avec un appareil relativement lent à voilure fixe ou tournante. L'appareil doit permettre une vision large et dégagée de la surface survolée.

82. L'État partie inspecté a le droit de fournir son propre appareil convenablement équipé au préalable, conformément aux exigences techniques énoncées dans le manuel pertinent, ainsi que l'équipage. À défaut, l'appareil est fourni ou loué par le Secrétariat technique.

83. Si l'appareil est fourni ou loué par le Secrétariat technique, l'État partie inspecté a le droit de le contrôler afin de s'assurer qu'il est équipé d'un matériel d'inspection approuvé. Ce contrôle se fait dans le délai indiqué au paragraphe 57.

84. Le personnel se trouvant à bord de l'appareil comprend:

- a) Le nombre minimum de membres d'équipage requis pour que l'appareil fonctionne en toute sécurité;
- b) Jusqu'à quatre membres de l'équipe d'inspection;
- c) Jusqu'à deux représentants de l'État partie inspecté;
- d) Un observateur, s'il y en a un, sous réserve de l'accord de l'État partie inspecté;
- e) Un interprète, si besoin est.

85. Les procédures d'exécution des survols sont détaillées dans le Manuel pour les inspections sur place.

Accès réglementé

86. L'équipe d'inspection a le droit d'accéder à la zone d'inspection conformément

verlangt. Überflüge dürfen nur bis zu einer Höhe von 1500 m über der Erdoberfläche durchgeführt werden.

(79) Bei den aufgrund der Absätze 71 und 72 durchgeführten Überflügen darf folgende Ausrüstung an Bord des Luftfahrzeugs verwendet werden:

- a) Ferngläser;
- b) Passiv-Ortungsgeräte;
- c) Videokameras und
- d) Standbild-Handkameras.

(80) Bei allen weiteren Überflügen aufgrund des Absatzes 73 dürfen die Inspektoren an Bord des Luftfahrzeugs auch tragbare, leicht aufzustellende Ausrüstung für folgendes benutzen:

- a) Multispektralaufnahmen (einschließlich IR);
- b) Gammaskopie und
- c) Messung und Kartierung magnetischer Felder.

(81) Die Überflüge werden mit einem relativ langsamen Starr- oder Drehflügler durchgeführt. Das Luftfahrzeug muß eine weite freie Sicht auf das überflogene Gebiet bieten.

(82) Der inspizierte Vertragsstaat hat das Recht, sein nach den technischen Anforderungen des entsprechenden Arbeitshandbuchs ausgerüstetes eigenes Luftfahrzeug und seine eigene Besatzung zur Verfügung zu stellen. Andernfalls wird das Luftfahrzeug vom Technischen Sekretariat bereitgestellt oder gemietet.

(83) Wird das Luftfahrzeug vom Technischen Sekretariat bereitgestellt oder gemietet, so hat der inspizierte Vertragsstaat das Recht, das Luftfahrzeug zu prüfen, um sicherzustellen, daß es mit der zugelassenen Inspektionsausrüstung ausgestattet ist. Diese Prüfung muß innerhalb der in Absatz 57 genannten Frist abgeschlossen sein.

(84) Das Personal an Bord des Luftfahrzeugs setzt sich wie folgt zusammen:

- a) die für den sicheren Betrieb des Luftfahrzeugs erforderliche Mindestzahl an Besatzungsmitgliedern;
- b) bis zu vier Mitglieder des Inspektions-teams;
- c) bis zu zwei Vertreter des inspizierten Vertragsstaats;
- d) gegebenenfalls ein Beobachter, vorbehaltlich der Zustimmung des inspizierten Vertragsstaats, und
- e) ein Dolmetscher, falls erforderlich.

(85) Die Verfahren zur Durchführung von Überflügen sind in dem Arbeitshandbuch für Inspektionen vor Ort im einzelnen erläutert.

Kontrollierter Zugang

(86) Das Inspektionsteam hat das Recht auf Zugang zum Inspektionsgebiet in Über-

accordance with the provisions of the Treaty and this Protocol.

87. The inspected State Party shall provide access within the inspection area in accordance with the time-frame specified in paragraph 57.

88. Pursuant to Article IV, paragraph 57 and paragraph 86 above, the rights and obligations of the inspected State Party shall include:

- (a) The right to take measures to protect sensitive installations and locations in accordance with this Protocol;
- (b) The obligation, when access is restricted within the inspection area, to make every reasonable effort to satisfy the requirements of the inspection mandate through alternative means. Resolving any questions regarding one or more aspects of the inspection shall not delay or interfere with the conduct of the inspection team of other aspects of the inspection; and
- (c) The right to make the final decision regarding any access of the inspection team, taking into account its obligations under this Treaty and the provisions on managed access.

89. Pursuant to Article IV, paragraph 57 (b) and paragraph 88 (a) above, the inspected State Party shall have the right throughout the inspection area to take measures to protect sensitive installations and locations and to prevent disclosure of confidential information not related to the purpose of the inspection. Such measures may include, *inter alia*:

- (a) Shrouding of sensitive displays, stores, and equipment;
- (b) Restricting measurements of radionuclide activity and nuclear radiation to determining the presence or absence of those types and energies of radiation relevant to the purpose of the inspection;
- (c) Restricting the taking of or analysing of samples to determining the presence or absence of radioactive or other products relevant to the purpose of the inspection;
- (d) Managing access to buildings and other structures in accordance with paragraphs 90 and 91; and
- (e) Declaring restricted-access sites in accordance with paragraphs 92 to 96.

90. Access to buildings and other structures shall be deferred until after the approval of the continuation of the on-site inspection in accordance with Article IV,

aux dispositions du Traité et du présent Protocole.

87. L'État partie inspecté assure l'accès à l'intérieur de la zone d'inspection dans le délai fixé au paragraphe 57.

88. Conformément au paragraphe 57 de l'article IV et au paragraphe 86 ci-dessus, l'État partie inspecté a notamment les droits et obligations suivants:

- a) Le droit de prendre des mesures pour protéger les installations et lieux sensibles, conformément au présent Protocole;
- b) L'obligation, lorsque l'accès à l'intérieur de la zone d'inspection est restreint, de faire tout ce qui lui est raisonnablement possible pour satisfaire aux exigences du mandat d'inspection par d'autres moyens. Le règlement de toutes questions concernant une ou plusieurs opérations d'inspection ne doit pas retarder ni entraver l'exécution d'autres activités d'inspection;
- c) Le droit de décider en définitive de tout accès accordé à l'équipe d'inspection, eu égard aux obligations qui sont les siennes en vertu du Traité et aux dispositions relatives à l'accès réglementé.

89. Conformément au paragraphe 57, alinéa b), de l'article IV et au paragraphe 88, alinéa a), ci-dessus, l'État partie inspecté a le droit de prendre dans toute la zone d'inspection des mesures pour protéger les installations et lieux sensibles et empêcher la divulgation d'informations confidentielles sans rapport avec le but de l'inspection. Ces mesures peuvent consister notamment:

- a) À recouvrir des panneaux d'affichage, des stocks et du matériel sensibles;
- b) À limiter les mesures d'activité des radionucléides et de rayonnement nucléaire à la détermination de la présence ou de l'absence des types et énergies de rayonnement en rapport avec le but de l'inspection;
- c) À limiter le prélèvement et l'analyse d'échantillons à la détermination de la présence ou de l'absence de produits radioactifs ou autres en rapport avec le but de l'inspection;
- d) À réglementer l'accès aux bâtiments et autres structures, conformément aux paragraphes 90 et 91;
- e) À déclarer des sites d'accès restreint, conformément aux dispositions des paragraphes 92 à 96.

90. L'accès aux bâtiments et autres structures est différé jusqu'à ce que la poursuite de l'inspection sur place soit approuvée conformément au para-

einstimmung mit dem Vertrag und diesem Protokoll.

(87) Der inspizierte Vertragsstaat verschafft Zugang innerhalb des Inspektionsbereichs in Übereinstimmung mit der in Absatz 57 genannten Frist.

(88) Aufgrund des Artikels IV Absatz 57 des Vertrags und des Absatzes 86 dieses Protokolls hat der inspizierte Vertragsstaat unter anderem folgende Rechte und Pflichten:

- a) das Recht, in Übereinstimmung mit diesem Protokoll Maßnahmen zum Schutz sicherheitsempfindlicher Einrichtungen und Orte zu treffen;
- b) die Pflicht, bei eingeschränktem Zugang innerhalb des Inspektionsgebiets sich nach besten Kräften zu bemühen, den Anforderungen des Inspektionsauftrags durch andere Mittel zu entsprechen. Die Lösung von Problemen in bezug auf eine oder mehrere Aspekte der Inspektion darf das Inspektionsteam bei der Durchführung anderer Aspekte der Inspektion nicht verzögern oder behindern;
- c) das Recht, die letzte Entscheidung über den Zugang des Inspektionsteams unter Berücksichtigung seiner Pflichten aus dem Vertrag und den Bestimmungen über den kontrollierten Zugang zu treffen.

(89) Aufgrund des Artikels IV Absatz 57 Buchstabe b des Vertrags und des Absatzes 88 Buchstabe a dieses Protokolls hat der inspizierte Vertragsstaat das Recht, im gesamten Inspektionsgebiet Maßnahmen zum Schutz sicherheitsempfindlicher Einrichtungen und Orte zu treffen und die Preisgabe von vertraulichen Informationen, die mit dem Zweck der Inspektion nicht in Zusammenhang stehen, zu verhindern. Zu diesen Maßnahmen kann unter anderem folgendes gehören:

- a) Abdecken sicherheitsempfindlicher Datensichtgeräte, Lager und Ausrüstungen;
- b) Beschränkung der Messung von Radioaktivität und Kernstrahlung auf die Feststellung, ob die für den Zweck der Inspektion maßgeblichen Strahlungsarten und -energien vorhanden sind;
- c) Beschränkung der Probenahme oder Probenanalyse auf die Feststellung, ob die für den Zweck der Inspektion maßgeblichen radioaktiven und nicht radioaktiven Produkte vorhanden sind;
- d) Kontrolle des Zugangs zu Gebäuden und anderen Bauten in Übereinstimmung mit den Absätzen 90 und 91 und
- e) Bekanntgabe von Bereichen mit eingeschränktem Zugang in Übereinstimmung mit den Absätzen 92 und 96.

(90) Der Zugang zu Gebäuden und anderen Bauten wird nach Artikel IV Absatz 47 bis zur Genehmigung der Fortsetzung der Inspektion vor Ort aufgeschoben; ausge-

paragraph 47, except for access to buildings and other structures housing the entrance to a mine, other excavations, or caverns of large volume not otherwise accessible. For such buildings and structures, the inspection team shall have the right only of transit, as directed by the inspected State Party, in order to enter such mines, caverns or other excavations.

91. If, following the approval of the continuation of the inspection in accordance with Article IV, paragraph 47, the inspection team demonstrates credibly to the inspected State Party that access to buildings and other structures is necessary to fulfil the inspection mandate and that the necessary activities authorized in the mandate could not be carried out from the outside, the inspection team shall have the right to gain access to such buildings or other structures. The head of the inspection team shall request access to a specific building or structure indicating the purpose of such access, the specific number of inspectors, as well as the intended activities. The modalities for access shall be subject to negotiation between the inspection team and the inspected State Party. The inspected State Party shall have the right to impose restrictions or, in exceptional cases and with reasonable justification, prohibitions, on the access to buildings and other structures.

92. When restricted-access sites are declared pursuant to paragraph 89 (e), each such site shall be no larger than 4 square kilometres. The inspected State Party has the right to declare up to 50 square kilometres of restricted-access sites. If more than one restricted-access site is declared, each such site shall be separated from any other such site by a minimum distance of 20 metres. Each restricted-access site shall have clearly defined and accessible boundaries.

93. The size, location, and boundaries of restricted-access sites shall be presented to the head of the inspection team no later than the time that the inspection team seeks access to a location that contains all or part of such a site.

94. The inspection team shall have the right to place equipment and take other steps necessary to conduct its inspection up to the boundary of a restricted-access site.

95. The inspection team shall be permitted to observe visually all open places within the restricted-access site from the boundary of the site.

96. The inspection team shall make every reasonable effort to fulfil the inspection mandate outside the declared restricted-access sites prior to requesting access to such sites. If at any time the inspection

phe 47 de l'article IV, excepté l'accès à des bâtiments et à d'autres structures abritant l'entrée d'une mine, d'autres excavations ou de cavernes de grand volume qui ne sont pas accessibles autrement. L'équipe d'inspection ne fait que passer par ces bâtiments et structures en suivant les instructions de l'État partie inspecté, pour pénétrer dans les mines, cavernes ou autres excavations.

91. Si, après que la poursuite de l'inspection a été approuvée conformément au paragraphe 47 de l'article IV, l'équipe d'inspection démontre plausiblement à l'État partie inspecté qu'il lui est nécessaire d'avoir accès à des bâtiments et autres structures pour accomplir le mandat d'inspection et que les activités requises et autorisées par le mandat ne peuvent pas être exécutées de l'extérieur, elle a le droit d'accéder aux bâtiments et structures considérés. Le chef de l'équipe d'inspection demande l'accès à un bâtiment ou une structure précis en indiquant le but visé, le nombre exact d'inspecteurs, ainsi que les activités envisagées. Les modalités d'accès sont négociées par l'équipe d'inspection avec l'État partie inspecté. Ce dernier a le droit de restreindre ou, exceptionnellement et avec juste raison, d'interdire l'accès à des bâtiments et autres structures.

92. Aucun des sites d'accès restreint qui seraient déclarés conformément au paragraphe 89, alinéa e), ne doit mesurer plus de 4 kilomètres carrés. L'État partie inspecté a le droit de déclarer jusqu'à 50 kilomètres carrés de sites d'accès restreint. Si plus d'un site d'accès restreint est déclaré, chaque site doit être séparé d'un autre site par une distance minimale de 20 mètres. Chaque site d'accès restreint a des limites clairement définies et accessibles.

93. La superficie, l'emplacement et les limites des sites d'accès restreint sont indiqués au chef de l'équipe d'inspection au plus tard lorsque l'équipe demande accès à un lieu qui inclut un tel site ou qui en comprend une partie.

94. L'équipe d'inspection a le droit de placer du matériel et de prendre les autres mesures nécessaires à la conduite de l'inspection en allant jusqu'à la limite d'un site d'accès restreint.

95. L'équipe d'inspection est autorisée à observer visuellement tous les lieux ouverts à l'intérieur du site d'accès restreint depuis la limite de ce dernier.

96. L'équipe d'inspection fait tout ce qui lui est raisonnablement possible pour accomplir le mandat d'inspection en dehors des sites déclarés d'accès restreint avant de demander accès à ces sites. Si, à

nommen ist der Zugang zu Gebäuden und anderen Bauten, in denen sich der Eingang zu einer Mine, einer Höhle oder zu anderen Hohlräumen größeren Ausmaßes befindet, die anders nicht zugänglich sind. Bei diesen Gebäuden und Bauten hat das Inspektionsteam lediglich das Recht des Durchgangs, entsprechend den Anweisungen des inspeziierten Vertragsstaats, um in die Minen, Höhlen oder anderen Hohlräume zu gelangen.

(91) Wenn das Inspektionsteam nach der Genehmigung der Fortsetzung der Inspektion in Übereinstimmung mit Artikel IV Absatz 47 dem inspeziierten Vertragsstaat glaubhaft nachweist, daß der Zugang zu bestimmten Gebäuden und anderen Bauten für die Erfüllung des Auftrags notwendig ist und daß die in dem Auftrag genehmigten erforderlichen Tätigkeiten nicht von außen vorgenommen werden können, so hat das Inspektionsteam das Recht, zu solchen Gebäuden und anderen Bauten Zugang zu erlangen. Der Leiter des Inspektionsteams ersucht um Zugang zu einem bestimmten Gebäude oder Bau, gibt dabei den Zweck an, die Anzahl der Inspektoren sowie die vorgesehenen Tätigkeiten. Die Einzelheiten für den Zugang müssen zwischen dem Inspektionsteam und dem inspeziierten Vertragsstaat ausgehandelt werden. Der inspeziierte Vertragsstaat hat das Recht, den Zugang zu Gebäuden und anderen Bauten einzuschränken oder in Ausnahmefällen mit ausreichender Begründung zu verbieten.

(92) Wird nach Absatz 89 Buchstabe e der Zugang zu Bereichen als eingeschränkt erklärt, so darf der Bereich nicht größer sein als vier Quadratkilometer. Der inspeziierte Vertragsstaat hat das Recht, bis zu 50 Quadratkilometer zu Bereichen mit eingeschränktem Zugang zu erklären. Wird mehr als ein Bereich mit eingeschränktem Zugang bekanntgegeben, so muß der Abstand zwischen den einzelnen Bereichen mindestens 20 Meter betragen. Jeder Bereich muß eindeutig festgelegte und zugängliche Grenzen haben.

(93) Größe, Lage und Grenzen der Bereiche mit eingeschränktem Zugang werden dem Leiter des Inspektionsteams spätestens dann mitgeteilt, wenn das Inspektionsteam um Zugang zu einem Ort ersucht, der einen solchen Bereich oder Teile davon enthält.

(94) Das Inspektionsteam hat das Recht, bis an die Grenzen des Bereichs mit eingeschränktem Zugang Ausrüstung aufzustellen und sonstige Schritte zur Durchführung der Inspektion zu unternehmen.

(95) Dem Inspektionsteam wird gestattet, alle offenen Stellen innerhalb des Bereichs mit eingeschränktem Zugang von dessen Grenzen aus in Augenschein zu nehmen und zu beobachten.

(96) Das Inspektionsteam bemüht sich nach besten Kräften, den Auftrag außerhalb der zu Bereichen mit eingeschränktem Zugang erklärten Zonen zu erfüllen, bevor es um Zugang zu solchen Bereichen

team demonstrates credibly to the inspected State Party that the necessary activities authorized in the mandate could not be carried out from the outside and that access to a restricted-access site is necessary to fulfil the mandate, some members of the inspection team shall be granted access to accomplish specific tasks within the site. The inspected State Party shall have the right to shroud or otherwise protect sensitive equipment, objects and materials not related to the purpose of the inspection. The number of inspectors shall be kept to the minimum necessary to complete the tasks related to the inspection. The modalities for such access shall be subject to negotiation between the inspection team and the inspected State Party.

Collection, Handling and Analysis of Samples

97. Subject to paragraphs 86 to 96 and 98 to 100, the inspection team shall have the right to collect and remove relevant samples from the inspection area.

98. Whenever possible, the inspection team shall analyse samples on-site. Representatives of the inspected State Party shall have the right to be present when samples are analysed on-site. At the request of the inspection team, the inspected State Party shall, in accordance with agreed procedures, provide assistance for the analysis of samples on-site. The inspection team shall have the right to transfer samples for off-site analysis at laboratories designated by the Organization only if it demonstrates that the necessary sample analysis cannot be performed on-site.

99. The inspected State Party shall have the right to retain portions of all samples collected when these samples are analysed and may take duplicate samples.

100. The inspected State Party shall have the right to request that any unused samples or portions thereof be returned.

101. The designated laboratories shall conduct chemical and physical analysis of the samples transferred for off-site analysis. Details of such analysis shall be elaborated in the Operational Manual for On-Site Inspections.

102. The Director-General shall have the primary responsibility for the security, integrity and preservation of samples and for ensuring that the confidentiality of samples transferred for off-site analysis is protected. The Director-General shall do so in accordance with procedures contained in the Operational Manual for On-Site Inspections. The Director-General shall, in

quelque moment que ce soit, l'équipe d'inspection démontre plausiblement à l'État partie inspecté que les activités requises et autorisées par le mandat ne peuvent pas être exécutées de l'extérieur et qu'il lui est nécessaire, pour accomplir le mandat, d'avoir accès à un site d'accès restreint, l'accès est accordé à des membres de l'équipe d'inspection pour qu'ils exécutent des tâches précises à l'intérieur du site. L'État partie inspecté a le droit de recouvrir ou de protéger d'une autre façon du matériel, des équipements et des objets sensibles sans rapport avec le but de l'inspection. Le nombre d'inspecteurs est limité au minimum nécessaire à l'accomplissement des tâches liées à l'inspection. Les modalités de l'accès sont négociées par l'équipe d'inspection avec l'État partie inspecté.

Prélèvement, manipulation et analyse des échantillons

97. Sous réserve des dispositions des paragraphes 86 à 96 et 98 à 100, l'équipe d'inspection a le droit de prélever dans la zone d'inspection des échantillons appropriés et de les sortir de la zone.

98. Chaque fois que possible, l'équipe d'inspection analyse les échantillons sur place. Des représentants de l'État partie inspecté ont le droit d'être présents lorsque des échantillons sont analysés sur place. À la demande de l'équipe d'inspection, l'État partie inspecté fournit, suivant les procédures convenues, une assistance pour l'analyse des échantillons sur place. L'équipe d'inspection a le droit d'envoyer des échantillons aux fins d'analyse hors site à des laboratoires désignés par l'Organisation uniquement si elle démontre que l'analyse requise ne peut pas être effectuée sur place.

99. L'État partie inspecté a le droit de conserver une partie de tous les échantillons prélevés quand ces échantillons sont analysés et peut prendre des doubles des échantillons.

100. L'État partie inspecté a le droit de demander que tout échantillon ou partie d'échantillon non utilisé lui soit restitué.

101. Les laboratoires désignés effectuent l'analyse chimique et physique des échantillons envoyés hors site pour analyse. Les modalités de cette analyse sont détaillées dans le Manuel opérationnel pour les inspections sur place.

102. Le Directeur général est responsable au premier chef de la sécurité, de l'intégrité et de la conservation des échantillons. Il lui incombe aussi de veiller à ce que soit protégée la confidentialité des échantillons envoyés hors du site pour analyse. À cet égard, le Directeur général se conforme aux procédures incorporées dans le Manuel opérationnel pour les ins-

ersucht. Weist das Inspektionsteam zu irgendeinem Zeitpunkt dem inspizierten Vertragsstaat glaubhaft nach, daß die in dem Auftrag genehmigten notwendigen Tätigkeiten nicht von außen vorgenommen werden können und daß der Zugang zu einem solchen Bereich zur Erfüllung des Auftrags notwendig ist, so muß einigen Mitgliedern des Inspektionsteams Zugang gewährt werden, damit sie bestimmte Aufgaben innerhalb des Bereichs wahrnehmen können. Der inspizierte Vertragsstaat hat das Recht, sicherheitsempfindliche Ausrüstung, Gegenstände und Material, die mit dem Zweck der Inspektion nicht in Zusammenhang stehen, abzudecken oder sonst zu schützen. Die Anzahl der Inspektoren ist auf das zur Erfüllung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Inspektion notwendige Mindestmaß zu beschränken. Die Einzelheiten für den Zugang müssen zwischen dem Inspektionsteam und dem inspizierten Vertragsstaat ausgehandelt werden.

Entnahme, Behandlung, und Analyse von Proben

(97) Vorbehaltlich der Absätze 86 bis 96 und 98 bis 100 hat das Inspektionsteam das Recht, zweckdienliche Proben zu entnehmen und aus dem Inspektionsgebiet zu entfernen.

(98) Sooft wie möglich analysiert das Inspektionsteam Proben vor Ort. Vertreter des inspizierten Vertragsstaats haben das Recht, zugegen zu sein, wenn die Proben vor Ort analysiert werden. Auf Ersuchen des Inspektionsteams hilft der inspizierte Vertragsstaat im Einklang mit vereinbarten Verfahren bei der Analyse der Proben vor Ort. Das Inspektionsteam hat das Recht, Proben zur Analyse in von der Organisation festgelegte Laboratorien außerhalb des Inspektionsgebiets nur dann weiterzugeben, wenn es nachweist, daß die erforderliche Probenanalyse nicht vor Ort durchgeführt werden kann.

(99) Der inspizierte Vertragsstaat hat das Recht, einen Teil aller entnommenen Proben zurückzubehalten, wenn die Proben analysiert werden, und kann ein Doppel der Proben entnehmen.

(100) Der inspizierte Vertragsstaat hat das Recht, darum zu ersuchen, daß ihm alle nicht gebrauchten Proben oder Teile davon zurückgegeben werden.

(101) Die festgelegten Laboratorien nehmen chemische und physikalische Analysen der zur Analyse außerhalb des Inspektionsgebiets verbrachten Proben vor. Einzelheiten dieser Analysen werden im Arbeitshandbuch für Inspektionen vor Ort ausgearbeitet.

(102) Der Generaldirektor trägt die Hauptverantwortung für die Sicherheit, Vollständigkeit und Erhaltung der Proben sowie für die Vertraulichkeit der zur Analyse außerhalb des Inspektionsgebiets verbrachten Proben. Der Generaldirektor richtet sich hierbei nach den Verfahren, die im Arbeitshandbuch für Inspektionen vor Ort enthalten sind. In jedem Fall obliegt es dem

any case:

- (a) Establish a stringent regime governing the collection, handling, transport and analysis of samples;
- (b) Certify the laboratories designated to perform different types of analysis;
- (c) Oversee the standardization of equipment and procedures at these designated laboratories and of mobile analytical equipment and procedures;
- (d) Monitor quality control and overall standards in relation to the certification of these laboratories and in relation to mobile equipment and procedures; and
- (e) Select from among the designated laboratories those which shall perform analytical or other functions in relation to specific investigations.

103. When off-site analysis is to be performed, samples shall be analysed in at least two designated laboratories. The Technical Secretariat shall ensure the expeditious processing of the analysis. The samples shall be accounted for by the Technical Secretariat and any unused samples or portions thereof shall be returned to the Technical Secretariat.

104. The Technical Secretariat shall compile the results of the laboratory analysis of samples relevant to the purpose of the inspection. Pursuant to Article IV, paragraph 63, the Director-General shall transmit any such results promptly to the inspected State Party for comments and thereafter to the Executive Council and to all other States Parties and shall include detailed information concerning the equipment and methodology employed by the designated laboratories.

Conduct of Inspections in Areas beyond the Jurisdiction or Control of any State

105. In case of an on-site inspection in an area beyond the jurisdiction or control of any State, the Director-General shall consult with the appropriate States Parties and agree on any transit or basing points to facilitate a speedy arrival of the inspection team in the inspection area.

106. The States Parties on whose territory transit or basing points are located shall, as far as possible, assist in facilitating the inspection, including transporting the inspection team, its baggage and equipment to the inspection area, as well as providing the relevant amenities specified in paragraph 11. The Organization shall reim-

pections sur place. Il lui revient en tout état de cause:

- a) D'établir un régime rigoureux concernant le prélèvement, la manipulation, le transport et l'analyse des échantillons;
- b) D'homologuer les laboratoires désignés pour effectuer les divers types d'analyse;
- c) De superviser la normalisation du matériel et des méthodes employées dans les laboratoires désignés, ainsi que du matériel d'analyse mobile et des méthodes employées en liaison avec ce matériel mobile;
- d) De suivre le contrôle de la qualité et l'application générale des normes en ce qui concerne l'homologation de ces laboratoires et en ce qui concerne le matériel mobile et les méthodes employées;
- e) De choisir parmi les laboratoires désignés ceux qui sont appelés à effectuer des analyses ou d'autres tâches liées à des investigations déterminées.

103. Quand une analyse doit être effectuée hors site, les échantillons doivent être analysés dans au moins deux laboratoires désignés. Il incombe au Secrétariat technique de veiller à ce que les analyses soient effectuées rapidement. Les échantillons doivent être comptabilisés par le Secrétariat technique et tout échantillon ou partie d'échantillon non utilisé doit être renvoyé au Secrétariat technique.

104. Le Secrétariat technique rassemble les résultats des analyses d'échantillons ayant un rapport avec le but de l'inspection. Conformément au paragraphe 63 de l'article IV, le Directeur général transmet rapidement ces résultats à l'État partie inspecté pour que celui-ci formule des observations, puis au Conseil exécutif et à tous les autres États parties en fournissant des données détaillées sur le matériel et les méthodes employés par les laboratoires désignés qui ont fait ces analyses.

Conduite d'inspections dans des zones qui ne sont placées sous la juridiction ou le contrôle d'aucun État

105. Lorsque l'inspection doit avoir lieu dans une zone qui n'est placée sous la juridiction ou le contrôle d'aucun État, le Directeur général procède à des consultations avec les États parties voulus pour convenir de tous points de passage et bases qui permettent à l'équipe d'inspection d'arriver rapidement dans la zone d'inspection.

106. Les États parties sur le territoire desquels sont situés les points de passage et les bases apportent autant que possible leur concours pour faciliter l'inspection, notamment en acheminant l'équipe d'inspection, ses bagages et son matériel jusqu'à la zone d'inspection et en offrant les facilités voulues, visées au paragraphe 11.

Generaldirektor,

- a) ein strenges System für die Entnahme, Behandlung, Beförderung und Analyse der Proben aufzustellen;
- b) die Laboratorien anzuerkennen, die zur Durchführung der verschiedenen Arten von Analysen festgelegt sind;
- c) die Standardisierung der Ausrüstung und Verfahren in diesen festgelegten Laboratorien und der mobilen Analyse-ausrüstungen und -verfahren zu überwachen;
- d) die Qualitätskontrolle und die allgemeinen Normen im Zusammenhang mit der Anerkennung dieser Laboratorien und mit der mobilen Ausrüstung und entsprechenden Verfahren zu überwachen;
- e) unter den festgelegten Laboratorien diejenigen auszuwählen, die analytische oder sonstige Aufgaben im Zusammenhang mit speziellen Untersuchungen vornehmen.

(103) Soll eine Analyse außerhalb des Inspektionsgebiets vorgenommen werden, so werden die Proben in mindestens zwei festgelegten Laboratorien analysiert. Das Technische Sekretariat sorgt für die zügige Durchführung der Analyse. Das Technische Sekretariat legt über den Verbleib der Proben Rechenschaft ab; jede nicht gebrauchte Probe oder Teile davon werden dem Technischen Sekretariat zurückgegeben.

(104) Das Technische Sekretariat sammelt die Ergebnisse der im Laboratorium vorgenommenen Analysen derjenigen Proben, die für den Zweck der Inspektion maßgeblich sind. Nach Artikel IV Absatz 63 übermittelt der Generaldirektor diese Ergebnisse umgehend dem inspeziierten Vertragsstaat, der sich dazu äußern kann, und danach dem Exekutivrat und allen anderen Vertragsstaaten; er fügt ausführliche Informationen über die von den festgelegten Laboratorien benutzten Ausrüstungen und Methoden hinzu.

Durchführung von Inspektionen in Gebieten außerhalb der Hoheitsgewalt oder Kontrolle eines Staates

(105) Bei einer Inspektion vor Ort in einem Gebiet außerhalb der Hoheitsgewalt eines Staates konsultiert der Generaldirektor mit den entsprechenden Vertragsstaaten und vereinbart mit ihnen Durchgangs- oder Basispunkte zur Erleichterung des schnellen Eintreffens des Inspektionsteams im Inspektionsgebiet.

(106) Die Vertragsstaaten, in deren Hoheitsgebiet sich die Durchgangs- oder Basispunkte befinden, helfen soweit möglich bei der Erleichterung der Inspektion, darunter die Beförderung des Inspektionsteams, seines Gepäcks und seiner Ausrüstung in das Inspektionsgebiet, und sie veranlassen das Notwendige nach Ab-

burse assisting States Parties for all costs incurred.

107. Subject to the approval of the Executive Council, the Director-General may negotiate standing arrangements with States Parties to facilitate assistance in the event of an on-site inspection in an area beyond the jurisdiction or control of any State.

108. In cases where one or more States Parties have conducted an investigation of an ambiguous event in an area beyond the jurisdiction or control of any State before a request is made for an on-site inspection in that area, any results of such investigation may be taken into account by the Executive Council in its deliberations pursuant to Article IV.

Post-Inspection Procedures

109. Upon conclusion of the inspection, the inspection team shall meet with the representative of the inspected State Party to review the preliminary findings of the inspection team and to clarify any ambiguities. The inspection team shall provide the representative of the inspected State Party with its preliminary findings in written form according to a standardized format, together with a list of any samples and other material taken from the inspection area pursuant to paragraph 98. The document shall be signed by the head of the inspection team. In order to indicate that he or she has taken notice of the contents of the document, the representative of the inspected State Party shall countersign the document. The meeting shall be completed no later than 24 hours after the conclusion of the inspection.

Departure

110. Upon completion of the post-inspection procedures, the inspection team and the observer shall leave, as soon as possible, the territory of the inspected State Party. The inspected State Party shall do everything in its power to provide assistance and to ensure the safe conduct of the inspection team, equipment and baggage to the point of exit. Unless agreed otherwise by the inspected State Party and the inspection team, the point of exit used shall be the same as the point of entry.

Part III

Confidence-Building Measures

1. Pursuant to Article IV, paragraph 68, each State Party shall, on a voluntary basis, provide the Technical Secretariat with notification of any chemical explosion using 300 tonnes or greater of TNT-equivalent blasting material detonated as a single

L'Organisation rembourse aux États parties qui ont prêté leur concours tous les frais encourus par eux.

107. Sous réserve de l'approbation du Conseil exécutif, le Directeur général peut négocier des arrangements permanents avec les États parties de manière à faciliter la fourniture d'une assistance dans le cas d'une inspection sur place dans une zone qui n'est placée sous la juridiction ou le contrôle d'aucun État.

108. Si un ou plusieurs États parties ont mené des investigations sur un événement ambigu dans une zone qui n'est placée sous la juridiction ou le contrôle d'aucun État avant qu'une demande d'inspection dans ladite zone n'ait été présentée, le Conseil exécutif peut tenir compte de tous résultats de leurs investigations aux fins de ses délibérations, conformément à l'article IV.

Procédure à suivre à l'issue de l'inspection

109. Au terme d'une inspection, l'équipe d'inspection se réunit avec le représentant de l'État partie inspecté pour passer en revue les résultats préliminaires obtenus par l'équipe et lever d'éventuelles ambiguïtés. L'équipe d'inspection communique par écrit au représentant de l'État partie inspecté les résultats préliminaires qu'elle a obtenus, en se conformant à un modèle de présentation donné; elle lui fournit aussi une liste de tous échantillons prélevés et autres éléments retirés de la zone d'inspection conformément au paragraphe 98. Ce document est signé par le chef de l'équipe d'inspection. Le représentant de l'État partie inspecté le contresigne pour indiquer qu'il a pris note de son contenu. La réunion s'achève au plus tard 24 heures après la fin de l'inspection.

Départ

110. Une fois achevée la procédure suivie à l'issue de l'inspection, l'équipe d'inspection et l'observateur quittent le territoire de l'État partie inspecté dès que faire se peut. L'État partie inspecté fait tout ce qui est en son pouvoir pour prêter assistance à l'équipe d'inspection et pour assurer la sécurité du transport de celle-ci, du matériel et des bagages au point de sortie. Sauf accord contraire entre l'État partie inspecté et l'équipe d'inspection, le point utilisé pour la sortie est celui qui a été utilisé pour l'entrée.

Troisième partie

Mesures de confiance

1. En application du paragraphe 68 de l'article IV, chaque État partie notifie librement au Secrétariat technique toute explosion chimique utilisant 300 tonnes d'explosif ou plus, en équivalent TNT, effectuée en un tir unique, qui serait réali-

satz 11. Die Organisation erstattet den helfenden Vertragsstaaten alle entstandenen Kosten.

(107) Vorbehaltlich der Genehmigung durch den Exekutivrat, kann der Generaldirektor mit den Vertragsstaaten ständige Regelungen treffen, um die Hilfe im Fall einer Inspektion vor Ort in einem Gebiet außerhalb der Hoheitsgewalt oder Kontrolle eines Staates zu erleichtern.

(108) Haben ein oder mehrere Vertragsstaaten ein verdächtiges Ereignis in einem Gebiet außerhalb der Hoheitsgewalt oder Kontrolle eines Staates untersucht, bevor um eine Inspektion vor Ort in dem betreffenden Gebiet ersucht wurde, so kann der Exekutivrat alle Ergebnisse dieser Untersuchung in seine Ausführungen nach Artikel IV einbeziehen.

Verfahren im Anschluß an die Inspektion

(109) Sobald die Inspektion beendet ist, kommt das Inspektionsteam mit dem Vertreter des inspezierten Vertragsstaats zusammen, um die vorläufigen Feststellungen des Inspektionsteams zu überprüfen und Zweifelsfragen zu klären. Das Inspektionsteam übermittelt dem inspezierten Vertragsstaat seine vorläufigen Feststellungen in schriftlicher Form nach einem einheitlichen Muster; es legt ihm auch eine Liste der Proben und des sonstigen Materials vor, die nach Absatz 98 aus dem Inspektionsgebiet entnommen wurden. Dieses Schriftstück wird vom Leiter des Inspektionsteams unterschrieben. Es wird von dem Vertreter des inspezierten Vertragsstaats gegengezeichnet, um deutlich zu machen, daß er von dem Inhalt des Schriftstücks Kenntnis genommen hat. Die Zusammenkunft endet spätestens 24 Stunden nach Beendigung der Inspektion.

Abreise

(110) Nach Abschluß der Verfahren im Anschluß an die Inspektion verlassen das Inspektionsteam und der Beobachter das Hoheitsgebiet des inspezierten Vertragsstaats so bald wie möglich. Der inspezierte Vertragsstaat bemüht sich nach Kräften, Hilfe zu leisten und für das sichere Geleit des Inspektionsteams, seiner Ausrüstung und seines Gepäcks zum Punkt der Ausreise zu sorgen. Sofern zwischen dem inspezierten Vertragsstaat und dem Inspektionsteam nichts anderes vereinbart wird, ist der Punkt der Ausreise derselbe wie der Punkt der Einreise.

Teil III

Vertrauensbildende Maßnahmen

(1) Nach Artikel IV Absatz 68 notifiziert jeder Vertragsstaat dem Technischen Sekretariat auf freiwilliger Grundlage jede chemische Explosion in seinem Hoheitsgebiet oder an einem anderen Ort unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle, bei

explosion anywhere on its territory, or at any place under its jurisdiction or control. If possible, such notification shall be provided in advance. Such notification shall include details on location, time, quantity and type of explosive used, as well as on the configuration and intended purpose of the blast.

2. Each State Party shall, on a voluntary basis, as soon as possible after the entry into force of this Treaty provide to the Technical Secretariat, and at annual intervals thereafter update, information related to its national use of all other chemical explosions greater than 300 tonnes TNT-equivalent. In particular, the State Party shall seek to advise:

- (a) The geographic locations of sites where the explosions originate;
- (b) The nature of activities producing them and the general profile and frequency of such explosions;
- (c) Any other relevant detail, if available; and

to assist the Technical Secretariat in clarifying the origins of any such event detected by the International Monitoring System.

3. A State Party may, on a voluntary and mutually acceptable basis, invite representatives of the Technical Secretariat or of other States Parties to visit sites within its territory referred to in paragraphs 1 and 2.

4. For the purpose of calibrating the International Monitoring System, States Parties may liaise with the Technical Secretariat to carry out chemical calibration explosions or to provide relevant information on chemical explosions planned for other purposes.

sée en quelque endroit de son territoire ou en un lieu placé sous sa juridiction ou son contrôle. Notification en est donnée à l'avance, si possible. L'État partie fournit à ce titre des précisions sur le lieu, l'heure et la date du tir, sur la quantité et le type d'explosif utilisés, ainsi que sur la configuration du tir et le but dans lequel celui-ci est censé être ou avoir été effectué.

2. Chaque État partie fournit librement au Secrétariat technique, aussi tôt que possible après l'entrée en vigueur du Traité, des renseignements concernant toutes les autres explosions chimiques utilisant plus de 300 tonnes d'équivalent TNT, qui sont normalement effectuées sur le plan national, cette première communication étant suivie de mises à jour annuelles. En particulier, l'État partie s'efforce de lui faire tenir les renseignements suivants:

- a) Les coordonnées géographiques des sites dans lesquels les tirs ont lieu;
- b) La nature des activités dans le cadre desquelles les tirs sont effectués ainsi que le profil général et la fréquence de ces tirs;
- c) Tout autre élément d'information pertinent dont il disposerait;

Il s'efforce aussi d'aider le Secrétariat technique à élucider l'origine de tout événement de cette nature qui serait détecté par le Système de surveillance international.

3. L'État partie peut inviter librement et suivant des modalités mutuellement acceptables des représentants du Secrétariat technique ou d'autres États parties à visiter les sites visés aux paragraphes 1 et 2 qui se trouvent sur son territoire.

4. Aux fins de l'étalonnage du Système de surveillance international, les États parties peuvent se mettre en rapport avec le Secrétariat technique afin de réaliser des explosions chimiques d'étalonnage ou de fournir des renseignements pertinents sur les explosions chimiques répondant à un autre objectif.

der 300 Tonnen TNT-Äquivalent oder mehr Sprengstoff auf einmal eingesetzt werden. Nach Möglichkeit erfolgt die Notifikation im voraus. Sie enthält Einzelheiten über Ort, Zeitpunkt, Menge und Art des verwendeten Sprengstoffs sowie über die Ausführung und den Zweck der Explosion.

(2) Jeder Staat übermittelt dem Technischen Sekretariat auf freiwilliger Grundlage so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieses Vertrags Informationen über den nationalen Einsatz aller sonstigen chemischen Explosionen von mehr als 300 Tonnen TNT-Äquivalent und aktualisiert diese Informationen danach einmal im Jahr. Insbesondere gibt der Vertragsstaat über folgendes Auskunft:

- a) die geographische Lage der Bereiche, in denen die Explosionen stattfinden;
- b) die Art der Tätigkeiten, durch die sie erzeugt werden, sowie das allgemeine Profil und die Häufigkeit solcher Explosionen;
- c) alle anderen zweckdienlichen Einzelheiten, falls verfügbar;

damit unterstützt er das Technische Sekretariat bei der Feststellung des Ursprungs einer Explosion, die vom Internationalen Überwachungssystem entdeckt wurde.

(3) Ein Vertragsstaat kann auf freiwilliger und auf gegenseitig anerkannter Grundlage Vertreter des Technischen Sekretariats oder anderer Vertragsstaaten einladen, die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Bereiche in seinem Hoheitsgebiet zu besuchen.

(4) Zum Zweck der Kalibrierung des Internationalen Überwachungssystems können die Vertragsstaaten mit dem Technischen Sekretariat in Verbindung treten, um chemische Kalibrierexplosionen vorzunehmen oder zweckdienliche Informationen über chemische Explosionen, die für andere Zwecke geplant sind, zu beschaffen.

Annex 1 to the Protocol
List of Seismological Stations Comprising the Primary Network

Table 1-A

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude	Type
1	Argentina	PLCA Paso Flores	40.7 S	70.6 W	3-C
2	Australia	WRA Warramunga, NT	19.9 S	134.3 E	array
3	Australia	ASAR Alice Springs, NT	23.7 S	133.9 E	array
4	Australia	STKA Stephens Creek, SA	31.9 S	141.6 E	3-C
5	Australia	MAW Mawson, Antarctica	67.6 S	62.9 E	3-C
6	Bolivia	LPAZ La Paz	16.3 S	68.1 W	3-C
7	Brazil	BDFB Brasilia	15.6 S	48.0 W	3-C
8	Canada	ULMC Lac du Bonnet, Man.	50.2 N	95.9 W	3-C
9	Canada	YKAC Yellowknife, N.W.T.	62.5 N	114.6 W	array
10	Canada	SCH Schefferville, Quebec	54.8 N	66.8 W	3-C
11	Central African Republic	BGCA Bangui	05.2 N	18.4 E	3-C
12	China	HAI Hailar	49.3 N	119.7 E	3-C > array
13	China	LZH Lanzhou	36.1 N	103.8 E	3-C > array
14	Colombia	XSA El Rosal	04.9 N	74.3 W	3-C
15	Côte d'Ivoire	DBIC Dibbroko	06.7 N	04.9 W	3-C
16	Egypt	LXEG Luxor	26.0 N	33.0 E	array
17	Finland	FINES Lahti	61.4 N	26.1 E	array
18	France	PPT Tahiti	17.6 S	149.6 W	3-C
19	Germany	GEC2 Freyung	48.9 N	13.7 E	array
20	To be determined				
21	Iran (Islamic Republic of)	THR Tehran	35.8 N	51.4 E	3-C
22	Japan	MJAR Matsushiro	36.5 N	138.2 E	array
23	Kazakhstan	MAK Makanchi	46.8 N	82.0 E	array
24	Kenya	KMBO Kilimambogo	01.1 S	37.2 E	3-C
25	Mongolia	JAVM Javhlant	48.0 N	106.8 E	3-C > array

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude	Type
26	Niger	New Site	to be determined		3-C > array
27	Norway	NAO Hamar	60.8 N	10.8 E	array
28	Norway	ARAO Karasjok	69.5 N	25.5 E	array
29	Pakistan	PRPK Parl	33.7 N	73.3 E	array
30	Paraguay	CPUP Villa Florida	26.3 S	57.3 W	3-C
31	Republic of Korea	KSRS Wonju	37.5 N	127.9 E	array
32	Russian Federation	KBZ Khabaz	43.7 N	42.9 E	3-C
33	Russian Federation	ZAL Zalesovo	53.9 N	84.8 E	3-C > array
34	Russian Federation	NRI Norilsk	69.0 N	88.0 E	3-C
35	Russian Federation	PDY Peleduy	59.6 N	112.6 E	3-C > array
36	Russian Federation	PET Petropavlovsk-Kamchatskiy	53.1 N	157.8 E	3-C > array
37	Russian Federation	USK Ussuriysk	44.2 N	132.0 E	3-C > array
38	Saudi Arabia	New Site	to be determined		array
39	South Africa	BOSA Boshof	28.6 S	25.6 E	3-C
40	Spain	ESDC Sonseca	39.7 N	04.0 W	array
41	Thailand	CMTO Chiang Mai	18.8 N	99.0 E	array
42	Tunisia	THA Thala	35.6 N	08.7 E	3-C
43	Turkey	BRTR Belbashi The array is subject to relocation at Keskin	39.9 N	32.8 E	array
44	Turkmenistan	GEYT Ailbeck	37.9 N	58.1 E	array
45	Ukraine	AKASG Malin	50.4 N	29.1 E	array
46	United States of America	LJTX Lajitas, TX	29.3 N	103.7 W	array
47	United States of America	MNV Mina, NV	38.4 N	118.2 W	array
48	United States of America	PIWY Pinedale, WY	42.8 N	109.6 W	array
49	United States of America	ELAK Eielson, AK	64.8 N	146.9 W	array
50	United States of America	VNDA Vanda, Antarctica	77.5 S	161.9 E	3-C

Key: 3-C > array: Indicates that the site could start operations in the International Monitoring System as a three-component station and be upgraded to an array at a later time.

List of Seismological Stations Comprising the Auxiliary Network

Table 1-B

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude	Type
1	Argentina	CFA Coronel Fontana	31.6 S	68.2 W	3-C
2	Argentina	USHA Ushuaia	55.0 S	68.0 W	3-C
3	Armenia	GNI Garni	40.1 N	44.7 E	3-C
4	Australia	CTA Charters Towers, QLD	20.1 S	146.3 E	3-C
5	Australia	FITZ Fitzroy Crossing, WA	18.1 S	125.6 E	3-C
6	Australia	NWAO Narrogin, WA	32.9 S	117.2 E	3-C
7	Bangladesh	CHT Chittagong	22.4 N	91.8 E	3-C
8	Bolivia	SIV San Ignacio	16.0 S	61.1 W	3-C
9	Botswana	LBTB Lobatse	25.0 S	25.6 E	3-C
10	Brazil	PTGA Pitinga	0.7 S	60.0 W	3-C
11	Brazil	RGNB Rio Grande do Norte	6.9 S	37.0 W	3-C
12	Canada	FRB Iqaluit, N.W.T.	63.7 N	68.5 W	3-C
13	Canada	DLBC Dease Lake, B.C.	58.4 N	130.0 W	3-C
14	Canada	SADO Sadowa, Ont.	44.8 N	79.1 W	3-C
15	Canada	BBB Bella Bella, B.C.	52.2 N	128.1 W	3-C
16	Canada	MBC Mould Bay, N.W.T.	76.2 N	119.4 W	3-C
17	Canada	INK Inuvik, N.W.T.	68.3 N	133.5 W	3-C
18	Chile	RPN Easter Island	27.2 S	109.4 W	3-C
19	Chile	LVC Limon Verde	22.6 S	68.9 W	3-C
20	China	BJT Baijiatuan	40.0 N	116.2 E	3-C
21	China	KMI Kunming	25.2 N	102.8 E	3-C
22	China	SSE Sheshan	31.1 N	121.2 E	3-C
23	China	XAN Xi'an	34.0 N	108.9 E	3-C
24	Cook Islands	RAR Rarotonga	21.2 S	159.8 W	3-C
25	Costa Rica	JTS Las Juntas de Abangares	10.3 N	85.0 W	3-C

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude	Type
26	Czech Republic	VRAC Vranov	49.3 N	16.6 E	3-C
27	Denmark	SFJ Søndre Strømfjord, Greenland	67.0 N	50.6 W	3-C
28	Djibouti	ATD Arta Tunnel	11.5 N	42.9 E	3-C
29	Egypt	KEG Kottamya	29.9 N	31.8 E	3-C
30	Ethiopia	FURI Furi	8.9 N	38.7 E	3-C
31	Fiji	MSVF Monasavu, Viti Levu	17.8 S	178.1 E	3-C
32	France	NOUC Port Laguerre, New Caledonia	22.1 S	166.3 E	3-C
33	France	KOG Kourou, French Guiana	5.2 N	52.7 W	3-C
34	Gabon	BAMB Bambay	1.7 S	13.6 E	3-C
35	Germany/South Africa	— SANAE Station, Antarctica	71.7 S	2.9 W	3-C
36	Greece	IDI Anogia, Crete	35.3 N	24.9 E	3-C
37	Guatemala	RDG Rabir	15.0 N	90.5 W	3-C
38	Iceland	BORG Borgarnes	64.8 N	21.3 W	3-C
39	To be determined				
40	Indonesia	PACI Cibinong, Jawa Barat	6.5 S	107.0 E	3-C
41	Indonesia	JAY Jayapura, Irian Jaya	2.5 S	140.7 E	3-C
42	Indonesia	SWI Sorong, Irian Jaya	0.9 S	131.3 E	3-C
43	Indonesia	PSI Parapat, Sumatera	2.7 N	98.9 E	3-C
44	Indonesia	KAPI Kappang, Sulawesi Selatan	5.0 S	119.8 E	3-C
45	Indonesia	KUG Kupang, Nusa Tenggara Timur	10.2 S	123.6 E	3-C
46	Iran (Islamic Republic of)	KRM Kerman	30.3 N	57.1 E	3-C
47	Iran (Islamic Republic of)	MSN Masjed-e-Soleyman	31.9 N	49.3 E	3-C
48	Israel	MBH Eilat	29.8 N	34.9 E	3-C
49	Israel	PARD Parod	32.6 N	35.3 E	array
50	Italy	ENAS Enna, Sicily	37.5 N	14.3 E	3-C
51	Japan	JNU Ohita, Kyushu	33.1 N	130.9 E	3-C
52	Japan	JOW Kunigami, Okinawa	26.8 N	128.3 E	3-C
53	Japan	JHJ Hachijojima, Izu Islands	33.1 N	139.8 E	3-C

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude	Type
54	Japan	JKA Kamikawa-asahi, Hokkaido	44.1 N	142.6 E	3-C
55	Japan	JCJ Chichijima, Ogasawara	27.1 N	142.2 E	3-C
56	Jordan	- Ashqof	32.5 N	37.6 E	3-C
57	Kazakstan	BRVK Borovoye	53.1 N	70.3 E	array
58	Kazakstan	KURK Kurchatov	50.7 N	78.6 E	array
59	Kazakstan	AKTO Aktyubinsk	50.4 N	58.0 E	3-C
60	Kyrgyzstan	AAK Aia-Archa	42.6 N	74.5 E	3-C
61	Madagascar	TAN Antananarivo	18.9 S	47.6 E	3-C
62	Mali	KOWA Kowa	14.5 N	4.0 W	3-C
63	Mexico	TEYM Tepich, Yucatan	20.2 N	88.3 W	3-C
64	Mexico	TUVM Tuzandepeti, Veracruz	18.0 N	94.4 W	3-C
65	Mexico	LPBM La Paz, Baja California Sur	24.2 N	110.2 W	3-C
66	Morocco	MDT Midelt	32.8 N	4.6 W	3-C
67	Namibia	TSUM Tsumeb	19.1 S	17.4 E	3-C
68	Nepal	EVN Everest	28.0 N	86.8 E	3-C
69	New Zealand	EWZ Erewhon, South Island	43.5 S	170.9 E	3-C
70	New Zealand	RAO Raoul Island	29.2 S	177.9 W	3-C
71	New Zealand	URZ Urewera, North Island	38.3 S	177.1 E	3-C
72	Norway	SPITS Spitsbergen	78.2 N	16.4 E	array
73	Norway	JMI Jan Mayen	70.9 N	8.7 W	3-C
74	Oman	WSAR Wadi Sarin	23.0 N	58.0 E	3-C
75	Papua New Guinea	PMG Port Moresby	9.4 S	147.2 E	3-C
76	Papua New Guinea	BIAL Bialla	5.3 S	151.1 E	3-C
77	Peru	CAJP Cajamarca	7.0 S	78.0 W	3-C
78	Peru	NNA Nana	12.0 S	76.8 W	3-C
79	Philippines	DAV Davao, Mindanao	7.1 N	125.6 E	3-C
80	Philippines	TGY Tagaytay, Luzon	14.1 N	120.9 E	3-C

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude	Type
81	Romania	MLR Muntele Rosu	45.5 N	25.9 E	3-C
82	Russian Federation	KIRV Kirov	58.6 N	49.4 E	3-C
83	Russian Federation	KIVO Kislovodsk	44.0 N	42.7 E	array
84	Russian Federation	OBN Obrninsk	55.1 N	36.6 E	3-C
85	Russian Federation	ARU Arti	56.4 N	58.6 E	3-C
86	Russian Federation	SEY Seymchan	62.9 N	152.4 E	3-C
87	Russian Federation	TLY Talaya	51.7 N	103.6 E	3-C
88	Russian Federation	YAK Yakutsk	62.0 N	129.7 E	3-C
89	Russian Federation	URG Urgal	51.1 N	132.3 E	3-C
90	Russian Federation	BIL Bilibino	68.0 N	166.4 E	3-C
91	Russian Federation	TIXI Tiksi	71.6 N	128.9 E	3-C
92	Russian Federation	YSS Yuzhno-Sakhalinsk	47.0 N	142.8 E	3-C
93	Russian Federation	MA2 Magadan	59.6 N	150.8 E	3-C
94	Russian Federation	ZIL Zilim	53.9 N	57.0 E	3-C
95	Samoa	AFI Afiamalu	13.9 S	171.8 W	3-C
96	Saudi Arabia	RAYN Ar Rayn	23.6 N	45.6 E	3-C
97	Senegal	MBO Mbour	14.4 N	17.0 W	3-C
98	Solomon Islands	HNR Honiara, Guadalcanal	9.4 S	160.0 E	3-C
99	South Africa	SUR Sutherland	32.4 S	20.8 E	3-C
100	Sri Lanka	COC Colombo	6.9 N	79.9 E	3-C
101	Sweden	HFS Hagfors	60.1 N	13.7 E	array
102	Switzerland	DAVOS Davos	46.8 N	9.8 E	3-C
103	Uganda	MBRU Mbarara	0.4 S	30.4 E	3-C
104	United Kingdom	EKA Eskdalemuir	55.3 N	3.2 W	array
105	United States of America	GUMO Guam, Marianas Islands	13.6 N	144.9 E	3-C
106	United States of America	PMSA Palmer Station, Antarctica	64.8 S	64.1 W	3-C
107	United States of America	TKL Tuckaleechee Caverns, TN	35.7 N	83.8 W	3-C

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude	Type
108	United States of America	PFGA Pifon Flat, CA	33.6 N	116.5 W	3-C
109	United States of America	YBH Yreka, CA	41.7 N	122.7 W	3-C
110	United States of America	KDC Kodiak Island, AK	57.8 N	152.5 W	3-C
111	United States of America	ALQ Albuquerque, NM	35.0 N	106.5 W	3-C
112	United States of America	ATTU Attu Island, AK	52.8 N	172.7 E	3-C
113	United States of America	ELK Elko, NV	40.7 N	115.2 W	3-C
114	United States of America	SPA South Pole, Antarctica	90.0 S	–	3-C
115	United States of America	NEW Newport, WA	48.3 N	117.1 W	3-C
116	United States of America	SJG San Juan, PR	18.1 N	66.2 W	3-C
117	Venezuela	SDV Santo Domingo	8.9 N	70.6 W	3-C
118	Venezuela	PCRV Puerto la Cruz	10.2 N	64.6 W	3-C
119	Zambia	LSZ Lusaka	15.3 S	28.2 E	3-C
120	Zimbabwe	BUL Bulawayo	to be advised		3-C

List of Radionuclide Stations

Table 2-A

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude
1	Argentina	Buenos Aires	34.0 S	58.0 W
2	Argentina	Salta	24.0 S	65.0 W
3	Argentina	Bariloche	41.1 S	71.3 W
4	Australia	Melbourne, VIC	37.5 S	144.6 E
5	Australia	Mawson, Antarctica	67.6 S	62.5 E
6	Australia	Townsville, QLD	19.2 S	146.8 E
7	Australia	Macquarie Island	54.0 S	159.0 E
8	Australia	Cocos Islands	12.0 S	97.0 E
9	Australia	Darwin, NT	12.4 S	130.7 E
10	Australia	Perth, WA	31.9 S	116.0 E
11	Brazil	Rio de Janeiro	22.5 S	43.1 W
12	Brazil	Recife	8.0 S	35.0 W
13	Cameroon	Douala	4.2 N	9.9 E
14	Canada	Vancouver, B.C.	49.3 N	123.2 W
15	Canada	Resolute, N.W.T.	74.7 N	94.9 W
16	Canada	Yellowknife, N.W.T.	62.5 N	114.5 W
17	Canada	St. John's, N.L.	47.0 N	53.0 W

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude
18	Chile	Punta Arenas	53.1 S	70.6 W
19	Chile	Hanga Roa, Easter Island	27.1 S	108.4 W
20	China	Beijing	39.8 N	116.2 E
21	China	Lanzhou	35.8 N	103.3 E
22	China	Guangzhou	23.0 N	113.3 E
23	Cook Islands	Rarotonga	21.2 S	159.8 W
24	Ecuador	Isla San Cristóbal, Galápagos Islands	1.0 S	89.2 W
25	Ethiopia	Filtu	5.5 N	42.7 E
26	Fiji	Nadi	18.0 S	177.5 E
27	France	Papeete, Tahiti	17.0 S	150.0 W
28	France	Pointe-à-Pitre, Guadeloupe	17.0 N	62.0 W
29	France	Réunion	21.1 S	55.6 E
30	France	Port-aux-Français, Kerguelen	49.0 S	70.0 E
31	France	Cayenne, French Guiana	5.0 N	52.0 W
32	France	Dumont d'Urville, Antarctica	66.0 S	140.0 E
33	Germany	Schauinsland/Freiburg	47.9 N	7.9 E
34	Iceland	Reykjavik	64.4 N	21.9 W
35	To be determined			
36	Iran (Islamic Republic of)	Tehran	35.0 N	52.0 E
37	Japan	Okinawa	26.5 N	127.9 E
38	Japan	Takasaki, Gunma	36.3 N	139.0 E
39	Kiribati	Kiritimati	2.0 N	157.0 W
40	Kuwait	Kuwait City	29.0 N	48.0 E
41	Libya	Misratah	32.5 N	15.0 E
42	Malaysia	Kuala Lumpur	2.6 N	101.5 E
43	Mauritania	Nouakchott	18.0 N	17.0 W
44	Mexico	Baja California	28.0 N	113.0 W
45	Mongolia	Ulaanbaatar	47.5 N	107.0 E
46	New Zealand	Chatham Island	44.0 S	176.5 W
47	New Zealand	Kaitia	35.1 S	173.3 E
48	Niger	Bilma	18.0 N	13.0 E
49	Norway	Spitsbergen	78.2 N	16.4 E
50	Panama	Panama City	8.9 N	79.6 W
51	Papua New Guinea	New Hanover	3.0 S	150.0 E
52	Philippines	Quezon City	14.5 N	121.0 E
53	Portugal	Ponta Delgada, São Miguel, Azores	37.4 N	25.4 W
54	Russian Federation	Kirov	58.6 N	49.4 E
55	Russian Federation	Norilsk	69.0 N	88.0 E
56	Russian Federation	Peleduy	59.6 N	112.6 E
57	Russian Federation	Billbino	68.0 N	166.4 E
58	Russian Federation	Ussuriysk	43.7 N	131.9 E
59	Russian Federation	Zalesovo	53.9 N	84.8 E
60	Russian Federation	Petropavlovsk-Kamchatskiy	53.1 N	158.8 E
61	Russian Federation	Dubna	56.7 N	37.3 E
62	South Africa	Marion Island	46.5 S	37.0 E

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude
63	Sweden	Stockholm	59.4 N	18.0 E
64	Tanzania	Dar es Salaam	6.0 S	39.0 E
65	Thailand	Bangkok	13.8 N	100.5 E
66	United Kingdom	BIOT/Chagos Archipelago	7.0 S	72.0 E
67	United Kingdom	St. Helena	16.0 S	6.0 W
68	United Kingdom	Tristan da Cunha	37.0 S	12.3 W
69	United Kingdom	Halley, Antarctica	76.0 S	28.0 W
70	United States of America	Sacramento, CA	38.7 N	121.4 W
71	United States of America	Sand Point, AK	55.0 N	160.0 W
72	United States of America	Melbourne, FL	28.3 N	80.6 W
73	United States of America	Palmer Station, Antarctica	64.5 S	64.0 W
74	United States of America	Ashland, KS	37.2 N	99.8 W
75	United States of America	Charlottesville, VA	38.0 N	78.0 W
76	United States of America	Salchaket, AK	64.4 N	147.1 W
77	United States of America	Wake Island	19.3 N	166.6 E
78	United States of America	Midway Islands	28.0 N	177.0 W
79	United States of America	Oahu, HI	21.5 N	158.0 W
80	United States of America	Upl, Guam	13.7 N	144.9 E

List of Radionuclide Laboratories

Table 2-B

	State responsible for laboratory	Name and place of laboratory
1	Argentina	National Board of Nuclear Regulation, Buenos Aires
2	Australia	Australian Radiation Laboratory, Melbourne, VIC
3	Austria	Austrian Research Center, Seibersdorf
4	Brazil	Institute of Radiation Protection and Dosimetry, Rio de Janeiro
5	Canada	Health Canada, Ottawa, Ont.
6	China	Beijing
7	Finland	Centre for Radiation and Nuclear Safety, Helsinki
8	France	Atomic Energy Commission, Monthéry
9	Israel	Soreq Nuclear Research Centre, Yavne
10	Italy	Laboratory of the National Agency for the Protection of the Environment, Rome
11	Japan	Japan Atomic Energy Research Institute, Tokai, Ibaraki
12	New Zealand	National Radiation Laboratory, Christchurch
13	Russian Federation	Central Radiation Control Laboratory, Ministry of Defence, Special Verification Service, Moscow
14	South Africa	Atomic Energy Corporation, Pelindaba
15	United Kingdom	AWE Blacknest, Chilton
16	United States of America	McClellan Central Laboratories, Sacramento, CA

List of Hydroacoustic Stations

Table 3

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude	Type
1	Australia	Cape Leeuwin, WA	34.4 S	115.1 E	Hydrophone
2	Canada	Queen Charlotte Islands, B.C.	53.3 N	132.5 W	T-phase
3	Chile	Juan Fernández Island	33.7 S	78.8 W	Hydrophone
4	France	Crozet Islands	46.5 S	52.2 E	Hydrophone
5	France	Guadeloupe	16.3 N	61.1 W	T-phase
6	Mexico	Clarión Island	18.2 N	114.6 W	T-phase
7	Portugal	Flores	39.3 N	31.3 W	T-phase
8	United Kingdom	BIOT/Chagos Archipelago	7.3 S	72.4 E	Hydrophone
9	United Kingdom	Tristan da Cunha	37.2 S	12.5 W	T-phase
10	United States of America	Ascension	8.0 S	14.4 W	Hydrophone
11	United States of America	Wake Island	19.3 N	166.6 E	Hydrophone

List of Infrasound Stations

Table 4

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude
1	Argentina	Paso Flores	40.7 S	70.6 W
2	Argentina	Ushuaia	55.0 S	68.0 W
3	Australia	Davis Base, Antarctica	68.4 S	77.6 E
4	Australia	Narrogin, WA	32.9 S	117.2 E
5	Australia	Hobart, TAS	42.1 S	147.2 E
6	Australia	Cocos Islands	12.3 S	97.0 E
7	Australia	Warramunga, NT	19.9 S	134.3 E
8	Bolivia	La Paz	16.3 S	68.1 W
9	Brazil	Brasilia	15.6 S	48.0 W
10	Canada	Lac du Bonnet, Man.	50.2 N	95.9 W
11	Cape Verde	Cape Verde Islands	16.0 N	24.0 W
12	Central African Republic	Bangui	5.2 N	18.4 E
13	Chile	Easter Island	27.0 S	109.2 W
14	Chile	Juan Fernández Island	33.8 S	80.7 W
15	China	Beijing	40.0 N	116.0 E
16	China	Kunming	25.0 N	102.8 E
17	Côte d'Ivoire	Dimbokro	6.7 N	4.9 W
18	Denmark	Dundas, Greenland	76.5 N	68.7 W
19	Djibouti	Djibouti	11.3 N	43.5 E
20	Ecuador	Galápagos Islands	0.0 N	91.7 W
21	France	Marquesas Islands	10.0 S	140.0 W
22	France	Port Laguerre, New Caledonia	22.1 S	166.3 E
23	France	Kerguelen	49.2 S	69.1 E
24	France	Tahiti	17.6 S	149.6 W
25	France	Kourou, French Guiana	5.2 N	52.7 W

	State responsible for station	Location	Latitude	Longitude
26	Germany	Freyung	48.9 N	13.7 E
27	Germany	Georg von Neumayer, Antarctica	70.6 S	8.4 W
28	To be determined			
29	Iran (Islamic Republic of)	Tehran	35.7 N	51.4 E
30	Japan	Tsukuba	36.0 N	140.1 E
31	Kazakhstan	Aktyubinsk	50.4 N	58.0 E
32	Kenya	Kilimanbogo	1.3 S	36.8 E
33	Madagascar	Antananarivo	18.8 S	47.5 E
34	Mongolia	Javhlant	48.0 N	106.8 E
35	Namibia	Tsumeb	19.1 S	17.4 E
36	New Zealand	Chatham Island	44.0 S	176.5 W
37	Norway	Karasjok	69.5 N	25.5 E
38	Pakistan	Rahimyar Khan	28.2 N	70.3 E
39	Palau	Palau	7.5 N	134.5 E
40	Papua New Guinea	Rabaul	4.1 S	152.1 E
41	Paraguay	Villa Florida	26.3 S	57.3 W
42	Portugal	Azores	37.8 N	25.5 W
43	Russian Federation	Dubna	56.7 N	37.3 E
44	Russian Federation	Petropavlovsk-Kamchatskiy	53.1 N	158.8 E
45	Russian Federation	Ussuriysk	43.7 N	131.9 E
46	Russian Federation	Zalesovo	53.9 N	84.8 E
47	South Africa	Boshof	28.6 S	25.4 E
48	Tunisia	Thala	35.8 N	8.7 E
49	United Kingdom	Tristan da Cunha	37.0 S	12.3 W
50	United Kingdom	Ascension	8.0 S	14.3 W
51	United Kingdom	Bermuda	32.0 N	64.5 W
52	United Kingdom	BIOT/Chagos Archipelago	5.0 S	72.0 E
53	United States of America	Eielson, AK	64.8 N	146.9 W
54	United States of America	Siple Station, Antarctica	75.5 S	83.6 W
55	United States of America	Windless Bight, Antarctica	77.5 S	161.8 E
56	United States of America	Newport, WA	48.3 N	117.1 W
57	United States of America	Pifion Flat, CA	33.6 N	116.5 W
58	United States of America	Midway Islands	28.1 N	177.2 W
59	United States of America	Hawaii, HI	19.6 N	155.3 W
60	United States of America	Wake Island	19.3 N	166.6 E

Annexe 1 du Protocole
Liste des stations sismologiques constituant le réseau primaire

Tableau 1-A

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude	Type
1	Argentine	PLCA Paso Flores	40,7 S	70,6 O	3-C
2	Australie	WRA Warramunga, NT	19,9 S	134,3 E	Miniréseau
3	Australie	ASAR Alice Springs, NT	23,7 S	133,9 E	Miniréseau
4	Australie	STKA Stephens Creek, SA	31,9 S	141,6 E	3-C
5	Australie	MAW Mawson, Antarctique	67,6 S	62,9 E	3-C
6	Bolivie	LPAZ La Paz	16,3 S	68,1 O	3-C
7	Brésil	BDFB Brasília	15,6 S	48,0 O	3-C
8	Canada	ULMC Lac du Bonnet, Man.	50,2 N	95,9 O	3-C
9	Canada	YKAC Yellowknife, T.N.-O.	62,5 N	114,6 O	Miniréseau
10	Canada	SCH Schefferville, Québec	54,8 N	66,8 O	3-C
11	République centrafricaine	BGCA Bangui	05,2 N	18,4 E	3-C
12	Chine	HAI Hailar	49,3 N	119,7 E	3-C > Miniréseau
13	Chine	LZH Lanzhou	36,1 N	103,8 E	3-C > Miniréseau
14	Colombie	XSA EL Rosal	04,9 N	74,3 O	3-C
15	Côte d'Ivoire	DBIC Dimbroko	06,7 N	04,9 O	3-C
16	Égypte	LXEG Louqsor	26,0 N	33,0 E	Miniréseau
17	Finlande	FINES Lahti	61,4 N	26,1 E	Miniréseau
18	France	PPT Tahiti	17,6 S	149,6 O	3-C
19	Allemagne	GEC2 Freyung	48,9 N	13,7 E	Miniréseau
20	À déterminer				
21	Iran (Rép. islamique d')	THR Téhéran	35,8 N	51,4 E	3-C
22	Japon	MJAR Matsushiro	36,5 N	138,2 E	Miniréseau
23	Kazakstan	MAK Makantchi	46,8 N	82,0 E	Miniréseau
24	Kenya	KMBO Kilimambogo	01,1 S	37,2 E	3-C
25	Mongolie	JAVM Javhlant	48,0 N	106,8 E	3-C > Miniréseau

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude	Type
26	Niger	Nouveau site	À déterminer		3-C > Miniréseau
27	Norvège	NAO Hamar	60,8 N	10,8 E	Miniréseau
28	Norvège	ARAO Karasjok	69,5 N	25,5 E	Miniréseau
29	Pakistan	PRPK Pari	33,7 N	73,3 E	Miniréseau
30	Paraguay	CPUP Villa Florida	26,3 S	57,3 O	3-C
31	République de Corée	KSRS Wonju	37,5 N	127,9 E	Miniréseau
32	Fédération de Russie	KBZ Khabaz	43,7 N	42,9 E	3-C
33	Fédération de Russie	ZAL Zalessovo	53,9 N	84,8 E	3-C > Miniréseau
34	Fédération de Russie	NRI Noril'sk	69,0 N	88,0 E	3-C
35	Fédération de Russie	PDY Peledouy	59,6 N	112,6 E	3-C > Miniréseau
36	Fédération de Russie	PET Petropavlovsk-Kamtchatsky	53,1 N	157,8 E	3-C > Miniréseau
37	Fédération de Russie	USK Oussour'tisk	44,2 N	132,0 E	3-C > Miniréseau
38	Arabie saoudite	Nouveau site	À déterminer		Miniréseau
39	Afrique du Sud	BOSA Boshof	28,6 S	25,6 E	3-C
40	Espagne	ESDC Sonseca	39,7 N	04,0 O	Miniréseau
41	Thaïlande	CMTO Chiang Mai	18,8 N	99,0 E	Miniréseau
42	Tunisie	THA Thala	35,6 N	08,7 E	3-C
43	Turquie	BRTR Belbashi Le miniréseau pourra être redéployé à Keskin	39,9 N	32,8 E	Miniréseau
44	Turkménistan	GEYT Ailbeck	37,9 N	58,1 E	Miniréseau
45	Ukraine	AKASG Maline	50,4 N	29,1 E	Miniréseau
46	États-Unis d'Amérique	LJTX Lajitas, TX	29,3 N	103,7 O	Miniréseau
47	États-Unis d'Amérique	MNV Mina, NV	38,4 N	118,2 O	Miniréseau
48	États-Unis d'Amérique	PIWY Pinedale, WY	42,8 N	109,6 O	Miniréseau
49	États-Unis d'Amérique	ELAK Eielson, AK	64,8 N	146,9 O	Miniréseau
50	États-Unis d'Amérique	VNDA Vanda, Antarctique	77,5 S	161,9 E	3-C

Légende: 3-C > miniréseau: Cette mention indique que la station pourrait commencer à fonctionner dans le Système de surveillance international en tant que station à trois composantes et être ultérieurement mise à niveau pour devenir un miniréseau.

Liste des stations sismologiques constituant le réseau auxiliaire

Tableau 1-B

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude	Type
1	Argentine	CFA Coronel Fontana	31,6 S	68,2 O	3-C
2	Argentine	USHA Ushuaia	55,0 S	68,0 O	3-C
3	Arménie	GNI Garni	40,1 N	44,7 E	3-C
4	Australie	CTA Charters Towers, QLD	20,1 S	146,3 E	3-C
5	Australie	FITZ Fitzroy Crossing, WA	18,1 S	125,6 E	3-C
6	Australie	NWAO Narrogin, WA	32,9 S	117,2 E	3-C
7	Bangladesh	CHT Chittagong	22,4 N	91,8 E	3-C
8	Bolivie	SIV San Ignacio	16,0 S	61,1 O	3-C
9	Botswana	LBTB Lobatse	25,0 S	25,6 E	3-C
10	Brésil	PTGA Pitinga	0,7 S	60,0 O	3-C
11	Brésil	RGNB Rio Grande do Norte	6,9 S	37,0 O	3-C
12	Canada	FRB Iqaluit, T.N.-O.	63,7 N	68,5 O	3-C
13	Canada	DLBC Dease Lake, C.-B.	58,4 N	130,0 O	3-C
14	Canada	SADO Sadowa, Ont.	44,8 N	79,1 O	3-C
15	Canada	BBB Bella Bella, C.-B.	52,2 N	128,1 O	3-C
16	Canada	MBC Mould Bay, T.N.-O.	76,2 N	119,4 O	3-C
17	Canada	INK Inuvik, T.N.-O.	68,3 N	133,5 O	3-C
18	Chili	RPN Île de Pâques	27,2 S	109,4 O	3-C
19	Chili	LVC Limon Verde	22,6 S	68,9 O	3-C
20	Chine	BJT Baiziatuan	40,0 N	116,2 E	3-C
21	Chine	KMI Kunming	25,2 N	102,8 E	3-C
22	Chine	SSE Sheshan	31,1 N	121,2 E	3-C
23	Chine	XAN Xi'an	34,0 N	108,9 E	3-C
24	Îles Cook	RAR Rarotonga	21,2 S	159,8 O	3-C
25	Costa Rica	JTS Las Juntas de Abangares	10,3 N	85,0 O	3-C

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude	Type
26	République tchèque	VRAC Vranov	49,3 N	16,6 E	3-C
27	Danemark	SFJ Søndre Stromfjord, Groenland	67,0 N	50,6 O	3-C
28	Djibouti	ATD Arta Tunnel	11,5 N	42,9 E	3-C
29	Égypte	KEG Kottamya	29,9 N	31,8 E	3-C
30	Éthiopie	FURI Furi	8,9 N	38,7 E	3-C
31	Fidji	MSVF Monasavu, Viti Levu	17,8 S	178,1 E	3-C
32	France	NOUC Port Laguerre, Nouvelle-Calédonie	22,1 S	166,3 E	3-C
33	France	KOG Kourou, Guyane française	5,2 N	52,7 O	3-C
34	Gabon	BAMB Bambay	1,7 S	13,6 E	3-C
35	Allemagne/Afrique du Sud	— Station SANAE , Antarctique	71,7 S	2,9 O	3-C
36	Grèce	IDI Anógia, Crète	35,3 N	24,9 E	3-C
37	Guatemala	RDG Rabir	15,0 N	90,5 O	3-C
38	Islande	BORG Borgarnes	64,8 N	21,3 O	3-C
39	À déterminer				
40	Indonésie	PACI Cibinong, Jawa Barat	6,5 S	107,0 E	3-C
41	Indonésie	JAY Jayapura, Irian Jaya	2,5 S	140,7 E	3-C
42	Indonésie	SWI Sorong, Irian Jaya	0,9 S	131,3 E	3-C
43	Indonésie	PSI Parapat, Sumatera	2,7 N	98,9 E	3-C
44	Indonésie	KAPI Kappang, Sulawesi Selatan	5,0 S	119,8 E	3-C
45	Indonésie	KUG Kupang, Nusatenggara Timur	10,2 S	123,6 E	3-C
46	Iran (Rép. islamique d')	KRM Kerman	30,3 N	57,1 E	3-C
47	Iran (Rép. islamique d')	MSN Masjed-e-Soleyman	31,9 N	49,3 E	3-C
48	Israël	MBH Eilat	29,8 N	34,9 E	3-C
49	Israël	PARD Parod	32,6 N	35,3 E	Miniréseau
50	Italie	ENAS Enna, Sicile	37,5 N	14,3 E	3-C
51	Japon	JNU Ohita, Kyushu	33,1 N	130,9 E	3-C
52	Japon	JOW Kunigami, Okinawa	26,8 N	128,3 E	3-C
53	Japon	JHJ Hachijojima, Îles Izu	33,1 N	139,8 E	3-C

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude	Type
54	Japon	JKA Kamikawa-asahi, Hokkaido	44,1 N	142,6 E	3-C
55	Japon	JCJ Chichijima, Ogasawara	27,1 N	142,2 E	3-C
56	Jordanie	- Ashqof	32,5 N	37,6 E	3-C
57	Kazakstan	BRVK Borovoye	53,1 N	70,3 E	Miniréseau
58	Kazakstan	KURK Kourtchatov	50,7 N	78,6 E	Miniréseau
59	Kazakstan	AKTO Aktyoubinsk	50,4 N	58,0 E	3-C
60	Kirghizistan	AAK Ala-Archa	42,6 N	74,5 E	3-C
61	Madagascar	TAN Antananarive	18,9 S	47,6 E	3-C
62	Mali	KOWA Kowa	14,5 N	4,0 O	3-C
63	Mexique	TEYM Tepich, Yucatan	20,2 N	88,3 O	3-C
64	Mexique	TUVM Tuzandepeti, Veracruz	18,0 N	94,4 O	3-C
65	Mexique	LPBM La Paz, Baja California Sur	24,2 N	110,2 O	3-C
66	Maroc	MDT Midelt	32,8 N	4,6 O	3-C
67	Namibie	TSUM Tsumeb	19,1 S	17,4 E	3-C
68	Népal	EVN Everest	28,0 N	86,8 E	3-C
69	Nouvelle-Zélande	EWZ Erewhon, Île du Sud	43,5 S	170,9 E	3-C
70	Nouvelle-Zélande	RAO Le Raoul	29,2 S	177,9 O	3-C
71	Nouvelle-Zélande	URZ Urewera, Île du Nord	38,3 S	177,1 E	3-C
72	Norvège	SPITS Spitsberg	78,2 N	16,4 E	Miniréseau
73	Norvège	JMI Jan Mayen	70,9 N	8,7 O	3-C
74	Oman	WSAR Wadi Sarin	23,0 N	58,0 E	3-C
75	Papouasie-Nouvelle-Guinée	PMG Port Moresby	9,4 S	147,2 E	3-C
76	Papouasie-Nouvelle-Guinée	BIAL Bialla	5,3 S	151,1 E	3-C
77	Pérou	CAJP Cajamarca	7,0 S	78,0 O	3-C
78	Pérou	NNA Nana	12,0 S	76,8 O	3-C
79	Philippines	DAV Davao, Mindanao	7,1 N	125,6 E	3-C
80	Philippines	TGY Tagaytay, Luçon	14,1 N	120,9 E	3-C

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude	Type
81	Roumanie	MLR Muntele Rosu	45,5 N	25,9 E	3-C
82	Fédération de Russie	KIRV Kirov	58,6 N	49,4 E	3-C
83	Fédération de Russie	KIVO Kislovodsk	44,0 N	42,7 E	Miniréseau
84	Fédération de Russie	OBN Oblinsk	55,1 N	36,6 E	3-C
85	Fédération de Russie	ARU Arti	56,4 N	58,6 E	3-C
86	Fédération de Russie	SEY Seymtchan	62,9 N	152,4 E	3-C
87	Fédération de Russie	TLY Talaya	51,7 N	103,6 E	3-C
88	Fédération de Russie	YAK Yakoutsk	62,0 N	129,7 E	3-C
89	Fédération de Russie	URG Ourgai	51,1 N	132,3 E	3-C
90	Fédération de Russie	BIL Bilibino	68,0 N	166,4 E	3-C
91	Fédération de Russie	TIXI Tiksi	71,6 N	128,9 E	3-C
92	Fédération de Russie	YSS Youjno-Sakhalinsk	47,0 N	142,8 E	3-C
93	Fédération de Russie	MA2 Magadan	59,6 N	150,8 E	3-C
94	Fédération de Russie	ZIL Zilime	53,9 N	57,0 E	3-C
95	Samoa	AFI Afiamalu	13,9 S	171,8 O	3-C
96	Arabie saoudite	RAYN Ar Rayn	23,6 N	45,6 E	3-C
97	Sénégal	MBO M'Bour	14,4 N	17,0 O	3-C
98	Îles Salomon	HNR Honiara, Guadalcanal	9,4 S	160,0 E	3-C
99	Afrique du Sud	SUR Sutherland	32,4 S	20,8 E	3-C
100	Sri Lanka	COC Colombo	6,9 N	79,9 E	3-C
101	Suède	HFS Hagfors	60,1 N	13,7 E	Miniréseau
102	Suisse	DAVOS Davos	46,8 N	9,8 E	3-C
103	Ouganda	MBRU Mbarara	0,4 S	30,4 E	3-C
104	Royaume-Uni	EKA Eskdalemuir	55,3 N	3,2 O	Miniréseau
105	États-Unis d'Amérique	GUMO Guam, Îles Mariannes	13,6 N	144,9 E	3-C
106	États-Unis d'Amérique	PMSA Palmer Station, Antarctique	64,8 S	64,1 O	3-C
107	États-Unis d'Amérique	TKL Tuckaleechee Caverns, TN	35,7 N	83,8 O	3-C

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude	Type
108	États-Unis d'Amérique	PFCA Pinon Flat, CA	33,6 N	116,5 O	3-C
109	États-Unis d'Amérique	YBH Yreka, CA	41,7 N	122,7 O	3-C
110	États-Unis d'Amérique	KDC Île Kodiak, AK	57,8 N	152,5 O	3-C
111	États-Unis d'Amérique	ALQ Albuquerque, NM	35,0 N	106,5 O	3-C
112	États-Unis d'Amérique	ATTU Île Attu, AK	52,8 N	172,7 E	3-C
113	États-Unis d'Amérique	ELK Elko, NV	40,7 N	115,2 O	3-C
114	États-Unis d'Amérique	SPA Pôle Sud, Antarctique	90,0 S	—	3-C
115	États-Unis d'Amérique	NEW Newport, WA	48,3 N	117,1 O	3-C
116	États-Unis d'Amérique	SJG San Juan, PR	18,1 N	66,2 O	3-C
117	Venezuela	SDV Santo Domingo	8,9 N	70,6 O	3-C
118	Venezuela	PCRV Puerto la Cruz	10,2 N	64,6 O	3-C
119	Zambie	LSZ Lusaka	15,3 S	28,2 E	3-C
120	Zimbabwe	BUL Bulawayo	À indiquer		3-C

Liste des stations de surveillance des radionucléides

Tableau 2-A

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude
1	Argentine	Buenos Aires	34,0 S	58,0 O
2	Argentine	Salta	24,0 S	65,0 O
3	Argentine	Bariloche	41,1 S	71,3 O
4	Australie	Melbourne, VIC	37,5 S	144,6 O
5	Australie	Mawson, Antarctique	67,6 S	62,5 E
6	Australie	Townsville, QLD	19,2 S	146,8 E
7	Australie	Îles Macquarie	54,0 S	159,0 E
8	Australie	Îles des Cocos	12,0 S	97,0 E
9	Australie	Darwin, NT	12,4 S	130,7 E
10	Australie	Perth, WA	31,9 S	116,0 E
11	Brésil	Rio de Janeiro	22,5 S	43,1 O
12	Brésil	Recife	8,0 S	35,0 O
13	Cameroun	Douala	4,2 N	9,9 E
14	Canada	Vancouver, C.-B.	49,3 N	123,2 O
15	Canada	Resolute, T.N.-O.	74,7 N	94,9 O
16	Canada	Yellowknife, T.N.-O.	62,5 N	114,5 O
17	Canada	St. John's, T.-N.	47,0 N	53,0 O

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude
18	Chili	Punta Arenas	53,1 S	70,6 O
19	Chili	Hanga Roa, Île de Pâques	27,1 S	108,4 O
20	Chine	Beijing	39,8 N	116,2 E
21	Chine	Lanzhou	35,8 N	103,3 E
22	Chine	Guangzhou	23,0 N	113,3 E
23	Îles Cook	Rarotonga	21,2 S	159,8 O
24	Équateur	Île San Cristobal, Galapagos	1,0 S	89,2 O
25	Éthiopie	Filtu	5,5 N	42,7 E
26	Fidji	Nandi	18,0 S	177,5 E
27	France	Papeete, Tahiti	17,0 S	150,0 O
28	France	Pointe-à-Pitre, Guadeloupe	17,0 N	62,0 O
29	France	Réunion	21,1 S	55,6 E
30	France	Port-aux-Français, Kerguelen	49,0 S	70,0 E
31	France	Cayenne, Guyane française	5,0 N	52,0 O
32	France	Dumont d'Urville, Antarctique	66,0 S	140,0 E
33	Allemagne	Schauinsland/Fribourg	47,9 N	7,9 E
34	Islande	Reykjavik	64,4 N	21,9 O
35	À déterminer			
36	Iran (Rép. islamique d')	Téhéran	35,0 N	52,0 E
37	Japon	Okinawa	26,5 N	127,9 E
38	Japon	Takasaki, Gunma	36,3 N	139,0 E
39	Kiribati	Kiritimati	2,0 N	157,0 O
40	Koweït	Koweït City	29,0 N	48,0 E
41	Libye	Misratah	32,5 N	15,0 E
42	Malaisie	Kuala Lumpur	2,6 N	101,5 E
43	Mauritanie	Nouakchott	18,0 N	17,0 O
44	Mexique	Baja California	28,0 N	113,0 O
45	Mongolie	Ulaanbaatar	47,5 N	107,0 E
46	Nouvelle-Zélande	Île Chatham	44,0 S	176,5 O
47	Nouvelle-Zélande	Kaitia	35,1 S	173,3 E
48	Niger	Bilma	18,0 N	13,0 E
49	Norvège	Spitsberg	78,2 N	16,4 E
50	Panama	Panama	8,9 N	79,6 O
51	Papousie-Nouvelle-Guinée	New Hanover	3,0 S	150,0 E
52	Philippines	Quezon City	14,5 N	121,0 E
53	Portugal	Ponta Delgada, São Miguel, Açores	37,4 N	25,4 O
54	Fédération de Russie	Kirov	58,6 N	49,4 E
55	Fédération de Russie	Norilsk	69,0 N	88,0 E
56	Fédération de Russie	Peledouy	59,6 N	112,6 E
57	Fédération de Russie	Bilibino	68,0 N	168,4 E
58	Fédération de Russie	Oussourisk	43,7 N	131,9 E
59	Fédération de Russie	Zalessovo	53,9 N	84,8 E
60	Fédération de Russie	Petropavlovsk-Kamtchatsky	53,1 N	158,8 E
61	Fédération de Russie	Doubna	56,7 N	37,3 E
62	Afrique du Sud	Île Marion	46,5 S	37,0 E

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude
63	Suède	Stockholm	59,4 N	18,0 E
64	Tanzanie	Dar es-Salaam	6,0 S	39,0 E
65	Thaïlande	Bangkok	13,8 N	100,5 E
66	Royaume-Uni	BIOT/Arch. de Chagos	7,0 S	72,0 E
67	Royaume-Uni	Sainte-Hélène	16,0 S	6,0 O
68	Royaume-Uni	Tristan da Cunha	37,0 S	12,3 O
69	Royaume-Uni	Halley, Antarctique	76,0 S	28,0 O
70	États-Unis d'Amérique	Sacramento, CA	38,7 N	121,4 O
71	États-Unis d'Amérique	Sand Point, AK	55,0 N	160,0 O
72	États-Unis d'Amérique	Melbourne, FL	28,3 N	80,6 O
73	États-Unis d'Amérique	Palmer Station, Antarctique	64,5 S	64,0 O
74	États-Unis d'Amérique	Ashland, KS	37,2 N	99,8 O
75	États-Unis d'Amérique	Charlottesville, VA	38,0 N	78,0 O
76	États-Unis d'Amérique	Salchaket, AK	64,4 N	147,1 O
77	États-Unis d'Amérique	Île de Wake	19,3 N	166,6 E
78	États-Unis d'Amérique	Îles de Midway	28,0 N	177,0 O
79	États-Unis d'Amérique	Oahu, HI	21,5 N	158,0 O
80	États-Unis d'Amérique	Upi, Guam	13,7 N	144,9 E

Liste des laboratoires radionucléides

Tableau 2-B

	État responsable du laboratoire	Nom et lieu du laboratoire
1	Argentine	Office national de la réglementation nucléaire, Buenos Aires
2	Australie	Australian Radiation Laboratory, Melbourne, VIC
3	Autriche	Centre de recherche autrichien, Seibersdorf
4	Brésil	Institut de protection contre les rayonnements et de dosimétrie, Rio de Janeiro
5	Canada	Santé-Canada, Ottawa, Ont.
6	Chine	Beijing
7	Finlande	Centre pour la sécurité radiologique et nucléaire, Helsinki
8	France	Commissariat à l'énergie atomique, Montlhéry
9	Israël	Centre de recherche nucléaire de Soreq, Yavne
10	Italie	Laboratoire de l'Agence nationale pour la protection de l'environnement, Rome
11	Japon	Institut japonais de recherche sur l'énergie nucléaire Tokai, Ibaraki
12	Nouvelle-Zélande	National Radiation Laboratory, Christchurch
13	Fédération de Russie	Laboratoire central de contrôle des rayonnements Service spécial de vérification du Ministère de la défense, Moscou
14	Afrique du Sud	Atomic Energy Corporation, Pelindaba
15	Royaume-Uni	AWE Blacknest, Chilton
16	États-Unis d'Amérique	McClellan Central Laboratories, Sacramento, CA

Liste des stations hydroacoustiques

Tableau 3

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude	Type
1	Australie	Cape Leeuwin, WA	34,4 S	115,1 E	Hydrophones
2	Canada	Île de la Reine Charlotte, C.-B.	53,3 N	132,5 O	Phases T
3	Chili	Îles Juan Fernández	33,7 S	78,8 O	Hydrophones
4	France	Îles Crozet	46,5 S	52,2 E	Hydrophones
5	France	Guadeloupe	16,3 N	61,1 O	Phases T
6	Mexique	Île de Clarion	18,2 N	114,6 O	Phases T
7	Portugal	Flores	39,3 N	31,3 O	Phases T
8	Royaume-Uni	BIOT/Archipel des Tchagos	7,3 S	72,4 E	Hydrophones
9	Royaume-Uni	Tristan da Cunha	37,2 S	12,5 O	Phases T
10	États-Unis d'Amérique	Ascension	8,0 S	14,4 O	Hydrophones
11	États-Unis d'Amérique	Île de Wake	19,3 N	166,6 E	Hydrophones

Liste des stations de détection des infrasons

Tableau 4

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude
1	Argentine	Paso Flores	40,7 S	70,6 O
2	Argentine	Ushuaia	55,0 S	68,0 O
3	Australie	Davis Base, Antarctique	68,4 S	77,6 E
4	Australie	Narrogin	32,9 S	117,2 E
5	Australie	Hobart, TAS	42,1 S	147,2 E
6	Australie	Îles Cocos	12,3 S	97,0 E
7	Australie	Warramunga, NT	19,9 S	134,3 E
8	Bolivie	La Paz	16,3 S	68,1 O
9	Brésil	Brasilia	15,6 S	48,0 O
10	Canada	Lac du Bonnet, Man.	50,2 N	95,9 O
11	Cap-Vert	Îles du Cap-Vert	16,0 N	24,0 O
12	Rép. centrafricaine	Bangui	5,2 N	18,4 E
13	Chili	Île de Pâques	27,0 S	109,2 O
14	Chili	Îles Juan Fernández	33,8 S	80,7 O
15	Chine	Beijing	40,0 N	116,0 E
16	Chine	Kunming	25,0 N	102,8 E
17	Côte d'Ivoire	Dimbokro	6,7 N	4,9 O
18	Danemark	Dundas, Groenland	76,5 N	68,7 O
19	Djibouti	Djibouti	11,3 N	43,5 E
20	Équateur	Îles Galapagos	0,0 N	91,7 O
21	France	Îles Marquises	10,0 S	140,0 O
22	France	Port Laguerre, Nouvelle-Calédonie	22,1 S	166,3 E
23	France	Kerguelen	49,2 S	69,1 E
24	France	Tahiti	17,6 S	149,6 O
25	France	Kourou, Guyane française	5,2 N	52,7 O

	État responsable de la station	Lieu	Latitude	Longitude
26	Allemagne	Freyung	48,9 N	13,7 E
27	Allemagne	Georg von Neumayer, Ant.	70,6 S	8,4 O
28	À déterminer			
29	Iran (Rép. islamique d')	Téhéran	35,7 N	51,4 E
30	Japon	Tsukuba	36,0 N	140,1 E
31	Kazakstan	Aktyoubinsk	50,4 N	58,0 E
32	Kenya	Kilimanbogo	1,3 S	36,8 E
33	Madagascar	Antananarive	18,8 S	47,5 E
34	Mongolie	Javhlant	48,0 N	106,8 E
35	Namibie	Tsumeb	19,1 S	17,4 E
36	Nouvelle-Zélande	Îles Chatham	44,0 S	176,5 O
37	Norvège	Karasjok	69,5 N	25,5 E
38	Pakistan	Rahimyar Khan	28,2 N	70,3 E
39	Palaos	Palaos	7,5 N	134,5 E
40	Papouasie-Nouvelle-Guinée	Rabaul	4,1 S	152,1 E
41	Paraguay	Villa Florida	26,3 S	57,3 O
42	Portugal	Açores	37,8 N	25,5 O
43	Fédération de Russie	Doubna	56,7 N	37,3 E
44	Fédération de Russie	Petropavlovsk-Kamtchatsky	53,1 N	158,8 E
45	Fédération de Russie	Oussourfisk	43,7 N	131,9 E
46	Fédération de Russie	Zalessovo	53,9 N	84,8 E
47	Afrique du Sud	Boshof	28,6 S	25,4 E
48	Tunisie	Thala	35,6 N	8,7 E
49	Royaume-Uni	Tristan da Cunha	37,0 S	12,3 O
50	Royaume-Uni	Ascension	8,0 S	14,3 O
51	Royaume-Uni	Bermudes	32,0 N	64,5 O
52	Royaume-Uni	BIOT/Arch. des Tchagos	5,0 S	72,0 E
53	États-Unis	Eielson, AK	64,8 N	148,9 O
54	États-Unis	Base de Siple, Ant.	75,5 S	83,8 O
55	États-Unis	Windless Bight, Ant.	77,5 S	161,8 E
56	États-Unis	Newport, WA	46,3 N	117,1 O
57	États-Unis	Piñon Flats, CA	33,6 N	116,5 O
58	États-Unis	Îles de Midway	28,1 N	177,2 O
59	États-Unis	Hawaï, HI	19,6 N	155,3 O
60	États-Unis	Île de Wake	19,3 N	166,6 E

Anlage 1 zum Protokoll
Liste der seismologischen Stationen, die das primäre Netz bilden

Tabelle 1-A

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge	Typ
1.	Argentinien	PLCA Paso Flores	40,7 S	70,6 W	3-C
2.	Australien	WRA Warramunga. NT	19,9 S	134,3 O	array
3.	Australien	ASAR Alice Springs. NT	23,7 S	133,9 O	array
4.	Australien	STKA Stephens Creek, SA	31,9 S	141,6 O	3-C
5.	Australien	MAW Mawson, Antarktis	67,6 S	62,9 O	3-C
6.	Bolivien	LPAZ La Paz	16,3 S	68,1 W	3-C
7.	Brasilien	BDFB Brasilia	15,6 S	48,0 W	3-C
8.	Kanada	ULMC Lac du Bonnet. Man.	50,2 N	95,9 W	3-C
9.	Kanada	YKAC Yellowknife, N.W.T.	62,5 N	114,6 W	array
10.	Kanada	SCH Schefferville – Quebec	54,8 N	66,8 W	3-C
11.	Zentralafrikanische Republik	BGCA Bangui	05,2 N	18,4 O	3-C
12.	China	HAI Hailar	49,3 N	119,7 O	3-C > array
13.	China	LZH Lanzhou	36,1 N	103,8 O	3-C > array
14.	Kolumbien	XSA EL Rosal	04,9 N	74,3 W	3-C
15.	Elfenbeinküste	DBIC Dimboko	06,7 N	04,9 W	3-C
16.	Ägypten	LXEG Luxor	26,0 N	33,0 O	array
17.	Finnland	FINES Lahti	61,4 N	26,1 O	array
18.	Frankreich	PPT Tahiti	17,6 S	149,6 W	3-C
19.	Deutschland	GEC2 Freyung	48,9 N	13,7 O	array
20.	noch nicht bekannt				
21.	Iran (Islamische Republik)	THR Teheran	35,8 N	51,4 O	3-C
22.	Japan	MJAR Matsushiro	36,5 N	138,2 O	array
23.	Kasachstan	MAK Makanchi	46,8 N	82,0 O	array
24.	Kenia	KMBO Kilimambogo	01,1 S	37,2 O	3-C
25.	Mongolei	JAVM Javhlant	48,0 N	106,8 O	3-C > array

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge	Typ
26.	Niger	New Site Neuer Standort	noch nicht bekannt		3-C > array
27.	Norwegen	NAO Hamar	60,8 N	10,8 O	array
28.	Norwegen	ARAO Karasjok	69,5 N	25,5 O	array
29.	Pakistan	PRPK Pari	33,7 N	73,3 O	array
30.	Paraguay	CPUP Villa Florida	26,3 S	57,3 W	3-C
31.	Korea, Republik	KSRS Wonju	37,5 N	127,9 O	array
32.	Russische Föderation	KBZ Khabaz (Chabas)	43,7 N	42,9 O	3-C
33.	Russische Föderation	ZAL Zalesovo (Salesowo)	53,9 N	84,8 O	3-C > array
34.	Russische Föderation	NRI Norilsk	69,0 N	88,0 O	3-C
35.	Russische Föderation	PDY Peledui	59,6 N	112,8 O	3-C > array
36.	Russische Föderation	PET Petropawlowsk-Kamtschatski	53,1 N	157,8 O	3-C > array
37.	Russische Föderation	USK Ussurisk	44,2 N	132,0 O	3-C > array
38.	Saudi-Arabien	New Site Neuer Standort	noch nicht bekannt		array
39.	Südafrika	BOSA Boshof	28,6 S	25,6 O	3-C
40.	Spanien	ESDC Sonseca	39,7 N	04,0 W	array
41.	Thailand	CMTO Chiang Mai	18,8 N	99,0 O	array
42.	Tunesien	THA Thala	35,6 N	08,7 O	3-C
43.	Türkei	BRTR Belbashi wird nach Keshkin verlegt	39,9 N	32,8 O	array
44.	Turkmenistan	GEYT Aitbeck	37,9 N	58,1 O	array
45.	Ukraine	AkASG Malin	50,4 N	29,1 O	array
46.	Vereinigte Staaten von Amerika	LJTX Lajitas, TX	29,3 N	103,7 W	array
47.	Vereinigte Staaten von Amerika	MNV Mina, NV	36,4 N	118,2 W	array
48.	Vereinigte Staaten von Amerika	PIWY Pinedale, WY	42,8 N	109,6 W	array
49.	Vereinigte Staaten von Amerika	ELAK Eielson, AK	64,8 N	146,9 W	array
50.	Vereinigte Staaten von Amerika	VNDA Vanda, Antarktis	77,5 S	161,9 O	3-C

Erklärung: 3-C > array: Bedeutet, daß der Standort seinen Betrieb im internationalen Überwachungssystem zunächst als eine 3-Component-Station aufnimmt und zu einem späteren Zeitpunkt zu einem „Array“ verbessert werden könnte.

Liste der seismologischen Stationen, die das Hilfenetz bilden

Tabelle 1-B

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge	Typ
1.	Argentinien	CFA Coronel Fontana	31,6 S	68,2 W	3-C
2.	Argentinien	USHA Ushuaia	55,0 S	68,0 W	3-C
3.	Armenien	CNI Garni	40,1 N	44,7 O	3-C
4.	Australien	CTA Charters Towers, QLD	20,1 S	146,3 O	3-C
5.	Australien	FTZ Fitzroy Crossing, WA	18,1 S	125,6 O	3-C
6.	Australien	NWAO Narogin, WA	32,9 S	117,2 O	3-C
7.	Bangladesh	CHT Chittagong	22,4 N	91,8 O	3-C
8.	Bolivien	SIV San Ignacio	16,0 S	61,1 W	3-C
9.	Botswana	LBTB Lobatse	25,0 S	25,6 O	3-C
10.	Brasilien	PTGA Pitinga	0,7 S	60,0 W	3-C
11.	Brasilien	RGNB Rio Grande do Norte	6,9 S	37,0 W	3-C
12.	Kanada	FRB Igloolik, N.W.T.	63,7 N	68,5 W	3-C
13.	Kanada	DLBC Dease Lake, B.C.	58,4 N	130,0 W	3-C
14.	Kanada	SADO Sadowa, Ont.	44,8 N	79,1 W	3-C
15.	Kanada	BBB Bella Bella, B.C.	52,2 N	128,1 W	3-C
16.	Kanada	MBC Mould Bay, N.W.T.	76,2 N	119,4 W	3-C
17.	Kanada	INK Inuvik, N.W.T.	68,3 N	133,5 W	3-C
18.	Chile	RPN Osterinsel	27,2 S	109,4 W	3-C
19.	Chile	LVC Limon Verde	22,6 S	68,9 W	3-C
20.	China	BJT Baizhatuan	40,0 N	116,2 O	3-C
21.	China	KMI Kunming	25,2 N	102,8 O	3-C
22.	China	SSE Sheshan	31,1 N	121,2 O	3-C
23.	China	XAN Xi'an	34,0 N	108,9 O	3-C
24.	Cookinseln	RAR Rarotonga	21,2 S	159,8 W	3-C
25.	Costa Rica	JTS Las Juntas de Abangares	10,3 N	85,0 W	3-C

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge	Typ
26.	Tschechische Republik	VRAC Vranov	49,3 N	16,6 O	3-C
27.	Dänemark	SFJ Søndre Strømfjord, Grönland	67,0 N	50,6 W	3-C
28.	Dschibuti	ATD Arta Tunnel	11,5 N	42,9 O	3-C
29.	Ägypten	KEG Kottamya	29,9 N	31,8 O	3-C
30.	Äthiopien	FURI Furi	8,9 N	38,7 O	3-C
31.	Fidschi	MSVF Monasavu, Viti Levu	17,8 S	178,1 O	3-C
32.	Frankreich	NOUC Port Laguerre, Neukaledonien	22,1 S	166,3 O	3-C
33.	Frankreich	KOG Kourou, Französisch Guayana	5,2 N	52,7 W	3-C
34.	Gabun	BAMB Bambay	1,7 S	13,6 O	3-C
35.	Deutschland/Südafrika	— SANAE Station, Antarktis	71,7 S	2,9 W	3-C
36.	Griechenland	IDI Anogla, Kreta	35,3 N	24,9 O	3-C
37.	Guatemala	RDG Rabir	15,0 N	90,5 W	3-C
38.	Island	BORG Borgarnes	64,8 N	21,3 W	3-C
39.	noch nicht bekannt				
40.	Indonesien	PACI Cibinong, Jawa Barat	6,5 S	107,0 O	3-C
41.	Indonesien	JAY Jayapura, Irian Jaya	2,5 S	140,7 O	3-C
42.	Indonesien	SWI Sorong, Irian Jaya	0,9 S	131,3 O	3-C
43.	Indonesien	PSI Parapat, Sumatra	2,7 N	98,9 O	3-C
44.	Indonesien	KAPI Kappang, Sulawesi Selatan	5,0 S	119,8 O	3-C
45.	Indonesien	KUG Kupang, Nusatenggara Timur	10,2 S	123,6 O	3-C
46.	Iran (Islamische Republik)	KRM Kerman	30,3 N	57,1 O	3-C
47.	Iran (Islamische Republik)	MSN Masjed-e-Soleyman	31,9 N	49,3 O	3-C
48.	Israel	MBH Eilat	29,8 N	34,9 O	3-C
49.	Israel	PARD Parod	32,6 N	35,3 O	array
50.	Italien	ENAS Enna, Sizilien	37,5 N	14,3 O	3-C
51.	Japan	JNU Ohita, Kyushu	33,1 N	130,9 O	3-C
52.	Japan	JOW Kunigami, Okinawa	26,8 N	128,3 O	3-C
53.	Japan	JHJ Hachijojima, Izu-Inseln	33,1 N	139,8 O	3-C

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge	Typ
54.	Japan	JKA Kamikawa-asahi, Hokkaido	44,1 N	142,6 O	3-C
55.	Japan	JCJ Chichijima, Ogasawara	27,1 N	142,2 O	3-C
56.	Jordanien	- Ashgot	32,5 N	37,6 O	3-C
57.	Kasachstan	BRVK Borovoye	53,1 N	70,3 O	array
58.	Kasachstan	KURK Kurchatow	50,7 N	78,6 O	array
59.	Kasachstan	AKTO Aktjubinsk	50,4 N	58,0 O	3-C
60.	Kirgisistan	AAK Aja-Archa	42,6 N	74,5 O	3-C
61.	Madagaskar	TAN Antananarivo	18,9 S	47,6 O	3-C
62.	Mali	KOWA Kowa	14,5 N	4,0 W	3-C
63.	Mexiko	TEYM Tepich, Yucatan	20,2 N	88,3 W	3-C
64.	Mexiko	TUVM Tuzandepetl, Veracruz	18,0 N	94,4 W	3-C
65.	Mexiko	LPBM La Paz, Baja California Sur	24,2 N	110,2 W	3-C
66.	Marokko	MDT Mideit	32,8 N	4,6 W	3-C
67.	Namibia	TSUM Tsumeb	19,1 S	17,4 O	3-C
68.	Nepal	EVN Everest	28,0 N	86,8 O	3-C
69.	Neuseeland	EWZ Erewhon, Südinsel	43,5 S	170,9 O	3-C
70.	Neuseeland	RAO Raoul Island	29,2 S	177,9 W	3-C
71.	Neuseeland	UFZ Urewera, Nordinsel	38,3 S	177,1 O	3-C
72.	Norwegen	SPITS Spitzbergen	78,2 N	16,4 O	3-C
73.	Norwegen	JMI Jan Mayen	70,9 N	8,7 W	3-C
74.	Oman	WSAR Wadi Sarin	23,0 N	58,0 O	3-C
75.	Papua-Neuguinea	PMG Port Moresby	9,4 S	147,2 O	3-C
76.	Papua-Neuguinea	BIAL Bialla	5,3 S	151,1 O	3-C
77.	Peru	CAJP Cajamarca	7,0 S	78,0 W	3-C
78.	Peru	NNA Nana	12,0 S	76,8 W	3-C
79.	Philippinen	DAV Davao, Mindanao	7,1 N	125,6 O	3-C
80.	Philippinen	TGY Tagaytay, Luzon	14,1 N	120,9 O	3-C

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge	Typ
81.	Rumänien	MLR Muntele Rosu	45,5 N	25,9 O	3-C
82.	Russische Föderation	KIRV Kirow	58,6 N	49,4 O	3-C
83.	Russische Föderation	KIVO Kislowodsk	44,0 N	42,7 O	array
84.	Russische Föderation	OBN Obninsk	55,1 N	36,6 O	3-C
85.	Russische Föderation	ARU Arti	56,4 N	58,6 O	3-C
86.	Russische Föderation	SEY Seymchan	62,9 N	152,4 O	3-C
87.	Russische Föderation	TLY Talaya	51,7 N	103,6 O	3-C
88.	Russische Föderation	YAK Yakutsk (Jakutsk)	62,0 N	129,7 O	3-C
89.	Russische Föderation	URG Urgal	51,1 N	132,3 O	3-C
90.	Russische Föderation	BIL Billbino	68,0 N	166,4 O	3-C
91.	Russische Föderation	TIKI Tiksi	71,6 N	128,9 O	3-C
92.	Russische Föderation	YSS Yuzhno-Sakhalinsk (Juchno-Sachalinsk)	47,0 N	142,8 O	3-C
93.	Russische Föderation	MA2 Magadan	59,6 N	150,8 O	3-C
94.	Russische Föderation	ZIL Zilim	53,9 N	57,0 O	3-C
95.	Samoa	AFI Afiamalu	13,9 S	171,8 W	3-C
96.	Saudi-Arabien	RAYN Ar Rayn	23,6 N	45,6 O	3-C
97.	Senegal	MBO Mbour	14,4 N	17,0 W	3-C
98.	Salomonen	HNR Honiara, Guadalcanal	9,4 S	160,0 O	3-C
99.	Südafrika	SUR Sutherland	32,4 S	20,8 O	3-C
100.	Sri Lanka	COC Colombo	6,9 N	79,9 O	3-C
101.	Schweden	HFS Hagfors	60,1 N	13,7 O	3-C
102.	Schweiz	DAVOS Davos	46,8 N	9,8 O	3-C
103.	Uganda	MBRU Mbarara	0,4 S	30,4 O	3-C
104.	Vereinigtes Königreich	EKA Eskdalemuir	55,3 N	3,2 W	array
105.	Vereinigte Staaten von Amerika	GUMO Guam, Marianen	13,6 N	144,9 O	3-C
106.	Vereinigte Staaten von Amerika	PMSA Palmer Station, Antarktis	64,8 S	64,1 W	3-C
107.	Vereinigte Staaten von Amerika	TKL Tuckaleechee Caverns, TN	35,7 N	83,8 W	3-C

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge	Typ
108.	Vereinigte Staaten von Amerika	PFOA Pifion Flat, CA	33,6 N	116,5 W	3-C
109.	Vereinigte Staaten von Amerika	YBH Yreka, CA	41,7 N	122,7 W	3-C
110.	Vereinigte Staaten von Amerika	KDC Kodiak Island, AK	57,8 N	152,5 W	3-C
111.	Vereinigte Staaten von Amerika	ALQ Albuquerque, NM	35,0 N	106,5 W	3-C
112.	Vereinigte Staaten von Amerika	ATTU Attu Island, AK	52,8 N	172,7 O	3-C
113.	Vereinigte Staaten von Amerika	ELK Elko, NV	40,7 N	115,2 W	3-C
114.	Vereinigte Staaten von Amerika	SPA South Pole, Antarktis	90,0 S	—	3-C
115.	Vereinigte Staaten von Amerika	NEW Newport, WA	48,3 N	117,1 W	3-C
116.	Vereinigte Staaten von Amerika	SJG San Juan, PR	18,1 N	66,2 W	3-C
117.	Venezuela	SDV Santo Domingo	8,9 N	70,6 W	3-C
118.	Venezuela	PCRV Puerto la Cruz	10,2 N	64,6 W	3-C
119.	Sambia	LSZ Lusaka	15,3 S	28,2 O	3-C
120.	Simbabwe	BUL Bulawayo	noch anzugeben		3-C

Liste der Radionuklid-Stationen

Tabelle 2-A

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge
1.	Argentinien	Buenos Aires	34,0 S	58,0 W
2.	Argentinien	Salta	24,0 S	65,0 W
3.	Argentinien	Bariloche	41,1 S	71,3 W
4.	Australien	Melbourne, VIC	37,5 S	144,8 O
5.	Australien	Mawson, Antarktis	67,6 S	62,5 O
6.	Australien	Townsville, QLD	19,2 S	146,8 O
7.	Australien	Macquarie Island	54,0 S	159,0 O
8.	Australien	Cocosinseln	12,0 S	97,0 O
9.	Australien	Darwin, NT	12,4 S	130,7 O
10.	Australien	Perth, WA	31,9 S	116,0 O
11.	Brasilien	Rio de Janeiro	22,5 S	43,1 W
12.	Brasilien	Recife	8,0 S	35,0 W
13.	Kamerun	Duala	4,2 N	9,9 O
14.	Kanada	Vancouver, B.C.	49,3 N	123,2 W
15.	Kanada	Resolute, N.W.T.	74,7 N	94,9 W
16.	Kanada	Yellowknife, N.W.T.	62,5 N	114,5 W
17.	Kanada	St. John's, N.L.	47,0 N	53,0 W

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge
18.	Chile	Punta Arenas	53,1 S	70,6 W
19.	Chile	Hanga Roa, Osterinsel	27,1 S	108,4 W
20.	China	Peking	39,8 N	116,2 O
21.	China	Lanzhou	35,8 N	103,3 O
22.	China	Guangzhou	23,0 N	113,3 O
23.	Cookinseln	Rarotonga	21,2 S	159,8 W
24.	Ecuador	Isla San Cristóbal, Galápagos	1,0 S	89,2 W
25.	Äthiopien	Filtu	5,5 N	42,7 O
26.	Fidschi	Nadi	18,0 S	177,5 O
27.	Frankreich	Papeete, Tahiti	17,0 S	150,0 W
28.	Frankreich	Pointe-à-Pitre, Guadeloupe	17,0 N	62,0 W
29.	Frankreich	Réunion	21,1 S	55,6 O
30.	Frankreich	Port-aux-Français, Kerguelen	49,0 S	70,0 O
31.	Frankreich	Cayenne, Französisch-Guayana	5,0 N	52,0 W
32.	Frankreich	Dumont d'Urville, Antarktis	66,0 S	140,0 O
33.	Deutschland	Schauinsland/Freiburg	47,9 N	7,9 O
34.	Island	Reykjavik	64,4 N	21,9 W
35.	noch nicht bekannt			
36.	Iran (Islamische Republik)	Teheran	35,0 N	52,0 O
37.	Japan	Okinawa	26,5 N	127,9 O
38.	Japan	Takasaki, Gunma	36,3 N	139,0 W
39.	Kiribati	Kiritimati	2,0 N	157,0 W
40.	Kuwait	Kuwait City	29,0 N	48,0 O
41.	Libyen	Misratah	32,5 N	15,0 O
42.	Malaysia	Kuala Lumpur	2,6 N	101,5 O
43.	Mauretanien	Nouakchott	18,0 N	17,0 W
44.	Mexiko	Baja California	28,0 N	113,0 W
45.	Mongolei	Ulan-Bator	47,5 N	107,0 O
46.	Neuseeland	Chatham Island	44,0 S	176,5 W
47.	Neuseeland	Kaitia	35,1 S	173,3 O
48.	Niger	Bilma	18,0 N	13,0 O
49.	Norwegen	Spitzbergen	78,2 N	16,4 O
50.	Panama	Panama City	8,9 N	79,6 W
51.	Papua-Neuguinea	New Hanover	3,0 S	150,0 O
52.	Philippinen	Quezon City	14,5 N	121,0 O
53.	Portugal	Ponta Delgada, São Miguel, Azoren	37,4 N	25,4 W
54.	Russische Föderation	Krow	58,6 N	49,4 W
55.	Russische Föderation	Norilsk	69,0 N	88,0 O
56.	Russische Föderation	Peledui	59,6 N	112,6 O
57.	Russische Föderation	Bilibino	68,0 N	166,4 O
58.	Russische Föderation	Ussurisk	43,7 N	131,9 O
59.	Russische Föderation	Salesowo	53,9 N	84,8 O
60.	Russische Föderation	Petropawlowsk-Kamtschatski	53,1 N	158,8 O
61.	Russische Föderation	Dubna	56,7 N	37,3 O
62.	Südafrika	Marion Island	46,5 S	37,0 O

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge
63.	Schweden	Stockholm	59,4 N	18,0 O
64.	Tansania	Darassalam	6,0 S	39,0 O
65.	Thailand	Bangkok	13,8 N	100,5 O
66.	Vereinigtes Königreich	BIOT/Chagos Archipel	7,0 S	72,0 O
67.	Vereinigtes Königreich	St. Helena	16,0 S	6,0 W
68.	Vereinigtes Königreich	Tristan da Cunha	37,0 S	12,3 W
69.	Vereinigtes Königreich	Halley, Antarktis	76,0 S	28,0 W
70.	Vereinigte Staaten von Amerika	Sacramento, CA	38,7 N	121,4 W
71.	Vereinigte Staaten von Amerika	Sand Point, AK	55,0 N	160,0 W
72.	Vereinigte Staaten von Amerika	Melbourne, FL	28,3 N	80,6 W
73.	Vereinigte Staaten von Amerika	Palmer Station, Antarktis	64,5 S	64,0 W
74.	Vereinigte Staaten von Amerika	Ashland, KS	37,2 N	99,8 W
75.	Vereinigte Staaten von Amerika	Charlottesville, VA	38,0 N	78,0 W
76.	Vereinigte Staaten von Amerika	Saichaket, AK	64,4 N	147,1 W
77.	Vereinigte Staaten von Amerika	Wake Island	19,3 N	166,6 O
78.	Vereinigte Staaten von Amerika	Midway Islands	28,0 N	177,0 W
79.	Vereinigte Staaten von Amerika	Oahu, HI	21,5 N	158,0 W
80.	Vereinigte Staaten von Amerika	Upl, Guam	13,7 N	144,9 O

Liste der Radionuklid-Laboratorien

Tabelle 2-B

	Für Laboratorium zuständiger Staat	Name und Ort des Laboratoriums
1.	Argentinien	National Board of Nuclear Regulation, Buenos Aires
2.	Australien	Australian Radiation Laboratory, Melbourne, VIC
3.	Österreich	Austrian Research Center, Seibersdorf
4.	Brasilien	Institute of Radiation Protection and Dosimetry, Rio de Janeiro
5.	Kanada	Health Canada, Ottawa, Ont.
6.	China	Peking
7.	Finnland	Centre for Radiation and Nuclear Safety, Helsinki
8.	Frankreich	Atomic Energy Commission, Montlhéry
9.	Israel	Soreq Nuclear Research Centre, Yavne
10.	Italien	Laboratory of National Agency for the Protection of the Environment, Rom
11.	Japan	Japan Atomic Energy Research Institute, Tokai, Ibaraki
12.	Neuseeland	National Radiation Laboratory, Christchurch
13.	Russische Föderation	Central Radiation Control Laboratory, Ministry of Defence, Special Verification Service, Moskau
14.	Südafrika	Atomic Energy Corporation, Pelindaba
15.	Vereinigtes Königreich	AWE Blacknest, Chilton
16.	Vereinigte Staaten von Amerika	McClellan Central Laboratories, Sacramento, CA

Liste der hydroakustischen Stationen

Tabelle 3

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge	Typ
1.	Australien	Cap Leeuwin, WA	34,4 S	115,1 O	Hydrophon
2.	Kanada	Queen Charlotte Islands, B.C.	53,3 N	132,5 W	T-phase
3.	Chile	Juan Fernández Island	33,7 S	78,8 W	Hydrophon
4.	Frankreich	Crozet Islands	46,5 S	52,2 O	Hydrophon
5.	Frankreich	Guadeloupe	16,3 N	61,1 W	T-phase
6.	Mexiko	Clarión Island	18,2 N	114,6 W	T-phase
7.	Portugal	Flores	39,3 N	31,3 W	T-phase
8.	Vereinigtes Königreich	BIOT/Chagos Archipel	7,3 S	72,4 O	Hydrophon
9.	Vereinigtes Königreich	Tristan da Cunha	37,2 S	12,5 W	T-phase
10.	Vereinigte Staaten von Amerika	Ascension	8,0 S	14,4 W	Hydrophon
11.	Vereinigte Staaten von Amerika	Wake Island	19,3 N	166,6 O	Hydrophon

Liste der Infraschall-Stationen

Tabelle 4

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge
1.	Argentinien	Paso Flores	40,7 S	70,6 W
2.	Argentinien	Ushuaia	55,0 S	68,0 W
3.	Australien	Davis Base, Antarktis	68,4 S	77,6 O
4.	Australien	Narrogin, WA	32,9 S	117,2 O
5.	Australien	Hobart, TAS	42,1 S	147,2 O
6.	Australien	Cocosinseln	12,3 S	97,0 O
7.	Australien	Warramunga, NT	19,9 S	134,3 O
8.	Bolivien	La Paz	16,3 S	68,1 W
9.	Brasilien	Brasília	15,6 S	48,0 W
10.	Kanada	Lac du Donnet, Man.	50,2 N	95,9 W
11.	Kap Verde	Kapverdische Inseln	16,0 N	24,0 W
12.	Zentralafrikanische Republik	Bangui	5,2 N	18,4 O
13.	Chile	Osterinsel	27,0 S	109,2 W
14.	Chile	Juan Fernández Island	33,8 S	80,7 W
15.	China	Peking	40,0 N	116,0 O
16.	China	Kunming	25,0 N	102,8 O
17.	Côte d'Ivoire	Dimbokro	6,7 N	4,9 W
18.	Dänemark	Dundas, Grönland	76,5 N	68,7 W
19.	Dschibuti	Dschibuti	11,3 N	43,5 O
20.	Ecuador	Galápagosinseln	0,0 N	91,7 W
21.	Frankreich	Marquesas Islands	10,0 S	140,0 W
22.	Frankreich	Port La Guerre, Neukaledonien	22,1 S	166,3 O
23.	Frankreich	Kerguelen	49,2 S	69,1 O
24.	Frankreich	Tahiti	17,6 S	149,6 W
25.	Frankreich	Kourou, Französisch-Guayana	5,2 N	52,7 W

	Für Station zuständiger Staat	Standort	Breite	Länge
26.	Deutschland	Freyung	48,9 N	13,7 O
27.	Deutschland	Georg von Neumayer, Antarktis	70,6 S	8,4 W
28.	noch nicht bekannt			
29.	Iran (Islamische Republik)	Teheran	35,7 N	51,4 O
30.	Japan	Tsukuba	36,0 N	140,1 O
31.	Kasachstan	Aktjubinsk	50,4 N	58,0 O
32.	Kenia	Kilimanbogo	1,3 S	36,8 O
33.	Madagaskar	Antananarivo	18,8 S	47,5 O
34.	Mongolei	Javhlant	48,0 N	106,8 O
35.	Namibia	Tsumeb	19,1 S	17,4 O
36.	Neuseeland	Chatham Island	44,0 S	176,5 W
37.	Norwegen	Karasjok	69,5 N	25,5 O
38.	Pakistan	Rahimyar Khan	28,2 N	70,3 O
39.	Palau	Palau	7,5 N	134,5 O
40.	Papua-Neuginea	Rabaul	4,1 S	152,1 O
41.	Paraguay	Villa Florida	26,3 S	57,3 W
42.	Portugal	Azoren	37,8 N	25,5 W
43.	Russische Föderation	Dubna	56,7 N	37,3 O
44.	Russische Föderation	Petropawlowsk-Kamtschatski	53,1 N	158,8 O
45.	Russische Föderation	Ussurisk	43,7 N	131,9 O
46.	Russische Föderation	Salesowo	53,9 N	84,8 O
47.	Südafrika	Boshof	28,6 S	25,4 O
48.	Tunesien	Thala	35,6 N	8,7 O
49.	Vereinigtes Königreich	Tristan da Cunha	37,0 S	12,3 W
50.	Vereinigtes Königreich	Ascension	8,0 S	14,3 W
51.	Vereinigtes Königreich	Bermuda	32,0 N	64,5 W
52.	Vereinigtes Königreich	BIOT/Chagos Archipel	5,0 S	72,0 O
53.	Vereinigte Staaten von Amerika	Eielson, AK	64,8 N	146,9 W
54.	Vereinigte Staaten von Amerika	Siple Station, Antarktis	75,5 S	83,6 W
55.	Vereinigte Staaten von Amerika	Windless Bight, Antarktis	77,5 S	161,8 O
56.	Vereinigte Staaten von Amerika	Newport, WA	48,3 N	117,1 W
57.	Vereinigte Staaten von Amerika	Pifion Flat, CA	33,6 N	116,5 W
58.	Vereinigte Staaten von Amerika	Midway Islands	28,1 N	177,2 W
59.	Vereinigte Staaten von Amerika	Hawaii, HI	19,6 N	155,3 W
60.	Vereinigte Staaten von Amerika	Wake Island	19,3 N	166,6 O

Annex 2 to the Protocol

List of Characterization Parameters
for International Data Centre
Standard Event Screening

1. The International Data Centre standard event screening criteria shall be based on the standard event characterization parameters determined during the combined processing of data from all the monitoring technologies in the International Monitoring System. Standard event screening shall make use of both global and supplementary screening criteria to take account of regional variations where applicable.

2. For events detected by the International Monitoring System seismic component, the following parameters, *inter alia*, may be used:

- location of the event;
- depth of the event;
- ratio of the magnitude of surface waves to body waves;
- signal frequency content;
- spectral ratios of phases;
- spectral scalloping;
- first motion of the P-wave;
- focal mechanism;
- relative excitation of seismic phases;
- comparative measures to other events and groups of events; and
- regional discriminants where applicable.

3. For events detected by the International Monitoring System hydroacoustic component, the following parameters, *inter alia*, may be used:

- signal frequency content including corner frequency, wide-band energy, and mean centre frequency and bandwidth;
- frequency-dependent duration of signals;
- spectral ratio; and
- indications of bubble-pulse signals and bubble-pulse delay.

4. For events detected by the International Monitoring System infrasound component, the following parameters, *inter alia*, may be used:

- signal frequency content and dispersion;
- signal duration; and
- peak amplitude.

Annexe 2 du Protocole

Liste des paramètres de caractérisation
pour le filtrage standard
des événements au Centre International
de données

1. Les critères de filtrage standard des événements au Centre international de données sont basés sur les paramètres standard de caractérisation des événements qui sont établis pendant le traitement combiné des données issues de toutes les technologies participant au Système de surveillance international. Aux fins du filtrage standard des événements, le Centre applique des critères valables à l'échelle mondiale, et des critères complémentaires pour tenir compte de variations régionales là où cela est possible.

2. Pour les événements détectés par la composante sismologique du Système de surveillance international, les critères suivants, entre autres, peuvent être appliqués:

- Lieu de l'événement;
- Profondeur de l'événement;
- Rapport entre la magnitude des ondes de surface et la magnitude des ondes de volume;
- Contenu fréquentiel des signaux;
- Rapports spectraux des phases;
- Rebonds spectraux;
- Premier mouvement de l'onde P;
- Mécanisme au foyer;
- État d'excitation relative des phases sismiques;
- Mesures comparatives avec d'autres événements et groupes d'événements;
- Discriminants régionaux, là où ils sont applicables.

3. Pour les événements détectés par la composante hydroacoustique du Système de surveillance international, les critères suivants, entre autres, peuvent être appliqués:

- Contenu fréquentiel des signaux, y compris la fréquence-coin, énergie large bande, fréquence centrale moyenne et largeur de bande;
- Durée du signal en fonction de la fréquence;
- Rapport spectral;
- Indications de signaux de pulsations de bulle et retard des pulsations de bulle.

4. Pour les événements détectés par la composante infrasons du Système de surveillance internationale, les critères suivants, entre autres, peuvent être appliqués:

- Contenu fréquentiel des signaux et dispersion;
- Durée des signaux;
- Amplitude des crêtes.

Anlage 2 zum Protokoll

Liste der Kennzeichnungsparameter
für das automatische Aussortieren
gewöhnlicher Ereignisse
durch das Internationale Datenzentrum

(1) Die Kriterien des Internationalen Datenzentrums für das automatische Aus-sortieren gewöhnlicher Ereignisse beruhen auf den Kennzeichnungsparametern für gewöhnliche Ereignisse, die während der gemeinsamen Verarbeitung der Daten aus allen Überwachungstechnologien im Internationalen Überwachungssystem bestimmt werden. Das Aus-sortieren gewöhnlicher Ereignisse bedient sich sowohl weltweiter als auch zusätzlicher Aus-sortierungskriterien, um gegebenenfalls regionalen Schwankungen Rechnung zu tragen.

(2) Bei den von dem seismologischen Teil des Internationalen Überwachungssystems entdeckten Ereignissen können unter anderem folgende Parameter verwendet werden:

- Ort des Ereignisses;
- Tiefe des Ereignisses;
- Magnitudenverhältnis zwischen Oberflächenwelle und Raumwelle;
- Signalfrequenzgehalt;
- Spektralverhältnis der Phasen;
- spektrale Senkenbildung;
- Erstausschlag der P-Welle;
- Herdmechanismus;
- relative Anregung der seismischen Phasen;
- vergleichende Maßnahmen mit anderen Ereignissen bzw. Ereignisgruppen;
- gegebenenfalls regionale Unterscheidungsmerkmale.

(3) Bei den von dem hydroakustischen Teil des Internationalen Überwachungssystems entdeckten Ereignissen können unter anderem folgende Parameter verwendet werden:

- Signalfrequenzgehalt einschließlich der Eckfrequenz, Breitbandenergie sowie der Mittenfrequenz und Bandbreite;
- frequenzabhängige Signaldauer;
- Spektralverhältnis;
- Anzeigen von Blasenimpuls-Signalen und Blasenimpuls-Verzögerung.

(4) Bei den von dem Infrasschall-Teil des Internationalen Überwachungssystems entdeckten Ereignissen können unter anderem folgende Parameter verwendet werden:

- Signalfrequenzgehalt und Dispersion;
- Signaldauer;
- Spitzenamplitude.

5. For events detected by the International Monitoring System radionuclide component, the following parameters, *inter alia*, may be used:

- concentration of background natural and man-made radionuclides;
- concentration of specific fission and activation products outside normal observations; and
- ratios of one specific fission and activation product to another.

5. Pour les événements détectés par la composante radionucléides du Système de surveillance international, les critères suivants, entre autres, peuvent être appliqués:

- Concentration des radionucléides naturels et artificiels dans le bruit de fond;
- Concentration de produits de fission et d'activation spécifiques en dehors des observations courantes;
- Rapport d'un produit de fission et d'activation spécifique à un autre.

(5) Bei den von dem Radionuklid-Teil des Internationalen Überwachungssystems entdeckten Ereignissen können unter anderem folgende Parameter verwendet werden:

- Konzentration von natürlichen und künstlichen Radionukliden;
- Konzentration von spezifischen Spalt- und Aktivierungsprodukten außerhalb üblicher Beobachtungen;
- Verhältnis eines spezifischen Spalt- und Aktivierungsprodukts zu einem anderen.

Denkschrift zum Vertrag vom 24. September 1996 über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

A. Allgemeines

1. Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (im weiteren Vertrag genannt) wurde am 24. September 1996 in New York zur Zeichnung aufgelegt und am selben Tage bereits von 71 Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, gezeichnet; auch die fünf Nuklearwaffenstaaten unterzeichneten das Vertragswerk. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Unterzeichnerstaaten 149. Acht Staaten haben den Vertrag bereits ratifiziert.

Der Vertrag ist das Ergebnis fast fünfzig Jahre währendender Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, Kernwaffenversuche und alle anderen nuklearen Explosionen für alle Zeiten und in allen Testmedien (Lithosphäre, Atmosphäre, Hydrosphäre) umfassend und verifizierbar zu verbieten.

Die Bundesrepublik Deutschland, die 1954 im Protokoll zur Änderung und Ergänzung des Brüsseler Vertrags und erneut im Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 auf Herstellung, Besitz von und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen verzichtet hatte, will mit der Ratifikation dieses Vertrags zur Nichtverbreitung von Atomwaffen und damit zur Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt beitragen.

2. Der Vertrag begründet Verpflichtungen für die Bundesrepublik Deutschland auch im nichtstaatlichen Bereich. Dazu gehören Duldungs- und Mitwirkungspflichten bei der Durchführung von Inspektionen. Ferner sind zur Umsetzung des Verbots von Nuklearversuchen bestehende Strafvorschriften zu ergänzen. Es ist daher erforderlich, die einschlägigen Vertragsbestimmungen durch ein Ausführungsgesetz in innerstaatliche Regelungen umzusetzen.

3. Die Geschichte der Nuklearwaffentests beginnt mit dem Test einer Plutoniumbombe durch die Vereinigten Staaten von Amerika am 16. Juli 1945 in Alamogordo/Neu Mexiko. Nacheinander traten auch die Sowjetunion am 29. August 1949 (Semipalatinsk/Kasachstan), Großbritannien am 3. Oktober 1952 (Monte Bello Island/Australien), Frankreich am 13. Februar 1960 (Reggane/Algerien) und China am 24. Oktober 1964 (Lop Nor/Xinjiang) mit eigenen Kernwaffenversuchen in die militärische Nuklearfähigkeit bzw. später auch in die nukleare Aufrüstung ein.

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) aus dem Jahr 1968 leitet den Begriff Kernwaffenstaat explizit aus der nuklearen Testfähigkeit ab. In Artikel IX Abs. 3 Satz 2 NVV heißt es: „Für die Ziele dieses Vertrags gilt als Kernwaffenstaat jeder Staat, der vor dem 1. Januar 1967 eine Kernwaffe oder einen sonstigen Kernsprengkörper hergestellt und gezündet hat.“ Indien, das am 18. Mai 1974 in Pokharan/Rajasthan einen sogenannten friedlichen Nukleartest durchgeführt hat, ist somit kein Kernwaffenstaat im Sinne des NVV.

Aufgrund der angesammelten Test Erfahrung waren die Kernwaffenstaaten bereits in den 50er und 60er Jahren in der Lage, Kernwaffen der zweiten Generation zu entwickeln: sogenannte Wasserstoffbomben, die auf dem Prinzip der Kernverschmelzung (thermonukleare Fusion)

beruhen und eine gewaltige Anhebung der Sprengkraft vom Kilotonnen- in den Megatonnen-Bereich TNT-Äquivalent ermöglichten. Diese Versuche stellten in der Folgezeit einen erheblichen Anteil am Testaufkommen dar.

Insgesamt wurden von 1945 bis 1996 offiziell 2048 Nukleartests durchgeführt. Davon entfielen auf die USA ca. die Hälfte, auf die Sowjetunion ca. ein Drittel, auf Frankreich ein Zehntel sowie auf Großbritannien und China jeweils zwei Prozent. Mit der Zuspitzung des Kalten Krieges nahm die Testfrequenz in der zweiten Hälfte der Fünfziger und der ersten Hälfte der Sechziger Jahre erheblich zu. Bis zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, im folgenden PTBT (Partial Test Ban Treaty) genannt, der seit 1963 Nukleartests auf die Erdkruste beschränkte, fand die Mehrzahl der bis dahin bereits 573 Versuche in der Atmosphäre statt, viele davon in gewaltigen Größenordnungen von bis zu 500 Kilotonnen TNT-Äquivalent für Fissionswaffen und bis zu 58 Megatonnen TNT-Äquivalent für Fusionswaffen. Versuche in der Hydrosphäre (Weltmeere) waren hingegen selten.

4. Die Geschichte der Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um Beendigung der Atomtests oder zumindest deren Beschränkung reicht bis in die fünfziger Jahre zurück. Bereits 1954 forderte der indische Premierminister Jawaharlal Nehru die Einstellung aller Nukleartests. Zunächst konnte allerdings nur eine Reihe einschränkender Vereinbarungen bzw. einseitig beschränkender Maßnahmen erreicht werden, nachdem frühe Verhandlungen der Kernwaffenstaaten, Tests umfassend zu verbieten, Anfang der 60er Jahre scheiterten.

Wichtige Zwischenschritte auf dem Weg zu einem umfassenden Teststoppabkommen waren neben dem PTBT, der nur noch Nuklearversuche in der Lithosphäre erlaubt, die Begrenzung der Detonationsstärken sowie zeitliche Beschränkungen durch Moratorien.

1963 wurde der zunächst trilaterale PTBT zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion geschlossen. Frankreich (1974) und China (1980) konnten sich zu einem solchen Verzicht nur im Rahmen einer einseitigen Erklärung entschließen. Die Bundesrepublik Deutschland trat dem PTBT bereits 1964 bei. Dieser Vertrag enthält keine Verifikationsbestimmungen.

Die USA und die Sowjetunion begrenzten 1974 bilateral durch Abschluß des Schwellenvertrages, TTBT (Threshold Test Ban Treaty) für den militärischen Bereich und 1976 durch Abschluß des Vertrags über friedliche Nuklearexplosionen, PNET (Peaceful Nuclear Explosions Treaty) auch für den zivilen Bereich ihre Nukleartests auf eine maximale Detonationsstärke von 150 Kilotonnen TNT-Äquivalent. Diese Schwelle wurde aber auch durch andere Kernwaffenstaaten danach nicht mehr bzw. nur geringfügig überschritten. Mit Inkrafttreten der zwei Verträge wurden 1990 bilaterale Verifikationsprotokolle für beide Verträge vereinbart.

Während der trilateralen Verhandlungen der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens zum PTBT setzten

diese von 1958 bis 1961 ihre Nukleartests aus. Einem Moratorium der Sowjetunion von 1985–1986 und erneut seit 1991, dessen Fortführung durch die Russische Föderation Präsident Jelzin 1992 erklärte, folgten im gleichen Jahr die Erklärungen zeitlich befristeter Testmoratorien durch Frankreich und die USA. Letzteres wird auch von Großbritannien beachtet, das seinerseits vom amerikanischen Testgelände in Nevada abhängig ist. Das auf gesetzlicher Grundlage stehende Moratorium der USA wurde mehrfach bis zum Abschluß des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen verlängert. Frankreich nahm zwischen September 1995 und Januar 1996 eine sechs Versuche umfassende Testserie auf. Am 29. Januar 1996 verfügte Frankreich die definitive Einstellung aller Versuche sowie die Schließung seines Testgeländes im Südpazifik. China, das sich in der Vergangenheit keinerlei Testbeschränkungen auferlegt hatte, erklärte kurz vor Ende der Genfer Verhandlungen ein eigenes Moratorium mit Wirkung ab 30. Juli 1996.

Seit den 50er Jahren, als zunehmend erkennbar war, daß die Abrüstung bereits angehäufter nuklearer Arsenale nicht auf einmal, sondern allenfalls schrittweise möglich sein würde, war das umfassende Kernwaffenversuchsverbot – neben der allgemeinen Forderung nach nuklearer Abrüstung selbst – eine zentrale rüstungskontrollpolitische Forderung der Nichtkernwaffenstaaten an die Kernwaffenstaaten, die auch bei mehreren Überprüfungskonferenzen des NVV erhoben wurde. In den von der NVV-Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz 1995 beschlossenen „Prinzipien und Zielen für die nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung“ wurde der Abschluß eines umfassenden Nuklearen Teststoppvertrags ausdrücklich als wichtige Maßnahme für die vollständige Verwirklichung und wirksame Durchführung der in Artikel VI des NVV enthaltenen Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung gefordert.

Die große Bedeutung eines Kernwaffenversuchsverbots wurde auch durch die seit 1954 regelmäßig wiederkehrenden Resolutionen in der VN-Generalversammlung unterstrichen, die in den letzten Jahren im Konsens beziehungsweise mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurden.

Die trilateralen Testverbotgespräche zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion wurden in den Jahren 1978–1980 wieder aufgenommen, um das inzwischen erreichte Teilverbot des PTBT in Richtung auf ein umfassendes Abkommen voranzubringen. Nach deren Scheitern setzte die Genfer Abrüstungskonferenz 1982 einen Ad-hoc-Ausschuß „Verifikation“ und 1984 sowie erneut 1991 einen Ad-hoc-Ausschuß „Nuclear Testban“ ein, allerdings ohne Verhandlungsmandat. Die Bundesrepublik Deutschland war in diesen Gremien von Anfang an engagiert vertreten, insbesondere auch auf Expertenebene in seismologischen Verifikationsfragen. Nach informellen Vorgesprächen der Kernwaffenstaaten im Juli 1993 konnte am 10. August 1993 in der Genfer Abrüstungskonferenz ein Beschluß zur Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses „Nuclear Testban“ ab 1994 mit einem Verhandlungsmandat erzielt werden. Die Verhandlungen über einen Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen begannen am 25. Januar 1994.

Parallel hierzu liefen Bemühungen der Vertragsstaaten des PTBT von 1963, ein umfassendes Kernwaffenversuchsverbot alternativ durch eine Erweiterung des Teil-

verbots im PTBT herbeizuführen. Eine entsprechende Änderungskonferenz in New York 1991 verlief jedoch ergebnislos. Vor dem Hintergrund der Erteilung eines klaren Verhandlungsmandats an die Genfer Abrüstungskonferenz beschloß ein informelles Treffen der PTBT-Vertragsstaaten im August 1993, das Vorhaben einer PTBT-Vertragsweiterung zurückzustellen, solange Aussicht auf einen Verhandlungserfolg in der Genfer Abrüstungskonferenz besteht.

Unabhängig von dieser Entwicklung legten Schweden 1983, 1991 und 1993 wie auch Australien 1994 Modellverträge vor, in denen der Internationalen Atomenergie-Organisation die entscheidende Rolle bei der Verifikation zugewiesen werden sollte.

Bereits im ersten Verhandlungsjahr 1994 erarbeitete die Genfer Abrüstungskonferenz wesentliche Teile eines Vertragsentwurfs. Dies war vor allem einer unter deutscher Leitung tagenden Arbeitsgruppe (Verifikation) zu verdanken, die eine Bestandsaufnahme technischer Grundlagen für die Verifikation vornahm und die Grundstruktur des Verifikationssystems einschließlich der Technologien erarbeitete. Eine zweite Arbeitsgruppe (rechtliche und institutionelle Fragen) erarbeitete Entwürfe des Verbotsstatbestands und allgemeiner vertragstechnischer Bestimmungen.

Im zweiten Verhandlungsjahr 1995 stand die Notwendigkeit im Vordergrund, strittige Einzelpunkte politisch zu entscheiden. Von zentraler Bedeutung war hier die Einigung der drei westlichen Kernwaffenstaaten über einen Verbotstatbestand ohne Schwellenwert. Dem schlossen sich 1996 auch Rußland und China an. Die Aufgabe der amerikanischen Forderung eines erleichterten Rücktrittsrechts nach einer Testpause von 10 Jahren und der französische Verzicht auf eine begrenzte Vertragsdauer waren wichtige Fortschritte. Auch wurde bereits die Grundstruktur des künftigen Internationalen Überwachungssystems sichtbar.

Die politische Selbstverpflichtung von 175 Staaten auf der Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz des NVV im Mai 1995 in New York, darunter aller Kernwaffenstaaten, äußerste Zurückhaltung bei Nukleartests zu üben und den Vertrag bis spätestens 1996 abzuschließen, setzte die Verhandlungen 1995 unter Zeitdruck und hob sie endgültig in den Rang der vordringlichsten Materie auf der multilateralen Rüstungskontrollagenda.

Im Verhandlungsjahr 1996 wurde klar, daß die überaus große Zahl strittiger Textstellen im laufenden Entwurf nur noch durch Vorlage eines konsolidierten Entwurfs zu beheben war. Dies unternahmen sowohl Australien wie auch der Iran, bevor der Vorsitzende des Verhandlungsausschusses am 28. Juni 1996 einen eigenen „Textentwurf des Vorsitzenden“ vorstellte. Der Inkrafttretensartikel dieses Vertragsentwurfs entwickelte sich schließlich zum unüberwindbaren Hindernis für einen Konsens. Indien lehnte den Vertrag aus grundsätzlichen Erwägungen ab, weil die Kernwaffenstaaten aus seiner Sicht nicht zu ausreichenden nuklearen Abrüstungsverpflichtungen bereit waren und die Ratifikation Indiens zur Bedingung für das Inkrafttreten des Vertrags erhoben wurde. Trotzdem wurde Indien auf Insistieren der Kernwaffenstaaten im Vertrag als einer der Staaten genannt, deren Ratifizierung für das Inkrafttreten des Vertrags nach Artikel XIV notwendig ist. Indien könnte bisher nicht zu einem Einlenken bewegt werden.

Der Vertragstext mußte daher ohne abschließenden Konsens in der Genfer Abrüstungskonferenz im Wege einer Resolution (Australien und 156 Miteinbringer, darunter Deutschland) einer Sondersitzung der 50. Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Annahme vorgelegt werden. Diese Resolution wurde am 10. September 1996 mit 153 Ja-Stimmen, bei 5 Enthaltungen (Kuba, Libanon, Mauritius, Syrien, Tansania) und 3 Nein-Stimmen (Indien, Bhutan, Libyen) angenommen.

Am Rande der 51. Generalversammlung wurde der Vertrag am 24. September 1996 zur Zeichnung aufgelegt und, wie eingangs ausgeführt, von 71 Staaten unterzeichnet. Für die Bundesrepublik Deutschland zeichnete der Bundesminister des Auswärtigen. Bei dieser Gelegenheit wurde folgende rechtswahrende nationale Erklärung abgegeben, die keinen Vertragsvorbehalt darstellt: „Die Bundesregierung geht davon aus, daß dieser Vertrag niemals so ausgelegt oder angewandt werden darf, daß er die Erforschung und Entwicklung der kontrollierten thermonuklearen Fusion sowie deren wirtschaftliche Nutzung behindert oder unterbindet.“

Am 19. November 1996 trat eine Konferenz von 134 Zeichnerstaaten in New York zusammen, um die Annahme des Dokuments über die Errichtung der im Vertrag vorgesehenen Vorbereitungskommission für die spätere „Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen“ (im weiteren Kommission genannt) zu beschließen. Die konstituierende Sitzung der Kommission begann am 20. November 1996 in New York und wurde am 3. März 1997 in Genf fortgesetzt. Der damalige Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Genfer Abrüstungskonferenz wurde zum Exekutivsekretär der Kommission gewählt. Am 18. März 1997 zeichnete der Exekutivsekretär für die Kommission das Sitzstaatabkommen mit der Republik Österreich.

5. In der Bundesrepublik Deutschland zeichnete sich seit den 50er Jahren eine breite Unterstützung für einen Atomteststopp ab. Der Deutsche Bundestag hat in Entschlüssen wiederholt die Einstellung aller „Atombombenversuche“ gefordert, erstmals am 10. Mai 1957, dann bei der Annahme des Zustimmungsgesetzes zum PTBT am 5. Juni 1964, in einer Entschlußung zur „sofortigen Einstellung aller Atomwaffentests“ am 23. Juni 1993 sowie am 3. Oktober 1985 und letztmalig im Rahmen der interfraktionellen Entschlußung vom 30. März 1995 zur „unbefristeten und unkonditionierten Verlängerung des NVV“.

Die Bundesregierung hat diese Haltung des Deutschen Bundestages stets als wirksame Unterstützung ihres Anliegens begrüßt. Der Bundeskanzler forderte bereits 1987 öffentlich die Einstellung aller Nukleartests und sprach sich am 13. Juli 1995 im Deutschen Bundestag für den Abschluß eines umfassenden Teststoppvertrags bis spätestens 1996 aus. Mit seiner Zehn-Punkte-Initiative vom Dezember 1993 und erneut auf der Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz des NVV im Mai 1995 sowie in der 49. und 50. VN-Generalversammlung drang der Bundesminister des Auswärtigen nachdrücklich auf einen „hinreichend verifizierbaren und universell anwendbaren, umfassenden nuklearen Teststopp“ zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

Als vielbeachteten und auch für die Bündnispartner der Atlantischen Allianz meinungsbildenden Schritt hat

Deutschland 1992 auf der 47. Generalversammlung der Vereinten Nationen erstmals die den Abschluß eines umfassenden Teststoppabkommens fördernde Resolution miteingebracht und hat diese in den Folgejahren mitgestaltet.

Neben der Forderung nach frühestmöglichem Abschluß setzte sich Deutschland bei den Verhandlungen in der Genfer Abrüstungskonferenz insbesondere für folgende Elemente eines Teststoppvertrags ein, die sich im Vertragstext auch widerspiegeln:

- Generell nicht diskriminierende Vertragsinhalte, mit gleichen Rechten und Pflichten für alle;
- unbegrenzte Dauer und universelle Gültigkeit;
- umfassender Verbotstatbestand ohne Schwellenwert für die Detonationsstärke von Nuklearversuchen;
- Unzulässigkeit von Ausnahmen vom Verbotstatbestand, wie z.B. für sogenannte friedliche Nuklearexplosionen;
- eigenständige, kleine Vertragsbehörde in Wien mit der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der internationalen Atomenergie-Organisation;
- ständiger Sitz Deutschlands im Exekutivrat der künftigen Vertrags-Organisation.

Bei den langjährigen Vorarbeiten für ein seismologisches Teststopp-Verifikationskonzept spielte die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der „Gruppe wissenschaftlicher Experten (GSE)“ – in Genf eine prominente Rolle. Im Jahre 1996 wurde bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover ein zentrales Nationales Datenzentrum für alle vier Technologien des internationalen Überwachungssystems eingerichtet: Seismik für die Erdkruste; Infraschallmessung für die Atmosphäre; Hydroakustik für die Weltmeere und Radionuklidmessungen für die Atmosphäre, Erdkruste und Meere. Ebenfalls beteiligt sind das Institut für Atmosphärische Radioaktivität des Bundesamtes für Strahlenschutz in Freiburg und die Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall und Geophysik in Kiel. Im Vertrag (Anlage 1 zum Protokoll) ist die Beteiligung Deutschlands am internationalen Überwachungssystem mit fünf Stationen festgelegt.

6. Dem Vertrag kommt bei den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung große Bedeutung zu. Er leistet mit seinem umfassenden Verbot von Nuklearversuchen einen wesentlichen Beitrag zur nuklearen Nichtverbreitung und ist zugleich ein wichtiger Teilschritt in Richtung auf das Ziel nuklearer Abrüstung, so wie es in Artikel VI des NVV und in anderen Dokumenten niedergelegt ist. Letzteres ergibt sich daraus, daß der Vertrag die Weiterentwicklung und qualitative Verbesserung von Kernwaffen einschränkt und damit – wie in der Präambel des Vertrags ausgeführt – der Entwicklung neuer Arten von Kernwaffen ein Ende setzt.

Die Bedeutung des umfassenden Testverbots liegt zum einen darin, daß es den Vertragsstaaten mit Kernwaffen die Durchführung von Nukleartests in allen Testmedien untersagt. Zum anderen verhindert der Vertrag, daß Vertragsstaaten ohne Kernwaffen mit Hilfe von Nukleartests einsatzfähige Kernwaffen entwickeln. Der Vertrag kann zwar den Bau einfacher Kernwaffen der ersten Generation (Fissionswaffen) nicht vollständig verhindern. Ein Staat, der über genügend Spaltmaterial verfügt, kann heute

auch ohne Nukleartests einfache Kernwaffen entwickeln und herstellen, wenn er das hohe technische Risiko für Sicherheit und Zuverlässigkeit solcher Waffen in Kauf nimmt. Es ist aber davon auszugehen, daß ohne Tests der Bau entwickelter Kernwaffen und insbesondere der Übergang von einfachen Fissionssprengköpfen zu fusionsverstärkten Waffendesigns oder gar thermonuklearen Fusionswaffen der zweiten Generation nicht möglich ist. Sogar den technisch am weitesten fortgeschrittenen Kernwaffenstaaten wird es kaum möglich sein, ohne Nukleartests Nuklearwaffen einer dritten Generation zu konstruieren.

Nicht zuletzt trägt der Vertrag dazu bei, daß der Kontamination der Natur, insbesondere der Testgebiete, durch die künstliche Radioaktivität der Nuklearexplosionen ein Ende gesetzt wird.

Während der Verhandlungen war es vielen ungebundenen Staaten ein vordringliches Anliegen, die Abrüstungspflicht der Kernwaffenstaaten im Vertrag verbindlich festzuschreiben. So wurde die Einrichtung eines Verhandlungsausschusses „Allgemeine nukleare Abrüstung“ in der Genfer Abrüstungskonferenz gefordert.

Obwohl die Präambel des Vertrags dieses Anliegen in allgemeiner Form aufgreift, betrachten viele dieser Staaten die dort getroffenen Aussagen als ungenügend. Von den verhandelnden Staaten lehnte aber nur Indien förmlich die Zeichnung des Vertrags aus diesem Grunde ab. Pakistan will ihn erst zeichnen, wenn Indien zeichnet.

Die Bundesregierung ist gleichwohl der Auffassung, daß der Vertrag, abgesehen von seiner Bedeutung für die Bemühungen um nukleare Nichtverbreitung auch einen wichtigen Teilschritt zu allgemeiner und vollständiger Abrüstung darstellt und insofern diesbezüglichen Verpflichtungen aus dem NVV, den von der Überprüfungs- und Verlängerungskonferenz der NVV-Vertragsstaaten am 11. Mai 1995 beschlossenen „Grundsätzen und Zielen der nuklearen Nichtverbreitung und Abrüstung“, dem PTBT sowie den Resolutionen der VN-Generalversammlung entspricht.

B. Besonderes

Der Vertrag besteht aus einer Präambel, 17 Artikeln, zwei Anlagen (Staatenlisten) und einem Protokoll mit drei Teilen: Aufgaben des Internationalen Überwachungssystems und des Internationalen Datenzentrums, Inspektionen vor Ort, Vertrauensbildende Maßnahmen. Das Protokoll hat zwei Anlagen mit Listen der Meßstationen des Internationalen Überwachungssystems beziehungsweise deren Kennzeichnungsparametern. Die Anlagen des Vertrags, das Protokoll und die Anlagen des Protokolls sind gemäß Artikel X Bestandteil des Vertrags.

Ein weiteres in diesem Zusammenhang wichtiges Dokument ist der „Text über die Errichtung einer Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen“, der von einer zu diesem Zweck einberufenen Zeichnerstaatenkonferenz am 19. November 1996 in New York im Konsens beschlossen wurde. Dieses Dokument bildet die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der bereits im Vertrag (Artikel II Abs. 10) vorgesehenen Vorbereitungskommission, die sich am 20. November 1996 konstituierte und seither den Aufbau des Verifikationssystems und der Organisation selbst vorantreibt.

Präambel

In der Präambel bekennen sich die Vertragsstaaten dazu, daß die Einstellung aller nuklearen Explosionen Teil eines systematischen nuklearen Abrüstungsprozesses darstellt, indem Weiterentwicklung und qualitative Verbesserung bestehender Kernwaffen eingeschränkt bzw. die Entwicklung neuartiger Kernwaffen beendet werden.

Die Präambel würdigt die in den letzten Jahren erzielten Erfolge auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung und nuklearen Nichtverbreitung, verweist in Anlehnung an den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) von 1968 aber auch auf das Weiterbestehen des obersten Ziels allgemeiner und vollständiger Abrüstung solcher Waffen unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.

Sie erinnert ferner an die Bemühungspflicht aus dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (PTBT) von 1963, künftig alle Versuchsexplosionen einzustellen sowie daran, daß dies am wirksamsten durch Abschluß eines allgemeinen sowie international und wirksam verifizierbaren Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen zu erreichen ist.

Schließlich wird der Zweck des Vertrags bekräftigt, zum Weltfrieden, zur internationalen Sicherheit und zum Schutz der Umwelt beizutragen.

Artikel I

Artikel I enthält die zentrale Verpflichtung aller Vertragsstaaten, selbst keine Versuchsexplosionen von Kernwaffen oder andere nukleare Explosionen durchzuführen und diese auf dem Gebiet eigener Hoheitsgewalt oder Kontrolle zu verbieten und zu verhindern. Darüber hinaus werden alle Vertragsstaaten verpflichtet, Versuchsexplosionen von Kernwaffen oder andere nukleare Explosionen auch anderenorts weder zu veranlassen noch zu fördern noch sich daran zu beteiligen.

Der Verbotstatbestand hebt dabei im Kern auf den Begriff der Explosion, die nur als Folge einer nuklearen Kettenreaktion entsteht, ab. In Anlehnung an die Bestimmungen des PTBT wird darüber hinaus bewußt auf eine ohnehin kaum mögliche, präzise naturwissenschaftliche Definition einer Kernwaffenversuchsexplosion verzichtet.

Artikel II und Anlage 1 des Vertrags

Der Vertrag sieht zur Umsetzung seiner Vorschriften die Errichtung einer „Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen“ vor, deren Mitglieder alle Vertragsstaaten sind. Sie nimmt ihren Sitz in Wien.

Die Beitragszahlungen der Mitglieder erfolgen jährlich nach dem allgemeinen Berechnungsschlüssel der Vereinten Nationen, wobei finanzielle Beiträge an die Vorbereitungskommission angerechnet werden. Mitglieder mit Zahlungsrückständen in Höhe von mindestens zwei Jahresbeiträgen besitzen kein Stimmrecht in der Organisation.

Die Organisation hat die im Vertrag vorgesehenen Verifikationsmöglichkeiten mit größtmöglicher Zurückhaltung durchzuführen und Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit von ihr bei Durchführung des Vertrags bekanntgewordenen Daten und Informationen zu treffen.

Sie soll möglichst vorhandene Fachkenntnisse und Einrichtungen nutzen und mit anderen internationalen Organisationen, insbesondere der Internationalen Atomenergie-Organisation, zusammenwirken, um so kostengünstig wie möglich zu arbeiten.

Die Organisation setzt sich aus drei Organen zusammen: der Konferenz der Vertragsstaaten, dem Exekutivrat und dem Technischen Sekretariat.

Die Konferenz der Vertragsstaaten, das Hauptorgan der Organisation, besteht aus allen Vertragsstaaten und tritt gewöhnlich einmal jährlich an ihrem Sitz zusammen. Außerordentliche Tagungen sind auf Beschluß der Konferenz, auf Antrag einer Mehrheit der Vertragsstaaten oder des Exekutivrats möglich, wobei die Konferenz auch als Änderungskonferenz oder Überprüfungskonferenz des Vertrags einberufen werden kann.

Die Konferenz ist grundsätzlich für alle Fragen, Angelegenheiten oder Themen des Vertrags, insbesondere aber für die Überwachung seiner Durchführung und die Überprüfung seiner Einhaltung zuständig. Sie faßt Beschlüsse und gibt Empfehlungen ab. Ihr obliegt auch die Aufsicht über den Exekutivrat und das Technische Sekretariat, denen gegenüber sie Richtlinienkompetenz besitzt.

Sie gibt sich eine Geschäftsordnung und wählt bei jeder Tagung einen Präsidenten. Beschlußfähigkeit besteht bei Anwesenheit der einfachen Mehrheit der Vertragsstaaten. Beschlüsse über Verfahrensfragen werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder gefaßt. Sachfragen sollen nach Möglichkeit im Konsens entschieden werden; kommt dieser nicht zustande, wird grundsätzlich mit Zweidrittelmehrheit beschlossen.

Insbesondere ist die Konferenz befugt zur

- Prüfung und Verabschiedung des Berichts, des Jahresprogramms und des Haushalts der Organisation (einschließlich Beitragsschlüssel), der Geschäftsordnung des Exekutivrats sowie der Abkommen des Technischen Sekretariats mit Staaten oder internationalen Organisationen sowie der von der Vorbereitungskommission ausgearbeiteten Entwürfe von Abkommen, Vereinbarungen, Verfahren, Arbeitshandbüchern und Leitlinien;
- Wahl der Mitglieder des Exekutivrats und Ernennung des Generaldirektors des Technischen Sekretariats;
- Prüfung der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung für die Verifikation, ggf. unter Beiziehung eines Beirats aus unabhängigen Experten.

Der Exekutivrat stellt das politisch wichtigste Organ und die eigentliche Schaltstelle der Organisation dar. Seine 51 Sitze entfallen nach folgendem Verteilungsschlüssel auf sechs Regionalgruppen, deren Mitgliedschaft in Anlage 1 des Vertrags aufgeführt ist:

Afrika: zehn Sitze, Osteuropa: sieben Sitze, Lateinamerika/Karibik: neun Sitze, Nahost/Südasiens: sieben Sitze, Nordamerika/Westeuropa: zehn Sitze, Südostasien/Pazifik/Fernost: acht Sitze.

Insgesamt wird hiervon ein Drittel als ständige Sitze nach folgenden Kriterien vergeben:

- Nuklearfähigkeit eines Vertragsstaates,
- Zahl der Stationen beim internationalen Überwachungssystem,
- Technologische Expertise und finanzieller Beitrag.

Die übrigen Sitze werden nach einem alphabetischen Rotations- bzw. Wahlverfahren innerhalb jeder Regionalgruppe von dieser selbst bestimmt.

Der Exekutivrat gibt sich eine Geschäftsordnung und wählt aus seinem Kreis einen Vorsitzenden; Beschlüsse über Verfahrensfragen werden mit einfacher, solche über Sachfragen mit Zweidrittelmehrheit gefaßt. Als einzige wesentliche Ausnahme wird nach Artikel IV Abs. 46 im Falle eines Beschlusses über die Auslösung einer Inspektion vor Ort mit einer Mehrheit von 30 von 51 Stimmen entschieden.

Der Exekutivrat ist der Konferenz verantwortlich und handelt auf der Grundlage ihrer Empfehlungen, Leitlinien und Beschlüsse. Insbesondere sind seine Aufgaben bei der Durchführung des Vertrags:

- die Überwachung des Technischen Sekretariats und die Zusammenarbeit mit den jeweiligen nationalen Behörden der Vertragsstaaten;
- die Prüfung des Jahresprogramms, des Haushalts und des Entwurfs des Berichts der Organisation über die Durchführung des Vertrags sowie der Vorschläge zur Modifikation in bezug auf Angelegenheiten verwaltungsmäßiger oder technischer Art des Protokolls und dessen Anlagen nach Artikel VII;
- die Genehmigung neuer Arbeitshandbücher und Änderungen bereits vorhandener Arbeitshandbücher;
- der Abschluß von der Konferenz der Vertragsstaaten genehmigter Abkommen mit Vertragsstaaten, anderen Staaten und internationalen Organisationen;
- die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten sowie zwischen diesen und dem Technischen Sekretariat;
- Hilfestellung bei Konsultation und Klarstellung zwischen Vertragsstaaten bei Bedenken wegen der möglichen Nichteinhaltung grundlegender Vertragspflichten nach Maßgabe des Artikels IV;
- die Entgegennahme, Prüfung und Beschlußfassung über Ersuchen um eine Inspektion vor Ort sowie die Entgegennahme und Prüfung von Inspektionsberichten;
- sofern er es für erforderlich hält, die Unterrichtung aller Vertragsstaaten und der Konferenz über Bedenken wegen einer möglichen Nichteinhaltung des Vertrags oder eines Mißbrauchs der Vertragsrechte sowie Empfehlungen an die Konferenz über Maßnahmen nach Artikel V zur Bereinigung einer Lage und zur Gewährleistung der Einhaltung der Vertragspflichten.

Das Technische Sekretariat als Hauptdurchführungsorgan für die Verifikation besteht aus einem Generaldirektor, der von der Konferenz auf Empfehlung des Exekutivrats für 4 Jahre ernannt wird und einmal verlängert werden kann, sowie aus dem wissenschaftlichen, technischen und sonstigen Personal.

Der Generaldirektor ist für die Arbeit des Technischen Sekretariats und für die Auswahl und Ernennung der Bediensteten (insbesondere auch der Inspektoren) gegenüber dem Exekutivrat und der Konferenz verantwortlich. Er unterstützt die Konferenz und den Exekutivrat bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und die Vertragsstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen.

Das Technische Sekretariat umfaßt als integralen Bestandteil auch das Internationale Datenzentrum und erfüllt

Insbesondere folgende Aufgaben im Bereich der Verifikation:

- Überwachung und Koordinierung des Internationalen Überwachungssystems einschließlich technischer Hilfestellung bei der Errichtung und dem Betrieb der Überwachungsstationen;
- Betrieb des Internationalen Datenzentrums sowie (routinemäßig) die Entgegennahme, Bearbeitung und Analyse von Daten aus dem Internationalen Überwachungssystem;
- Unterstützung des Exekutivrats bei Konsultationen und Klarstellungen zwischen den Vertragsstaaten, bei Entgegennahme und technischer Prüfung von Ersuchen sowie bei der technischen Vorbereitung von Inspektionen vor Ort;
- Aushandlung und Abschluß vom Exekutivrat genehmigter technischer Abkommen über Verifikationstätigkeiten mit Vertragsstaaten, anderen Staaten oder internationalen Organisationen;
- Ausarbeitung des Entwurfs des Programms und des Haushalts der Organisation, des Berichts der Organisation über die Durchführung des Vertrags sowie Gestaltung technischer und administrativer Hilfe für die Konferenz und den Exekutivrat;
- Erstellung von durch den Exekutivrat zu genehmigenden Arbeitshandbüchern zur Anleitung für den Betrieb der verschiedenen Teile des Verifikationssystems nach Artikel IV und dem Protokoll.

Die Organisation besitzt in allen Vertragsstaaten die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderliche Rechts- und Geschäftsfähigkeit und genießt die dafür notwendigen Vorrechte und Immunitäten. Vorrechte und Immunitäten werden in einem Abkommen zwischen der Organisation und dem Sitzstaat (der Republik Österreich) wie auch in Übereinkommen zwischen der Organisation und den Vertragsstaaten festgelegt und sind von der Konferenz der Vertragsstaaten zu genehmigen. Bei der Durchführung von Verifikationstätigkeiten genießen der Generaldirektor, die Inspektoren, die Inspektionsassistenten und das übrige Personal des Technischen Sekretariats unabhängig von diesen Vereinbarungen die im Protokoll zum Vertrag aufgeführten Vorrechte und Immunitäten, die eine unbehinderte Durchführung der Verifikationstätigkeit sicherstellen sollen.

Artikel III

Dieser Artikel verpflichtet die Vertragsstaaten, die zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag notwendigen innerstaatlichen Durchführungsmaßnahmen zu treffen. Im besonderen wird die Errichtung bzw. Bestimmung einer nationalen Behörde als innerstaatliche Anlaufstelle für die Verbindung zur Organisation und zu den anderen Vertragsstaaten vorgeschrieben.

Artikel III verlangt ausdrücklich, daß jeder Vertragsstaat die ihm nach dem Vertrag verbotenen Tätigkeiten (insbesondere die in Artikel 1 aufgeführten) auch natürlichen und juristischen Personen in seinem Hoheitsgebiet verbietet. Jeder Vertragsstaat hat außerdem seinen Staatsangehörigen alle nach dem Vertrag verbotenen Tätigkeiten auch außerhalb seines Hoheitsgebietes zu verbieten. Zur Umsetzung dieser Verpflichtungen ist jeder Vertragsstaat zur Zusammenarbeit mit anderen Vertragsstaaten einschließlich der Gewährung rechtlicher Hilfe verpflichtet.

Der Vertragsstaat hat die Organisation über die nach diesem Artikel getroffenen Maßnahmen zur innerstaatlichen Umsetzung zu unterrichten.

Artikel IV und Protokoll zum Vertrag

Artikel IV regelt in Verbindung mit dem Protokoll das gesamte Verifikationssystem des Vertrags. Dieses Verifikationssystem ist unterschiedslos auf Vertragsstaaten mit Kernwaffen und solche ohne Kernwaffen anwendbar. Als Leitlinie für die Verifikation bestimmt Artikel IV, daß Verifikationstätigkeiten auf objektiven Informationen beruhen, sich auf den Gegenstand des Vertrags beschränken und mit der größtmöglichen Zurückhaltung durchgeführt werden müssen. Vertragsstaaten werden ausdrücklich verpflichtet, das Recht auf Verifikation nicht zu mißbrauchen. Der Vertrag soll ferner in einer Weise durchgeführt werden, die die wirtschaftliche und technologische Entwicklung der Vertragsstaaten auf dem Gebiet der Anwendung und Weiterentwicklung der Kernenergie für friedliche Zwecke nicht behindert.

Das Verifikationssystem besteht aus vier Teilen:

- Internationales Überwachungssystem,
- Konsultation und Klarstellung,
- Inspektionen vor Ort und
- Vertrauensbildende Maßnahmen.

Das Internationale Überwachungssystem besteht aus jeweils weltweiten und synergetisch wirkenden Meßnetzen auf der Grundlage von vier verschiedenen Technologien für die drei natürlichen Testmedien:

- Seismologische Überwachung der Erdkruste (Lithosphäre),
- Infraschall-Messung zur Überwachung der Erdatmosphäre,
- Hydroakustische Überwachung der Weltmeere (Hydrosphäre) und
- Radionuklid-/Edelgasmessung zur Überwachung der Erdkruste, Erdatmosphäre und Weltmeere.

Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, beim Aufbau des Internationalen Überwachungssystems mit der Organisation und anderen Vertragsstaaten zusammenzuarbeiten und Daten aus nationalen Stationen bereitzustellen, die Teil des Internationalen Überwachungssystems sind.

Im Teil I des Protokolls werden Aufgaben und Struktur des Internationalen Überwachungssystems einschließlich des Internationalen Datenzentrums sowie die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, in denen sich Stationen des Internationalen Überwachungssystems befinden, mit der Organisation beschrieben. Einzelheiten dieser Zusammenarbeit sollen in gesonderten Vereinbarungen zwischen der Organisation und den jeweiligen Vertragsstaaten festgelegt werden.

Anlage 1 zum Protokoll enthält die Aufzählung der nach Land, Name, Koordinaten und technischer Kategorie beschriebenen Meßstationen des Internationalen Überwachungssystems. In sechs Tabellen sind die 50 Stationen des seismologischen Primärnetzes, die 120 Stationen des seismologischen Hilfsnetzes, die 80 Stationen des Radionuklid-Meßnetzes, die 14 anerkannten Radionuklid-Laboratorien, die 11 hydroakustischen Stationen und die 60 Infraschall-Stationen einzeln aufgelistet.

Deutschland beteiligt sich mit folgenden fünf Stationen am Internationalen Überwachungssystem: der seismologischen Primärstation GEC2 in Freyung/Bayerischer Wald (Ziffer 19 der Tabelle 1-A), der zusammen mit Südafrika betriebenen seismologischen Hilfsstation SANAE in der Antarktis (Ziffer 35 der Tabelle 1-B), den Infraschallstationen Freyung (Ziffer 26 der Tabelle 4) und Georg von Neumayer/Antarktis (Ziffer 27 der Tabelle 4) sowie einer Radionuklid-Meßstation auf dem Berg Schauinsland bei Freiburg (Ziffer 33 der Tabelle 2-A).

In der Anlage 2 zum Protokoll sind die technischen Kriterien und Parameter aufgelistet, nach denen nichtrelevante Ereignisse im Rahmen der kontinuierlichen Aufzeichnungen in allen 4 Teilen des Internationalen Überwachungssystems aussortiert werden. Dadurch können vertragsrelevante Aufzeichnungsereignisse sichtbar gemacht werden.

Die in Teil I des Protokolls genannte Anzahl der Einrichtungen des Internationalen Überwachungssystems sowie Einzelheiten der Zusammensetzung und technischen Spezifizierungen der in der Anlage 1 zum Protokoll aufgeführten Stationen können bei Zustimmung der jeweils betroffenen Vertragsstaaten im vereinfachten Vertragsänderungsverfahren nach Artikel VII Abs. 7 und 8 verändert werden.

Das internationale Überwachungssystem als automatisches System liefert auch Daten von Ereignissen in Staaten, die nicht Vertragsstaat sind. Insofern kann es auch diese Staaten abschrecken, Nuklearwaffenversuche mittels nuklearer Explosionen durchzuführen.

Darüber hinaus werden alle Vertragsstaaten zur Zusammenarbeit bei der Systemverbesserung unter Einschluss der Untersuchung zusätzlicher Überwachungstechnologien wie Satellitenüberwachung oder Messung des elektromagnetischen Impulses verpflichtet. Die zuletzt genannte Technologie stellt im Vertrag die einzige Referenz für die Überwachung eines denkbaren vierten Testmediums, des Weltraums, dar.

Der Vertrag läßt ausdrücklich auch die Verwendung nationaler technischer Mittel zu, sofern deren Informationen und Daten auf eine Weise erlangt wurden, die mit den anerkannten Regeln des Völkerrechts einschließlich der Achtung der Souveränität der Staaten in Einklang steht.

Unbeschadet ihres Rechts, um eine Inspektion vor Ort zu ersuchen, sind die Vertragsstaaten verpflichtet, im Wege von Konsultationen untereinander oder mit der Organisation zunächst möglichst eine Klarstellung oder Bereinigung aller Angelegenheiten zu suchen, die Zweifel an der Einhaltung grundlegender Vertragspflichten hervorrufen können. Abschnitt C des Artikels IV sieht besondere Verfahren zur Klarstellung derartiger Angelegenheiten vor. Danach kann ein Vertragsstaat einen anderen Vertragsstaat unmittelbar um Klarstellung binnen 48 Stunden ersuchen. Außerdem kann er den Generalsekretär des Technischen Sekretariats um Hilfestellung bei der Klarstellung ersuchen. Er kann aber auch den Exekutivrat ersuchen, von einem anderen Vertragsstaat Klarstellung zu verlangen. Der ersuchte Vertragsstaat hat dem Exekutivrat binnen 48 Stunden die Klarstellung vorzulegen. Hält der ersuchende Vertragsstaat sie für unzureichend, so kann er über den Exekutivrat weitere Klarstellung verlangen. Hält er diese für unbefriedigend, kann er eine außerordentliche Sitzung des Exekutivrats unter Beteiligung der betroffenen Vertragsstaaten beantragen. Der Exeku-

tivrat prüft die Angelegenheit und kann der Staatenkonferenz Maßnahmen empfehlen, um die Lage zu bereinigen. Die Staatenkonferenz hat über diese Empfehlungen dann nach Artikel V zu entscheiden.

Abschnitt D des Artikels IV regelt in Verbindung mit Teil II des Protokolls das Inspektionsregime. Einziger Zweck einer Inspektion vor Ort ist es, klarzustellen, ob unter Verletzung des Artikels I des Vertrags eine Versuchsexplosion von Kernwaffen oder eine andere nukleare Explosion durchgeführt worden ist. Der um eine Inspektion vor Ort ersuchende Vertragsstaat legt das Ersuchen dem Exekutivrat und gleichzeitig dem Generalsekretär des Technischen Sekretariats vor. Der Exekutivrat prüft das Ersuchen und entscheidet über dessen Genehmigung mit einer Mehrheit von mindestens 30 von insgesamt 51 Stimmen. Das Ersuchen muß die in Teil II Abs. 41 des Protokolls näher beschriebenen Informationen enthalten. Es stützt sich auf vom Internationalen Überwachungssystem gesammelte Informationen und/oder auf andere einschlägige, in Einklang mit dem Völkerrecht gewonnene technische Informationen.

Genehmigt der Exekutivrat eine Inspektion vor Ort, so erteilt der Generalsekretär einen Inspektionsauftrag, der den Rahmen für die konkrete Inspektion setzt. Das mit der Inspektion beauftragte Inspektionsteam hat die Inspektion mit größtmöglicher Zurückhaltung durchzuführen, welche die wirksame und fristgerechte Durchführung des Inspektionsauftrags zuläßt.

Jeder Vertragsstaat hat die vom Exekutivrat genehmigte Inspektion an jedem Ort unter seiner Hoheitsgewalt oder Kontrolle nach Maßgabe des Vertrags und des Teils II des Protokolls zu dulden. Insbesondere hat der inspizierte Vertragsstaat Zugang zu dem im Inspektionsauftrag näher bezeichneten Inspektionsgebiet innerhalb bestimmter Fristen zu gewähren und – im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtungen in Bezug auf Eigentumsrechte – Durchsuchungen und Beschlagnahmen zuzulassen. Ein Konzept des kontrollierten Zugangs ermöglicht dem inspizierten Vertragsstaat, den Zugang innerhalb des Inspektionsgebiets einzuschränken, um seinen berechtigten Interessen durch in Teil II des Protokolls näher beschriebene Maßnahmen zum Schutz sicherheitsempfindlicher Einrichtungen und Orte sowie vertraulicher Informationen, die mit dem Zweck der Inspektion nicht in Zusammenhang stehen, Rechnung zu tragen. Macht der inspizierte Vertragsstaat von diesem Recht Gebrauch und schränkt den Zugang ein, so hat er sich nach besten Kräften zu bemühen, mit alternativen Mitteln die Einhaltung des Vertrags darzulegen.

Ein Vertreter des ersuchenden Vertragsstaats darf vorbehaltlich der Einwilligung des inspizierten Vertragsstaats als Beobachter an der Inspektion teilnehmen. Der Beobachter hat das Recht, dem Inspektionsteam während der Inspektion Empfehlungen zu geben.

Binnen 24 Stunden nach Ende der Inspektion kommt das Inspektionsteam mit dem Vertreter des inspizierten Vertragsstaats zusammen, um die vorläufigen Feststellungen des Inspektionsteams zu überprüfen und Zweifelsfragen zu klären. Das Inspektionsteam übermittelt dem inspizierten Vertragsstaat seine vorläufigen Feststellungen. Der inspizierte Vertragsstaat erhält vom Generalsekretär den Entwurf des formellen Inspektionsberichts, dessen Bestandteile in Artikel IV näher beschrieben sind, und hat die Möglichkeit, binnen 48 Stunden eine Stellungnahme dazu

abzugeben. Änderungsvorschläge des inspizierten Vertragsstaats hat der Generaldirektor zu prüfen und soweit wie möglich zu übernehmen. Die Stellungnahmen des inspizierten Vertragsstaats werden dem Inspektionsbericht als Anlage beigelegt. Der Generaldirektor übermittelt den endgültigen Inspektionsbericht dem ersuchenden und dem inspizierten Vertragsstaat, allen anderen Vertragsstaaten und dem Exekutivrat. Der Exekutivrat prüft den Bericht, alle ihm vom Generaldirektor vorzulegenden Ergebnisse der Probeanalysen und maßgebliche Daten des Internationalen Überwachungssystems sowie evtl. weitere Bewertungen des ersuchenden und des inspizierten Vertragsstaats. Der Exekutivrat hat die Aufgabe festzustellen, ob eine Nichteinhaltung des Vertrags vorgelegen hat; gegebenenfalls hat er in Übereinstimmung mit Artikel V des Vertrags geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß der Vertrag eingehalten wird. Er kann ferner prüfen, ob das Recht, um eine Inspektion zu ersuchen, mißbraucht wurde. Bei mißbräuchlichen oder nicht stichhaltigen Inspektionsersuchen kann der Exekutivrat geeignete Maßnahmen (z.B. Aufforderung an den ersuchenden Vertragsstaat, in bestimmtem Umfang Inspektionskosten des Technischen Sekretariats zu tragen; befristete Suspendierung des Rechts, um eine Inspektion zu ersuchen oder im Exekutivrat vertreten zu sein) zur Bereinigung der Lage treffen.

Das Verifikationssystem sieht schließlich Vertrauensbildende Maßnahmen vor, die zur rechtzeitigen Bereinigung eventueller Bedenken über die Einhaltung des Vertrags beitragen sollen, die aus möglichen Fehlinterpretationen der Verifikationsdaten in Zusammenhang mit chemischen Explosionen stammen. Bei den in Teil III des Protokolls näher beschriebenen Vertrauensbildenden Maßnahmen handelt es sich insbesondere um Meldungen der Vertragsstaaten über chemische Explosionen einer Größenordnung von mindestens 300 Tonnen TNT-Äquivalent. Die Meldungen sollen es der Organisation erleichtern, den Ursprung einer von den Stationen des Internationalen Überwachungssystems entdeckten Explosion festzustellen.

Artikel V

Dieser Artikel verpflichtet die Staatenkonferenz, zur Sicherung der Einhaltung der Vertragspflichten gegenüber Vertragsstaaten Maßnahmen zu ergreifen, die eine Situation, die den Vertragsbestimmungen zuwiderläuft, zurückführen oder bereinigen können. Kommt ein Vertragsstaat entsprechenden Aufforderungen der Staatenkonferenz oder des Exekutivrats nicht nach, so können seine Rechte und Vorrechte aus dem Vertrag suspendiert werden. Droht durch die Nichteinhaltung grundlegender Vertragspflichten Schaden für Ziel und Zweck des Vertrags, kann die Staatenkonferenz den Vertragsstaaten kollektive Maßnahmen in Einklang mit dem Völkerrecht empfehlen. Die Staatenkonferenz oder in dringenden Fällen auch der Exekutivrat kann die Angelegenheit und die gezogenen Schlußfolgerungen den Vereinten Nationen zur Kenntnis bringen und damit die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf die Angelegenheit lenken.

Artikel VI

Artikel VI regelt das Streitschlichtungsverfahren. Streitigkeiten, die über die Anwendung oder Auslegung des Vertrags entstehen können, sollen in Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Vertrags und nach Maß-

gabe der Charta der Vereinten Nationen beigelegt werden. Gleichzeitig wird die Pflicht der Vertragsstaaten beschrieben, bei Streitigkeiten die vorgesehenen Vertragsorgane und im gegenseitigen Einvernehmen ggf. auch den Internationalen Gerichtshof zu befragen. Der Exekutivrat seinerseits wird zur Bereitstellung „guter Dienste“, die Staatenkonferenz zur Einsetzung von Schlichtungsorganen bzw. zur Beauftragung bestehender Vertragsorgane verpflichtet.

Darüber hinaus werden sowohl die Staatenkonferenz als auch der Exekutivrat ermächtigt, nach Autorisierung durch die VN-Generalversammlung und auf Basis eines nach Artikel II Abs. 38 Buchstabe h des Vertrags abzuschließenden Abkommens, ein Rechtsgutachten (advisory opinion) des Internationalen Gerichtshofs einzuholen.

Artikel VII

Nach Inkrafttreten des Vertrags kann jeder Vertragsstaat Änderungen des Vertrags, des Protokolls und der Anlagen des Protokolls (nicht aber der Anlagen des Vertrags) vorschlagen. Solche Änderungen können aber nur auf einer vom Generaldirektor einberufenen Vertragsänderungskonferenz beschlossen werden. Der Beschluß kommt zustande, wenn die Mehrheit der Vertragsstaaten den Änderungen zustimmt und kein Vertragsstaat dagegenstimmte. Änderungen treten für alle Vertragsstaaten 30 Tage nach Hinterlegung der Ratifikationsinstrumente aller Vertragsstaaten, die für sie gestimmt haben, in Kraft.

Absatz 7 sieht ein vereinfachtes Vertragsänderungsverfahren nach Absatz 8 für Modifikationen in bezug auf Angelegenheiten verwaltungsmäßiger oder technischer Art der Teile I und III des Protokolls sowie der Anlagen 1 und 2 zum Protokoll vor. Der Einzelheiten des Verfahrens bei Inspektionen vor Ort regelnde Teil II des Protokolls unterliegt nicht dem vereinfachten Änderungsverfahren. Die vom Exekutivrat zur Annahme empfohlenen Modifikationen gelten als genehmigt, wenn nicht ein Vertragsstaat binnen 90 Tagen dagegen Einspruch erhebt. Wird Einspruch eingelegt, so entscheidet die Staatenkonferenz nach Möglichkeit im Konsens, kommt dieser nicht zustande, mit Zweidrittelmehrheit. Die Modifikationen treten 180 Tage nach ihrer Genehmigung für alle Vertragsstaaten in Kraft.

Artikel VIII

10 Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags wird eine Überprüfungskonferenz des Vertrags einberufen, die auch neue und vertragsrelevante wissenschaftliche und technische Entwicklungen berücksichtigen soll. Nach jeweils weiteren 10 Jahren wird erneut eine Überprüfungskonferenz einberufen, wenn die Staatenkonferenz des Vertrags dies binnen eines Jahres zuvor als Verfahrensfrage beschließt. Eine Einberufung nach weniger als 10 Jahren ist möglich, wenn dies als Sachfrage so von der Staatenkonferenz beschlossen wird.

Auf chinesisches Betreiben sieht Artikel VIII auch die Möglichkeit vor, daß die Überprüfungskonferenz im Konsens über die Zulässigkeit der Durchführung sogenannter friedlicher Nuklearexplosionen beschließt. Da ein Konsens hierüber aber kaum vorstellbar ist, dürften solche Versuche für die Zukunft tatsächlich ausgeschlossen sein.

Artikel IX

Dieser Artikel schreibt die unbegrenzte Geltungsdauer des Vertrags fest.

Vertragsstaaten ist ein Rücktritt vom Vertrag eröffnet, wenn sie durch außergewöhnliche mit dem Vertragsgegenstand zusammenhängende Ereignisse eine Gefährdung ihrer höchsten Interessen feststellen. Ein Rücktritt ist allen anderen Vertragsstaaten, dem Exekutivrat, dem Verwahrer und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mindestens sechs Monate im voraus zu notifizieren und soll die Ereignisse darlegen, die nach Auffassung des betreffenden Vertragsstaats seine höchsten Interessen gefährden.

Artikel X

Artikel X bestimmt, daß das Protokoll und die Anlagen zum Vertrag und Protokoll integrale Vertragsbestandteile sind.

Artikel XI

Dieser Artikel bestimmt, daß der Vertrag vor Inkrafttreten allen Staaten zur Unterzeichnung offensteht.

Artikel XII

Artikel XII bestimmt, daß der Vertrag der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren bedarf.

Artikel XIII

Dieser Artikel bestimmt, daß Staaten, die den Vertrag vor Inkrafttreten nicht unterzeichnet haben, diesem danach zu jeder Zeit beitreten können.

Artikel XIV und Anlage 2 des Vertrages

Der Vertrag tritt 180 Tage nach Hinterlegung der Ratifikationsinstrumente durch die 44 in Anlage 2 des Vertrags einzeln aufgezählten Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, in Kraft; frühestens jedoch zwei Jahre nach dem Datum des Auflegens zur Unterzeichnung (24. September 1996). Bei der Nennung dieser Staaten wurden folgende Kriterien kumulativ zugrunde gelegt:

- Mitgliedschaft in der Genfer Abrüstungskonferenz gemäß Stichtag 18. Juni 1996
- Teilnahme an den dortigen Vertragsverhandlungen in der Sitzungsperiode 1996
- Aufführung in Tabelle 1 der jeweiligen Veröffentlichung der Internationalen Atomenergie-Organisation zu „Kernkraftreaktoren der Welt“ in der Ausgabe von April 1996 und/oder zu „Kernforschungsreaktoren der Welt“ in der Ausgabe von Dezember 1995.

Auf dieser Liste sind neben allen Kernwaffenstaaten auch Indien, das den Vertrag erklärtermaßen ablehnt, Nordkorea und Pakistan aufgeführt. Letzteres macht seine Zeichnung des Vertrags von der Indiens abhängig.

Angesichts der Tatsache, daß einzelne der in Anlage 2 des Vertrags aufgeführten Staaten bislang nicht gezeichnet beziehungsweise die Zeichnung abgelehnt haben, ist das Inkrafttreten zur Zeit offen.

Absatz 2 dieses Artikels eröffnet aber die Möglichkeit, drei Jahre nach der Auflegung des Vertrags zur Unterzeichnung auf Antrag der Mehrheit der Staaten, die ihre Ratifikationsurkunde bis dahin hinterlegt haben, eine Konferenz dieser Staaten einzuberufen. Sie soll untersuchen, in welchem Umfang die Inkrafttretensvoraussetzungen bis dahin erfüllt worden sind und im Konsens beschließen, welche im Einklang mit dem Völkerrecht stehende Maßnahmen zur Beschleunigung des Ratifikationsprozesses getroffen werden können. Die Wiederholung einer solchen Konferenz nach jedem weiteren Jahr bis zum Inkrafttreten ist vorgesehen. Staaten, die noch nicht ratifiziert, aber unterzeichnet haben, können als Beobachter an der Konferenz teilnehmen.

Für Staaten, die ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nach Inkrafttreten des Vertrags hinterlegen, tritt er am 30. Tag nach Hinterlegung in Kraft.

Artikel XV

Dieser Artikel schließt Vorbehalte zu den Artikeln des Vertrags und seinen Anlagen aus. Vorbehalte zum Protokoll und dessen Anlagen sind nur zulässig, soweit sie mit Ziel und Zweck des Vertrags vereinbar sind.

Artikel XVI

Dieser Artikel legt den Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer fest, der Unterzeichnungen sowie Ratifikations- und Beitrittsurkunden entgegennimmt. Der Vertrag wird gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registriert. Der Verwahrer wird verpflichtet, den Regierungen beglaubigte Kopien des Vertrags zur Verfügung zu stellen und alle Unterzeichner- wie Beitrittsstaaten über die förmlichen Vorgänge zum Vertrag zu unterrichten.

Artikel XVII

Der Vertrag ist im Wortlaut der sechs VN-Sprachen (Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch) verbindlich und ist beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

27.03.98

Stellungnahme **des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 24. September 1996 über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen

Der Bundesrat hat in seiner 723. Sitzung am 27. März 1998 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.